Zeitschrift: Jahrbuch des Unterrichtswesens in der Schweiz
Band: 23/1909 (1911)

Rubrik: Kantonale Gesetze und Verordnungen

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Art. 4. Die definitive Aussonderung soll spätestens zwei Jahre nach Bezug des zoologischen Museums durchgeführt sein.

Art. 5. Solange gemeinsame Professuren für naturgeschichtliche Disziplinen bestehen, soll bei Neuanschaffungen und Zuwendungen der in diesem Vertrage festgesetzte Teilungsgesichtspunkt eingehalten werden.

B. Kantonale Gesetze und Verordnungen.

I. Verfassungsbestimmungen, allgemeine Unterrichts- und Spezialgesetze.

1. 1. Abänderung des Schulgesetzes des Kantons Nidwalden vom 10. September 1879. (Vom 25. April 1909.)

Die Landsgemeinde, in der Absicht, das Schulwesen des Kantons zu heben,

beschließt:

I. Es ist an Stelle der bisherigen zweijährigen Wiederholungsschule die Ganztagschule in einem siebenten, den bisherigen sechs Schuljahren folgenden Winter einzuführen und daher

II. Die Artikel 2, 25, 29 und 30 des Schulgesetzes vom 10. Herbstmonat 1879 also abzuändern:

Art. 2. Das Schulwesen des Kantons Unterwalden nid dem Wald umfaßt:

Die Primarschulen, die Arbeitsschulen, die gewerblichen und landwirtschaftlichen Fortbildungsschulen, die Haushaltungsschulen, die Sekundarschulen und die höhern Lehranstalten.

Art. 25. Die Schulen des Kantons zerfallen in bezug auf die Einführung in obligatorische (unerläßliche) und fakultative (freiwillige).

Obligatorische sind: Die Primarschulen und die Mädchenarbeitsschulen.

Fakultative sind: Die gewerblichen und landwirtschaftlichen Fortbildungsschulen, die Haushaltungsschulen, die Sekundar- und höheren Schulen.

Art. 29. Die Schulpflichtigkeit der Mädchen hört in der Regel mit dem erfüllten 13. Altersjahre, nach Absolvierung der sechs Schulklassen, und die der Knaben nach Vollendung der sechs und einem halben Jahreskurse, oder mit dem zurückgelegten 14. Altersjahre auf.

Der Besuch einer Sekundar- oder höhern Schule ersetzt das 7. Winterhalbjahr.

Schulkinder ohne genügende Primarschulbildung können vom Ortsschulrate zu einem weiteren halben oder ganzen Schuljahr zum Schulbesuche angehalten werden.

Art. 30. Mit Ausnahme der unter Art. 31 bestimmten Ferienzeit ist Sommer und Winter Vor- und Nachmittag Schule zu halten.

Das siebente Schuljahr für Knaben beginnt spätestens mit dem 2. November und schließt mit dem Wintersemester.

Wo besondere lokale Verhältnisse es notwendig machen, kann mit Bewilligung des Erziehungsrates, so lange diese Verhältnisse andauern, die Abhaltung von Sommerhalbtagschulen gestattet werden.

Schulkinder der V. und VI. Klasse oder im 12. oder 13. Altersjahre können für den Sommer von der Schule dispensiert werden, haben aber dafür die Schule ein ferneres Wintersemester zu besuchen.

III. Die Artikel 54 bis und mit 59 sind dagegen hiermit aufgehoben.

Übergangsbestimmung.

Das Gesetz tritt sofort in Kraft, so daß die nach dem früheren Gesetze zu Ostern 1909 aus der Primarschule tretenden Schüler den 7. Winterkurs zu besuchen verpflichtet sind.

Die Knaben, welche bereits einen Winter die Wiederholungsschule besucht haben, sind vom Besuche des 7. Wintersemesters befreit.

II. Verordnungen, Beschlüsse und Kreisschreiben betreffend das Volksschulwesen.

2. 1. **Reglement für die kantonale Blinden- und Taubstummenanstalt.** (Vom 7. September 1909.)

1. Aufgabe und Einrichtung der Anstalt.

§ 1. Die kantonale Blinden- und Taubstummenanstalt hat die Aufgabe, bildungsfähige blinde und taubstumme Kinder, vornehmlich aus dem Kanton Zürich zu erziehen und zu guten und tüchtigen Menschen heranzuziehen.

§ 2. Die Anstalt ist ein Internat; am Unterricht können auch externe Schüler teilnehmen.

2. Aufnahme, Schulzeit, Kostgeld, Stipendien.

§ 3. Es werden nur gesunde, bildungsfähige Kinder, die das siebente Altersjahr zurückgelegt haben, aufgenommen.

Die Aufnahme findet auf Anfang Mai eines Jahres statt.

§ 4. Der Anmeldung zur Aufnahme sind folgende Ausweise beizugeben: 1. Ein Auszug aus dem Zivilstandsregister; — 2. ein nach einheitlichem Formular ausgestelltes ärztliches Zeugnis über den Gesundheitszustand; — 3. ein Ausweis über die Vermögensverhältnisse; — 4. ein Garantieschein für Bezahlung des Kostgeldes; — 5. ein Verpflichtungsschein für Überlassung des Kindes an die Anstalt bis zur Vollendung der Schulzeit.

§ 5. Je nach dem Ergebnis der Aufnahmeprüfung oder einer angemessenen Probezeit erfolgt die definitive Aufnahme oder Abweisung durch Beschluß der Aufsichtskommission.

§ 6. Jeder interne Zögling hat beim Eintritt eine nach besonderem Verzeichnis angefertigte Ausstattung in Kleidern mitzubringen.

§ 7. Die Schulzeit dauert mindestens acht Jahre; sie endigt frühestens mit dem Schuljahre, in welchem das 15. Altersjahr zurückgelegt wird, für protestantische Zöglinge in der Regel mit der Konfirmation.

§ 8. Für interne Zöglinge beträgt das Kostgeld Fr. 400 bis 800 im Jahre und außerdem Fr. 80 für die von der Anstalt gelieferten Kleider.

Für externe Zöglinge, die in der Anstalt Mittagstisch haben, beträgt das jährliche Kostgeld Fr. 150—250.

Für Zöglinge aus andern Kantonen und für Ausländer ist ein durch die Aufsichtskommission zu bestimmender Zuschlag zu obigen Ansätzen zu berechnen.

Das Kostgeld ist vierteljährlich zu entrichten.

§ 9. An dürftige Zöglinge, die im Kanton Zürich verbürgert oder deren Eltern Schweizerbürger und seit mindestens zehn Jahren im Kanton Zürich niedergelassen sind, können Stipendien verabreicht werden, deren Betrag sich nach dem Grade des Bedürfnisses und nach dem vom Kantonsrat gewährten Kredit richtet.

3. Unterricht.

§ 10. Für den Unterricht der Blinden wie der Taubstummen besteht ein vom Erziehungsrat genehmigter Lehrplan, der für jede Klasse oder Gruppe Lehrstoff und Lehrziel bestimmt.

In beiden Abteilungen der Anstalt hat der Unterricht die Beziehungen zum praktischen Leben sorgfältig zu pflegen; die Mädchen sind in den Handarbeiten, die Knaben in gewerblichen Beschäftigungen (Handfertigkeitsunterricht) gründlich zu unterrichten.

Neben Unterricht und Handarbeit sind Leibesübungen, Spaziergänge, Spiel angemessen zu berücksichtigen.

§ 11. Im Unterricht der Blinden soll der Anleitung zum Lesen und Schreiben der Blindenschrift, wenn möglich auch der Maschinenschrift und der Übung in den Blinden-Arbeiten, im Unterricht der Taubstummen der Übung in der Lautsprache und im Absehen der gesprochenen Worte besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden.

§ 12. Der Unterricht ist für Kinder von Kantonsbürgern und von niedergelassenen Schweizerbürgern unentgeltlich; für Kinder von Ausländern und nicht im Kanton niedergelassenen Schweizerbürgern wird ein Schulgeld von mindestens Fr. 50 im Jahr erhoben. Die Lehrmittel und Materialien werden den Schülern unentgeltlich verabfolgt.

§ 13. Eine Blindenklasse soll in der Regel nicht mehr als 8, eine Taubstummenklasse nicht mehr als 10 Schüler zählen.

§ 14. Die Zahl der wöchentlichen Unterrichtsstunden soll für die drei untersten Klassen 24, für die obern 34 nicht übersteigen.

Die Ferien fallen im allgemeinen mit denen der Volksschule zusammen; sie dauern im ganzen neun Wochen; ihr Anfang und Ende wird durch die Aufsichtskommission festgesetzt.

Die Zöglinge bringen die Ferien in der Regel nicht in der Anstalt zu.

§ 15. Am Schlusse des Schuljahres findet eine öffentliche Prüfung der Schüler statt in Verbindung mit einer Ausstellung der schriftlichen Arbeiten, Zeichnungen und Handarbeiten.

§ 16. Den Schülern ist jedes Halbjahr ein Zeugnis über Fleiß, Leistungen und Betragen auszustellen.

4. Lehrerschaft.

§ 17. Die Bestimmungen dieses Reglementes, die von den Lehrern handeln, vorbehalten § 20, finden auf die an der Anstalt betätigten Lehrerinnen ebenfalls Anwendung.

Die definitiv angestellten Lehrer der Blinden- und Taubstummenanstalt werden vom Regierungsrat auf eine Amtsdauer von sechs Jahren gewählt. In einzelnen Fällen kann auch provisorische Wahl auf bestimmte oder unbestimmte Zeit stattfinden.

Hülfslehrer werden auf den Vorschlag der Aufsichtskommission durch die Erziehungsdirektion angestellt.

Für definitiv angestellte Lehrer beträgt die Kündigungsfrist drei Monate, für provisorisch angestellte einen Monat.

In Fällen grober Pflichtverletzung kann ein Lehrer sofort entlassen werden.

§ 18. Die Lehrer sind zu 32 Unterrichtsstunden in der Woche verpflichtet; außerdem haben sie abwechselnd die tägliche Lernstunde und die Aufsicht an Sonntagen zu übernehmen.

Die Aufsicht über die Schüler in der Freizeit an Werktagen kann durch die Aufsichtskommission einer besondern Hülfskraft übertragen werden.

§ 19. Solange sie der Anstalt angehören, sind die Lehrer in Rechten und Pflichten den Mitgliedern der zürcherischen Volksschullehrerschaft gleichgestellt.

§ 20. Die Klassenlehrer und -Lehrerinnen der Blinden- und Taubstummenanstalt, die das zürcherische Primarlehrerpatent oder entsprechende andere

Ausweise besitzen und definitiv gewählt sind, beziehen folgende in monatlichen Raten zu entrichtende Besoldungen:

Dienstjahr	Besoldung Lehrer	Besoldung Lehrerinnen	Dienstjahr	Besoldung Lehrer	Besoldung Lehrerinnen
1— 4	3100	2900	13—16	4000	3500
5— 8	3400	3100	17—20	4300	3700
9—12	3700	3300	21 etc.	4600	3800

Immerhin setzt der Regierungsrat in Abweichung von diesen Normen die Besoldung derjenigen Lehrkräfte fest, die den Anforderungen von Absatz 1 nicht entsprechen.

Für besonders tüchtige Leistungen können durch Beschluß des Regierungsrates an definitiv angestellte Lehrer Zulagen bis zum Betrage von Fr. 400 im Jahre verabfolgt werden.

Bei der Festsetzung der Besoldung können Dienstjahre, die außerhalb des Kantons Zürich verbracht worden sind, zur Hälfte in Anrechnung gebracht werden.

Provisorisch angestellte Klassenlehrer mit zürcherischem Lehrerpatent erhalten die gleiche Besoldung wie Verweser an Primarschulen der Stadt Zürich.

Für den Unterricht in einzelnen Fächern werden Besoldungen ausgerichtet von Fr. 100 bis Fr. 140 im Jahr für die Wochenstunde.

Die Arbeitslehrerinnen für Mädchen-Handarbeit beziehen eine Jahresbesoldung von Fr. 1800 bis Fr. 2800 mit Steigerung um Fr. 100 alle drei Jahre bis zur Erreichung des Maximums. Sie sind zur Mithülfe in der Beaufsichtigung der Zöglinge verpflichtet.

§ 21. Für Kost und Logis werden den internen Lehrerinnen Fr. 800 von der Barbesoldung im Jahr abgerechnet, für den Mittagstisch allein Fr. 240.

§ 22. Jeder Lehrer kann verpflichtet werden, ohne Entgelt vorübergehend und bis auf die Dauer von vier Wochen Stellvertretung für einen andern Lehrer im Falle von Krankheit, Militärdienst und Urlaub zu übernehmen.

§ 23. Wenn ein Lehrer an der Erteilung des Unterrichtes verhindert ist, hat er sofort dem Direktor Anzeige zu machen.

Gesuche um Urlaub von mehr als zwei Tagen sind durch Vermittlung des Direktors der Erziehungsdirektion schriftlich einzureichen.

§ 24. Die Lehrerschaft der Blinden- und Taubstummenanstalt bildet einen Konvent, der mindestens alle drei Monate einmal unter der Leitung des Direktors zusammentritt, um Erziehungs- und Unterrichtsfragen zu beraten. Über die Beratungen wird durch ein zum Aktuar ernanntes Mitglied ein Protokoll geführt. In Verhinderung des Direktors geht die Leitung des Konventes an dessen Stellvertreter über.

5. Der Direktor.

§ 25. Die Leitung und Verwaltung der Blinden- und Taubstummenanstalt wird einem Direktor übertragen, der vom Regierungsrate auf eine Amtsdauer von drei Jahren gewählt wird.

§ 26. Der Direktor hat seine ganze Zeit und Kraft der Anstalt zu widmen.

Er erteilt wöchentlich 12—15 Unterrichtsstunden, führt die Lehrer in die Methodik des Blinden- und Taubstummenunterrichtes ein, und überwacht den gesamten Unterricht nach einem vom Erziehungsrate genehmigten Lehr- und Stundenplan; er ist für die Aufrechterhaltung der Disziplin in der Anstalt verantwortlich.

§ 27. Der Direktor leitet das Internat. Er hat das ganze Hauswesen, die häusliche Erziehung und Pflege der Zöglinge, sowie die Instandhaltung der Kleider, Wäsche und Vorräte zu überwachen.

§ 28. Der Direktor besorgt die Buch- und Rechnungsführung, sowie die Korrespondenz der Anstalt; er hat eine Amtskaution von Fr. 2000 zu leisten. Je auf Ende eines Jahres legt er der Aufsichtskommission zuhanden der Oberbehörden Rechnung ab und erstattet Bericht über Stand und Gang der Anstalt.

§ 29. Der Direktor bezieht eine jährliche Besoldung von Fr. 4000 bis Fr. 5500. Für Wohnung und Beköstigung für ihn selbst und seine Familie werden ihm Fr. 1500 im Jahr an der Barbesoldung abgerechnet.

§ 30. Der Erziehungsrat bestellt für Schulangelegenheiten aus dem Schoße der Lehrerschaft einen Stellvertreter des Direktors.

6. Aufsicht.

§ 31. Die unmittelbare Aufsicht über die Blinden- und Taubstummenanstalt wird durch eine vom Regierungsrat gewählte Aufsichtskommission von sieben Mitgliedern ausgeübt.

Der Erziehungsdirektor ist von Amtes wegen Präsident der Aufsichtskommission; ein Sekretär der Erziehungsdirektion führt das Protokoll.

Den Sitzungen der Aufsichtskommission wohnt der Direktor oder sein Stellvertreter mit beratender Stimme bei.

§ 32. Die Aufsichtskommission überwacht den Gang der Anstalt; sie ordnet regelmäßige Visitationen des Unterrichtes und der Verpflegung der Zöglinge an in der Weise, daß jedes Mitglied die Anstalt mindestens zweimal im Jahre besucht.

Beschwerden über das Lehrpersonal und die Anstaltsleitung werden von der Kommission in erster Instanz behandelt.

§ 33. Der Regierungsrat wählt einen Anstaltsarzt. Diesem ist die Begutachtung des Gesundheitszustandes neu eintretender Zöglinge, die ärztliche Behandlung kranker Zöglinge und die Überwachung der gesundheitlichen Verhältnisse der Anstalt anvertraut. Der Anstaltsarzt erstattet der Aufsichtskommission Bericht über seine Beobachtungen und unterbreitet ihr Vorschläge zur Beseitigung von Mängeln.

§ 34. Die Aufsichtskommission begutachtet zuhanden des Erziehungsrates alle Maßregeln, die dieser im Interesse der Anstalt zu treffen hat, wie: Anstellung und Entlassung von Lehrern, Anschaffung von Bibliothek- und Sammlungsgegenständen, Änderung des Lehrplans, Vorschläge des Anstaltsarztes, Bauarbeiten, Vergebung von Lieferungen, Erteilung von Stipendien, Genehmigung von Jahresbericht, Rechnung und Voranschlag.

Die Aufsichtskommission beschließt über die Höhe des Kostgeldes, über kleinere bauliche Reparaturen, Anschaffung von Lehrmitteln, Schreib- und Zeichenmaterial, Arbeitsmaterial, über Beginn und Ende der Ferien, Disziplinarvergehen, Aufnahme und Entlassung von Schülern.

§ 35. Der Handarbeitsunterricht für Mädchen, die Besorgung von Kleidern, Wäsche, Betten, die Verpflegung der Zöglinge, Instandhaltung der Wohn- und Schlafzimmer, die Lebensmittel und Vorräte stehen unter der Aufsicht einer Frauenkommission aus fünf Mitgliedern, die vom Regierungsrate gewählt werden. Die Kommission konstituiert sich selbst. In Angelegenheiten, welche die Ökonomie der Anstalt berühren, stellt sie Antrag an die Aufsichtskommission.

7. Schlußbestimmung.

§ 36. Für die Festsetzung der Besoldungen für die Jahre 1909—1911 finden die in § 20 vorgesehenen Normen keine Anwendung; die Besoldungsansätze für diese Jahre werden durch besondern Beschluß des Regierungsrates festgestellt. Im übrigen tritt das Reglement sofort in Kraft.

---

3. 2. Dekret betreffend die Verteilung des außerordentlichen Staatsbeitrages für das Primarschulwesen im Kanton Bern. (25. November 1909.)

Der Große Rat des Kantons Bern, in Ausführung von Art. 3 des Gesetzes vom 31. Oktober 1909 betreffend die Besoldung der Primarlehrer, auf den Antrag des Regierungsrates,

beschließt:

§ 1. Der in Art. 3 des Gesetzes vom 31. Oktober 1909 betreffend die Besoldung der Primarlehrer vorgesehene außerordentliche Staatsbeitrag von wenigstens Fr. 150,000 soll an besonders belastete Gemeinden mit geringer Steuerkraft verteilt werden.

§ 2. Für die Verteilung sind maßgebend:

a. das reine Steuerkapital der Gemeinde (Vermögens- und Einkommenssteuer);

b. der Steuerfuß der Gemeinde;

c. die Zahl der Primarschulklassen der Gemeinde.

§ 3. Anspruch auf einen außerordentlichen Staatsbeitrag haben nur solche Gemeinden, die per Primarschulklasse weniger als Fr. 500,000 reines Steuerkapital besitzen. Dabei wird je nach der Höhe des Steuerfußes das vorhandene Steuerkapital entweder mit Zuschlag oder mit Abzug in Anrechnung gebracht gemäß folgender Skala:

Vermögenssteuerfuß ‰	Anzurechnendes Steuerkapital %	Vermögenssteuerfuß ‰	Anzurechnendes Steuerkapital %
weniger als 1	175	3 bis 3½	85
1 bis 1½	160	3½ „ 4	70
1½ „ 2	145	4 „ 4½	55
2 „ 2½	130	4½ „ 5	40
2½ „ 3	115	5 und mehr	25
3	100		

§ 4. Gemeinden, die per Primarschulklasse mehr als Fr. 500,000 anrechenbares Steuerkapital aufweisen, fallen bei der Verteilung außer Betracht.

Die übrigen Gemeinden werden in folgende Klassen eingeteilt:

Betrag des anrechenbaren Steuerkapitals per Primarschulklasse	Beitragsklasse	Betrag des anrechenbaren Steuerkapitals per Primarschulklasse	Beitragsklasse
Fr. 450,000 bis Fr. 500,000	1	Fr. 170,000 bis Fr. 180,000	10
„ 400,000 „ „ 450,000	2	„ 160,000 „ „ 170,000	11
„ 350,000 „ „ 400,000	3	„ 150,000 „ „ 160,000	12
„ 300,000 „ „ 350,000	4	„ 140,000 „ „ 150,000	13
„ 270,000 „ „ 300,000	5	„ 130.000 „ „ 140,000	14
„ 240,000 „ „ 270,000	6	„ 120,000 „ „ 130,000	15
„ 220,000 „ „ 240,000	7	„ 110,000 „ „ 120,000	16
„ 200,000 „ „ 220,000	8	„ 100,000 „ „ 110,000	17
„ 180,000 „ „ 200,000	9	„ 100,000 und weniger	18

Jede Gemeinde, die Anspruch auf einen Staatsbeitrag hat, erhält auf diese Weise eine Klassennummer. Der Gemeinde sind dann für jede Primarschulklasse so viele Beitragseinheiten auszurichten, als die Klassennummer angibt.

§ 5. Die Beitragseinheit wird vom Regierungsrat festgesetzt. Sie wird so bemessen, daß im Hinblick auf § 6 hiernach jeweilen nur zirka $^3/_5$ der zur Verteilung kommenden Summe nach den in den §§ 2, 3 und 4 aufgestellten Grundsätzen ausgegeben werden.

Das Minimum des einer Gemeinde zugewiesenen Betrages beträgt Fr. 50.

§ 6. Nachdem auf vorstehender Grundlage die Verteilung vorgenommen wurde, soll der verbleibende Rest der nach Art. 3 des Gesetzes vom 31. Oktober 1909 betreffend die Besoldung der Primarlehrer ausgesetzten Summe vom Regierungsrat unter diejenigen Gemeinden verteilt werden, die bei dieser Verteilung gar nicht oder ungenügend berücksichtigt worden sind, jedoch nach Art. 3 des Gesetzes wegen besonderer Steuer-, Erwerbs-, Verkehrs- und Lebensverhältnisse eine besondere Berücksichtigung verdienen, wobei ein billiger Ausgleich zwischen den einzelnen Landesteilen stattzufinden hat. Ebenso sollen die in Art. 3, Abs. 2, 4 und 5, des Gesetzes erwähnten Schulen hier Berücksichtigung finden.

§ 7. Der Regierungsrat ist befugt, zu bestimmen, daß der Beitrag ganz oder teilweise als Zulage zur Gemeindebesoldung des Lehrers ausgerichtet werden soll.

§ 8. Gemeinden, die sich nicht über einen normalen Schulbesuch und befriedigende Leistungen ihrer Schulen ausweisen können, soll der Beitrag nicht entrichtet werden.

Der Regierungsrat ist befugt, wenn dieser Fall nach der Verteilung eintritt, den Beitrag zu entziehen.

§ 9. Wo eine politische Gemeinde in zwei oder mehrere Schulgemeinden zerfällt, beziehen sich die vorstehenden Bestimmungen in sinngemäßer Weise auf die Schulgemeinde.

§ 10. Das gegenwärtige Dekret tritt am 1. Januar 1910 in Kraft.

Für das Jahr 1909 erfolgt die Verteilung des außerordentlichen Staatsbeitrages in der Weise, daß zu den nach dem bisherigen Dekret ausgerichteten Einzelbeiträgen ein Zuschlag von 50 % gemacht wird.

---

4. 3. Kreisschreiben des Erziehungsrates des Kantons Luzern an die Schulbehörden und die Lehrerschaft desselben, betreffend die Gefährdung von Eisenbahnen durch Schulkinder. (Vom 27. September 1909.)

Der h. schweizerische Bundesrat hat unterm 21. ds. an sämtliche Kantonsregierungen nachstehendes Kreisschreiben erlassen:

„Nachdem in den letzten Jahren eine erhebliche Zunahme der Zahl der Eisenbahngefährdungen durch Handlungen von Drittpersonen zu verzeichnen war, mehren sich in neuester Zeit die Fälle von Eisenbahngefährdungen durch schulpflichtige Kinder in geradezu erschreckender Weise. In den Monaten Januar bis August laufenden Jahres sind nicht weniger als 18 solcher Fälle zur Anzeige gebracht worden. In den meisten Fällen handelte es sich um Auflegen von festen Gegenständen auf die Bahngeleise oder um Werfen solcher Gegenstände gegen fahrende Eisenbahnzüge, in einem Falle um Schießen mit einer Flobertpistole gegen einen fahrenden Zug.

Glücklicherweise hatten diese Gefährdungen nur in den wenigsten Fällen einen nennenswerten Schaden im Gefolge, wohl aber ist zu befürchten, daß früher oder später Gefährdungen mit ernsten Folgen zu beklagen sein werden, wenn es nicht gelingt, den gefährlichen Handlungen wirksam zu steuern.

Es steht wohl außer Zweifel, daß derartige Handlungen meistens mehr einem gewissen jugendlichen Leichtsinn als einer direkt böswilligen Absicht entspringen; es erscheint daher geboten, daß die Schule belehrend eingreife, um gefährliche Auswüchse jenes Leichtsinnes tunlichst hintanzuhalten.

Mit dem Hinweise auf diese Verhältnisse verbinden wir das Gesuch, es möchte Ihrerseits dafür gesorgt werden, daß in den verschiedenen Schulen, je auf den Beginn eines Quartals oder eines Schuljahres, eine eindringliche Belehrung der Schüler stattfinde über die Gefährlichkeit und die Strafbarkeit gewisser Handlungen, welche auf die Sicherheit des Eisenbahnverkehrs einwirken können. Hierher gehören namentlich: die Veränderung oder Beschädigung irgendwelcher Bahnanlagen, das Verschieben von Eisenbahnwagen, das eigenmächtige Öffnen von durch Bahnangestellte bedienten Wegeschranken, das Legen oder Werfen von Steinen, Holz und dergleichen auf die Bahnebene oder auf die Geleise, das Werfen von festen Gegenständen gegen fahrende Züge oder aus solchen, und der Gebrauch von Schußwaffen im Bereiche von Eisenbahnen.“

Mit der Kenntnisgabe dieses Kreisschreibens an die zuständigen Organe beauftragt, weisen wir hiermit die Lehrerschaft sämtlicher Schulen des Kantons an, den Inhalt des Zirkulars der h. Bundesbehörde den Schülern zur Kenntnis zu bringen und von Zeit zu Zeit an dasselbe zu erinnern. Es wird sich auch zuweilen im Unterrichte in ganz ungezwungener Weise Gelegenheit bieten, auf

die Strafwürdigkeit der Gefährdung von Transportmitteln, speziell der Eisenbahnen, zu sprechen zu kommen.

Die Schulaufsichtsorgane ersuchen wir, anläßlich von Schulbesuchen sich von dem Vollzuge der vorstehenden Weisung zu überzeugen.

---

5. 4. **Kreisschreiben des Erziehungsrates des Kantons Luzern an die gesamte Lehrerschaft und die Schulbehörden, sowie an die Polizeiorgane desselben betreffend den Besuch von Kinematographen durch die Schüler.** (Vom 31. Dezember 1909.)

Gemäß § 64 der Vollziehungsverordnung zum Erziehungsgesetze ist den Schulkindern der Besuch von Wirtshäusern und Tanzböden ohne Begleitung der Eltern untersagt.

Verschiedene Beobachtungen veranlassen uns, dieses Verbot auch auf den Besuch von Kinematographen auszudehnen. Wir weisen demnach die Lehrerschaft — inklusive diejenige an den untern Klassen der Kantonsschule, an den Mittelschulen und am Lehrerseminar — an, in den Klassen dieses Verbot bekannt zu geben und auf genaue Beobachtung desselben zu dringen. Fehlbare sind durch die Schulbehörden angemessen zu bestrafen. Wir erwarten auch, daß Behörden und Polizeiorgane auf Übertretungen dieses Verbotes ihr Augenmerk richten und solche zur Anzeige bringen.

---

6. 5. **Kreisschreiben des Erziehungsrates von Nidwalden an die tit. Schulräte von Nidwalden betreffend den 7. Winterkurs der Primarschule.** (Vom 5. November 1909.)

In einzelnen Gemeinden sind in der Auslegung von Art. 29 des Schulgesetzes (Landesgemeindebeschluß vom 25. April 1909) irrtümliche Ansichten zutage getreten, und in der Folge haben sich einige Eltern geweigert, ihre 14-jährigen Knaben den 7. Winterkurs besuchen zu lassen, indem sie sagen, die Schulpflichtigkeit der Knaben höre mit dem zurückgelegten 14. Jahre auf.

Dieser Einwand ist durchaus unrichtig.

Der Erziehungsrat sieht sich veranlaßt, seine Auslegung von Art. 29 in einem Zirkular allen Schulräten des Kantons mitzuteilen und sie zu ersuchen, bei Anständen im Sinne seiner Auffassung zu handeln.

Art. 29 sagt: „In der Regel hört die Schulpflichtigkeit“ etc. Dieses „In der Regel“ hat auch für die Knaben Gültigkeit. Bei normalem Fortgang in der Schule wird ein Knabe bis zum zurückgelegten 14. Altersjahre den 7. Winterkurs besucht haben. Das ist die Regel. — Der dritte Absatz von Art. 29 behandelt dann aber die Ausnahme von der Regel und verfügt: „Schulkinder ohne genügende Primarschulbildung können vom Ortsschulrate zu einem weitern halben oder ganzen Schuljahre zum Schulbesuche angehalten werden.“ Für solche Schüler bildet das 14. Altersjahr nicht die obere Grenze der Schulpflicht. — Noch bestimmter spricht sich Ziffer I des Landesgemeindebeschlusses aus: „Es ist an Stelle der bisherigen zweijährigen Wiederholungsschule die Ganztagschule in einem siebenten, den bisherigen sechs Schuljahren folgenden Winter einzuführen.“ — Somit ist klar, daß alle jene Schüler, welche nach der alten Ordnung zum Besuche der ersten Winter-Wiederholungsschule verpflichtet waren, nun auch den 7. Winterkurs zu besuchen verpflichtet sind. Der 7. Winterkurs tritt für Knaben zu der bisherigen sechsklassigen Schulpflicht neu hinzu. Dafür aber ist die zweijährige Wiederholungsschule aufgehoben worden.

Ebenso einfach ist die Frage nach dem gesetzlichen 7. Winterkurs zu beantworten für jene Gemeinden, die im Sommer die 5. und 6. Klasse dispensieren. Diese Schüler haben ein weiteres Wintersemester für die zwei Sommersemester, während welchen sie dispensiert waren, die Schule zu besuchen und

dann erst noch das neueingeführte 7. Wintersemester, das für sie zum 8. Winterhalbjahr wird. Um die Schüler in der Primarschule nicht zu alt werden zu lassen, soll in Zukunft an Schüler, welche irgendwie in einer Klasse zurückgeblieben sind, keine Sommerdispense erteilt werden.

Den Schulräten von Hergiswil und Emmetten aber legen wir noch besonders ans Herz, zu prüfen, ob es nicht möglich wäre, die Sommerdispense aufzuheben. Die Schüler gewinnen durch den ununterbrochenen Lehrgang und werden ein Jahr früher schulfrei. Was in allen andern Gemeinden des Kantons ohne Schwierigkeiten längst durchgeführt worden ist, wird gewiß auch in Hergiswil und Emmetten möglich sein. Die Ergänzung des Gesetzes erleichtert den Schulbehörden und den Eltern den Übergang.

---

7. 6. **Bestimmungen über die Abgabe der obligatorischen Lehrmittel an die Schulen von Appenzell A.-Rh.** (Von der Landesschulkommission erlassen am 13. März 1909.)

In Ausführung von Art. 28, Al. 3, der Verfassung werden für die Gratisgabe der obligatorischen Lehrmittel an die Schüler folgende Bestimmungen aufgestellt:

1. Lesebücher und Fibel. Die Schüler der Klassen I und II erhalten jedes Jahr ein Exemplar derselben; für die Klassen III und IV beträgt die Anzahl der abzugebenden Lesebücher $^2/_3$, für die Klassen V—VII $^1/_2$ der Schülerzahl der betreffenden Klassen. In Klasse VIII erhält jeder Schüler ein Exemplar. Für die Übungsschulen richtet sich die Zahl nach dem Bedarf.
2. Rechnungshefte. Sämtliche Klassen werden jedes Jahr mit neuen Lehrmitteln ausgerüstet. Lehrerhefte werden nach Bedarf abgegeben.
3. Nachstehende Lehrmittel werden jedem Schüler nur einmal während seiner Schulzeit verabfolgt:

Badische biblische Geschichte (nebst Spruchbüchlein)	beim	Eintritt	in	Klasse	IV
Randegger, Schweizerkärtchen von Appenzell	„	„	„	„	V
Kümmerly, Schweizerkärtchen, Ausgabe D	„	„	„	„	VI
Zweifel, Helvetia	„	„	„	„	IV
Kirchengesang	„	„	„	„	IV
Tobler, „Aus der Heimat“	„	„	„	„	V
Duden, kleine Wörtertabelle	„	„	„	„	IV

4. Gemeinden, welche auch in den Oberklassen sämtlichen Schülern jedes Jahr neue Lesebücher zu verabfolgen wünschen, können den betreffenden Mehrbedarf zum Selbstkostenpreis vom Depot beziehen.
5. Die Lesebücher der obern Klassen (III—VII) sind je am Schlusse eines Schuljahres vom Lehrer einzuziehen, über die Ferienzeit, wenn nötig, vom Buchbinder zu reparieren und mit Beginn des neuen Schuljahres wieder auszuteilen.
6. Von Schülern, welche in eine Schule außer dem Kanton übersiedeln, sind beim Wegzug die ihnen übergebenen Lehrmittel zurückzuverlangen.

   Für mutwillig beschädigte oder verlorene Exemplare haben die Schüler auf eigene Kosten neue anzuschaffen.
7. Je auf Ende März haben die Schulpräsidenten dem kantonalen Depot auf besonderm Formular ihre Bestellungen für das nächste Schuljahr einzugeben, unter Zugrundelegung des voraussichtlichen Klassenbestandes.

   Für die erste Klasse sind die Bestellungen in der ersten Schulwoche des neuen Schuljahres einzugeben und zu effektuieren.

---

8. 7. **Beschluß des Regierungsrates des Kantons Thurgau betreffend Anschaffung von Archivschränken durch die Schulvorsteherschaften.** (Vom 16. Juli 1909.)

Der Regierungsrat des Kantons Thurgau, nachdem sich bei den Visationen der Schulvorsteherschaften jeweils ergeben hat, daß die Aufbewahrung der Akten vielerorts zu wünschen übrig läßt und die Konferenz der Inspektoren daher die Anschaffung eines kleineren Archivschrankes als notwendig erklärt,

in Betracht:

daß ohne entsprechenden Aufbewahrungsraum, wie die Erfahrung zeigt, eine geordnete Aufbewahrung der Akten und Protokolle nicht zu erzielen ist,

beschließt:

1. Die Schulvorsteherschaften werden angewiesen, dafür zu sorgen, daß für die Aufbewahrung der Akten und Protokolle beim Präsidenten oder Aktuar der Behörde ein geeigneter Archivschrank angeschafft werde.
2. Das Erziehungsdepartement wird eingeladen, den Schulvorsteherschaften die Anschaffung durch Erstellung und Überlassung entsprechender Normalien zu erleichtern.
3. Publikation im Amtsblatt und Mitteilung durch Separatabdrücke an die Schulvorsteherschaften und an das Erziehungsdepartement.

---

9. 8. **Circulaire du département de l'Instruction publique et des Cultes du canton de Vaud concernant la surveillance des écoles privées.**

Aux commissions scolaires.

Aux termes de l'art. 50 du règlement du 15 février 1907 pour les écoles primaires, le département de l'Instruction publique et les commissions scolaires exercent la haute surveillance sur les écoles privées.

Mais, pour que cette surveillance puisse s'exercer, il est nécessaire que l'autorité supérieure soit renseignée sur l'existence de toutes ces écoles. Or, malgré l'art. 53 du même règlement, qui prévoit que: „La création de toute classe privée doit être signalée au département", ce dernier est resté sans information dans un grand nombre de cas.

C'est pourquoi nous venons vous demander de vouloir bien, à l'avenir, nous aviser de toute création de classe semblable et de remplir, d'ici au 15 juin, le formulaire ci-joint, afin que nous puissions établir la liste de toutes les écoles privées actuellement existantes et fréquentées par des enfants en âge de scolarité, soit âgés de 7 à 16 ans.

Les formulaires seront retournés au département qu'il y ait ou non des écoles privées dans la commune.

---

10. 9. **Kreisschreiben des Erziehungsdepartementes des Kantons Wallis an das Lehrpersonal der Volksschulen betreffend Schulsparkassen.** (Vom 19. Februar 1909.)

Schon zu wiederholten Malen wurde das Lehrpersonal der Volksschulen auf den wohltätigen Einfluß der Sparsamkeit und auf die hohe Wichtigkeit einer frühzeitigen Gewöhnung der Schuljugend an Ordnungsliebe und Sparsinn aufmerksam gemacht.

In der Tat können wir — um mit der obersten Landesbehörde zu beginnen — an die verschiedenen vom Großen Rate angenommenen Postulate und die diesbezüglichen an uns gerichteten dringenden Empfehlungen erinnern. Diesen Einladungen Folge gebend, hat denn auch unser Departement wiederholt, entweder direkt oder durch das Organ der Herren Schulinspektoren, in Kreis-

schreiben und Ermahnungen das Lehrpersonal aufgefordert, dieser hochwichtigen Frage mehr Aufmerksamkeit und Sorgfalt zu schenken. Nun aber stellt es sich noch heute heraus, daß trotz der erteilten daherigen Ratschläge und Weisungen der Stand der Schulsparkassen noch immer viel zu wünschen übrig läßt oder seit zwei bis drei Jahren gar auf dem gleichen Fleck geblieben ist. In der Tat ist die Zahl derjenigen Mitglieder des Lehrpersonals, die sich in dieser Beziehung lobenswert betätigt haben, eine nur geringe. Anderseits haben wir in Berücksichtigung der jüngst von den Herren Schulinspektoren anläßlich ihrer alljährlichen Konferenz ausgesprochenen Wünsche uns bei der Direktion der kantonalen Hypothekarkasse verwendet, um durch Erlangung weiterer Vergünstigungen das Schulsparkassenwesen volkstümlicher zu machen.

Wir sind nun zufolge diesem unserem Gesuche und dem damit veranlaßten Entscheide in der angenehmen Lage, Ihnen mitteilen zu können, daß künftig der Betrag der ersten Einlage eines jeden Sparkassabüchleins für die Schulen von 10 auf 5 Franken herabgesetzt wird, und zwar zum Zwecke der Förderung des Sparsinnes bei der Schuljugend.

Übrigens hat schon seit Errichtung der Hypothekar- und Sparkasse die Direktion dieser Anstalt ihrerseits zum gleichen Zwecke alles Mögliche aufgeboten, allein ohne großen Erfolg. Die Zahl derjenigen Lehrer und Lehrerinnen, die schon von Anfang an so freundlich waren, Agentendienste zu leisten, ist seither eher zurückgegangen. Und doch verlangt man von ihnen keinerlei Geldvorschüsse und keinerlei besondere Sicherheitsleistung; es werden ihnen überdies Instruktionen, Stempelmarken und das nötige Briefpapier zur Verfügung gestellt. Sie können ihre Auslagen für die Frankatur in Rechnung bringen, und ihre ganze Mühewaltung beschränkt sich einzig darauf, das gegen die Stempelmarken vereinnahmte Geld von Zeit zu Zeit an die Hypothekarkasse in Sitten oder deren Agenturen einzusenden.

Weckung und Förderung des Sinnes für Ordnung und weise Vorsicht gehört notwendigerweise mit zum Programme, nach welchem Sie die Erziehung der Ihnen anvertrauten Kinder einzurichten haben, weshalb es uns zur besondern Befriedigung gereichen würde, wenn die gesamte tit. Lehrerschaft — Lehrer und Lehrerinnen — in Zukunft auf diesem Gebiete mit um so größerem Eifer arbeiten wollte, als die materielle Wohlfahrt des Landes und der Familien und dadurch der allgemeine Wohlstand mit dem beglückenden Walten der Sparsamkeit enge und unverbrüchlich verbunden ist.

Der angenehmen Hoffnung lebend, in dieser Beziehung bald eine Besserung und einen Fortschritt verzeichnen zu können, entbieten wir der gesamten tit. Lehrerschaft neuerdings die Versicherung unserer vollsten Ergebenheit und Hochachtung.

---

11. 10. **Règlement général pour les écoles primaires du canton de Neuchâtel.** (Du 6 avril 1909.)

Le Conseil d'Etat de la république et canton de Neuchâtel, vu la loi sur l'enseignement primaire du 18 novembre 1908; considérant qu'il y a lieu d'adopter un règlement général pour les écoles enfantines, primaires et complémentaires, déterminant: 1° l'organisation de ces écoles; celle des examens de classes, des examens de sortie de l'école primaire, des examens de l'école complémentaire, des examens de concours, de capacité et d'aptitude pédagogique; celle des travaux manuels; 2° l'organisation du service du matériel scolaire gratuit, et du contrôle de son emploi; 3° les attributions des diverses autorités scolaires en ce qui concerne spécialement la nomination du personnel enseignant et généralement tout ce qui a trait à la bonne administration des écoles; sur le préavis de la commission cantonale consultative pour l'enseignement primaire; entendu le département de l'Instruction publique;

arrête:

Chapitre premier. — **Organisation générale des écoles.**

Art. 1er. Dans chaque commune il est établi au début de l'année civile un rôle des enfants soumis à l'instruction primaire. (Art. 8 de la loi sur l'ens. prim.)

Ce rôle est élaboré par les commissions scolaires sur les données extraites du recensement officiel.

Il est constamment tenu à jour.

Art. 2. Tout changement apporté dans l'organisation scolaire d'une commune soit par la diminution ou l'augmentation du nombre des classes, soit de toute autre manière, doit être soumis à la sanction du Conseil d'Etat.

Chapitre II. — Administration.

Art. 3. L'administration des écoles publiques et la surveillance de l'enseignement privé appartiennent aux commissions scolaires. (Art. 19 de la loi sur l'ens. prim.)

Art. 4. Les commissions scolaires sont nommées conformément à la loi. (Art. 28 de la loi sur les Communes et 20 de la loi sur l'ens. prim.)

Tout changement apporté dans la constitution de la commission scolaire ou de son bureau doit être porté à la connaissance du département de l'Instruction publique.

Art. 5. Les fonctions des membres des commissions scolaires et des comités des dames inspectrices sont gratuites. (Art. 35 de la loi sur les communes et 21 de la loi sur l'ens. prim.)

Toutefois les fonctions de secrétaire de la commission et de préposé aux absences peuvent être rétribuées.

Art. 6. Les commissions nombreuses peuvent élire des comités spéciaux tels que conseil scolaire, comité de bibliothèque et de musée, etc.; mais ces différents comités sont placés sous l'autorité directe de la commission scolaire et de son bureau, afin de prévenir les conflits et de maintenir l'unité d'action et de surveillance nécessaires.

L'organisation de ces différents comités peut faire l'objet du règlement particulier de chaque commission, lequel est soumis à la sanction du Conseil d'Etat.

Art. 7. Les commissions scolaires qui ont sous leur dépendance des écoles de hameau ou de quartier peuvent s'adjoindre des commissaires ou surveillants choisis en dehors de la commission parmi les habitants des quartiers respectifs.

Ces commissaires font rapport à la commission ou à ses organes au moins une fois par année.

Lorsqu'une école de hameau ou de quartier comprend un territoire de deux ou plusieurs communes, la direction et la surveillance de cette école sont confiées à un comité composé de délégués de chacune des localités qui contribuent à son entretien.

Art. 8. Les autorités avec lesquelles les commissions scolaires se trouvent en relations sont: *a.* les autorités communales; — *b.* les inspecteurs des écoles; — *c.* le département de l'Instruction publique; — *d.* le Conseil d'Etat.

Art. 9. Les concierges des collèges sont nommés par le conseil communal après avoir obtenu le préavis de la commission scolaire. Ces employés sont sous les ordres de la commission scolaire pour tout ce qui concerne l'administration des écoles.

Chapitre III. — Ecole enfantine.

Art. 10. L'école enfantine, obligatoire pour chaque commune, est destinée à servir de préparation à l'école primaire.

Elle comprend au moins une année. (Art. 23 de la loi sur l'ens. prim.)

Elle doit être fréquentée, dès l'ouverture de l'année scolaire, par tous les enfants habitant le ressort communal qui atteignent l'âge de 6 ans avant le 1er juillet. (Art. 42 de la loi sur l'ens. prim.)

Dans les communes où l'école enfantine comprend plusieurs années, la commission scolaire fixe l'âge d'admission dans les classes inférieures. La dernière année d'école enfantine compte pour la scolarité légale.

Art. 11. Le nombre des heures de leçons par semaine est fixé à 20 et les horaires prévoient au moins deux demi-journées de congé par semaine. (Art. 25 de la loi sur l'ens. prim.)

Les horaires et les programmes détaillés d'enseignement sont soumis à l'approbation du département de l'Instruction publique.

Il sera réservé dans l'élaboration des horaires une large part aux exercices physiques et à l'hygiène de la première enfance.

Art. 12. Dans les localités où l'école enfantine aurait moins de 15 élèves, la commission scolaire peut, avec l'autorisation du département de l'Instruction publique, la remplacer par un cours distinct donné dans la première année de l'école primaire. (Art. 29 de la loi sur l'ens. prim.)

Ce cours devra comprendre au moins 12 heures de leçons par semaine.

Chapitre IV. — Ecole primaire.

Art. 13. Le nombre des heures de leçons par semaine est de 30 au maximum. Ce chiffre pourra être porté à 32 dans les deux dernières années. Les horaires prévoient au moins une demi-journée de congé par semaine. (Art. 32 et 33 de la loi sur l'ens. prim.)

Les horaires et les programmes d'enseignement seront soumis à l'approbation du département de l'Instruction publique.

Les devoirs domestiques doivent être réduits au strict minimum et en tous cas ne pas exiger plus d'une heure de travail par jour.

Art. 14. Les commissions scolaires organisent et dirigent les examens qu'elles jugent nécessaires et déterminent la classification et la promotion des élèves en prenant l'avis du personnel enseignant et en tenant compte du travail de l'année. (Art. 22 de la loi sur l'ens. prim.)

Art. 15. Il est loisible aux commissions scolaires de procéder à des examens mensuels, trimestriels ou annuels des classes.

La date des examens est annoncée à l'inspecteur des écoles de l'arrondissement afin que ce dernier puisse, le cas échéant, y assister. (Art. 99 de la loi sur l'ens. prim.)

Art. 16. Le département de l'Instruction publique tient à la disposition des commissions scolaires qui maintiennent l'examen annuel de leurs classes, des épreuves écrites qui devront être faites autant que possible le même jour dans toutes les classes soumises à l'examen.

Art. 17. A la fin de l'année scolaire les commissions envoient au département de l'Instruction publique les renseignements concernant la statistique des écoles sur formulaire fourni par le département.

Art. 18. Les commissions scolaires fixent l'époque des vacances dont la durée ne peut être moindre de 8 semaines ni excéder 10 semaines.

Les époques des vacances ainsi que tous les congés spéciaux accordés aux classes seront portés à la connaissance de l'inspecteur de l'arrondissement.

Art. 19. Parmi les enseignements facultatifs que les commissions scolaires peuvent ajouter au programme dans les conditions fixées à l'art. 13 de la loi, ceux de la langue allemande et des travaux manuels sont particulièrement recommandés.

Art. 20. Les travaux manuels font suite aux exercices frœbeliens de l'école enfantine; ces cours consistent, pour les garçons, en exercices gradués de cartonnage, de modelage, de travaux sur bois, sur métal, etc., et pour les filles, en exercices de cartonnage et d'autres travaux féminins.

Art. 21. Les commissions scolaires mettent à la disposition des maîtres et maîtresses des travaux manuels, les locaux, l'outillage et les matières premières nécessaires, et vouent une attention particulière au raccordement des travaux manuels dans les différentes classes de l'école publique.

Art. 22. Il sera procédé à une inspection médicale de tous les élèves qui entrent à l'école publique. L'inspection médicale des autres élèves aura lieu au moins une fois par an.

L'inspection médicale s'attachera non seulement aux organes de la vue et de l'ouïe, mais à la dentition et à tout ce qui concerne les maladies de la peau et du cuir chevelu.

Art. 23. La commission scolaire prend les mesures nécessaires à l'égard des élèves atteints de maladies graves ou d'affections contagieuses qui rendent leur présence à l'école nuisible pour les autres élèves.

Le recours au Conseil d'Etat est réservé.

Le département de l'Instruction publique peut libérer définitivement de l'école, après avoir entendu la commission scolaire et sur déclaration médicale, les élèves notoirement dépourvus d'intelligence. (Art. 48 de la loi sur l'ens. prim.)

Art. 24. La commission scolaire peut prononcer l'exclusion d'un élève dont elle juge la présence à l'école publique dangereuse pour l'éducation morale des enfants. Le recours au Conseil d'Etat est réservé. L'enfant exclu sera le cas échéant placé aux frais de qui de droit dans une famille ou dans une maison de discipline. (Art. 47 de la loi sur l'ens. prim.)

Les enfants placés ne peuvent en aucun cas rentrer dans leur famille sans l'assentiment de l'autorité de placement avant leur libération de l'école publique.

Art. 25. Les élèves ont le droit de fréquenter l'école la plus rapprochée de leur domicile, même si elle est située en dehors du ressort communal qu'ils habitent, sous réserve que si l'exercice de ce droit oblige à un dédoublement de classe ou soulève des difficultés, le Conseil d'Etat statue.

Toute commune qui reçoit dans ses écoles primaires des élèves domiciliés dans le ressort d'autres communes, a le droit d'exiger de celles-ci une finance annuelle de 15 francs au maximum par élève. (Art. 46 de la loi sur l'ens. prim.)

Les parents qui voudront se mettre au bénéfice de cette disposition doivent au préalable obtenir l'autorisation de la commission scolaire de leur domicile. En cas de contestation, le Conseil d'Etat statue.

Chapitre V. — Ecole complémentaire.

Art. 26. Les objets d'enseignement dans l'école complémentaire sont déterminés par le règlement fédéral des examens pédagogiques des recrues. En outre, des causeries sur des sujets visant le développement général des jeunes gens seront organisées pendant les cours de cette école. (Art. 38 de la loi sur l'ens. prim.)

Les horaires et les programmes d'enseignement seront soumis à l'approbation du département de l'Instruction publique.

A moins de circonstances majeures dont le département de l'Instruction publique est juge, les cours auront lieu avant 7 heures du soir.

Art. 27. Le rôle des jeunes gens astreints à l'examen prévu à l'art. 36 de la loi sur l'ens. prim. est dressé chaque année par la commission scolaire.

Ceux qui se présentent devant la commission fédérale du recrutement avant l'âge fixé par la loi militaire, doivent néanmoins se présenter aux examens de l'école complémentaire avec leur classe d'âge et suivre cette école si leur examen est insuffisant.

Art. 28. Les jeunes gens sont examinés sur les branches suivantes: 1° Lecture, 2° Composition, 3° Calcul oral et écrit, 4° Connaissances civiques (géographie, histoire et constitutions — examen oral seulement).

Art. 29. Ces examens sont appréciés d'après l'échelle suivante:

Lecture.

Note *1.* Lecture courante avec bonne accentuation et compte-rendu libre, juste au point de vue du fond et de la forme.

Note *2.* Lecture courante et compte-rendu suffisant.

Note *3.* Lecture quelque peu embarrassée; faible compréhension du sujet.

Note *4.* Lecture défectueuse; compte-rendu à peu près nul.

Note *5.* Ne sachant pas lire.

Composition.

Une courte lettre ou une petite description.

Note *1.* Travail correct, ou à peu près, au point de vue du fond et de la forme.

Note *2.* Composition satisfaisante quant au fond, mais avec quelques fautes.

Note *3.* Ecriture et style faibles; contenu cependant compréhensible.

Note *4.* Travail presque sans valeur au point de vue pratique.

Note *5.* Travail nul.

Calcul.

Problèmes concrets. Note moyenne du calcul mental et du calcul écrit, indiquée par un chiffre unique sans fraction.

Note *1.* Facilité dans les quatre règles, avec nombres entiers et fractions (fractions décimales y comprises); connaissance du système métrique et solution de problèmes correspondants tirés de la vie pratique.

Note *2.* Les quatre opérations avec nombres entiers, fractions simples.

Note *3.* Calcul de nombres entiers plus petits et problèmes plus faciles.

Note *4.* Addition et soustraction de petites quantités (pour le calcul écrit, au-dessous de 10,000). Connaissance élémentaire du livret appliquée au calcul mental.

Note *5.* Ignorance des chiffres et incapacité d'additionner de tête des nombres de deux chiffres.

Connaissances civiques.

Géographie, histoire et constitutions.

Note *1.* Intelligence de la carte de la Suisse et connaissance satisfaisante des faits principaux de l'histoire nationale et des constitutions cantonale et fédérale.

Note *2.* Réponses satisfaisantes à plusieurs questions dans ces trois domaines.

Note *3.* Connaissances élémentaires de la géographie, de l'histoire et de la constitution.

Note *4.* Réponses à quelques questions très élémentaires concernant la patrie.

Note *5.* Ignorance totale dans ces domaines.

Art. 30. Les jeunes gens qui auront obtenu une note *3* dans une seule branche seront astreints à la fréquentation soit de l'école complémentaire soit du cours spécial prévu au dernier alinéa de l'art. 39 de la loi sur l'ens. prim.

Art. 31. Le procès-verbal de l'examen est conservé aux archives de la commission scolaire; un double en est adressé au département immédiatement après l'examen.

Les jeunes gens astreints à la fréquentation du cours complémentaire sont avisés de l'ouverture de l'école par les soins de la commission scolaire.

Les contrevenants aux articles concernant la fréquentation et la discipline ainsi que ceux qui ne paraissent pas aux examens sont punis conformément aux dispositions des articles 36, 37 et 39 de la loi sur l'ens. prim.

Art. 32. Chaque commission scolaire désignera soit le chef de section militaire, soit une autre personne comme préposé à la surveillance de la classe, conformément à l'art. 37 de la loi.

Art. 33. A la clôture des cours, la commission scolaire procède à un examen et envoie au département de l'Instruction publique les résultats obtenus.

Art. 34. Chaque année, avant l'époque du recrutement, les inspecteurs des écoles ou les représentants du département de l'Instruction publique procèdent de concert avec les commissions scolaires à l'examen des jeunes gens qui seront appelés à se présenter devant la commission de recrutement dans l'année courante.

Art. 35. Les jeunes gens appelés à cet examen sont convoqués par avis officiel du département de l'Instruction publique, d'après la liste fournie par les autorités communales. Ils doivent se rendre au jour et à l'heure indiqués aux endroits désignés, sous la direction du préposé à la surveillance de l'école complémentaire de la commune de leur domicile et munis de leur livret scolaire.

Ils sont placés sous la discipline militaire.

La non comparution à ces examens sans motifs légitimes est punie de 24 heures d'arrêts. Les absents non excusés sont en outre astreints à la fréquentation du cours spécial prévu à l'art. 39 de la loi sur l'ens. prim.

Art. 36. Le jury d'examen est composé de trois membres nommés par le département de l'Instruction publique.

Art. 37. Les résultats de l'examen ainsi que les travaux écrits des recrues sont envoyés au département de l'Instruction publique qui les portera à la connaissance des commissions scolaires. (Art. 39 de la loi sur l'ens. prim.)

Chapitre VI. — Ecoles spéciales.

Art. 38. Les communes, d'accord avec le Conseil d'Etat, ouvrent dans les localités où le besoin s'en fait sentir:

a. des classes spéciales pour les enfants anormaux ou faibles d'esprit;

b. des classes gardiennes pour les élèves privés de surveillance;

c. des cours de perfectionnement pour les élèves libérés de l'école. (Art. 40 de la loi sur l'ens. prim.)

Chapitre VII. — Elèves.

A. Scolarité. Examens de sortie.

Art. 39. L'enfant qui atteint l'âge de 6 ans avant le 1er juillet entre à l'école publique (enfantine) à l'ouverture de l'année scolaire et il est obligé de la fréquenter régulièrement jusqu'à la clôture de l'année scolaire dans laquelle il a eu 14 ans révolus. (Art. 42 de la loi sur l'ens. prim.)

Art. 40. Au terme de leur scolarité primaire, les élèves passent, sous la surveillance des commissions scolaires et de délégués de l'Etat, un examen obligatoire de sortie. (Art. 43 de la loi sur l'ens. prim.)

Tous les élèves ayant atteint l'âge légal de libération, 14 ans au 30 avril, y compris ceux de l'enseignement privé, doivent se présenter à l'examen. Pourront aussi être admis à l'examen les élèves âgés de 14 ans révolus avant le 31 juillet de l'année courante, qui comptent huit années de scolarité et qui n'ont pas obtenu de dispenses dans les deux dernières années. (Art. 43 de la loi sur l'ens. prim.)

Seront également admis à l'examen de sortie, les élèves qui demandent leur admission à l'école secondaire avant l'âge de libération de l'école primaire. Un certificat spécial, au lieu du certificat d'études, leur sera délivré si leur examen est jugé suffisant.

Sont dispensés de l'examen tous les élèves retardés qui n'ont pu être promus dans les classes des deux dernières années scolaires. — Les élèves retardés sont mentionnés dans la statistique scolaire.

L'examen de sortie est facultatif pour les élèves qui fréquentent les écoles secondaires, mais les autorités scolaires communales veillent à ce qu'aucun élève ne quitte l'école secondaire avant d'avoir accompli les huit années de scolarité légale.

Art. 41. L'examen obligatoire de sortie a lieu devant un jury de 3 membres dont deux sont pris dans une commission élue par le département de l'Instruction publique et le troisième nommé par la commission scolaire.

Art. 42. A l'époque et dans les délais prescrits par le département de l'Instruction publique, chaque commission scolaire dresse le rôle des élèves astreints à l'examen.

Ce rôle porte: 1. Les nom, prénom et filiation des élèves. 2. La date de naissance, le lieu d'origine et le domicile. 3. Le nombre d'années de scolarité et le chiffre total des absences et congés obtenus pendant les deux dernières années d'école.

Art. 43. La date des examens est fixée par le département de l'Instruction publique. Les épreuves d'examens sont préparées par les soins de la commission prévue à l'art. 41 ci-dessus.

Art. 44. Ces examens ne sont publics que pour les membres des commissions scolaires et les titulaires des classes présentant des élèves à ces examens; les membres du jury ont seuls le droit de faire des communications aux élèves et d'apprécier leurs travaux.

Art. 45. Les épreuves d'examen sont les suivantes:

1. Langue française. Une dictée orthographique de 25 lignes au plus, tirée d'un auteur facile; le point final de chaque phrase est indiqué.

Le texte de la dictée est lu préalablement à haute voix, dicté, puis cinq minutes sont accordées aux candidats pour revoir leur travail.

2. Une rédaction d'un genre simple, comprenant une page au minimum (récit, lettre, etc.).

3. Lecture expliquée et grammaire.

4. Arithmétique pratique. — *a*. Solution raisonnée de 3 problèmes d'arithmétique. *b*. Solution de 3 ou 6 problèmes de calcul mental.

5. Arithmétique théorique. Questions sur la théorie de l'arithmétique et sur le système métrique.

6. Dessin. Dessin à 2 ou 3 dimensions; dessin d'objet usuel.

7. Ecriture. Une épreuve d'écriture en cursive, anglaise et ronde.

8. Histoire et géographie. Questions d'histoire nationale. Questions de géographie générale et de géographie de la Suisse.

9. Instruction civique. Questions sur l'instruction civique (pour les garçons).

9 bis. Ouvrages à l'aiguille. Travail de couture et de tricot (pour les filles).

L'examen d'ouvrages à l'aiguille sera fait un des jours qui précèderont les autres examens, afin que les jeunes filles ne soient pas dérangées dans leurs travaux écrits.

Art. 46. Les épreuves portent en tête et sous pli fermé, les nom et prénoms des élèves; ce pli n'est ouvert qu'après la correction des travaux et l'inscription des notes données pour chacun d'eux.

Art. 47. Dans les localités où le nombre des élèves l'exigera, les examens écrits auront lieu le matin et les oraux l'après-midi.

Art. 48. Il est accordé une heure au maximum pour chacune des épreuves de calcul, de composition, de dessin, d'écriture et des travaux à l'aiguille.

L'échelle d'appréciation va de 0 à 6.

Art. 49. Les élèves qui obtiennent une moyenne de 4 points par branche, sans avoir une note inférieure à 3 dans les branches se rapportant à la langue française et à l'arithmétique (calcul oral et écrit), recevront un certificat d'études.

Art. 50. Le procès-verbal de l'examen et les travaux des élèves sont transmis au département de l'Instruction publique, lequel, après avoir vérifié la régularité des opérations, délivre à qui de droit le certificat d'études.

B. Des dispenses et congés.

Art. 51. En dehors des vacances prévues à l'art. 34 de la loi (8 à 10 semaines) les commissions scolaires peuvent accorder des congés ou des dispenses spéciales aux élèves en vue des travaux agricoles; toutefois ces dispenses et ces congés

ne peuvent pas dépasser 10 semaines par année scolaire, dès le mois d'avril au 1er novembre de chaque année. (Art. 45 de la loi sur l'ens. prim.)

La durée des dispenses pour la garde du bétail ne pourra dépasser 3 semaines.

Ces dispenses pourront être renouvelées si les circonstances l'exigent; elles ne dépasseront jamais un total de dix semaines pendant l'année scolaire et ne seront accordées que par la commission scolaire de la commune neuchâteloise où sont domiciliés les parents des élèves.

Art. 52. Les absences se comptent par demi-journées. (Art. 53 de la loi sur l'ens. prim.)

Dix absences de demi-journée comptent pour une semaine de congé.

Toutes les absences, comme tous les congés accordés, doivent être inscrits dans le rôle de fréquentation de la classe et dans un carnet de fréquentation qui est remis à chaque élève.

Art. 53. Les élèves qui auront obtenu au total un minimum de cent congés d'une demi-journée pendant les deux dernières années de leur scolarité, ainsi que ceux qui reçoivent un enseignement privé doivent, s'ils n'obtiennent pas le certificat d'études, fréquenter régulièrement l'école pendant le semestre d'hiver suivant.

C. Du livret scolaire.

Art. 54. Chaque élève reçoit à son entrée dans l'école publique un livret scolaire dans lequel sont inscrits les renseignements relatifs à la scolarité, en particulier ses absences et ses mutations scolaires. (Art. 49 de la loi sur l'ens. prim.)

Le livret scolaire des élèves de l'enseignement privé reste entre les mains de la commission scolaire jusqu'à leur libération de l'école.

Art. 55. En cas de promotion, le livret régularisé est transmis immédiatement par l'instituteur au nouveau maître de l'élève. Si l'enfant change de localité, l'instituteur transmet le livret, également régularisé, avec l'adresse exacte du nouveau domicile de l'élève, au président de la commission scolaire de la commune dans laquelle il est allé se domicilier.

Si l'élève quitte le canton, son livret est adressé, avec l'indication de son nouveau domicile, au département de l'Instruction publique.

Art. 56. Ce livret est remis à l'élève à la fin de sa scolarité; il doit être conservé par les garçons pour être présenté aux examens de l'école complémentaire et aux examens pédagogiques des recrues.

Celui qui aura égaré son livret scolaire supportera les frais des démarches faites pour le reconstituer.

D. Bulletin scolaire.

Art. 57. Chaque élève reçoit également un bulletin dans lequel l'instituteur ou l'institutrice est tenu d'inscrire, au moins une fois par mois, une appréciation sommaire de la conduite et de l'application de l'élève. Les résultats des examens partiels organisés par les commissions scolaires sont aussi consignés dans ce bulletin. Cette dernière appréciation s'exprime au moyen de chiffres variant de 0 à 6.

Art. 58. Les livrets et les bulletins scolaires ainsi que les carnets de fréquentation font partie du matériel scolaire délivré gratuitement aux élèves.

E. Fournitures scolaires.

Art. 59. Les fournitures scolaires sont délivrées gratuitement par l'Etat à tous les élèves de l'école publique primaire. (Art. 61 de la loi sur l'ens. prim.)

Toutefois les parents peuvent rembourser la valeur du matériel fourni à leurs enfants, sur la base de la dépense moyenne par élève indiquée dans le tableau de l'exercice précédent.

Les élèves dont les parents sont domiciliés hors du canton paient sur les mêmes bases les fournitures scolaires qui leur sont délivrées.

Art. 60. Cependant lorsque ces élèves sont placés en échange et que leurs parents habitent un canton où les fournitures scolaires sont aussi délivrées

gratuitement aux élèves des écoles publiques, ils sont, à titre de réciprocité, dispensés du remboursement prévu à l'article précédent.

Art. 61. Si les élèves astreints au paiement de leur matériel scolaire font dans une école un stage d'une durée inférieure à une année ou ne reçoivent pas toutes les fournitures distribuées aux autres élèves de la classe, la somme qu'ils ont à rembourser est calculée au prorata du matériel qui leur à été délivré.

En pareil cas, la finance que doit payer un élève est de fr. 2 au minimum.

Art. 62. Les commissions scolaires établissent le rôle des élèves payants qui fréquentent leurs écoles.

Une fois par année et au plus tard pour le 15 novembre, elles adressent à l'économat du département de l'Instruction publique un extrait de ce rôle, soit le bordereau dûment visé et avec toutes indications utiles, des sommes qu'elles ont encaissées.

Lorsqu'il n'existe aucune inscription d'élève payant dans un ressort scolaire communal, ce fait est attesté sur le bordereau annuel qui doit être expédié, malgré cette circonstance, à l'économat du département de l'Instruction publique.

Art. 63. Les quotes-parts revenant de ce chef à l'Etat, soit les $^3/_5$ des sommes perçues, figurent sur le tableau général de la répartition des dépenses, publié à la fin de chaque exercice; elles sont ajoutées au montant annuel que chaque commune est appelée à rembourser à la caisse de l'Etat pour la fourniture du matériel scolaire gratuit.

Art. 64. Les élèves domiciliés dans le canton, quel que soit le ressort scolaire dont ils suivent les classes, reçoivent gratuitement les manuels et le matériel nécessaires. Il ne pourra être réclamé de ce chef aucune indemnité ni aux parents, ni à la commune du domicile des élèves.

Art. 65. La direction et la surveillance générale du service du matériel scolaire gratuit appartiennent au chef du département de l'Instruction publique, qui les exerce par le service de l'économat du département.

Art. 66. Le département de l'Instruction publique nomme tous les trois ans une commission consultative chargée de donner son préavis sur le choix, l'adjudication et le prix des fournitures scolaires.

Art. 67. L'économat du département de l'Instruction publique a entre autres attributions:

1. La mise au concours de la fourniture des manuels et du matériel scolaires.
2. La stipulation des contrats avec les adjudicataires.
3. La réception de toutes les demandes de matériel et leur envoi aux fournisseurs.
4. La tenue de la comptabilité générale du service et la mise à jour du tableau annuel de la répartition des dépenses entre l'Etat et les communes pour fournitures délivrées.
5. La surveillance générale de ce service et le contrôle de la comptabilité des dépôts scolaires communaux.

Art. 68. Le matériel scolaire se divise en matériel de classe et matériel individuel.

Le matériel de classe ne doit pas sortir de la salle d'école; il comprend les objets nécessaires à l'enseignement frœbelien, les manuels de lecture, les encriers et les objets destinés aux travaux féminins inscrits au programme officiel ainsi que toute autre fourniture rentrant dans cette catégorie en vertu d'une décision du département de l'Instruction publique.

Le matériel individuel comprend tous les autres manuels, ainsi que le matériel courant.

Art. 69. Les fournitures scolaires sont mises au concours dans la Feuille officielle. Chaque adjudication fera l'objet d'une convention entre l'économat du département de l'Instruction publique et les fournisseurs. Ces conventions mention-

neront les objets à fournir et leur prix, et porteront la signature du chef du département de l'Instruction publique.

Art. 70. Les livraisons de matériel et de manuels ne sont faites par les fournisseurs que sur les bons de commande de l'économat du département de l'Instruction publique.

Art. 71. L'administration locale du service du matériel est placée, dans chaque commune, sous la surveillance de la commission scolaire qui nomme un dépositaire chargé de la réception et de la distribution du matériel.

Cette nomination est soumise à la ratification du département de l'Instruction publique.

Art. 72. Au mois de janvier de chaque année, les dépositaires établissent, sur formulaire spécial, la liste du matériel et des manuels nécessaires aux écoles pour l'année scolaire suivante et l'adressent à l'économat du département de l'Instruction publique qui en fait exécuter l'expédition.

Avant le 1er septembre, les dispositaires complètent les fournitures qui peuvent leur manquer pour la période de l'hiver, et, à cet effet, envoient un nouveau formulaire spécial à l'Economat du département de l'Instruction publique.

Il ne sera fait d'expédition de matériel que d'après les demandes transmises dans ces deux mois de l'année.

Toute commande de matériel doit être contresignée par le président ou le délégué de la commission scolaire.

Art. 73. Les dépositaires accusent réception à l'économat du département de l'Instruction publique immédiatement après l'arrivée de chaque livraison.

Art. 74. Les dépositaires marquent du sceau de la commission scolaire les manuels reçus, puis remettent au personnel enseignant, contre récépissé, le matériel nécessaire aux élèves. Ils tiennent un compte d'entrée et de sortie des fournitures reçues et conservent comme pièces justificatives les avis d'expédition des fournisseurs, ainsi que les récépissés du personnel enseignant.

Cette comptabilité doit être constamment tenue à jour et se boucle, chaque année, le 31 décembre.

Art. 75. Il est interdit aux dépositaires de vendre aucun des objets fournis par le service du matériel.

Art. 76. Les instituteurs et les institutrices tiennent la comptabilité des objets qu'ils reçoivent du dépositaire sur un formulaire spécial du registre de classe.

La tenue de cette comptabilité a une durée correspondante à l'année scolaire; elle est placée sous le contrôle des commissions scolaires et des inspecteurs.

En cas de démission, l'instituteur ou l'institutrice fera vérifier à son successeur le matériel existant et décharge lui en sera donnée par le nouveau titulaire.

Art. 77. Les élèves n'ont droit qu'à la quantité normale de fournitures scolaires fixée par l'économat du département sur le préavis de la commission du matériel. Ils ne reçoivent qu'un seul exmplaire de chaque manuel.

Ces objets deviennent leur propriété à la fin de leur scolarité.

Si un élève quitte le canton ou l'école publique pour recevoir un enseignement privé, il est tenu de rendre tout son matériel scolaire à l'exception de ses cahiers, carnets, plumes et crayons et des manuels dont il est en possession depuis deux ans.

Art. 78. L'élève qui passe dans une autre classe emporte tous ses objets d'école.

Art. 79. Les élèves remplacent à leurs frais tout objet perdu ou détérioré par leur faute.

F. Bibliothèques scolaires.

Art. 80. Chaque localité doit posséder une bibliothèque scolaire. (Art. 62 de la loi sur l'ens. prim.)

Art 81. Les bibliothèques scolaires sont placées dans les collèges et soigneusement entretenues.

Le catalogue des livres ainsi que le registre des entrées et des sorties doivent être tenus continuellement à jour.

Les bibliothèques et ces registres sont placés sous le contrôle des commissions scolaires et des inspecteurs.

Dans la règle, les fonctions de bibliothécaire sont remplies par des membres du personnel enseignant.

Art. 82. Les bibliothèques scolaires sont mises gratuitement à la disposition des élèves.

Les règlements spéciaux sont sanctionnés par le département de l'Instruction publique.

Art. 83. Chaque année à fin décembre, un rapport sur formulaire spécial est adressé au département de l'Instruction publique.

Chapitre VIII. — Bâtiments scolaires.

(Voir instructions spéciales.)

Chapitre IX. — Personnel enseignant.

A. Brevet de connaissances.

Art. 84. Les candidats au brevet de connaissances doivent être âgés de 18 ans révolus au 31 juillet dans l'année où ils se présentent aux examens.

Art. 85. Il y a chaque année, dans le second trimestre, une session ordinaire d'examens pour l'obtention des brevets de connaissances; cette session est annoncée un mois à l'avance dans la Feuille officielle.

Il pourra aussi être prévu deux sessions dans les examens d'Etat pour les mêmes candidats, et cela à une année d'intervalle. Une session dans laquelle les candidats passent un examen oral sur les branches de moindre importance, et la seconde session dans laquelle les candidats sont astreints à des examens écrits et oraux sur les branches essentielles.

Les candidats qui ont échoué à une ou plusieurs épreuves orales sont admis à un examen complémentaire dans le courant du mois d'octobre de la même année.

Art. 86. Tout candidat est tenu de se faire inscrire au département de l'Instruction publique dans les délais fixés et de déposer à l'appui de sa demande d'inscription:

1. un extrait de son acte de naissance;
2. un certificat de moralité délivré par l'autorité compétente;
3. une pièce établissant que le candidat a fait des études sérieuses.

Art. 87. Le Conseil d'Etat nomme pour chaque période législative une commission chargée de procéder aux examens de capacité prévus à l'art. 74 de la loi.

Le département peut adjoindre aux jurys d'examen des experts spéciaux, notamment pour la pédagogie pratique, le chant, le dessin, la gymnastique et les travaux manuels pour les deux sexes.

Art. 88. L'examen se divise en épreuves écrites, en épreuves orales et en épreuves pratiques.

Art. 89. Pour les épreuves écrites, les candidats peuvent être groupés par séries sous la surveillance de membres de la commission.

Art. 90. Pour procéder aux examens, chaque jury doit être composé d'au moins trois membres.

Art. 91. Les sujets d'épreuves écrites sont choisis par le département de l'Instruction publique et sont remis sous plis cachetés aux jurys spéciaux chargés des examens. Ces plis sont ouverts en présence des candidats.

Art. 92. Les épreuves écrites sont examinées et jugées par les jurys spéciaux qui en transmettent les résultats au département de l'Instruction publique. Ce dernier établit le rôle des candidats admis aux épreuves orales.

Art. 93. Pour être admis aux épreuves orales, les candidats doivent obtenir une moyenne générale de 4 points dans les épreuves écrites et n'avoir aucun chiffre inférieur à 3.

Art. 94. Les épreuves écrites sont les suivantes:

1. Une dictée orthographique de $1^1/_2$ page soit de 40 ou 50 lignes imprimées, tirée d'un auteur classique. La ponctuation n'est pas dictée ($1^1/_2$ heure);
2. une composition française (3 heures);
3. une traduction d'un morceau d'allemand en français (aspirants);
4. la solution raisonnée de problèmes d'arithmétique, d'algèbre élémentaire et de géométrie ($2^1/_2$ heures) et de comptabilité (2 heures).

   Dans la fixation du chiffre définitif, les mathématiques comptent pour $^2/_3$ et la comptabilité pour $^1/_3$;
5. une page d'écriture comprenant des exemples des principaux genres: cursive, bâtarde et ronde ($1^1/_2$ heure);
6. un dessin d'ornement d'après un modèle en relief ou exécuté à la planche noire ou bien dessin d'après nature d'un objet usuel ($2^1/_2$ heures).

Art. 95. Les examens oraux ont lieu 15 jours au moins après les examens écrits.

Art. 96. Les épreuves orales sont les suivantes:

1. Arithmétique théorique appliquée aux opérations pratiques, tenue de livres et, pour les aspirants, notions d'algèbre, éléments de géométrie, arpentage, nivellement;
2. notions de physique, de chimie et d'histoire naturelle. Notions d'hygiène;
3. histoire de la Suisse et notions d'histoire générale;
4. géographie de la Suisse et géographie générale;
5. langue française: lecture raisonnée d'un morceau de prose ou de poésie;
6. grammaire et analyse. Littérature française: notions sommaires;
7. pédagogie: principes généraux. Didactique spéciale. Histoire de la pédagogie;
8. chant, théorie et solfège, et éventuellement violon, piano;
9. instruction civique (pour les aspirants);
10. économie domestique (pour les aspirantes). Epreuves pratiques;
11. gymnastique (aspirants);
12. travaux à l'aiguille: théorie et pratique (aspirantes);
13. travaux manuels (aspirants); facultatifs pour les aspirantes.

Tous ces examens sont basés sur les programmes détaillés des examens d'Etat.

Chacun de ces examens donne lieu à une interrogation qui peut porter sur une ou plusieurs des matières énumérées dans le paragraphe. Aucune de ces interrogations ne dure plus d'un quart d'heure.

A chaque examen correspond un chiffre donné conformément aux prescriptions de l'article 101 ci-dessous.

Chaque jury discute et choisit les questions qui sont adressées aux candidats.

Ces derniers ne peuvent être interrogés par un membre du jury qui les a préparés à cet examen.

Art. 97. Les aspirantes au brevet de connaissances pour l'enseignement dans l'école enfantine subissent, outre les épreuves indiquées aux articles 94 et 96 ci-dessus, un examen avec application pratique sur la méthode frœbelienne, les jeux et les procédés d'enseignement des diverses matières énumérées à l'article 26 de la loi sur l'ens. prim.

B. Brevet d'aptitude pédagogique.

Art. 98. Les candidats au brevet d'aptitude pédagogique doivent être âgés d'au moins 19 ans révolus au moment de leur examen et justifier qu'ils remplissent les conditions de stage prévues à l'article 75 de la loi sur l'ens. prim.

Art. 99. Les examens qui donnent droit à ce brevet portent sur les branches suivantes:

1. Une composition traitant un sujet pédagogique (tenue d'une classe, méthode procédés, moyens d'enseignement, etc.);
2. une leçon dont le sujet tiré au sort pourra être pris parmi les matières d'enseignement inscrites au programme de la classe;
3. une interrogation sur la pédagogique théorique et pratique, et sur les méthodes d'enseignement des différentes branches;
4. en outre, pour les institutrices d'écoles enfantines, une leçon tirée du programme frœbelien.

Art. 100. Le département de l'Instruction publique choisit les sujets d'épreuves écrites et désigne pour chaque session d'examen un jury dont fait partie de droit l'inspecteur de l'arrondissement.

Du jugement des épreuves.

Art. 101. Le jury apprécie la valeur de toutes les épreuves écrites et orales selon l'échelle de points suivante: 6 = très bien; 5 = bien; 4 = suffisant; 3 = médiocre; 2 = faible; 1 = très faible; 0 = nul.

Dans les appréciations faites par le jury, la fraction $^1/_2$ est seule autorisée.

Art. 102. Les fautes de grammaire et d'orthographe d'usage, d'accentuation, celles qui consistent dans l'emploi impropre des majuscules, ou l'oubli des cédilles et des traits d'union, les fautes de ponctuation sont laissées à l'appréciation du jury spécial de dictée.

Art. 103. Les membres du jury donnent leurs notes séance tenante; le résultat moyen devient la note définitive, et le procès-verbal en est transmis immédiatement au département de l'Instruction publique.

Art. 104. Le brevet est délivré au candidat qui a obtenu une moyenne générale de 4 au moins et aucun chiffre inférieur à 3.

Art. 105. Le candidat au brevet de connaissances qui a échoué dans un ou plusieurs examens oraux est admis à subir à nouveau ce ou ces examens dans le délai de 2 ans au maximum.

Le candidat au brevet d'aptitude pédagogique, qui a échoué dans un premier examen, ne peut plus être admis qu'à un seul examen, et cela à la fin de sa 3me année d'enseignement pratique. (Art. 75 de la loi sur l'ens. prim.)

Art. 106. Toute communication entre les aspirants pendant les épreuves, toute fraude ou tentative de fraude entraîne l'exclusion.

C. Nominations.

Examens de concours.

Art. 107. Les postes vacants sont pourvus à la suite d'un examen ou par voie d'appel.

L'appel ne peut être adressé qu'à des personnes dont la compétence est reconnue ou qui sont en possession du brevet d'aptitude pédagogique.

Les nominations par voie d'appel auront lieu après entente avec l'inspecteur de l'arrondissement. (Art. 79 de la loi sur l'ens. prim.)

Les instituteurs et les institutrices démissionnaires ou remplacés provisoirement pendant plus d'un mois, sont tenus d'en aviser immédiatement le département de l'Instruction publique.

Art. 108. Les instituteurs et les institutrices peuvent être appelés par promotion à un poste vacant du même ressort scolaire, quel que soit le nombre de leurs années de service.

Ces mutations, comme les nominations par voie d'appel, doivent toujours être faites d'entente avec l'inspecteur des écoles avant d'être soumises à la sanction du Conseil d'Etat.

Si l'entente n'a pu s'établir, l'examen de concours aura lieu.

Art. 109. Si l'examen de concours a été décidé en vue de pourvoir à un poste vacant, tous les postulants inscrits doivent être appelés à l'examen.

S'il survient une nouvelle vacance dans l'espace des six mois suivants, les commissions scolaires peuvent utiliser les résultats de cet examen de concours antérieur pour de nouvelles nominations. Les postulants seront nommés d'après le rang qu'ils ont obtenus à l'examen. (Art. 80 de la loi sur l'ens. prim.)

Art. 110. L'examen est essentiellement pratique; il peut porter sur toutes les branches du programme de l'école primaire et comprend au minimum une composition et une ou deux leçons pratiques. Eventuellement une leçon de travail à l'aiguille pour les aspirantes.

Le programme de l'examen est discuté au début de la séance par la commission scolaire et l'inspecteur de l'arrondissement.

Art. 111. Chacun des membres du jury ou de la commission apprécie par un chiffre sur une feuille ad hoc le résultat de l'examen pour chaque branche.

L'échelle des points va de 0 à 6, la fraction $^1/_2$ étant admise.

L'examen terminé, le classement des postulants est établi en tenant compte des résultats obtenus par chacun d'eux.

Art. 112. La commission nomme le ou les postulants qui ont obtenu les meilleurs résultats à l'examen.

Si la nomination n'est pas conforme aux résultats de l'examen, la commission en consigne les raisons dans le procès-verbal.

Art. 113. La nomination provisoire ou définitive doit se faire séance tenante et, en tout cas, le jour même de l'examen, à moins toutefois que ce dernier n'ait pas donné de résultats satisfaisants.

Les nominations ou promotions doivent être ratifiées par le Conseil d'Etat. (Art. 22 de la loi sur l'ens. prim.)

Art. 114. L'inspecteur contrôle ces diverses opérations et veille à ce qu'elles soient conformes à la loi et au règlement.

D. Obligations du personnel enseignant.

Art. 115. Le personnel enseignant doit s'efforcer d'atteindre le but de sa mission éducative, au moyen de son enseignement, du bon exemple et de la discipline.

L'instituteur et l'institutrice doivent à leurs fonctions et se doivent à eux-mêmes de travailler de toutes leurs forces à l'éducation populaire.

Ils ont le devoir d'augmenter leur culture pédagogique et leurs connaissances générales dans l'intérêt même de leur mission.

Art. 116. Tous mauvais traitements à l'égard des élèves et toute punition corporelle sont formellement interdits. (Art. 84 de la loi sur l'ens. prim.)

Les punitions doivent être en rapport avec l'âge et le caractère de l'enfant.

La retenue après la classe a pour but essentiel de réparer le temps perdu par l'élève. Elle ne doit jamais durer plus d'une heure. L'élève doit être surveillé pendant la retenue et occupé à un travail utile.

Les arrêts de plus longue durée pour cause d'indiscipline, sont infligés par la Commission scolaire ou son représentant.

E. Conférences du corps enseignant.

Art. 117. Le département de l'Instruction publique convoque en conférences cantonales ou de districts, au moins une fois par an, le personnel enseignant des écoles primaires et enfantines. (Art. 96 de la loi sur l'ens. prim.)

Art. 118. La convocation des intéressés se fait par la voie du Bulletin du département de l'Instruction publique. Tous les membres du Corps enseignant et les maîtres spéciaux de l'école primaire, sont tenus d'assister à ces conférences. En cas d'empêchement, les absents doivent se faire excuser.

Art. 119. Les sujets mis à l'étude des conférences sont choisis par le département de l'Instruction publique.

Il nomme, le cas échéant, des rapporteurs sur les questions mises à l'étude.

Les rapports des sections sont transmis au département de l'Instruction publique dans les délais prescrits; chaque rapport doit se terminer par les conclusions votées dans la conférence.

L'ordre du jour des conférences de districts pourra comprendre une leçon pratique sur un sujet tiré du programme primaire et annoncé à l'avance. Cette leçon sera donnée par un membre du personnel enseignant désigné par le président.

Art. 120. Les conférences de districts sont présidées par le Chef du département de l'Instruction publique qui peut se faire remplacer par l'Inspecteur de l'arrondissement.

Art. 121. La conférence de district nomme un ou des secrétaires chargés de la rédaction des procès-verbaux.

Art. 122. Les jours de congé nécessaires pour les conférences officielles doivent être accordés au corps enseignant par les commissions scolaires.

Chapitre X. — Inspection.

Art. 123. Afin d'assurer la bonne marche des écoles primaires, le canton est divisé en deux arrondissements d'inspection.

1er arrondissement: districts de Neuchâtel, de Boudry et du Val-de-Travers.

2me arrondissement: districts de Val-de-Ruz, du Locle et de La Chaux-de-Fonds. (Art. 97 de la loi sur l'ens. prim.)

Chaque inspecteur doit résider dans son arrondissement.

Art. 124. Les inspecteurs sont en rapport direct avec les commissions scolaires et le corps enseignant primaire pour ce qui concerne la fréquentation des écoles et l'enseignement proprement dit. Ils préavisent sur toutes les améliorations qui leur paraissent désirables. Ils assistent aux examens de concours et autant que possible aux examens des classes. (Art. 99 de la loi sur l'ens. prim.)

Art. 125. Les inspecteurs transmettent immédiatement au département de l'Instruction publique les affaires qui échappent à leur compétence et qui leur paraissent de nature à exiger soit des éclaircissements, soit une intervention effective de la part de l'autorité supérieure.

Le département règle les conflits qui pourraient s'élever entre les inspecteurs et les commissions scolaires.

Art. 126. Ils procèdent, lorsqu'ils le jugent nécessaire, à l'examen détaillé des classes et veillent d'une manière générale à ce que la loi et le règlement des écoles primaires soient observés.

Art. 127. Ils s'assurent par des examens que les élèves qui reçoivent un enseignement privé sont instruits conformément aux programmes prévus par la loi. (Art. 122 de la loi sur l'ens. prim.)

Art. 128. Ils surveillent l'organisation, le développement et le bon entretien des bibliothèques scolaires. (Art. 99 de la loi sur l'ens. prim.)

Ils contrôlent la comptabilité du matériel scolaire, tenue par les instituteurs et les institutrices.

Art. 129. Ils sont convoqués une fois par mois en conférence au département de l'Instruction publique pour y discuter les questions relatives à leur inspection ou mises à l'étude par le Chef du département.

Art. 130. Les inspecteurs doivent tout leur temps à leurs fonctions.

Ils ont droit à 4 semaines de vacances par année.

Chapitre XI. — Dispositions financières.

Art. 131. L'Etat contribue aux dépenses scolaires au moyen d'une allocation fixée par le Grand Conseil et calculée sur l'ensemble des traitements initiaux

fixés à l'art. 110 de la loi et payés aux instituteurs, aux institutrices et aux autres fonctionnaires de l'enseignement primaire énumérés à l'art. 112 de la présente loi. (Art. 102 de la loi sur l'ens. prim.)

Les fonctionnaires de l'enseignement primaire dont le traitement compte dans le calcul de l'allocation de l'Etat sont les directeurs et directrices, administrateurs, les secrétaires des commissions scolaires, préposés aux congés, dépositaires du matériel scolaire, bibliothécaires, surveillants de la fréquentation, secrétaires des écoles, maîtres et maîtresses spéciaux, médecins des écoles.

Art. 132. Les traitements initiaux du personnel enseignant sont payés régulièrement à la fin de chaque mois par le caissier communal.

La haute-paie est supportée par l'Etat. Elle est payée chaque trimestre par le département de l'Instruction publique. Il en est de même pour la haute-paie supplémentaire prélevée sur la subvention fédérale.

Le point de départ de la haute-paie pour chaque ayant droit est le 1er janvier ou le 1er juillet qui suit la date de son entrée en fonctions. (Art. 111 de la loi sur l'ens. prim.)

Art. 133. Les maîtres et maîtresses spéciaux qui reçoivent des communes, pour l'enseignement dans les classes primaires, des traitements égaux ou supérieurs à ceux prévus à l'art. 110 ont droit à la haute-paie allouée pour ancienneté de services. (Art. 112 de la loi sur l'ens. prim., 2me alinéa.)

Pour être mis au bénéfice de cette haute-paie, les maîtres spéciaux et les maîtresses spéciales, attachés à l'enseignement primaire, doivent donner au minimum 25 heures de leçons par semaine et recevoir pour cet enseignement un traitement annuel de fr. 2100 au minimum pour les maîtres spéciaux et fr. 1300 pour les maîtresses spéciales. Ils touchent la haute-paie aussi longtemps qu'ils remplissent ces conditions.

Les conditions de paiement et le point de départ de la haute-paie pour les maîtres spéciaux et les maîtresses spéciales sont les mêmes que pour les instituteurs et les institutrices.

Art. 134. Lorsqu'un fonctionnaire de l'enseignement est empêché de remplir ses fonctions pour cause de maladie, les communes paient, dès le huitième jour de maladie et pendant 90 jours de remplacement effectif au moins, les frais de remplacement.

L'Etat rembourse aux communes la moitié des frais qu'elles ont payés. (Art. 107 de la loi sur l'ens. prim.)

Les sociétés mutuelles de remplacement en cas de maladies, organisées par les instituteurs et les institutrices dans les communes ou les districts, et dont les statuts ont été sanctionnés par le Conseil d'Etat, pourront être subventionnées par l'Etat et les communes et chargées de la direction complète de ce service.

Les sociétés mutuelles de remplacement subventionnées, soumettent chaque année leurs comptes au département de l'Instruction publique.

Art. 135. Lorsqu'un membre du personnel enseignant tombe malade, la commission scolaire en avise dès le huitième jour le département de l'Instruction publique, en même temps qu'elle fait connaître le nom du remplaçant du titulaire malade.

Art. 136. Le remplaçant d'un membre du personnel enseignant empêché de remplir ses fonctions pour cause de maladie recevra les $^3/_4$ du traitement initial du titulaire malade.

Les remplaçants d'instituteurs ou d'institutrices en congé pour d'autres causes que la maladie, reçoivent le traitement initial complet.

Art. 137. La Confédération rembourse aux cantons les $^3/_4$ des frais résultant du remplacement des instituteurs publics appelés comme sous-officiers ou officiers à des cours d'instruction. (Art. 15 de la loi militaire du 12 avril 1907.)

Le dernier quart des frais est à la charge de la Commune.

Les communes qui auraient à se faire rembourser les frais de remplacement prévus ci-dessus, doivent adresser leur demande au département de l'Instruction

publique, en indiquant le montant des frais de remplacement et l'école d'officiers ou de sous-officiers fréquentée par l'instituteur remplacé.

Quant aux frais de remplacement des instituteurs appelés à une école de recrues ou à un cours de répétition et sur lesquels l'Etat paie le 50 %, les commissions scolaires indiquent ces dépenses dans leurs comptes annuels.

Art. 138. Les conférences cantonales sont convoquées à époques indéterminées et lorsque les circonstances ou l'étude de questions spéciales l'exigent.

L'Etat prend à sa charge les frais des conférences cantonales du personnel enseignant. (Art. 105 de la loi sur l'ens. prim.)

Art. 139. Le service de bibliothèque et les travaux d'administration scolaire seront spécialement rétribués pour le temps dépassant le maximum de 34 heures par semaine fixé par la loi. (Art. 114 de la loi sur l'ens. prim.)

Les heures consacrées à l'école complémentaire ne sont pas comptées dans le chiffre de 34 heures.

Art. 140. Les heures supplémentaires sont rétribuées sur la base de fr. 2 l'heure pour les instituteurs et fr. 1.50 pour les institutrices.

Art. 141. Les instituteurs qui dirigent les écoles complémentaires, ainsi que les cours spéciaux, sont rétribués à raison de fr. 2 par heure au minimum. Ce traitement est payé par les communes, qui reçoivent de l'Etat le 50 % de la dépense. (Art. 115 de la loi la sur l'ens. prim.)

Art. 142. Cette dépense est payée à la fin des cours par le caissier communal.

Le rôle des heures de leçons est envoyé après le dernier cours de l'année au département de l'Instruction publique qui le contrôle et envoie ensuite aux communes la somme due par l'Etat.

Art. 143. L'Etat contribue par des subsides:

1° A l'entretien des écoles spéciales (classes d'anormaux et d'arriérés pédagogiques);

2° à la distribution d'aliments et de vêtements aux élèves;

3° à l'organisation de cours de perfectionnement pour les élèves des écoles primaires.

Ces subsides sont fixés par le budget. (Art. 116 de la loi sur l'ens. prim.)

Art. 144. Les dépenses faites par les Eglises et les Commissions d'assistance en faveur des enfants pauvres, ne sont pas comprises dans la répartition des subventions.

Les commissions scolaires et les sociétés de bienfaisance qui font des dépenses en faveur d'élèves des écoles publiques, sont subventionnées par l'Etat.

Art. 145. Chaque année, les commissions scolaires et les sociétés de bienfaisance reçoivent du département de l'Instruction publique un formulaire qui doit contenir l'état des dépenses faites en faveur des élèves des écoles publiques.

Cette déclaration sert de base pour le calcul de la répartition de la subvention.

Art. 146. Dans le service des fournitures scolaires, la part des dépenses attribuées aux communes par l'art. 117 de la loi sur l'enseignement primaire est ensuite payée, par l'intermédiaire des Préfectures à la caisse de l'Etat.

Art. 147. L'Etat participe aux achats de livres pour bibliothèques scolaires, en allouant aux communes, une subvention fixée par le budget de l'Etat. (Art. 118 de la loi sur l'ens. prim.)

Art. 148. Chaque année les commissions scolaires envoient au département de l'Instruction publique qui le contrôle, l'état des dépenses, faites en faveur des bibliothèques scolaires.

Cet état sert de base à la répartition de la subvention.

Art. 149. L'Etat accorde aux communes qui organisent un enseignement de travaux manuels une subvention égale au 50 % des sommes dépensées pour traitements du personnel enseignant. (Art. 119 de la loi sur l'ens. prim.)

La subvention de l'Etat est basée sur le chiffre de fr. 2 l'heure de leçon.

Art. 150. A la fin de chaque année les commissions scolaires dressent l'état des traitements payés au personnel qui enseigne les travaux manuels aux élèves des classes primaires. Cet état des dépenses sert de base pour le calcul de la subvention due par l'Etat.

Le programme et l'horaire des cours sont joints à l'état des dépenses.

Chapitre XII. — Enseignement religieux.

Art. 151. Les commissions scolaires veillent à ce qu'aucune leçon de religion ne puisse entraver la marche régulière de l'école et à ce que l'ouverture de la classe ait lieu chaque jour à la même heure, le matin et l'après-midi.

Art. 152. Lorsque les instituteurs et les institutrices sont appelés par les églises à donner des leçons de religion à leurs élèves, ils ne doivent mentionner les points obtenus dans ces leçons, ni dans les registres ordinaires de l'école, ni dans les bulletins délivrés aux élèves; ils n'en tiendront pas compte non plus pour le placement ou la promotion de ceux-ci.

Art. 153. Les leçons de religion ne seront pas mentionnées à l'horaire officiel des leçons de l'école publique.

Chapitre XIII. — Dispositions finales.

Art. 154. Le règlement général pour les écoles primaires, du 5 juillet 1895, l'arrêté du 7 décembre 1907 revisant ce règlement, le règlement pour les inspecteurs des écoles primaires du 22 février 1890, et toutes autres dispositions contraires d'arrêtés, de règlements et de circulaires sont abrogés.

Art. 155. Le présent règlement est exécutoire dès le 1er mai 1909.

---

12. 11. **Programme d'enseignement pour les écoles enfantines et primaires du canton de Neuchâtel.** (Du 3 juillet 1908.)

I. Ecole enfantine.

Leçons de choses très simples et causeries morales. Exercices de langage et de lecture. Récitation de petites poésies.

Exercices intuitifs et très élémentaires de calcul.

Exercices préparatoires au dessin, au modelage, à l'écriture.

Jeux divers: gymnastique, marches, rondes et chants.

II. Ecole primaire.

1. Langue française.

1re année. — Etude des mots accessibles à l'intelligence de l'enfant présentés dans les leçons de choses, causeries, lectures: noms, — adjectifs, — verbes, — et mots invariables usuels. Etude élémentaire du nom et de l'adjectif; accord en genre et en nombre. — Du verbe. — Etude successive des trois personnes du singulier de verbes usuels au présent d'abord, puis à l'imparfait, puis au futur.

Exercices oraux et écrits d'invention et d'orthographe. Les élèves doivent savoir reconnaître le nom — l'adjectif — le verbe — le genre et le nombre.

Lecture et exercices de mémoire.

2me année. — Extension du programme de 1re année. — Familles de mots, contraires. Eléments.

Accord en genre et en nombre du nom et de l'adjectif. — Verbe. — Récapitulation des trois personnes du singulier des verbes et des temps étudiés en 1re année. — Etude successive des trois personnes du pluriel.

Exercices oraux et écrits d'invention et d'orthographe.

Idée de la proposition simple et de ses éléments principaux, sujet et verbe.

Lecture et exercices de mémoire.

3me année. — Extension du programme précédent. — Homonymes usuels.

Principales formes du genre et du nombre dans les noms et dans les adjectifs. — Adjectifs qualificatifs et déterminatifs. — Pronoms personnels sujets. — Etude du verbe aux temps étudiés en 1re et 2me années — plus le parfait (forme directe), le conditionnel et l'impératif. — Mots invariables usuels appris par l'usage.

Exercices oraux et écrits d'invention, de composition et d'orthographe.

Analyse de la proposition simple.

Lecture et exercices de mémoire.

4me année. — Extension du programme précédent. — Mots invariables.

Nom — adjectif — pronom — verbe au point de vue de l'accord.

Etude du prétérit et des temps composés avec l'auxiliaire être, puis avec l'auxiliaire avoir. — Plus-que-parfait — futur antérieur et au passé du conditionnel.

Exercices oraux et écrits d'invention et d'orthographe en rapport avec les leçons de grammaire et de vocabulaire.

Rédaction sur des sujets simples: — Lettres familières. — Petits comptes-rendus de lectures. — Résumés de leçons.

Analyse complète de la proposition simple.

Lecture et exercices de mémoire.

5me année. — Extension du programme de l'année précédente. Mots variables et mots invariables. — Classification.

Verbes réguliers usuels dans tous les temps (radical et terminaison).

Verbes irréguliers usuels. — Compléments du verbe. — Etude des participes passés avec avoir. — Règle générale.

Mots invariables, leur emploi et leur rôle dans la phrase.

Analyse des termes de la proposition au point de vue de leur nature et de leur fonction.

Exercices oraux et écrits d'invention et d'orthographe.

Rédactions diverses. — Lettres. — Narrations et descriptions. — Comptes-rendus de lectures résumés de leçons.

Lecture et exercices de mémoire.

6me année. — Extension du programme de l'année précédente. — Composition et dérivation. — Synonymes.

Etude de la proposition composée.

Exercices oraux et écrits d'invention et d'orthographe.

Rédactions diverses. — Lettres. — Narrations et descriptions. — Comptes-rendus et résumés de leçons.

Lecture et exercices de mémoire.

7me annnée. — Le programme de cette année est la récapitulation et l'extension si possible du programme de 6me année suivant les conditions locales.

2. Arithmétique.

1re année. — Numération concrète jusqu'à 50. — Présentation des unités métriques — le mètre, — le kilogramme, — le litre, — le franc.

Calcul mental et écrit sur les quatre opérations avec les nombres de 1 à 20.

Solutions de petits problèmes à une seule opération.

Revision des formes géométriques étudiées à l'école enfantine.

Nota. — La table de multiplication sera étudiée chaque année.

2me année. — Numération jusqu'à 100. — Notions concrètes sur les fractions $^1/_2$, $^1/_3$ $^1/_4$, $^1/_8$.

Calcul mental. — Les quatre opérations avec des nombres de 1 à 20.

Calcul écrit. — Les quatre opérations avec des nombres de 1 à 100. — Divisions avec un chiffre au diviseur.

Solutions de petits problèmes pratiques, à une et deux opérations se rapportant à la vie de l'enfant, au ménage, etc.

3me année. — Numération jusqu'à 10,000.

Calcul mental. — Petits problèmes sur des nombres allant de 1 à 100.

Nombreux exercices sur les quatre opérations. — Etude concrète des frations décimales jusqu'à centièmes. — Nécessaire métrique. — Sous-multiples usuels du mètre, — du litre, — du franc.

Calcul écrit. — Solutions de problèmes pratiques à opérations combinées sur des nombres entiers et décimaux — à l'exclusion de la division décimale.

Dessiner sur dimensions données des figures géométriques étudiées.

4me année. — Revision des notions étudiées.

Numération jusqu'à 100,000 et jusqu'aux millièmes.

Etudes des unités métriques — le mètre — le litre — le franc — le gramme — avec leurs multiples et leurs sous-multiples.

Calcul mental. — Problèmes simples et combinés sur des nombres allant de 1 à 100, avec fractions décimales.

Nombreux exercices sur les quatre opérations.

Calcul écrit. — Solutions de problèmes pratiques à opérations combinées sur les nombres entiers et décimaux.

Notes et factures. — Comptes de ménage.

Continuation des exercices sur les notions géométriques acquises.

5me année. — Revision des parties du système métrique étudiées. — Mesures de surface — are — multiples et sous-multiples. — Notions élémentaires sur les nombres complexes (mesure du temps).

Etude élémentaire des fractions ordinaires, leur transformation en fractions décimales et vice-versa. — Caractères de divisibilité par 2, 3 et 5.

Règle de trois. — Calcul du pour cent. — Remises.

Compte de caisse. Doit—avoir.

Exercices et problèmes de calcul mental et écrit en rapport avec les choses étudiées.

Toisé. — Surface du carré, rectangle, triangle.

6me année. — Revision et développement du programme parcouru.

Mesures de volume. — Application de la règle de trois à l'intérêt, à l'escompte, au partage. — Moyennes.

Exercices et problèmes de calcul mental et écrit.

Balance d'un compte. — Géométrie et toisé. — Mesure de la circonférence et surfaces diverses étudiées précédemment plus celle du trapèze et du cercle, et d'autres polygones réguliers. — Echelle de réduction. — Volume du cube, du parallélipipède et du cylindre.

7me année. — Le programme de cette année est la récapitulation et l'extension si possible du programme de 6me année.

3. Connaissances civiques.

A. *Géographie.*

1re année. — Promenades avec causeries sur le lieu natal et la région.

2me année. — Promenades; causeries sur la région — le district et le canton. — Croquis au tableau noir pour conduire à la lecture des cartes géographiques.

3me année. — Etude du canton. — La Suisse. — Cantons et chefs-lieux des cantons — fleuves — vallées qu'ils arrosent et lacs qu'ils forment.

4me année. — Revision du programme précédent. — La Suisse physique et politique — à grands traits.

Etats d'Europe touchant à la Suisse — villes principales et productions essentielles. — Le globe terrestre. — Les cinq continents et les océans.

5me année. — Revision des faits étudiés précédemment.

Autres grands pays de l'Europe — l'Amérique.

Notions élémentaires sur la terre — la lune — les années — les lunaisons — les saisons.

6me année. — Revision des faits étudiés précédemment. l'Asie — l'Afrique — l'Océanie.

Notions élémentaires sur le système solaire.

7me année. — Revision générale et extension si possible du programme de 6me année.

B. *Histoire.*

4me année. — Etude élémentaire de l'histoire de la Suisse de 1292 à 1513.

5me année. — Continuation de cette étude élémentaire de 1513 à 1798.

6me année. — Histoire contemporaine de la Suisse et du canton jusqu'à nos jours, — avec les faits d'histoire générale qui s'y rapportent.

7me année. — Revision du programme parcouru. — Histoire des origines de la Suisse. — Les grandes étapes de la civilisation.

C. *Instruction civique* (garçons).

5me année. — Organisation de la commune et du canton.

Droits et devoirs du citoyen.

6me année. — Revision des matières étudiés en 5me année. — Formes de gouvernement. — Constitution de la Confédération suisse. — Les trois pouvoirs. — Impôts. — Postes et douanes. — Militaire.

7me année. — Revision générale et extension si possible du programme de 6me année.

4. Sciences naturelles.

1re année. — Leçons de choses sur quelques plantes utiles et les animaux domestiques.

2me année. — Leçons de choses. — Continuation du programme précédent.

3me année. — Leçons de choses. — Minéraux usuels. — Quelques plantes utiles; quelques plantes nuisibles.

4me année. — Leçons de choses. — Animaux utiles et aninaux nuisibles.

5me année. — Le corps humain. — Quelques faits de physique élémentaire.

6me année. — Continuation du programme parcouru. — Eléments d'hygiène et d'économie domestique.

7me année. — Extension si possible du programme de 6me année.

5. Ecriture.

1re et 2me années. — Etude des premiers éléments.

3me et 4me années. — Etude de l'écriture fine et moyenne.

5me et 6me années. — Continuation du programme précédent. — Etude d'écriture ronde. — Exercices combinés des différents genres d'écriture étudiés.

7me année. — Extension si possible du programme de 6me année.

6. Dessin.

1re année. — Reprise des exercices de l'école enfantine pendant les premiers mois. Ligne droite et ligne courbe. Feuilles et fruits de formes simples.

Arrangement décoratif simple.

2me année. — Extension du programme de 1re année.

3me année. — Lignes courbes. Feuilles et fruits. Application décorative élémentaire.

4me année. — Développement des exercices précédents. Recherche géométrique de la forme générale. Décoration adaptée à une forme carrée ou rectangulaire.

5me année. — Extension du programme précédent. Etude d'objets dérivant du cylindre. Dessin libre appliqué à la rédaction, à la géographie, à l'histoire, à l'arithmétique et aux travaux féminins.

6me année. — Développement des exercices précédents. Perspective d'observation. Application décorative à des sujets divers. Dessin mathématique. Croquis cotés à main levée.

7me année. — Le programme de cette année est l'extension du programme de 6me année.

Dans tous les degrés le dessin libre et l'emploi de la couleur sont facultatifs, mais vivement recommandés.

7. Chant.

1re année. — Rythme: Mesures $^2/_3$ et C ; 𝅗𝅥 𝅗𝅥 𝅝

Intonation: de *do* à *sol* par mouvement conjoint;

intervalles suivants:

Chant: Rondes; chants à une voix.

2me année. — Rythme: Mesure à $^3/_4$; 𝅗𝅥. ; 𝄽 ; 𝅝 , 𝅝 ; levée.

Intonation: de *do* à *do* par mouvement conjoint;

intervalles suivants:

Chant: Rondes; chants à une voix.

3me année. — Rythme: Liaison; syncope.

Intonation: intervalles suivants:

Chant: Chants; canons à 2 voix.

4me année. — Rythme: ♪

Intonation: de *si* à *ré* par mouvement conjoint;

intervalles suivants:

Chant: Chants à 2 voix.

5me année. — Rythme: Mesures à $^6/_4$, $^3/_8$ et $^6/_8$; 𝅘𝅥𝅮𝅘𝅥𝅮𝅘𝅥𝅮𝅘𝅥𝅮 ; 𝅗𝅥. ; contretemps.

Intonation: Quelques notes altérées (♯ ♭).

Chant: Chants à 2 voix; canons à 3 voix.

6me et 7me années. — Rythme:

Lecture:

Intonation: de *si* à *mi*

Sol majeur; la mineur; fa majeur.

Chant: Chants à 2 et 3 voix.

8. Gymnastique.

Garçons.

1re et 2me années. — Exercices libres sans engins à raison d'une demiheure par jour. — Jeux.

3me et 4me années. — Voir 1re, 2me années du Manuel de gymnastique pour l'instruction militaire de la jeunesse suisse.

Exercices d'ordre et de marche.

Exercices libres. — Exercices préliminaires.

Exercices aux engins: saut, grimper, reck, poutre d'appui, barres parallèles.

5me, 6me et 7me années. — Voir 3me et 4me années du Mannuel de gymnastique. — Exercices d'ordre et de marche.

Exercices libres. — Exercices préliminaires avec cannes.

Exercices aux engins: Développement des exercices de 3me et 4me années.

Filles.

1re et 2me années. — Exercices libres des bras, des jambes et du torse: chaque jour dans la salle de classe entre deux heures de leçons consécutives. — Jeux. — Rondes mimées. — Attitudes.

3me et 4me années. Exercices d'ordre et de marche. — Exercices libres des bras, des jambes et du tronc. — Exercices aux engins de suspension et d'appui, bancs, poutrelles et longue corde. — Rondes et jeux.

5me, 6me et 7me années. — Exercices d'ordre. — Exercices libres et avec cannes en bois ou accessoires. — Engins de suspension et d'appui. — Sauts. — Rondes et jeux. — Promenades.

9. Travaux à l'aiguille (filles).

1re année. — Tricot. — Premiers exercices de la maille à l'endroit et à l'envers. — Bande à l'endroit et à l'envers avec couture et côtes. — Une jambe de bas sans bande ni talon.

Couture. — Exercices de points sur étamine; point devant, de côté, arrière et surjet.

2me année. — Tricot. — Apprentissage de la bande et du talon (plusieurs exercices). — Confection d'un bas.

Couture. — Exercices de couture sur toile D. F. avec coton de couleur, puis sur toile écrue. — Ourlets et surjets. — Point de croix sur étamine. — Confection d'une poche à ouvrages.

3me année. — Tricot. — Apprentissage du montage des mailles d'un bas. — Confection d'un bas. — Raccommodage de bas à l'endroit.

Couture. — Exercices de coutures à droit fil: ourlets, surjets et couture anglaise. — Confection d'un tablier. — Alphabet facultatif.

4me année. — Tricot. — Un bas. — Raccommodage des bas: clairs dans le tricot à côtes avec couture.

Couture. — Etude de la couture rabattue droit fil et en biais. — Alphabet au point de croix. — Confection d'une chemise.

5me année. — Tricot. — Une paire de bas comme ouvrage secondaire. — Raccommodage de bas: répétition des clairs et trou à l'endroit.

Couture. — Pièces posées à surjets à un ou deux angles. — Poignet à couture intérieure. — Exercice du point de boutonnière. — Confection d'un pantalon.

6me année. — Tricot. — Entage d'une paire de pieds de bas ou du talon sur pièce tricotée par l'élève. — Raccommodage de bas: trou dans le tricot à côtes et avec couture.

Couture. — Raccommadages de tous genres — sur lingerie et vêtements usagés. — Poignet avec points de posure — barrette faufilée. — Boutonnières et ganses. — Pièces à quatre angles avec couture rabattue. — Confection d'une chemise avec poignet. — Prise de mesures. — Exercices facultatifs de travaux au crochet et de points d'ornementation.

7me année. — Le programme de cette année est la revision du programme de 6me année.

Répartition de l'enseignement dans l'horaire hebdomadaire des leçons.

I. Ecoles enfantines.

Exercices de langage, lecture (leçons de choses, causeries)	4 heures
Exercices intuitifs de calcul (bâtonnets, boutons)	4 „
Exercices préparatoires au dessin, au modelage, à l'écriture (tissage, broderie, anneaux, etc.)	4 „
Jeux divers, promenades, marches, rondes, etc.	8 „
Total	20 heures

II. Ecoles primaires.

Branches	1re et 2e années		3e et 4e années		5e, 6e et 7e années	
	Garçons	Filles	Garçons	Filles	Garçons	Filles
Langue française	12 h.	12 h.	13 h.	12 h.	13 h.	12 h.
Arithmétique (calcul mental et écrit)	6 „	6 „	9 „	6 „	7 „	5 „
Connaissances civiques:						
Géographie			1 „	1 „	1 „	1 „
Histoire			1/2 „	1/2 „	1 „	1 „
Instruction civique					1/2 „	
Sciences naturelles (leçons de choses, hygiène, antialcoolisme)	1 „	1 „	1 „	1 „	1 „	1 „
Economie domest. (filles)				1/2 „		1 „
Ecriture [1])	1/2 „	1/2 „	1 „	1 „	1 „	1 „
Dessin	1 „	1 „	2 „	2 „	2 „	2 „
Chant [2])	1/2 „	1/2 „	1 „	1 „	1 „	1 „
Gymnastique [3])			1 1/2 „	1 „	2 1/2 „	1 „
Travaux à l'aiguille		4 „		4 „		4 „
Totaux	21 h.	25 h.	30 h.	30 h.	30 h.	30 h.

[1]) Les leçons de langue française et de calcul écrit donnent lieu chaque jour à des exercices d'écriture.
[2]) Les élèves chantent chaque jour en classe.
[3]) Des exercices de gymnastique se font chaque jour en classe et hors de classe dans le degré inférieur.

La répartition ci-dessus peut être modifiée par l'introduction à l'horaire de leçons de gymnastique pour filles et de leçons d'allemand et de travaux manuels.
Les horaires et plans d'enseignement doivent être sanctionnés par le Département de l'Instruction publique. (Art. 34 du Règlement général.)

13. 12. **Règlement des écoles enfantines du canton de Genève.** (Du 2 février 1909.)

Chapitre Ier. — Organisation.

Art. 1er. L'école enfantine est destinée à recevoir les enfants dès l'âge de 3 ans révolus.

Dans certains cas, les conseils municipaux pourront, après en avoir obtenu l'autorisation du département de l'Instruction publique, ne recevoir les enfants à l'école enfantine qu'à partir de l'âge de 4 ans.

Cette mesure ne peut avoir qu'un caractère exceptionnel et provisoire.

Art. 2. Les écoles enfantines sont gratuites et admettent les enfants des deux sexes. Les fournitures scolaires sont délivrées gratuitement.

Art. 3. Le conseil administratif, pour la ville de Genève, les maires et les adjoints, pour les autres communes, sont tenus de prêter leur concours au département de l'Instruction publique:

1. En veillant à ce que les enfants astreints à l'enseignement obligatoire suivent régulièrement l'école à laquelle ils sont inscrits, et en signalant ceux qui ne reçoivent aucune instruction;
2. en s'assurant que les prescriptions contenues dans la loi et les règlements sont mis à exécution, notamment en ce qui concerne la régularité des heures de classe, les motifs des absences trop fréquentes, l'état sanitaire des enfants, l'ordre et la bonne tenue des classes, l'état moral et la propreté des élèves.

Dans la ville de Genève et dans les communes de Carouge, Plainpalais, Eaux-Vives et Petit-Saconnex, cette surveillance s'exerce, concurremment avec le conseil administratif, ou les maires et les adjoints, par une délégation du conseil municipal, nommée chaque année par ce corps. Dans toutes les autres communes, cette surveillance peut aussi s'exercer par une commission choisie dans le sein du conseil municipal.

L'autorité municipale est tenue de signaler au département toutes les infractions d'une certaine gravité aux lois et règlements. (Loi, art. 74.)

Art. 4. Le nombre des élèves d'une classe ne doit pas d'une manière permanente dépasser le chiffre de 40. (Loi, art. 32.)

Art. 5. Les demandes d'admission des élèves sont reçues par le conseil administratif de la ville de Genève, et par le maire ou son représentant dans les autres communes; il est délivré des cartes d'admission sur lesquelles sont indiqués: 1. les nom et prénom de l'enfant; 2. la date exacte de sa naissance; 3. sa nationalité; 4. son domicile.

Chaque carte devra être signée par un médecin qui aura constaté que l'enfant est vacciné et qu'il n'est atteint d'aucune maladie contagieuse.

Art. 6. Aucun enfant reconnu idiot, sourd, muet, aveugle ou atteint d'une maladie contagieuse ou repoussante ne peut être admis dans les écoles enfantines. Le département pourra exclure de l'école un élève dont la présence dans une classe constitue un danger pour ses camarades.

Art. 7. Les entrées à l'école enfantine ont lieu trois fois par an; à la rentrée des vacances d'été, du Nouvel-An et de Pâques.

Art. 8. Les écoles sont ouvertes tous les jours, sauf le jeudi, de $8^1/_4$ à 11 heures le matin et de $1^1/_2$ heure à 4 heures l'après-midi. L'entrée en classe est retardée de $^1/_4$ d'heure le matin pendant les mois de décembre et janvier.

Dans les communes rurales, sur la demande des autorités municipales, les écoles peuvent être ouvertes de $7^1/_4$ à 11 heures et de $1^1/_2$ à 3 heures.

Art. 9. Les leçons ont lieu de 9 à 11 heures et de 2 à 4 heures; avec une demi-heure de jeux, de chant et de gymnastique le matin et l'après-midi.

Art. 10. Le jour de congé hebdomadaire est fixé au jeudi. Les congés de Pâques, d'été, d'automne et du Nouvel-An coïncident avec ceux des écoles primaires.

Art. 11. Les fonctionnaires doivent se trouver à l'école au moins cinq minutes avant l'heure réglementaire. Elles doivent veiller à la discipline extérieure, soit aux heures d'entrée et de sortie, soit pendant les récréations.

Art. 12. Chaque classe de l'école enfantine est tenue par une maîtresse ou une sous-maîtresse.

Art. 13. Lorsque le nombre des élèves d'une classe dépasse d'une manière permanente le chiffre de 40, la maîtresse doit être secondée par une sous-maîtresse. Si le local est trop exigu, il sera procédé au dédoublement de la classe.

Art. 14. Dans les écoles rurales, les enfants de 3 à 7 ans peuvent être réunis dans une seule classe. Dans les écoles de la ville de Genève et des communes suburbaines, les enfants sont répartis dans différentes classes suivant leur âge et leurs capacités.

Art. 15. L'école enfantine rurale peut comprendre à titre provisoire la première année primaire, lorsque la classe primaire a un trop grand nombre d'élèves et qu'un dédoublement est impossible.

La maîtresse reçoit dans ce cas une indemnité en plus de son traitement.

Art. 16. Les leçons dites répétitions sont interdites.

Chapitre II. — ***Personnel enseignant.***

Art. 17. Toute personne postulant les fonctions de maîtresse ou sous-maîtresse dans les écoles enfantines du canton de Genève est astreinte à subir des examens et un concours et à faire un stage conformément aux prescriptions du règlement édicté à cet effet.

Art. 18. Les classes enfantines sont dirigées par des maîtresses ou sous-maîtresses qui sont nommées par les autorités communales sous réserve de l'approbation du Conseil d'Etat. Celui-ci peut révoquer ces fonctionnaires. (Loi, art. 49.)

Art. 19. Les maîtresses et sous-maîtresses doivent posséder le certificat d'aptitude à l'enseignement dans les écoles enfantines. Leur tâche est de donner l'éducation morale, intellectuelle et physique que réclament l'âge, la force et le degré de développement des enfants.

Elles inculquent aux enfants de bons principes et de bonnes habitudes.

Elles sont tenues de se conformer dans leur enseignement au programme et aux méthodes adoptés par le département.

Elles veillent au bon ordre de l'école, et s'assurent chaque jour de l'état de propreté et de santé des enfants.

Dans toutes les circonstances, par leur tenue, leur langage, leurs manières, les maîtresses doivent donner l'exemple de personnes d'une haute valeur morale, et connaissant à fond les devoirs qui incombent à des éducatrices de l'enfance.

Il leur est interdit de se livrer pendant les heures d'école à une occupation étrangère à leurs devoirs scolaires.

Art. 20. Dans les écoles qui comprennent un certain nombre de classes, la surveillance générale est confiée à une des maîtresses qui porte le nom de maîtresse principale. Elle est chargée de tout ce qui concerne le bon ordre et la discipline dans le bâtiment d'école.

Elle veille à l'application du règlement en ce qui concerne les heures d'arrivée, de sortie, de récréation. Elle reçoit les billets d'inscription des élèves et répartit ces derniers dans les différentes classes.

Les parents lui adressent leurs réclamations.

En cas d'absence imprévue d'une fonctionnaire, elle prend les mesures nécessaires afin que les élèves ne restent pas sans surveillance et avertit immédiatement l'inspectrice.

La maîtresse principale envoie chaque mois la statistique de l'école au département et, à la fin de l'année scolaire, le relevé du total des inscriptions.

Art. 21. Chaque école est pourvue des registres suivants: 1. Un registre général d'inscriptions tenu par la maîtresse principale; 2. un registre d'inscriptions pour chaque classe; 3. un registre d'appel.

La maîtresse doit tenir collection par ordre de date des lettres, circulaires et arrêtés concernant l'école et qui lui sont adressés soit par le département soit par l'autorité municipale.

Chapitre III. — Inspection.

Art. 22. Les écoles enfantines sont placées sous la surveillance d'une inspectrice qui s'assure que l'enseignement est donné conformément au programme et aux méthodes adoptés par le département.

Elle est chargée de l'instruction pédagogique des stagiaires.

Chapitre IV. — Propreté, hygiène.

Art. 23. Les parents doivent envoyer leurs enfants à l'école dans un état parfait de propreté; la surveillance la plus stricte sera exercée à cet égard. Les enfants malpropres seront renvoyés et les parents mis dans l'obligation de les laver et de nettoyer leurs vêtements.

Art. 24. L'enfant amené à l'école dans un état de maladie ne sera pas reçu. S'il tombe malade dans le courant de la journée, la maîtresse le fera reconduire chez ses parents.

Art. 25. L'enfant atteint de maladie contagieuse est immédiatement renvoyé chez ses parents; ses frères et sœurs ne sont reçus à l'école que sur la présentation d'un certificat de médecin constatant que leur présence ne fait courir aucun risque aux autres enfants.

Art. 26. Dès qu'il se manifeste une maladie contagieuse ou épidémique, la maîtresse en informe le département.

Art. 27. Chaque école doit être pourvue d'une boîte contenant quelques produits pharmaceutiques nécessaires en cas d'indisposition subite ou de blessures. Le matériel de secours sera organisé d'après les instructions fournies par le département.

Dans chaque école de la ville et de la banlieue, il doit y avoir un fauteuil de sangle pour y étendre les enfants indisposés ou blessés.

Art. 28. Les classes enfantines sont visitées périodiquement par les médecins désignés à cet effet; leurs rapports sont adressés au département de l'Intérieur et transmis au département de l'Instruction publique.

Art. 29. Les écoles, locaux et dépendances doivent être tenus dans un état constant de propreté et de salubrité par les soins de l'autorité communale. Deux fois par semaine, les classes seront balayées toutes fenêtres ouvertes; les salles de jeux et les escaliers le seront chaque jour. Ce nettoyage se fera par voie humide (sciure, torchons, etc.).

Art. 30. Un nettoyage complet doit être effectué trois fois par année pendant les vacances.

Art. 31. Ce nettoyage consiste en un récurage minutieux des planchers et des W.-C. ainsi qu'en un lavage des pupitres, des bancs et des fenêtres.

Art. 32. Les W.-C. doivent être pourvus d'eau et sont nettoyés chaque jour.

Art. 33. Les abords de l'école doivent être propres; la maîtresse veillera à ce qu'il n'y ait aucun dépôt malsain aux environs.

Art. 34. Chaque école doit être pourvue des ustensiles nécessaires au balayage, ainsi que d'une cuvette et de savon.

Art. 35. Dans les classes où il y a un poële, la maîtresse doit avoir à sa disposition un récipient pour le combustible. Lorsque le thermomètre sera au-dessous de 10° C. à l'ouverture de la classe, la maîtresse avertira le département.

Elle inscrit chaque jour sur une feuille destinée à cet effet les degrés de température à 8 heures, à 11 heures, à 1 heure et demie et à 4 heures.

Si le chauffage ne se fait pas dans de bonnes conditions, la maîtresse est tenue de présenter dans le plus bref délai ses réclamations au département.

Chapitre V. — **Congés, remplacements.**

Art. 36. Les maîtresses ne peuvent interrompre leur enseignement que pour cause de santé ou pour un autre motif grave, auquel cas elles informent immédiatement l'inspectrice de la cause de leur absence. Dans les écoles où il y a plusieurs classes. la maîtresse principale doit être avisée en même temps.

Art. 37. Dans le cas de maladie dûment constatée par un certificat médical, le département peut accorder trois mois de congé sans retenue sur le traitement.

Art. 38. Dans la règle, si le congé dure plus de trois mois, une retenue de 2 fr. par jour scolaire est faite sur le traitement.

Art. 39. Les conditions dans lesquelles des congés de courte durée peuvent être accordés, sont réglées par un ordre de service.

Art. 40. Les remplacements sont effectués dans les écoles enfantines de la ville de Genève par les sous-maîtresses de ces écoles; dans les autres communes, par des stagiaires qui reçoivent pour cela une allocation de 3 fr. par jour scolaire et une indemnité de déplacement calculée d'après un tarif arrêté par le département de l'Instruction publique.

Art. 41. Les stagiaires chargées d'un remplacement en sont informées par une lettre qui doit être retournée au département avec l'indication des dates extrêmes du remplacement et du nombre de jours scolaires qu'il a duré.

Chapitre VI. — **Discipline.**

Art. 42. Les enfants de 3 à 6 ans inscrits à l'école enfantine doivent venir régulièrement à l'école; ceux de 6 à 7 ans sont dans l'obligation de le faire. En cas de maladie, les parents sont tenus de prévenir la maîtresse.

Art. 43. Les absences sont notées à chaque séance. Si un enfant est absent deux jours de suite, la maîtresse s'enquiert du motif de l'absence. Lorsqu'un élève de la division supérieure s'absente sans motif valable, la maîtresse en informe l'inspectrice.

Art. 44. Les élèves de la division supérieure reçoivent un bulletin hebdomadaire, dans lequel la maîtresse consigne les observations qui intéressent les parents. Ce bulletin doit être rapporté le lundi matin, signé par le père ou la mère de l'enfant ou par leur répondant.

Ce bulletin doit être en parfait état de propreté.

Art. 45. Toutes les fournitures nécessaires à l'enseignement sont distribuées gratuitement. Les enfants de 6 ans reçoivent un livre de lecture qu'ils doivent remplacer à leurs frais s'ils le perdent ou le détériorent.

Les maîtresses doivent veiller à l'ordre et à l'économie dans l'emploi des fournitures.

Art. 46. Les châtiments corporels sont interdits.

Chapitre VII. — **Classes gardiennes.**

Art. 47. Les communes sont autorisées à organiser des classes gardiennes gratuites surveillées par des fonctionnaires des écoles enfantines. Ces classes sont destinées exclusivement aux enfants dont les parents sont retenus pendant la journée hors de leur domicile par leurs occupations.

Elles sont organisées par la maîtresse principale de l'école, et placées sous la surveillance de l'inspectrice.

Elles sont ouvertes de 11 heures à midi et de 4 à 6 heures.

Elles seront consacrées à des leçons, à des chants, à des jeux et à des promenades. Des fournitures spéciales sont distribuées aux élèves.

Les locaux servant aux classes gardiennes doivent avoir un éclairage suffisant.

Ces classes pourront également fonctioner pendant les vacances.

Les enfants inscrits pour les cuisines scolaires y sont conduits par la maîtresse de la classe gardienne.

Chapitre VIII. — ***Locaux scolaires, mobilier, matériel d'enseignement.***

Art. 48. Chaque commune doit avoir au moins une école enfantine et une école primaire. — Toutefois, dans certaines circonstances spéciales, le Conseil d'Etat peut, par une décision toujours révocable, autoriser deux communes à s'associer pour la création d'une école ou d'une succursale. (Loi, art. 68.)

Art. 49. Les communes doivent fournir et entretenir en bon état les bâtiments et le mobilier nécessaire à l'enseignement primaire et complémentaire.

Dans ce but, et suivant les cas, une allocation peut leur être accordée.

L'autorité municipale détermine les emplacements des écoles, d'accord avec le département. (Loi, art. 69.)

Art. 50. Lorsqu'une commune est dans l'obligation de construire une école ou d'apporter des modifications d'une certaine importance au bâtiment scolaire existant, l'autorité municipale doit soumettre ses plans à l'approbation du département.

Art. 51. Le terrain destiné à recevoir une école, doit être aussi central que possible, bien aéré, d'un accès facile et sûr, à l'écart de toute cause de bruit et loin de tout établissement malsain ou dangereux. Il devra être éloigné de plus de 100 mètres d'un cimetière.

Le sol sera assaini par le drainage.

Art. 52. La disposition des bâtiments sera déterminée par l'exposition, la configuration et les dimensions du terrain, les ouvertures libres sur le ciel et surtout la distance des constructions voisines.

Art. 53. Dans les communes où le même bâtiment doit contenir l'école et la mairie, les deux services seront complètement séparés.

Aucun service étranger à l'école ne pourra être installé dans les bâtiments scolaires sans l'autorisation du département de l'Instruction publique.

Art. 54. Dans tout groupe scolaire, les diverses écoles auront des entrées distinctes et, si possible, non contiguës. On évitera aussi de placer le préau de l'école enfantine dans le voisinage immédiat des classes primaires.

Art. 55. L'appartement du concierge devra être disposé de façon que sa loge donne sur l'entrée principale.

Art. 56. Chaque bâtiment scolaire sera pourvu d'un préau pour les récréations et d'une salle de jeux.

Art. 57. La superficie du préau pour les récréations sera calculée à raison de 4 mètres environ par élève.

Le sol sera sablé ou recouvert de fin gravier. Le pavage ou le cimentage ne pourront être employés que pour les passages ou les trottoirs.

Le nivellement du sol sera établi de façon à assurer l'écoulement des eaux.

Art. 58. Les classes du rez-de-chaussée doivent avoir leur plancher à 0,60 m au moins en contre-haut du sol extérieur.

On ne pourra installer des classes dans des locaux qui seraient à rez-de-chaussée d'un côté et en sous-sol de l'autre, à moins que ces locaux n'aient deux faces complètement dégagées et les autres isolées du terre-plein par des locaux secondaires.

Art. 59. Si le plancher n'est pas établi sur caves, il sera posé sur une plate-forme ou sur une couche de matériaux imperméables.

Art. 60. Chaque classe aura une entrée indépendante. Les portes ne devront pas ouvrir directement sur la rue ni sur les cours.

Lorsque les classes seront desservies par des couloirs, ces couloirs devront avoir une largeur d'au moins 1,50 m et recevoir directement l'air et la lumière.

Art. 61. Les rampes d'escalier donnant accès à des classes, doivent avoir une largeur minimum de 1,50 m. Les marches auront une largeur de 0,28 m à 0,30 m, correspondant à une hauteur de 0,15 m à 0,16 m. Dans aucun cas, les escaliers ne seront à marches suspendues.

Art. 62. La classe sera de forme rectangulaire. Sa superficie sera calculée à raison de 1,20 m par élève.

Art. 63. Les faces éclairées des bâtiments scolaires seront assez distantes des bâtiments voisins pour que, dans les classes de l'étage inférieur, les élèves les plus éloignés des fenêtres reçoivent le jour direct du ciel et que leur œil, placé au niveau de la table, puisse encore percevoir une étendue verticale du ciel d'au moins 0,30 m mesurée sur la fenêtre.

Art. 64. L'éclairage sera unilatéral et venant de la gauche des élèves, ou bilatéral avec prédominance du jour venant de gauche. En cas de besoin, l'éclairage pourra être complété par des demi-fenêtres placées derrière les élèves et le plus près possible du plafond.

Art. 65. Les fenêtres seront rectangulaires, aussi larges que possible, et séparées par des meneaux étroits. L'appui de la fenêtre sera taillé en glacis de 80 cm en contre-haut du sol intérieur. Les embrasures seront évasées de façon que le jour pénètre dans les angles de la classe. Le dessous du linteau des fenêtres sera aussi près que possible du plafond. La surface vitrée sera égale au tiers ou au moins au quart de la surface de la classe.

Art. 66. Sur les faces non éclairantes, il pourra exister des baies destinées à l'aération de la salle ou à son insolation pendant les récréations et en l'absence des élèves. Il n'y aura jamais de baies d'éclairage en face des élèves. Pour intercepter l'insolation directe ou la réverbération, les fenêtres seront pourvues des store appropriés.

Art. 67. La hauteur du plafond ne sera pas inférieure à 3,50 m, ni supérieure à 4 mètres.

Art. 68. Le plafond sera blanc légèrement teinté de jaune, et les parois seront d'un ton un peu moins clair.

Art. 69. Les plafonds seront plans et unis. Il n'existera pas de corniche autour des murs. Les angles formés par la rencontre des murs ou cloisons entre eux ou avec les plafonds seront arrondis sur un rayon de 0,10 m. Toutes les surfaces des murs à l'intérieur seront recouvertes d'une matière lisse permettant de fréquents lavages et une facile désinfection. Le bas pourra être muni d'une plinthe en faïence ou en ciment.

Art. 70. Le sol des classes sera parqueté en bois dur, scellé autant que possible dans le bitume ou recouvert d'un linoléum.

Art. 71. Les poëles doivent être suffisamment grands pour donner, sans être surchauffés, un bon chauffage de la classe. Les poëles métalliques doivent être à double enveloppe et garnis. Le poële en fonte à feu direct est interdit. Le poële sera pourvu d'un réservoir d'eau pour l'évaporation.

Art. 72. Les salles d'école devront être convenablement chauffées; la température ne devra pas être inférieure à douze degrés centigrades à l'entrée en classe, ni supérieure à dix-huit degrés dans le courant de la journée.

Art. 73. Des dispositions seront prises pour assurer une ventilation convenable de toutes les parties de la classe. L'air pur devra être pris immédiatement à l'extérieur. Les orifices d'accès ou d'échappement auront une section suffisante.

Art. 74. Les W.-C. doivent être isolés du reste du bâtiment par une bonne fermeture, et pourvus d'eau et d'appareils de ventilation. Les fosses seront ventilées séparément, et construites de manière à être parfaitement étanches et hermétiquement fermées. Les parois et le sol des W.-C. seront en matériaux imperméables. Tous les angles seront arrondis.

Art. 75. Dans tous les bâtiments scolaires seront installés des lavabos en nombre suffisant et pourvus de linges et de savon.

Art. 76. Les communes doivent pourvoir les classes du mobilier nécessaire. Ce mobilier comprend: Les pupitres pour les élèves, choisis d'après le modèle adopté par le département, avec table pour la maîtresse, des armoires, deux tableaux noirs au moins, des chaises, des porte-manteaux, un porte-parapluie, une pendule, un thermomètre, une cloche.

Une fontaine doit être à proximité de l'école.

Art. 77. Le tableau noir sera en ardoise ou ardoisé. Il sera placé de façon à éviter le miroitement.

Art. 78. Pour nettoyer le tableau noir, on se servira d'une éponge humide.

Art. 79. Les ardoises sont prohibées.

Art. 80. Les soins de propreté, le chauffage et l'éclairage des bâtiments scolaires sont à la charge des communes où se trouvent ces bâtiments.

Art. 81. Les salles d'école ne peuvent être affectées à d'autres usages qu'à ceux de l'enseignement, sauf autorisation du département donnée sur le préavis de l'autorité municipale. (Loi, art. 72.)

Art. 82. Lorsque la salle d'école est prêtée pour une réunion quelconque, la commune prend toutes les mesures nécessaires pour sauvegarder le mobilier et le matériel scolaire. La salle doit être rendue en parfait état de propreté, après avoir été désinfectée.

Si, à la suite de la réunion, la maîtresse constate quelque dégât, elle en avise immédiatement le département.

Art. 83. Les fonctionnaires des écoles enfantines ne peuvent se servir du local de l'école pour y donner des leçons qu'après en avoir obtenu l'autorisation préalable du département.

Elles ne peuvent en aucun cas se servir de la classe ou de ses dépendances pour un usage domestique.

Art. 84. Les livres, le matériel et les fournitures pour l'enseignement sont à la charge de l'Etat. (Loi, art. 70.)

Les fonctionnaires ne peuvent se procurer le matériel et les fournitures qu'au dépôt du département, qui leur livre les objets dont elles ont besoin.

Tout livre, ouvrage scolaire, tableau, etc., donné pour servir à l'enseignement ou offert comme prix dans les écoles, doit être soumis à l'approbation du département.

Art. 85. Les fonctionnaires doivent veiller à la conservation du matériel d'enseignement qui leur est confié. Dès qu'un objet a besoin de réparation, elles en informent par écrit l'inspectrice.

Si l'état des locaux solaires nécessite une réparation, elles avisent le département.

Art. 86. Les parents sont responsables des dégâts causés par leurs enfants au matériel, livres, cahiers, etc., et au mobilier scolaires, au bâtiment d'école ou à ses dépendances.

Art. 87. Un inventaire des objets fournis par l'Etat est dressé par la maîtresse sur un registre spécial: 1. A son entrée en fonctions; 2. à la fin de l'année scolaire; 3. à l'expiration de ses fonctions.

Chapitre IX. — ***Anniversaires patriotiques.***

Art. 88. Les anniversaires de l'Escalade, de la Restauration, de l'arrivée des troupes suisses au Port-Noir et du premier traité d'alliance perpétuelle des Confédérés seront commémorés dans chaque classe sous la forme d'un récit ou d'une causerie à la première leçon du 11 décembre et du 1er juin.

Dans le cas où l'une de ces dates tombe sur un jour de vacance, la commémoration aura lieu la veille.

Extrait des registres du Conseil d'Etat du 2 février 1909.

Le Conseil d'Etat, vu l'article 185 de la loi sur l'Instruction publique du 5 juin 1886; vu le préavis de la commission scolaire, en date du 8 décembre 1908; sur la proposition du département de l'Instruction publique,

arrête:

1. Le règlement des écoles enfantines du canton de Genève est approuvé;
2. il entrera en vigueur immédiatement;
3. le présent arrêté sera annexé au dit règlement.

III. Fortbildungsschulen.

14. 1. Unterrichtsplan für die Fortbildungsschulen des Kantons Bern. (Vom 12. November 1909.)

Allgemeine Bemerkungen.

Das Schulgesetz vom 6. Mai 1894 gibt den Gemeinden das Recht zur Errichtung bürgerlicher Fortbildungsschulen. Der Zweck derselben besteht darin, das in der Schule Gelernte zu wiederholen, die Urteilskraft des Schülers zu schärfen, sein Wissen zu bereichern, sein Können zu fördern und so den jungen Mann in das praktische Leben einzuführen und ihn zur Ausübung seiner bürgerlichen Rechte und Pflichten zu befähigen.

Nach dem Reglemente für die Fortbildungsschulen vom 14. November 1894 umfaßt die Schulzeit mindestens zwei Jahre zu mindestens 60 Unterrichtsstunden. Diese geringe Stundenzahl macht es notwendig, die Zahl der Unterrichtsfächer zu beschränken und die Zeit zielbewußt auszunützen.

Als obligatorische Fächer werden im Reglement bezeichnet:

1. Muttersprache und Buchhaltung.
2. Rechnen und praktische Raumlehre.
3. Vaterländische Geschichte, Geographie nebst Verfassungskunde und allgemeine Geographie.
4. Der berufliche vorbereitende Fachunterricht namentlich mit Berücksichtigung der Landwirtschaft und der Gewerbe, je nach den Ortsverhältnissen.

Der nachstehende Unterrichtsplan bezieht sich nur auf die ersten 3 Fächer; es wird aber empfohlen, in kurzen Vorträgen, wozu auch außerhalb des Lehramts stehende Personen beigezogen werden sollten, andere Gebiete zu berühren.

Was die Verteilung der Unterrichtszeit anbetrifft, so ist der Vaterlandskunde (Geschichte, Geographie und Verfassungskunde) die Hälfte, dem Deutsch- und Rechnungsunterricht je ein Viertel der Unterrichtsstunden zuzuweisen.

In der Geschichte soll, wo es möglich ist, eine andere Anordnung des Stoffes, als die traditionell in der Volksschule gebräuchliche, angewendet und auch Neues gebracht werden, woran sich die Wiederholung des früher Erlernten gleichsam beiläufig anschließt. Im neu vorgetragenen Stoff ist in ganz elementarer Weise der Zusammenhang zwischen Volkswirtschaft und Politik darzulegen.

In der Verfassungskunde muß im Schüler zuerst das Verständnis geweckt oder aufgefrischt werden für die Einrichtung unserer großen, öffentlichen Gesellschaften (Gemeinde, Kanton und Bund). Man zeigt ihm, wie deren Einrichtung im großen und ganzen übereinstimmt mit der einer jeden kleinen Gesellschaft: Zweck (Aufgaben), Statuten (Gesetzgebung), Vorstand und Hauptversammlung (Behörden und Volk), Gebäude und Einrichtungen (gleich), Leistungen der Mitglieder (Steuern). Diese Belehrungen gehen der Behandlung der neueren Geschichte voran. Die letztere hat dann in ihren einzelnen Teilen das Verfassungskundliche in neuem Zusammenhang zu erweitern und zu vertiefen und vor allem auch zu zeigen, wie unsere Einrichtungen in Gemeinde,

Kanton und Bund geworden sind. Der Unterricht in der Verfassungskunde wird methodisch viel gewinnen durch stete Hinweise auf Bekanntes und Erlebtes, durch Beziehung auf die Tagesgeschichte, durch Vergleiche und Herausheben der Hauptpunkte, durch Übersichten und Zusammenstellungen usw.

I. Muttersprache und Buchhaltung.

a. *Lesen.*

Übungen zur Erreichung eines geläufigen und sinngemäßen Lesens. Hauptsache ist das richtige Verständnis: deshalb soll der Schüler den Inhalt des gelesenen Stückes mündlich kurz in schriftdeutscher Sprache angeben. Als Lesestoff dienen passende Stücke aus den obligatorischen Lehrmitteln, Zeitungen, der Staats- und Bundesverfassung usw.

b. *Aufsatz.*

Der Stoff ist dem Lebens- und Erfahrungskreis des Schülers, sowie den behandelten Realgebieten zu entnehmen; dabei ist die Briefform besonders zu berücksichtigen.

c. *Buchhaltung.*

Die Belehrungen und Übungen beschränken sich auf die einfachsten Geschäftsvorfälle des täglichen Lebens. Sie können an den Sprach- und Rechnungsunterricht angeschlossen werden.

II. Rechnen.

1. Wiederholung der vier Spezies mit ganzen Zahlen und Dezimalbrüchen.

2. Der gemeine Bruch ($^1/_2$, $^1/_3$, $^1/_4$, $^1/_5$, $^1/_8$) und seine Verwandlung in einen Dezimalbruch.

3. Schlußrechnen.

4. Prozentrechnungen: Zins, Kapital, Zinsfuß, Skonto, Gewinn und Verlust. Vermischte Aufgaben.

5. Raumesberechnungen: Quadrat, Rechteck, Dreieck, verjüngter Maßstab, Kreis, Würfel, Prisma, Zylinder, spez. Gewicht.

6. Probe-Rechnungen.

Korrekte Ausfertigung verschiedener Rechnungen auf gedruckten Formularien.

Auf das mündliche Rechnen ist das Hauptgewicht zu legen.

III. Vaterlandskunde.

a. *Geographie.*

Topographische und politische Geographie der Schweiz mit besonderer Berücksichtigung des Kantons Bern; Klima; Pflanzenwuchs und Tierwelt; wirtschaftliche Verhältnisse der Schweiz; Landwirtschaft; Viehzucht; Industrie; Fremdenverkehr; Bergbau; Verkehrsmittel; Ein- und Ausfuhr; Landesbefestigung; Reisen in der Schweiz als Repetition. Im Anschluß an die Behandlung der Grenzkantone das Wichtigste über die Nachbarländer.

Dem Schüler soll von Zeit zu Zeit Gelegenheit gegeben werden, sich an der stummen Schweizerkarte zurechtfinden zu lernen.

b. *Geschichte.*

1. In welcher Stufenfolge und unter welchen Verumständungen aus dem Drei-Waldstättenbunde die zweiundzwanzigörtige Eidgenossenschaft wurde.

2. Neueste Schweizergeschichte von 1815 bis auf die Gegenwart.

3. Verfassungsentwicklung der Eidgenossenschaft.

4. Geschichte des Kantons Bern und des Bistums Basel bis zu ihrer Vereinigung.

5. Verfassungsentwicklung des Kantons Bern.

6. Das Kriegswesen in seiner Entwicklung nebst Überblick der Freiheits-, Bürger-, Glaubens- und Söldnerkriege mit besonderer Berücksichtigung der Ursachen und Folgen.

7. Aus der Kirchen- und Schulgeschichte.

8. Die Ursprünge der Siedelungs- und Sprachverhältnisse.

9. Beziehungen der Schweiz zum Auslande.

10. Entwicklung von Landwirtschaft, Gewerbe, Industrie, Handel und Verkehr.

c. *Verfassungskunde.*

1. Eine Gesellschaft. (Zweck, Statuten, Vorstand und Hauptversammlung, Gebäude und Einrichtungen, Leistungen der Mitglieder.)

2. Gemeinde, Kanton und Bund. (Aufgaben, Gesetzgebung, Behörden, Gebäude und Einrichtungen, Finanzwesen.)

3. Das Gerichtswesen.

4. Stellung der Behörden. (Trennung der Gewalten: gesetzgebende, vollziehende und richterliche Behörden.)

5. Das Wehrwesen.

6. Arbeiterschutz. (Fabrikgesetzgebung, Haftpflicht, Kranken- und Unfallversicherung.)

7. Das Völkerrecht im Frieden und Kriege.

8. Rechte und Pflichten des Schweizerbürgers.

Vorstehender, von der Schulsynode vorgelegter Unterrichtsplan wird allen Lehrern und Kommissionen von Fortbildungsschulen als Wegleitung empfohlen.

---

15. 2. **Kreisschreiben des Erziehungsrates des Kantons Luzern an die Lehrer der Rekruten-Wiederholungsschulen, betreffend Turnübungen.** (Vom 10. April 1909.)

Wie Ihnen bekannt sein wird, müssen sich die Rekruten bei der Aushebung einer Prüfung über die körperliche Leistungsfähigkeit unterziehen. Nach Art. 3 des bezügl. Reglementes vom 30. Mai 1908 erstreckt sich dieselbe auf folgende Punkte:

a. Weitsprung mit beliebigem Anlauf und Aufsprung ohne Sprungbrett;

b. Heben einer Hantel von 17 kg Gewicht und

c. Schnellauf.

Die Ergebnisse dieser Prüfung in unserm Kanton waren bis anhin nicht befriedigende. Die Ursache der Erscheinung ist nicht so fast in der physischen Veranlagung der Rekruten, als vielmehr im Mangel an geeigneter Übung zu suchen. Dieser Übelstand sollte gehoben werden. Wir weisen Sie deshalb an, mit den Rekruten in der Wiederholungsschule turnerische Übungen in oben bezeichnetem Umfange vorzunehmen. Die Übungen dürften am zweckmäßigsten in die Schulpause oder auf den Schluß des Schultages verlegt werden.

Um die Gemeinden nicht zu belasten und die Einführung dieses neuen Faches zu erleichtern, wird der Staat an Schulen, welche die Hanteln nicht schon besitzen, diese Geräte in der nötigen Zahl kostenfrei abgeben. Wollen Sie an unsere Kanzlei innert acht Tagen eine bezügliche Mitteilung machen.

---

16. 3. **Kreisschreiben des Erziehungsrates des Kantons Luzern an sämtliche Primarschulpflegen, betreffend die Rekrutenprüfungen.** (Vom 31. Dezember 1909.)

Das eidgenössische Militärdepartement hat uns die Ausweise über die Rekrutenprüfungen pro 1909 zugestellt. Es geschah dies in der Absicht, die lokalen Schulbehörden für die Rekrutenprüfungen zu interessieren. Dies kann in wirksamer Weise dadurch geschehen, daß den Schulpflegen und der Lehrer-

schaft die Resultate, welche die einzelnen Stellungspflichtigen ihrer Gemeinde in der pädagogischen Prüfung erzielt haben, zur Kenntnis gebracht werden. Die Schulpflege und die Lehrer sollen dadurch nicht nur orientiert werden über die Leistungen ihrer stellungspflichtigen Jugend, sondern es soll ein Ansporn gegeben werden für Beseitigung allfälliger Mängel und Hebung des Schulwesens überhaupt.

Wir erachten es als zweckmäßig, wenn die Schulpflegen mit der Lehrerschaft ihres Kreises und unter Beizug des zuständigen Kreiskommandanten und Sektionschefs Besprechungen veranstalten. Bei diesen Zusammenkünften sollen die Ausweise über die Rekrutenprüfungen vorgelegt, die Resultate derselben, die Ursachen von allfällig geringen Leistungen und die Mittel zur Hebung und Förderung des Schulwesens besprochen werden. Ein Bloßstellen der geprüften Rekruten ist sorgfältig zu vermeiden. Die Nachprüfung der Prüfungsresultate hat einzig der Nutzbarmachung der gemachten Erfahrungen im Interesse der Schule zu dienen.

Die Prüfungsausweise, welche Ihnen künftig alle Jahre zugestellt werden, sind nach stattgefundener Besprechung jeweilen im Schularchiv der Gemeinde niederzulegen.

---

17. 4. Kreisschreiben der Landesschulkommission des Kantons Appenzell Innerrhoden an die Ortsschulräte und Lehrerschaft des Kantons, betreffend die Fortbildungsschule. (Vom 21. August 1909.)

Mit Beschluß vom 26. Mai l. J. hat der h. Große Rat auf unsern Antrag hin dem Art. 46 der kantonalen Schulverordnung folgende Fassung gegeben:

„Dieselbe (die Fortbildungsschule) umfaßt drei aufeinander folgende Jahreskurse; der dritte schließt im März vor der eidgenössischen Aushebung. Es ist per Jahr je vom 1. November bis Mitte März wöchentlich an je zwei Abenden zwei Stunden Unterricht zu erteilen. Die Unterrichtszeit darf nicht über abends 8 Uhr ausgedehnt werden.“

Gemäß diesem Beschlusse ist die Fortbildungsschule in soweit verschoben, daß die Schüler des Jahrganges 1895 dieses Jahr noch nicht an die Reihe kommen, sondern nur die Jahrgänger 1894 und 1893 nächsten Winter die Fortbildungsschule zu besuchen haben, aus welcher dann die letztern nächstes Frühjahr und die 1894er im März 1911 austreten können, worauf dann im November des gleichen Jahres die 1895er eintreten. Es bleibt indessen der Landesschulkommission vorbehalten, zur Zeit, als nur ein Jahrgang zur Fortbildungsschule pflichtig ist, einen Jahreskurs zu verschieben.

Der vierte Winter Fortbildungsschule (die sogenannte Strafschule) fällt dahin; dagegen ist durch die Ortsschulbehörden vorzusorgen, daß Leute, welche vorzeitig zur Rekrutenaushebung sich stellen, dennoch der Fortbildungsschulpflicht gleich ihrem Jahrgange nachleben.

Auch bleibt den Ortsschulräten nach wie vor anheimgestellt, die Fortbildungsschule, statt an zwei Abenden, an einem Schulhalbtage zu halten.

Ferner ist festzuhalten an der kantonalen Vorprüfung, und zwar soll alljährlich je zirka 14 Tage vor der eidgenössischen Rekrutierung eine Prüfung des stellungspflichtigen Jahrganges durchgeführt werden. Wer an dieser Vorprüfung in den vier Fächern: Lesen, Aufsatz, Rechnen (mündlich und schriftlich) und Vaterlandskunde ein Resultat von über acht Punkten macht, ist pflichtig, noch 14 Tage täglich zwei Stunden Nachschule zu besuchen. Acht und weniger Punkte dispensieren von weiterem Schulbesuche.

Anläßlich dieser Nachschule soll auch das Turnen als etwelche Vorbereitung auf die physische Prüfung berücksichtigt werden.

Die Nachschule ist im Wohnschulkreise zu besuchen und der Lehrer pro Schultag mit 2 Fr. aus der Landesschulkasse zu entschädigen.

Im Interesse der Schule überhaupt empfehlen wir Ihnen auch die Fortbildungsschule und die damit zusammenhängende Prüfung aller Berücksichtigung.

---

18. 5. Kreisschreiben des Erziehungsrates des Kantons Aargau an die tit. Bezirksschulräte und Gemeindeschul-Inspektorate, betreffend die Ergebnisse der Rekrutenprüfungen. (Vom 3. Februar 1909.)

Das schweizerische Militärdepartement hat auf hierseitigen Wunsch die Schulausweise aller Rekruten, welche die aargauischen Schulen besucht und im Jahre 1907 und 1908 die pädagogische Prüfung bestanden haben, uns zu beliebiger Verwendung zugestellt. Das reichhaltige Material, bezirks- und gemeindeweise tabellarisch zusammengestellt, ist in dieser Form geeignet, in das mehr oder weniger nachhaltige Wirken der einzelnen Schulen für den genannten Zeitabschnitt etwelchen Einblick zu verschaffen. Dabei soll die viel umstrittene Frage, ob die Ergebnisse der Rekrutenprüfungen einen zuverlässigen Gradmesser für das Bildungsniveau unserer militärpflichtigen Jugend darstellen, nicht näher erörtert werden. Ebenso soll von einer Veröffentlichung der Prüfungsergebnisse abgesehen werden, weil dadurch leicht eine abfällige Kritik von Seite Unberufener veranlaßt werden könnte. Dagegen ist aus den beifolgenden Tabellen ersichtlich, daß die Schulleistungen der einzelnen Bezirke und Gemeinden stark von einander abweichen. Auffallend ist auch die Erscheinung, daß das prozentuale Verhältnis der guten Noten in der Vaterlandskunde gegenüber den andern Fächern wesentlich abnimmt und die geringen Noten in diesem Fache (3, 4 und 5) da und dort sogar 40 bis 45 % ausmachen. Es läßt dies die Vermutung aufkommen, daß an den betreffenden Schulen dieses Fach auf Kosten eines allgemeinen Verständnisses vielleicht etwas zu detailliert betrieben werde. Erfahrungsgemäß bewegen sich die Prüfungsforderungen in einem Rahmen, der nicht über das hinausgeht, was man billigerweise von normal veranlagten jungen Leuten bei unsern Schulverhältnissen verlangen darf. Doch soll damit Ihrer objektiven Prüfung der Tabellen nicht vorgegriffen werden; dieselben werden Ihnen vielmehr zu gutfindender Verwertung überlassen, immerhin in der Absicht, speziell die tit. Inspektorate anzuregen, den Ursachen unbefriedigender Leistungen nachzugehen, was anhand der ebenfalls beigelegten Originalausweise erleichtert wird.

Sollten Ihre bezüglichen Bemühungen für die folgenden Jahre von sichtlichem Erfolg begleitet sein, so wäre damit der Zweck dieser Statistik erreicht.

IV. Sekundarschulen und Mittelschulen (Gymnasien. Seminarien etc.)

19. 1. Programm der Kurse zur Heranbildung von Gewerbeschullehrern am kantonalen Technikum in Winterthur. (Vom 15./23. September 1909.)

I. Kurse zur Heranbildung von Haupt- und Wanderlehrern an gewerblichen Fortbildungsschulen.

1. Zweck und Organisation.

Techniker (Hochbau- und Maschinentechniker), welche Lust und Befähigung zum Lehramt haben, sollen durch einen einjährigen Kurs zunächst für den Unterricht in den beruflichen Fächern genügend vorbereitet und vornehmlich auch in die methodische Behandlung des Lehrstoffes der gewerblichen Fortbildungsschule und in die Unterrichtstechnik eingeführt werden.

Sie sollen befähigt werden, in der deutschen Schweiz an entwickelteren Gewerbeschulen als Hauptlehrer oder für zwei oder mehr gewerbliche Fortbildungsschulen mittlerer Bedeutung als Wanderlehrer mit Erfolg zu unterrichten.

Die Kurse haben die Dauer von zwei Semestern (Sommer und Winter) mit je 35 Unterrrichtsstunden wöchentlich.

Sie beginnen jeweilen am dritten Montag des April und schließen mit Ende März des folgenden Jahres. Die Sommerferien dauern 8 Wochen, die Weihnachtsferien 2 Wochen.

Die Zahl der Teilnehmer wird auf 12 bis 16 festgesetzt. Die Zulassung erfolgt unter nachstehenden Bedingungen: Vollständiger Sekundarschulbesuch oder gleichwertige allgemeine Bildung (wünschbar ist die Absolvierung einer Lehrzeit im Bau- oder Maschinenfach); — abgeschlossene Fachbildung als Bau- oder Maschinentechniker an einer technischen Mittelschule, beglaubigt durch Vorweisung eines Fähigkeitszeugnisses; — Ausweis über praktische Betätigung in der Dauer von mindestens einem Jahr.

Die schriftlichen Anmeldungen nebst Altersausweis und Zeugnissen sind bis spätestens anfangs März der Direktion des Technikums in Winterthur einzureichen.

Die Aufsichtskommission des Technikums entscheidet über die Aufnahme auf Grundlage der eingereichten Ausweise unter tunlichster Berücksichtigung der verschiedenen Landesgegenden.

Die Teilnehmer sind von der Entrichtung von Schulgeldern befreit; dagegen haben sie für die Unterrichtsbedürfnisse aufzukommen. Im Bedürfnisfalle werden von Seite des Bundes und der Kantone Kostenbeiträge gewährt.

Die Aufsicht über diese Kurse steht der Direktion und der Aufsichtskommission des Technikums, sowie dem schweizerischen Industriedepartement, beziehungsweise dessen Delegierten zu.

Am Schluß der Kurse finden unter Mitwirkung eines Vertreters des Bundes Prüfungen statt. Auf Grundlage der Leistungen werden vom Erziehungsrate des Kantons Zürich Zeugnisse über die Befähigung zur Lehrtätigkeit an gewerblichen Fortbildungsschulen im Hauptamt ausgestellt.

2. Unterrichtsprogramm.

A. Sommerhalbjahr.

a) Kurse für Bau- und Maschinentechniker.

Deutsche Sprache (3 Std.). Geschäftsbriefe und Aufsätze, Brieffolgen. Kleinere Aufsätze über Gewinnung und Verarbeitung von Rohstoffen und aus der Geschichte des Handwerks und der Technik; Probelektionen.

Buchführung (2 Std.). Einmonatlicher Geschäftsgang nach einfachem System, vollständiger Jahresgang nach amerikanischem System. Aufstellung solcher Jahresgänge; Vorführung der für gewerbliche Fortbildungsschulen passenden Systeme. Probelektionen.

Rechnen (2 Std.). Bürgerliches und gewerbliches Rechnen.

Flächen- und Körperberechnungen (1 Std.). Vorführung eines Lehrganges für den Unterricht an einer gewerblichen Fortbildungsschule. Probelektionen, teilweise mit Schülern.

Wirtschafts- und Rechtskunde (2 Std.). Grundbegriffe, Produktionsfaktoren und Organisation der Produktion. Die wichtigsten Vertragsarten: Dienstvertrag, Werkvertrag, Kaufvertrag.

Gewerbeschulkunde (2 Std.). Zweck, Einrichtung und Methodik des Gewerbeschulunterrichtes.

Linear- und projektives Zeichnen (2 Std.). Vorführung eines Lehrganges in Linearzeichnen für die gewerblichen Fortbildungsschulen. Behandlung eines Lehrganges der Projektionslehre für die gewerblichen Fortbildungsschulen mit einfachen Anwendungen. Probelektion, teilweise mit Schülern.

Exkursionen und Schulbesuche (Wochennachmittag mit 3—4 Std.). Besuche in Fortbildungs- und Fachschulen, in gewerblichen Werkstätten und industriellen Etablissementen.

b) Spezialkurse für Hochbautechniker.

Mechanisch-technisches Zeichnen (16 Std.). Skizzieren von Maschinenteilen nach einfachen Modellen. Herstellung von Werkzeichnungen.

Elementare beschreibende Konstruktionslehre; Abriß der Materiallehre und Technologie der Metallgewerbe (4 Std.).

c) Spezialkurse für Maschinentechniker.

Bautechnisches Zeichnen; gewerbliches Fachzeichnen (14 Std.).

Zeichnen von einer Auswahl von einfachen Konstruktionen der Maurerei, Steinhauerei, Zimmerei, des Glasers, Bauschreiners und Hafners.

Elementare Baukonstruktionslehre und Abriß der Baumaterialienkunde (4 Std.), erster Teil.

Freihandzeichnen (2 Std.). Skizzierübungen.

B. Winterhalbjahr.

a) Kurse für Bau- und Maschinentechniker.

Deutsche Sprache (3 Std.). Übungen im mündlichen und schriftlichen Ausdruck unter Berücksichtigung des technischen Unterrichts. Probelektionen, teilweise mit Schülern.

Rechnen (2 Std.). Fortsetzung des Unterrichts des ersten Semesters. Rechnungen und Budgets von Vereinen, Verwaltungen u. s. w. Probelektionen, teilweise mit Schülern.

Preisberechnungen (3 Std.). Verarbeitung des im Sommersemester in der Buchhaltung behandelten Jahrganges zur Bestimmung der Geschäftsunkosten.

Ermittlung von Preisen und Voranschlägen aus allen Handwerksgebieten. Probelektionen, teilweise mit Schülern.

Wirtschafts- und Rechtskunde (2 Std.). Gewerbegesetzgebung, Genossenschaftswesen (ausgewählte Abschnitte); die Wertpapiere (Wechsel, Scheck, Anweisung, Effekten); der Verkehr mit der Bank; der Postscheck- und Giroverkehr; Transport- und Zollwesen.

Projektives Zeichnen (3 Std.). Anwendungen. Aufgaben aus dem Gebiete der Bautechnik, der Maschinentechnik und anderer Gewerbe. Methodik des Zeichenunterrichts. Probelektionen, teilweise mit Schülern.

Gewerbliches Fachzeichnen (6 Std.). Werkzeichnen für Spengler, Bauschlosser, Schmiede, Wagner und Möbelschreiner.

Probelektionen (1 Std.) über gewerbliche Physik, elementare Mechanik und Festigkeitslehre, und gewerbliche Chemie.

Gewerbehygiene (2 Std.). Allgemeine Gesundheitslehre; Hygiene der geschlossenen Werkstatträume; Berufskrankheiten und deren Verbreitung; Unfälle; Statistik.

b) Spezialkurse für Hochbautechniker.

Mechanisch-technisches Zeichnen (6 Std.). Herstellung von Werkstattzeichnungen nach Modellen, Zeichnungen der gebräuchlichsten Verzahnungen; Elemente des Konstruierens.

Elementarmechanik und Abriß der Festigkeitslehre (4 Std.).

Gewerbliches Freihandzeichnen (4 Std.). Einfache Ornamente nach Pflanzenstudien. Vorführung eines Lehrganges für Freihandzeichnen an den gewerblichen Fortbildungsschulen.

c) Spezialkurse für Maschinentechniker.

Bautechnisches Zeichnen (9 Std.). Fortsetzung des Unterrichts des ersten Semesters.

Elementare Baukonstruktionslehre und Abriß der Baumaterialienkunde (5 Std.), zweiter Teil.

II. Kurse zur Ausbildung von Zeichenlehrern für kleinere gewerbliche Fortbildungsschulen.

Zur Ausbildung von Volksschullehrern als Zeichenlehrer an kleinern gewerblichen Fortbildungsschulen werden nach Bedürfnis Einführungs- und Fortbildungskurse eingerichtet. Die Einführungskurse dauern 6 Wochen; sie dienen zur Ausbildung im Freihand- und Linearzeichnen, Modellieren und technischen Zeichnen. Die Teilnehmer an den Einführungskursen haben sich über die nötige theoretische Vorbildung und über die Teilnahme an einem Handfertigkeitskurs in Holz- oder Metallarbeiten auszuweisen.

Die Fortbildungskurse befassen sich mit Fachzeichnen und entsprechendem theoretischem Unterricht. In einen Fortbildungskurs wird nur aufgenommen, wer einen Einführungskurs bestanden oder in anderer Weise sich genügend vorbereitet hat. Über die Aufnahme entscheidet die vom Erziehungsrate bestellte Prüfungskommission. Wer einen Fortbildungskurs absolviert hat, erhält ein Zeugnis über seine Befähigung zur Erteilung von Zeichenunterricht an Fortbildungsschulen.

1. Einführungskurse.

Das Unterrichtsprogramm umfaßt folgende Fächer und Unterrichtsgegenstände mit der beigesetzten Zahl von Wochenstunden:

Freihandzeichnen (10 Std.). Skizzieren nach der Natur. Stillehre. Einfache Ornamente nach Pflanzen- und Tierformen und nach Modellen. Übungen im perspektivischen und dekorativen Zeichnen und im Gebrauch von Aquarellfarben.

Modellieren (8 Std.). Nachbildung einfacher Naturformen und Modelle.

Linearzeichnen (10 Std.). Geometrische Konstruktionen. Projektionslehre mit Anwendungen auf das gewerbliche Zeichnen.

Technisches Zeichnen (16 Std.). Elemente des Bau- und Maschinenzeichnens.

2. Fortbildungskurse.

Die Fortbildungskurse dauern vier Wochen. Ihr Programm umfaßt:

Freihandzeichnen (10 Std.). Zeichnen von kunstgewerblichen Gegenständen mit architektonischem Aufbau (Brunnen, Grabmäler, Öfen, Schränke etc.). Übungen in den Elementen der Dekorationsmalerei. Ornamentale Formenlehre.

Fachzeichnen (18 Std.). Bauzeichnen: Architektonische Glieder (Sockel, Gesimse, Türeinfassungen), Stein- und Holzverbindungen, Treppe, Dach, Gewölbe; Grundriß, Schnitt und Fassade von Gebäuden. Werkzeichnen. Mechanisch-technisches Zeichnen: Zeichnen von Maschinenteilen und einfachen Maschinen in Grund- und Aufriß nach selbstgefertigten Aufnahmen, Werkzeichnen.

Nach Bedürfnis: Fachzeichnen für Schlosser, Spengler, Schreiner, Dekorateure etc.

Baukunde (4 Std.). Baumaterialien, Baukonstruktion, Kostenberechnungen.

Maschinenkunde (4 Std.). Maschinenelemente (Nietung, Keil, Schraube, Lager, Zapfen, Wellen, Kuppelung, Transmissionen, Kurbel, Zylinder, Röhren etc.).

Elemente der Festigkeitslehre (4 Std.). Zug-, Druck-, Biegungs- und Torsionsfestigkeit.

Elektrotechnik (4 Std.). Übertragung elektrischer Energie.

III. Kurse zur Ausbildung von Lehrern für die theoretischen Fächer der Fortbildungsschulen.

Für die Ausbildung von Primar- und Sekundarlehrern zur Erteilung des Unterrichts in den theoretischen Fächern der Fortbildungsschulen werden besondere Kurse eingerichtet. Sie dauern 4 Wochen.

Diese Kurse können auch an die kantonale Handelsschule in Zürich verlegt werden.

Das Programm umfaßt:

Deutsche Sprache (4 Std.). Geschäftsbriefe, Aufsätze über gewerbliche und wirtschaftliche Themata.

Rechnen (6 Std.). Kaufmännische Arithmetik: Diskonto-, Terminrechnung, Kontokorrent, Münz-, Devisen-, Effekten- und Warenrechnung, Wechsel, Scheck, Arbitrage.

Kalkulationen für gewerbliche und landwirtschaftliche Betriebe.

Flächen- und Körperberechnungen.

Buchführung (12 Std.). Einfache Buchführung, Zweck und Einrichtung der Bücher, Buchabschluß.

Doppelte Buchführung. Zusammenhang der Bücher und Konti, italienische, deutsche, amerikanische Buchführung. Durchführung eines Warengeschäftes nach diesen verschiedenen Arten.

Landwirtschaftliche und gewerbliche Buchführung.

Wirtschaftskunde (6 Std.). Grundzüge der Volkswirtschaftslehre. Wirtschaftliche Entwicklungsstufen und Grundbegriffe (Güter, Wert, Preis etc.). Die Güterproduktion: Arbeit, Kapital, Betriebsformen. Produktivgesellschaften.

Verkehrswesen: Straßen, Eisenbahn, Post, Telegraph, Schiffahrt. Maß und Gewicht, Geld- und Kreditwesen, Bankwesen, Zölle, Einfuhr und Ausfuhr.

Landwirtschaft: Bedingungen und Organisation; Ertrag, Förderung; Melioration, Versicherung, Genossenschaften, Kreditwesen.

Gewerbe: Handwerk und Industrie; Fabrik- und Hausindustrie; Lehrlingswesen, Genossenschaften, Gewerbliche Bildung. Schweizerische Industrie, Textil-, Metall-, Uhren-, Lebensmittelindustrie.

Bürgerkunde (6 Std.). Gesellschaftliche und staatliche Organisation. Die Gemeinde: Geschichte, Aufgaben, Arten von Gemeinden; Organisation.

Der Kanton: Bestand, Organisation, Verfassung, Gesetzgebung, wichtigste Gesetze, Kanton und Bund.

Der Bund: Gesetzgebung (Bundesversammlung). Verwaltung: Bundesrat, Departemente, Kanzlei, Betriebe (Post, Eisenbahn etc.), Budget und Rechnung. Rechtspflege: Bundesgericht.

---

20. 2. Reglement für die Maturitätsprüfungen an den Gymnasien des Kantons Bern. (Vom 24. Juli 1909.)

A. Die Kommission.

Art. 1. Die Maturitätsprüfungen an den öffentlichen Gymnasien Bern, Biel, Burgdorf und Pruntrut finden jeweilen am Schlusse des Kurses der obersten Klasse statt und werden unter Aufsicht einer von der Direktion des Unterrichtswesens auf eine Amtsdauer von vier Jahren gewählten Kommission von dreizehn Mitgliedern durch die Lehrer vorgenommen.

Art. 2. Die Direktion des Unterrichtswesens bezeichnet den Präsidenten der Prüfungskommission.

Art. 3. Jedem Mitglied der Kommission wird sein besonderes Prüfungsfach zugeteilt. In der Realabteilung können jedoch Mathematik und darstellende Geometrie, in der Handelsabteilung Buchhaltung und Handelslehre demselben Mitgliede zugewiesen werden. Sind Mitglieder verhindert, der Prüfung in ihrem Fach beizuwohnen, so kann der Präsident der Kommission andere geeignete Kommissionsmitglieder oder, mit Zustimmung der Unterrichtsdirektion, besondere Prüfungsexperten hierfür bezeichnen.

Art. 4. Der Präsident bestimmt auf den Vorschlag der Rektoren den Zeitpunkt der Prüfung, stellt das Prüfungsprogramm auf und trifft die für den geordneten Verlauf der Prüfung nötigen Anordnungen.

Art. 5. Die Prüfungskandidaten, die nicht Abiturienten der in Art. 1 erwähnten Anstalten sind, werden durch die Maturitätskommission geprüft. Vorbehalten bleiben die Bestimmungen des Art. 21.

Wer eine solche außerordentliche Maturitätsprüfung bestehen will, hat dem Präsidenten ein motiviertes Gesuch, ein curriculum vitae, sowie seine Schulzeugnisse oder anderweitige Studienausweise einzusenden. Nach erfolgter Zulassung zur Prüfung hat der Kandidat der Hochschulverwaltung eine Gebühr von 50 Franken zuhanden der Staatskasse zu entrichten. Die Quittung hierfür ist vor Beginn der Prüfung dem Präsidenten vorzuweisen.

Eine außerordentliche Maturitätsprüfung kann jederzeit stattfinden.

Art. 6. Zur Maturitätsprüfung dürfen nur Kandidaten zugelassen werden, die das achtzehnte Altersjahr zurückgelegt haben und in bezug auf Fleiß und Betragen gute Zeugnisse besitzen.

Art. 7. Die Mitglieder der Maturitätskommission beziehen ein Taggeld von 10 Franken. An Reiseauslagen werden ihnen 30 Rappen per Kilometer vergütet.

B. Die Prüfung.

Art. 8. Die Maturitätsprüfung erstreckt sich auf das Pensum der Oberprima und Prima. Geprüft wird in folgenden Fächern:

I. Literarabteilung.

Schriftlich: Aufsatz in der Muttersprache, Übersetzungen aus der Muttersprache in die modernen Fremdsprachen oder Aufsatz in diesen und Mathematik.

Mündlich: Muttersprache, zweite Landessprache, Latein, Griechisch oder Englisch beziehungsweise Italienisch, Physik und Geschichte.

II. Realabteilung.

Schriftlich: Aufsatz in der Muttersprache, Übersetzungen aus der Muttersprache in die modernen Fremdsprachen oder Aufsatz in diesen, Mathematik und darstellende Geometrie.

Mündlich: Muttersprache, zweite Landessprache, Englisch oder Italienisch, Mathematik, Physik und Geschichte.

III. Handelsabteilung.

Schriftlich: Aufsatz in der Muttersprache, Übersetzungen aus der Muttersprache in die modernen Fremdsprachen, Geographie und Statistik, politische Arithmetik und Buchhaltung.

Mündlich: Muttersprache, zweite Landessprache, Englisch, Italienisch, Handelslehre und Rechtskunde.

Art. 9. Die Themata der schriftlichen Arbeiten werden auf den Vorschlag des Lehrers durch diesen und das für das betreffende Fach delegierte Kommissionsmitglied gemeinsam festgestellt. Der Lehrer korrigiert die Arbeiten, übergibt sie dem Delegierten und beantragt die Note. Vorbehalten bleibt Art. 21 hiernach.

Art. 10. Die mündlichen Prüfungen werden in Anwesenheit des Delegierten der Kommission von der Lehrerschaft abgenommen. Über den zu wählenden Prüfungsstoff setzt sich der prüfende Lehrer vorher mit diesem Experten ins Einvernehmen. Art. 21 bleibt vorbehalten. Die Prüfung selbst wird vom Lehrer, der auch die Note beantragt, geleitet.

Art. 11. Beim Aufsatz in der Muttersprache soll wesentlich auf das sprachliche und stilistische Können Rücksicht genommen werden.

In den Sprachen soll Literaturgeschichte, sofern sie sich bloß auf angelernte Kenntnisse beziehen kann und außer Zusammenhang mit der Schullektüre steht, nicht Gegenstand der Prüfung sein.

Art. 12. Bei der Ausarbeitung der schriftlichen Aufgaben werden keine andern Hülfsmittel als logarithmische und trigonometrische, Zinseszins-, Wahrscheinlichkeits- und Versicherungstafeln zugelassen.

Die Benützung unerlaubter Hülfsmittel, sowie jede sonstige Unredlichkeit wird mit sofortiger Zurückweisung von der Prüfung bestraft.

Art. 13. Die mündlichen Prüfungen sind öffentlich.

C. Anforderungen an die Examinanden.

Art. 14. Für die ordentlichen Maturitätsprüfungen gelten die Anforderungen des staatlichen Unterrichtsplanes.

Ebenso sind für die außerordentlichen Prüfungen (Art. 5 hiervor) die Anforderungen des staatlichen Unterrichtsplanes maßgebend. Diese Prüfungen erstrecken sich auch auf die Fächer, in denen für die Kandidaten der ordentlichen Prüfung die Erfahrungsnoten allein gelten.

D. Das Maturitätszeugnis.

Art. 15. Die Maturitätsnoten und Prädikate werden durch die Kommission und die Lehrerschaft unter dem Vorsitz des Kommissionspräsidenten in gemeinsamer Sitzung festgestellt nach folgender Notenskala: 6 = sehr gut; — 5 = gut; — 4 = ziemlich gut; — 3 = mittelmäßig; — 2 = schwach; — 1 = sehr schwach.

In den Prüfungsfächern ist die Maturitätsnote das arithmetische Mittel zwischen der Erfahrungsnote der Schule und der Prüfungsnote. Entsteht bei der Ausmittlung ein Bruch, so ist die Note nach der Seite der Erfahrungsnote abzurunden.

In folgenden Fächern werden die Erfahrungsnoten der Schule in das Maturitätszeugnis eingesetzt:

An der Literar- und Realabteilung in Chemie, Naturgeschichte, Geographie und Zeichnen.

An der Handelsabteilung in Geschichte, kaufmännischer Arithmetik, Volkswirtschaftslehre und Warenkunde.

Die Erfahrungsnote ist der Durchschnitt der Leistungsnoten der vier Quartalzeugnisse des letzten Jahres, während dessen in dem betreffenden Fach unterrichtet worden ist. Wenn die Noten der zwei letzten Quartalzeugnisse besser oder schlechter sind, als die der zwei ersten, so werden sie für die Berechnung des Durchschnittes zweimal gezählt.

Art. 16. Auf Grund seiner Gesamtleistungen erhält der Kandidat, dem das Maturitätszeugnis ausgestellt wird, das Prädikat „sehr gut“, oder „gut“, oder „befriedigend“.

Art. 17. Eine Fachzensur mit der Note 1, zwei Fachzensuren mit der Note 2 oder vier Fachzensuren unter der Note 4 schließen die Erteilung des Maturitätszeugnisses aus. Ebenso darf kein Maturitätszeugnis erteilt werden, wenn die Durchschnittsnote sämtlicher Fächer nicht über 3,5 liegt.

Hierbei fallen die Noten im Zeichnen nicht in Berechnung.

Art. 18. Ein Kandidat, der das Maturitätszeugnis nicht erhalten hat, kann sich zu einer zweiten Prüfung wieder melden, jedoch frühestens nach sechs Monaten und spätestens nach einem Jahr. Diese Nachprüfungen sind durch die Kommission vorzunehmen. Dabei wird dem Examinanden die Prüfung in den Fächern, in denen er das erste Mal mindestens die Note 5 erhalten hat, erlassen.

Für die Nachprüfung ist eine Gebühr von 20 Franken an die Hochschulverwaltung zuhanden der Staatskasse zu entrichten.

Dieses Recht auf Zulassung zu einer Nachprüfung haben auch solche, die wegen Unredlichkeit von der Prüfung weggewiesen worden sind.

Eine dritte Prüfung ist nicht gestattet.

Art. 19. Die Maturitätszeugnisse werden mit der Unterschrift und dem Siegel der Direktion des Unterrichtswesens und der Unterschrift des Präsidenten der Prüfungskommission versehen.

Für die Abiturienten der Gymnasien soll das Maturitätszeugnis enthalten:

a. Name, Heimat und Geburtsdatum des Kandidaten;

b. Klassen und Zeit des Schulbesuchs;

c. Note über das Betragen während der Schulzeit;

d. die in den einzelnen Fächern erteilten Noten;

e. das Gesamtprädikat.

Für solche Examinanden, welche die betreffenden Schulen nicht besucht haben, fallen die unter *b* und *c* angeführten Angaben weg.

Art. 20. Wer neben dem Maturitätszeugnis, das er bereits besitzt, ein solches in weitern Fächern erwerben will, hat eine Ergänzungsprüfung zu bestehen. Er hat zu diesem Zwecke ein Gesuch an den Präsidenten der Prüfungskommission zu richten und an die Hochschulverwaltung eine Gebühr von zwanzig Franken zuhanden der Staatskasse zu bezahlen.

Die Ergänzungsprüfungen werden durch die Kommission abgehalten.

E. Besondere Bestimmungen betreffend die Privatgymnasien.

Art. 21. Die Themata für die schriftlichen Prüfungen an den Privatgymnasien werden unter Beiziehung des Fachlehrers durch den Fachexperten der Prüfungskommission festgestellt, der auch die Arbeiten korrigiert und die Noten erteilt.

Die schriftliche Prüfung wird von der Kommission beaufsichtigt.

Auch den Prüfungsstoff der mündlichen Prüfung bestimmt der Experte nach Anhörung des Fachlehrers.

In den Fächern, in denen für die Schüler der öffentlichen Gymnasien bloß die Erfahrungsnoten gelten, findet, das Zeichnen ausgenommen, am Ende des Jahres, in dem der Unterricht in diesem Fach abgeschlossen wird, eine mündliche Prüfung durch die Lehrer unter Aufsicht der Prüfungskommission statt.

Für diese Vorprüfungen, für das Pensum der Maturitätsprüfung, für die Notengebung, sowie für das Verhältnis zwischen Erfahrungsnoten und Prüfungsnoten gelten im übrigen die allgemeinen Bestimmungen dieses Reglements (Art. 8 ff.).

F. Schlußbestimmung.

Art. 22. Dieses Reglement tritt in Kraft mit dem 1. September 1909. Durch dasselbe werden alle früheren Regulative betreffend die Maturitätsprüfungen an den Gymnasien des Kantons Bern aufgehoben.

---

21. 3. Gesetz über die kantonalen technischen Schulen des Kantons Bern. (Vom 31. Januar 1909.)

Der Große Rat des Kantons Bern, in Ergänzung des Gesetzes vom 26. Oktober 1890 über die Errichtung einer kantonalen Gewerbeschule; auf den Antrag des Regierungsrates,

beschließt:

Art. 1. Die höhere Berufsbildung auf dem Gebiete des Gewerbes und der Industrie ist Sache des Staates.

Zu diesem Behuf errichtet er technische Unterrichtsanstalten mittlerer Stufe (Technikum) oder übernimmt solche bestehende technische Schulen von Gemeinden auf eigene Rechnung.

Art. 2. Diese Anstalten haben die Aufgabe, durch wissenschaftlichen Unterricht und, soweit nötig, durch praktische Übungen die Aneignung derjenigen

Kenntnisse und Fertigkeiten zu vermitteln, welche in Handwerk und Industrie auf der im vorhergehenden Artikel erwähnten Stufe unentbehrlich sind.

Art. 3. Wesentlich für eine technische Schule sind folgende Abteilungen:

a. eine baugewerbliche Abteilung;

b. eine mechanisch-technische Abteilung mit Inbegriff der Elektrotechnik;

c. eine chemisch-technologische Abteilung oder andere Abteilungen der in Art. 1, Al. 2, erwähnten Stufe.

Jedoch können die bestehenden und die zu errichtenden Anstalten so organisiert werden, daß sie sich in Beziehung auf einzelne Abteilungen gegenseitig ergänzen.

Nach Bedürfnis können durch den Großen Rat noch andere Abteilungen errichtet werden.

Auch können zum Zwecke der notwendigen Vorbereitung der Schüler, mit Bewilligung des Regierungsrates, an den einzelnen Anstalten Vorkurse eingerichtet werden.

Art. 4. Zur Vornahme der praktischen Übungen werden die erforderlichen Werkstätten und chemischen Laboratorien eingerichtet.

Art. 5. Außer den regelmäßigen zusammenhängenden Lehrkursen können an diesen technischen Schulen nach Bedürfnis abgehalten werden.

a. Spezialkurse für Lehrer, welche sich dem gewerblichen Unterricht widmen wollen;

b. Fachkurse für Meister, sowie solche für Arbeiter verschiedener Gewerbezweige. Dieselben sind den Meistern und Arbeitern möglichst zugänglich zu machen.

Art. 6. Der Große Rat setzt alljährlich für jede Anstalt einen nach Maßgabe ihrer Entwicklung bemessenen Kredit auf den Voranschlag der Ausgaben, welcher auch eine zur Verabreichung von Stipendien an Schüler der Anstalt bestimmte Summe enthalten soll.

Art. 7. Diejenigen Ortschaften, in welchen staatliche technische Schulen errichtet oder bestehende Schulen übernommen werden, haben an die Betriebskosten nach Abzug des auf Grund des Bundesbeschlusses vom 27. Juni 1884 betreffend die gewerbliche und industrielle Berufsbildung bezogenen Bundesbeitrages einen jährlichen Beitrag von einem Drittel zu leisten.

Art. 8. Bei Errichtung einer neuen Anstalt hat die betreffende Ortschaft die Hälfte der Bau- und Einrichtungskosten zu bestreiten.

Bei Übernahme einer bestehenden Anstalt gehen die Gebäulichkeiten nebst Grund und Boden und Umschwung, sowie das sämtliche Schulmobiliar, die Vorlagen, Maschinen, Apparate, Sammlungen und Fachbibliotheken in das Eigentum des Staates über.

Ebenso gehen die zur Anstalt gehörenden Kapitalien an den Staat über, der dieselben gemäß ihrer Bestimmung verwaltet und verwendet.

Art. 9. Für die Versetzung der Lehrer der kantonalen technischen Schulen in den Ruhestand und die Ausrichtung von Ruhegehalten gelten die jeweiligen auf die Lehrer an Mittelschulen anwendbaren Bestimmungen.

Art. 10. Die Errichtung einer neuen und die Übernahme einer bestehenden technischen Schule erfolgt auf dem Wege des Dekretes.

In diesem Dekret sind festzusetzen die Bedingungen für den Bau einer neuen Anstalt oder die Übernahme bestehender Gebäude, sowie die Organisation der Schule, die Besoldungen der Lehrer und das Schulgeld.

Art. 11. Der Lehrplan der einzelnen Abteilungen wird durch den Regierungsrat aufgestellt.

Art. 12. Durch Dekret des Großen Rates kann das kantonale Gewerbemuseum vom Staate übernommen werden.

Art. 13. Dieses Gesetz tritt nach seiner Annahme durch das Volk in Kraft.

---

22. 4. Dekret betreffend die Übernahme des Technikums in Biel durch den Staat und die Organisation dieser Anstalt. (Vom 23. November 1909.)

Der Große Rat des Kantons Bern, gestützt auf Art. 10 des Gesetzes über die kantonalen technischen Schulen vom 31. Januar 1909,

beschließt:

I. Allgemeines.

§ 1. Der Staat übernimmt das von der Gemeinde Biel gegründete Technikum auf eigene Rechnung, um es seiner Bestimmung gemäß und im Sinne des Gesetzes weiter zu verwalten und zu betreiben.

§ 2. Als Zeitpunkt, mit welchem die Anstalt zur Verwaltung, zum Betrieb und zum Unterhalt an den Staat übergeht, wird der 1. Januar 1910 bestimmt.

§ 3. Auf diesen Zeitpunkt gehen ohne Entschädigung in das Eigentum des Staates über

1. das Hauptgebäude des Technikums, Quellgasse Nr. 21, nebst Sitz und Umschwung, Flur B, Parzelle 838, im Halte von 24,54 Aren, welches von den verschiedenen Abteilungen des Technikums benutzt wird;
2. das gegenwärtig von der Uhrenmacherschule benutzte Gebäude Rosiusgasse Nr. 13 nebst zudienendem Anbau Nr. 13a, mit Sitz und Umschwung, Flur A, Parzelle Nr. 449 I, im Halte von 22,68 Aren;
3. sämtliches Schulmaterial, alle Lehrmittel, Vorlagen, Maschinen und Apparate, alle Sammlungen und die Bibliotheken der Anstalt;
4. die zur Anstalt gehörenden Kapitalien. Dieselben werden vom Staat ihrer Bestimmung gemäß verwaltet und verwendet (Art. 8 des Gesetzes vom 31. Januar 1909).

Über die sub Ziffer 3 genannten Gegenstände wird auf den Zeitpunkt der Übernahme ein Inventar aufgenommen, welches der Genehmigung des Regierungsrates unterliegt.

§ 4. An die Betriebskosten der Schule leistet die Gemeinde Biel, nach Abzug des auf Grund des Bundesbeschlusses vom 27. Juni 1884 betreffend die gewerbliche und industrielle Berufsbildung bezogenen Bundesbeitrages, einen jährlichen Beitrag von einem Drittel (Art. 7 des Gesetzes).

II. Organisation der Anstalt.

§ 5. Das Technikum in Biel wird in seiner heutigen Organisation vom Staate mit folgenden Abteilungen übernommen: 1. die Schule für Maschinentechniker; — 2. die Schule für Elektrotechniker und Elektromonteure; — 3. die Schule für Kleinmechaniker samt Lehrwerkstätten; — 4. die Schule für Bautechniker; — 5. die Kunstgewerbeschule; — 6. die Uhrenmacherschule; — 7. die Eisenbahnschule; — 8. die Postschule; — 9. der Vorkurs.

Vorbehalten bleibt die Übernahme der Eisenbahnschule durch die Verwaltung der Schweizerischen Bundesbahnen.

Der Staat übernimmt das der Uhrenmacherschule angegliederte Observationsbureau für die Kontrolle der Uhren und wird dasselbe ausbauen, insofern von den Interessenten angemessene Beiträge zur Verfügung gestellt werden.

Die Errichtung weiterer oder die Aufhebung von bestehenden Abteilungen erfolgt durch Beschluß des Großen Rates.

Der Vorkurs kann durch Beschluß des Regierungsrates aufgehoben werden.

§ 6. Außer den regelmäßigen zusammenhängenden Lehrkursen können nach Bedürfnis von der Aufsichtskommission des Technikums mit Genehmigung des Regierungsrates veranstaltet werden

a. Spezialkurse für Lehrer, welche sich dem gewerblichen Unterricht widmen wollen;

b. Fachkurse für Meister, sowie solche für Arbeiter verschiedener Gewerbszweige. Dieselben sind den Meistern und Arbeitern möglichst zugänglich zu machen.

Die Lehrer der Anstalt sind zur Mitwirkung an solchen Kursen gegen eine angemessene Entschädigung verpflichtet.

§ 7. Zur Förderung der Unterrichtszwecke der verschiedenen Abteilungen dienen die Sammlungen und die Bibliotheken, welche nach Bedürfnis und nach Maßgabe des jährlichen Voranschlages vermehrt werden sollen. Auch können neue Sammlungen angelegt werden.

III. Unterricht.

§ 8. Für den Eintritt in die erste Schulklasse wird mindestens die Erfüllung des 15. Altersjahrs und der Ausweis über den Besitz der in einer zweiklassigen bernischen Sekundarschule geforderten Kenntnisse verlangt. Die Angemeldeten haben eine Aufnahmeprüfung zu bestehen, sofern nicht die Aufsichtskommission, nach Einsicht ihrer Zeugnisse, sie davon dispensiert.

§ 9. Der Unterricht wird in der Weise erteilt, daß Schüler deutscher und französischer Zunge demselben folgen können.

§ 10. Die Dauer der Kurse an den verschiedenen Abteilungen wird durch den Lehrplan und das Schulreglement bestimmt.

Der Lehrplan und das Schulreglement werden auf Antrag der Aufsichtskommission durch den Regierungsrat festgestellt.

§ 11. Das Schulgeld beträgt für Schüler schweizerischer Nationalität und für Ausländer, deren Eltern in der Schweiz niedergelassen sind, Fr. 25 pro Halbjahr. Für Schüler fremder Nationalität, deren Eltern nicht in der Schweiz niedergelassen sind, beträgt es Fr. 100, sofern sie die Uhrenmacherschule besuchen, Fr. 150 pro Halbjahr. Die Schüler haben überdies für Benützung von Laboratorien und Werkstätten eine angemessene Entschädigung zu leisten. Die Besucher einzelner Unterrichtsfächer, Hospitanten, haben Fr. 3 per wöchentliche Unterrichtsstunde und per Semester zu bezahlen.

§ 12. Schülern und Hospitanten, welche sich über ihre Mittellosigkeit ausweisen, kann das Schulgeld ganz oder teilweise erlassen werden.

Stipendien werden nach Maßgabe des jährlichen Voranschlages (Art. 6 des Gesetzes) auf den Antrag der Aufsichtskommission vom Regierungsrat vergeben.

§ 13. Die gegenwärtig an der Anstalt bestehenden Lehrstellen werden beibehalten. Deren Inhaber sind mit ihren gegenwärtigen Besoldungen bis zum Ablauf ihrer Amtsdauer in ihrem Amte bestätigt.

Die Aufhebung bestehender und die Errichtung von weiteren Lehrstellen, sowie die Wahl der festangestellten Lehrer erfolgen durch den Regierungsrat. Die Amtsdauer der Lehrer beträgt in der Regel sechs Jahre. Provisorische Wahlen auf kürzere Zeit sind zulässig.

Vorübergehend kann die Aufsichtskommission, mit Genehmigung der Direktion des Innern, auch andere Lehrkräfte verwenden.

§ 14. Der Regierungsrat bestimmt die Besoldung der festangestellten Lehrer. Dieselbe beträgt jährlich Fr. 60–220 für die wöchentliche Unterrichtsstunde. Innerhalb dieser Grenzen werden die Grundsätze für die Bestimmung der Besoldungen und die Alterszulagen durch ein Regulativ des Regierungsrates festgestellt.

In Ausnahmefällen kann der Regierungsrat innerhalb der Schranken des jährlichen Voranschlages eine Besoldungszulage bewilligen, um eine ausgezeichnete Lehrkraft der Anstalt zu gewinnen oder zu erhalten.

§ 15. Für die Versetzung der Lehrer in den Ruhestand und die Ausrichtung von Ruhegehalten gelten die jeweiligen auf die Lehrer an den Mittelschulen anwendbaren Bestimmungen (Art. 9 des Gesetzes).

Im Falle der Versetzung von Lehrern in den Ruhestand und bei Ausrichtung von Ruhegehältern wird den gegenwärtig an der Anstalt festangestellten Lehrern die vor dem 1. Januar 1910 verflossene Zeit ihrer Anstellung als Lehrer der Anstalt und an bernischen Mittelschulen angerechnet.

IV. Behörden.

§ 16. Die Anstalt steht als gewerbliche Bildungsschule unter der Aufsicht der Direktion des Innern. Die Leitung derselben wird einer Aufsichtskommission von neun Mitgliedern übertragen. Der Präsident und fünf Mitglieder werden vom Regierungsrat, die übrigen drei Mitglieder vom Stadtrat der Stadt Biel gewählt.

Die Amtsdauer der Aufsichtskommission beträgt sechs Jahre.

§ 17. Durch das Schulreglement können für die Aufsicht über einzelne Abteilungen besondere Fachkommissionen eingesetzt werden, deren Wahl der Aufsichtskommission zusteht.

§ 18. Die Obliegenheiten der Aufsichtskommission und der Fachkommissionen, sowie die Entschädigungen ihrer Mitglieder werden im Schulreglement festgestellt.

§ 19. Der Regierungsrat wählt jeweilen auf drei Jahre einen Direktor, welchem die unmittelbare Leitung der Anstalt obliegt. Grundsätzlich ist der Direktor zur Übernahme einer beschränkten Zahl von Unterrichtsstunden verpflichtet. Auf Antrag der Aufsichtskommission kann er jedoch von der Erteilung von Unterrichtsstunden gänzlich befreit werden. Der Direktor bezieht eine Besoldung, die grundsätzlich derjenigen eines Hauptlehrers entspricht, nebst einem Zuschlag, der bis auf Fr. 1000 betragen kann.

§ 20. Dem Direktor wird ein Sekretär beigegeben, welcher auch das Sekretariat der Aufsichtskommission und der Fachkommissionen besorgt. Derselbe wird, unter Vorbehalt der Genehmigung durch die Direktion des Innern, von der Aufsichtskommission gewählt.

Die Besoldung des Sekretärs wird vom Regierungsrat festgesetzt.

§ 21. Dieses Dekret tritt am 1. Januar 1910 in Kraft.

---

23. 5. **Gesetz betreffend die Kantonsschule, die landwirtschaftliche Winterschule und die Fortbildungsschulen des Kantons Solothurn.** (Vom 29. August 1909.)

Der Kantonsrat von Solothurn

beschließt:

Erster Teil. — **Die Kantonsschule.**

I. Gliederung und Unterstellung der Kantonsschule.

§ 1. Die Solothurnische Kantonsschule besteht aus folgenden Abteilungen: *a.* dem Gymnasium; — *b.* der Realschule; — *c.* der Lehrlingsbildungsanstalt; — *d.* der Handelsschule.

Der Kantonsrat ist berechtigt, Abteilungen, die eine schwache Frequenz aufweisen, zu schließen.

§ 2. Das Gymnasium will den Schülern eine allgemeine Bildung in humanistischer, die Realschule eine solche in realistischer Richtung geben; ersteres ist vornehmlich Vorschule für das Universitätsstudium, letztere für das Studium an technischen Anstalten, hauptsächlich am eidgenössischen Polytechnikum. Die Lehrerbildungsanstalt bildet die solothurnischen Primarlehrer und Primarlehrerinnen aus. Die Handelsschule bietet die Vorbildung für die Ausübung des kaufmännischen Berufes und für den Verwaltungs- und Verkehrsdienst, sowie für das Studium an Handelshochschulen.

§ 3. Die oberste leitende und entscheidende Behörde ist der Regierungsrat. Durch diese Bestimmung werden die Befugnisse, welche Verfassung und Gesetz dem Kantonsrat einräumen, nicht berührt.

II. Der Unterricht.

§ 4. Das Gymnasium umfaßt 7, die Realschule $6^1/_2$, die Lehrerbildungsanstalt 4 und die Handelsschule 3 Jahreskurse.

§ 5. Das Schuljahr beginnt für sämtliche Abteilungen der Kantonsschule im Frühjahr.

§ 6. Die Gesamtdauer der während eines Schuljahres Lehrern und Schülern einzuräumenden Ferien bestimmt der Kantonsrat. Sie soll nicht mehr als zwölf Wochen umfassen.

Der Regierungsrat begrenzt alljährlich auf Vorschlag der Lehrerkonferenz Schulzeit und Ferien.

§ 7. Der Unterricht am Gymnasium und an der Realschule schließt an den Unterricht der sechsten Klasse der Primarschule, der Unterricht an der Lehrerbildungsanstalt und der Handelsschule an denjenigen zweiklassiger Bezirks- bezw. Sekundarschulen an.

§ 8. Der Lehrplan bestimmt für jede Klasse die Unterrichtsfächer und den Lehrstoff. Er setzt ferner für die in den einzelnen Klassen zu behandelnden Fächer die Zahl der wöchentlich zu erteilenden Unterrichtsstunden fest. Er kann auch für bestimmte Fächer und für die Schüler einer, mehrerer oder aller Abteilungen Freikurse vorsehen.

Der Lehrplan wird, nachdem er von der Lehrerkonferenz und vom Erziehungsrat vorberaten worden ist, vom Regierungsrat aufgestellt.

Der Regierungsrat weist die im Lehrplan vorgeschlagenen Unterrichtsstunden den einzelnen Professoren, Lehrern und Hülfslehrern zu.

§ 9. Der Kantonsrat bestimmt, wann die Parallelisierung einer Klasse einzutreten hat.

Er ist auch berechtigt, parallelisierte Klassen wieder zu verschmelzen.

§ 10. Den Zwecken der Ausbildung der Schüler und des Unterrichts dienen die Kantonsbibliothek, das astronomische Observatorium, das chemische Laboratorium, die verschiedenen wissenschaftlichen Sammlungen der Kantonsschule und die vom Staate zu beschaffenden allgemeinen Lehrmittel.

Der Regierungsrat bezeichnet auf Vorschlag der Lehrerkonferenz und des Erziehungsrates die beim Unterrichte zu verwendenden individuellen Lehrmittel.

III. Die Schüler.

§ 11. Der Besuch der Solothurnischen Kantonsschule steht Personen männlichen und weiblichen Geschlechts zu.

§ 12. Welche Voraussetzungen gegeben sein müssen, damit eine Person als Schüler einer Abteilung aufgenommen werden kann und von einer Klasse in die andere vorrücken darf, normiert auf Vorschlag der Lehrerkonferenz der Regierungsrat.

Ob eine Person befähigt ist, als Schüler einzutreten, stellt die Lehrerkonferenz fest; über die Aufnahme in das Gymnasium, in die Realschule und in die Handelsschule entscheidet die Lehrerkonferenz, über die Aufnahme in die Lehrerbildungsanstalt der Regierungsrat.

Ob ein Schüler von einer Klasse in die andere vorrücken kann, bestimmt die Lehrerkonferenz.

§ 13. Der Staat kann zu Beginn des Schuljahres Schulgelder beziehen von denjenigen Schülern, deren Wohnsitz sich außerhalb des Kantons Solothurn befindet. Von den übrigen Schülern können nur jährliche Einschreibgebühren gefordert werden.

Der Regierungsrat bestimmt die Höhe der Schulgelder und Einschreibgebühren.

§ 14. In der Regel haben die Schüler dem durch den Lehrplan für die betreffende Klasse vorgesehenen Unterricht zu folgen. Ausnahmsweise kann

die Rektoratskommission einen Schüler vom Besuch einzelner Unterrichtsfächer befreien.

§ 15. Die Disziplinargewalt über die Schüler üben der Regierungsrat, die Mitglieder und Organe des Lehrkörpers der Kantonsschule, sowie die Vorsteher der Kosthäuser aus.

Die hierüber aufzustellenden Vorschriften werden vom Regierungsrat erlassen.

§ 16. Vom Besuche einzelner Lehrstunden dispensiert der Lehrer, der sie erteilt. Über weitergehende Urlaubsgesuche entscheidet der Rektor.

§ 17. Der Regierungsrat erläßt die Reglemente über die Prüfungen, welche die Schüler nach Absolvierung einer Abteilung der Kantonsschule abzulegen haben. Es finden statt:

a. für die Schüler der obersten Klasse des Gymnasiums und der Realschule die Maturitätsprüfungen;

b. für die Schüler des IV. Kurses der Lehrerbildungsanstalt die Patentprüfungen;

c. für die Schüler der obersten Klasse der Handelsschule die Diplomprüfungen.

Der Entscheid über die Frage, ob diese Prüfungen wegzufallen haben, steht dem Kantonsrate zu.

§ 18. Diese Prüfungen werden abgenommen von folgenden Prüfungskommissionen:

a. von der Maturitätsprüfungskommission für die Schüler des Gymnasiums und der Realschule;

b. von der Lehrerprüfungskommission für die Lehramtskandidaten;

c. von der Handelsschulkommission für die Schüler der Handelsschule.

Diese Prüfungskommissionen werden vom Regierungsrat je auf den 15. August des Jahres, in welchem die Gesamterneuerungswahlen der Behörden im Kanton Solothurn stattfinden, gewählt.

IV. Die Lehrer.

§ 19. Der Lehrkörper der Kantonsschule umfaßt Professoren, Lehrer und Hülfslehrer.

Art und Zahl der an der Kantonsschule anzustellenden Lehrkräfte bestimmt der Kantonsrat.

§ 20. Die Wahl zum Professor, Lehrer oder Hülfslehrer ist bedingt durch die entsprechende Befähigung und den Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte. Die Anstellung erlischt mit dem Verlust der letztern.

§ 21. Die Professoren, Lehrer und Hülfslehrer werden auf Vorschlag des Erziehungsrates vom Regierungsrate ernannt.

Die Wahl ist eine provisorische oder definitive.

Die Neubesetzung von Lehrstellen erfolgt durch Ruf oder auf Ausschreibung.

§ 22. Die Amtsdauer der definitiv gewählten Professoren, Lehrer und Hülfslehrer wird durch den Regierungsrat festgesetzt und beträgt in der Regel sechs Jahre.

§ 23. Die Professoren und Lehrer können vom Regierungsrat zur Erteilung von höchstens fünfundzwanzig Wochenstunden angehalten werden.

§ 24. Die Professoren und Lehrer aller Abteilungen haben während der Schulzeit ihre ganze Arbeitskraft der lehramtlichen Tätigkeit an der Kantonsschule zu widmen.

Der Regierungsrat ist berechtigt, das Betreiben von Nebenbeschäftigungen ganz oder teilweise zu verbieten.

§ 25. Der Regierungsrat überträgt die verantwortliche Aufsicht über die zur Kantonsschule gehörenden wissenschaftlichen Sammlungen und Institute und über das dem Unterricht dienende Inventar den Professoren und Lehrern.

Die in § 35, Abs. 3, genannten Organe des Lehrkörpers der Kantonsschule werden je auf den 15. August des Jahres, in welchem die Gesamterneuerungswahlen der Behörden im Kanton Solothurn stattfinden, aus der Mitte der Lehrerkonferenz vom Regierungsrat gewählt und für ihre Funktionen honoriert.

Der Regierungsrat kann den Professoren und Lehrern die Inspektion über die Bezirks- bezw. Sekundarschulen des Kantons überbinden und hat sie für die ihnen daraus erwachsenden Ausgaben schadlos zu halten.

Der Regierungsrat ist berechtigt, das Amt eines Kantonsbibliothekars und Staatsarchivars zu schaffen. Er kann Professoren und Lehrer damit betrauen und die Inhaber dieser Nebenämter honorieren oder deren Pflichtstundenzahl (§ 23) reduzieren.

§ 26. Die Jahresbesoldung beläuft sich für die Professoren auf Fr. 4000, für die Lehrer auf Fr. 3200.

Außerdem beziehen die Professoren und Lehrer alljährlich eine Altersgehaltszulage von Fr. 200, wenn sie mehr als 4 Jahre, von Fr. 400, wenn sie mehr als 8 Jahre, und von Fr. 600, wenn sie mehr als 12 Jahre das Lehramt an der Solothurnischen Kantonsschule oder einer gleichartigen Schulanstalt ausgeübt haben.

Das Honorar der Hülfslehrer und das Entgelt für die von den Professoren und Lehrern über das Pflichtmaß (§ 23) hinaus erteilten Jahresstunden bestimmt der Kantonsrat.

§ 27. Behufs Einrichtung einer staatlichen Invaliden-, Witwen- und Waisenkasse für die Professoren und Lehrer der Kantonsschule und für die Haupt- und Nebenlehrer der landwirtschaftlichen Winterschule ist der Kantonsrat berechtigt, einen Fonds anzulegen und im Laufe der Jahre zu äufnen.

Wenn der Fonds die erforderliche Höhe erreicht hat, soll ihn der Kantonsrat seinem Zweck dienstbar machen. Alsdann kann er den Beitritt zur Kasse obligatorisch erklären und die Mitglieder zur Leistung von Beiträgen heranziehen.

In gleicher Weise kann auch eine staatliche Invaliden-, Witwen- und Waisenkasse für einen vom Kantonsrat zu umschreibenden Kreis von Beamten und Angestellten des Staates eingerichtet werden.

Der Kantonsrat ist berechtigt, die beiden Kassen zu verschmelzen.

§ 28. Vom Ausfall einzelner Lehrstunden haben Professoren, Lehrer und Hülfslehrer dem Rektor Anzeige zu erstatten.

Urlaub bis auf die Dauer einer Woche gewährt den Professoren, Lehrern und Hülfslehrern der Rektor, dem Rektor das Erziehungsdepartement. Längere und innert Jahresfrist wiederholte Urlaube sind beim Regierungsrat nachzusuchen.

Wenn infolge vorübergehender Erkrankung oder wegen Militärdienst eines Professors, Lehrers oder Hülfslehrers eine Stellvertretung notwendig wird, trägt der Staat die Kosten.

§ 29. Der von den Professoren, Lehrern und Hülfslehrern erteilte Unterricht wird überwacht:

a. durch Regierungsrat und Erziehungsrat;

b. durch die Maturitätsprüfungskommission für das Gymnasium und die Realschule, durch die Lehrerprüfungskommission für die Lehrerbildungsanstalt, durch die Handelsschulkommission für die Handelsschule;

c. durch die in gleicher Weise wie die Prüfungskommissionen (§ 18) gewählten Inspektoren für diejenigen Fächer und Klassen, für welche sie als solche zu funktionieren haben.

Der Regierungsrat bestimmt auf dem Verordnungswege, wie diese Aufsicht auszuüben ist.

§ 30. Wenn Professoren, Lehrer oder Hülfslehrer ihre Amtspflicht verletzen oder solche Handlungen begehen, welche mit der Ausübung des Amtes unverträglich erscheinen, ist die Disziplinargewalt zur Anwendung zu bringen.

§ 31. Die Disziplinargewalt über die Professoren, Lehrer und Hülfslehrer der Kantonsschule übt der Regierungsrat aus.

Dem Angeschuldigten ist Gelegenheit zu geben, sich zu verantworten.

Gegen die in § 32, litt. *b* und *c*, genannten Strafverfügungen des Regierungsrates kann innert 30 Tagen nach Zustellung des Beschlusses beim Kantonsrat Rekurs erhoben werden, welcher jedoch keine aufschiebende Wirkung hat.

§ 32. In Ausübung der Disziplinargewalt können nach der Größe des Fehltritts und nach dem Grade des Verschuldens folgende Strafen verhängt werden: *a.* die Rüge; — *b.* die Versetzung in die Stellung eines provisorisch gewählten Inhabers der Lehrstelle; — *c.* die Abberufung.

§ 33. Professoren, Lehrer und Hülfslehrer haben Entlassungsgesuche auf Ende des Sommer- oder des Winterschulhalbjahres zu stellen und sie wenigstens drei Monate vor demjenigen Zeitpunkte dem Regierungsrat einzureichen, auf welchen sie aus dem Lehrkörper der Kantonsschule ausscheiden wollen.

Der Regierungsrat kann in außerordentlichen Fällen Ausnahmen von dieser Regel gestatten.

§ 34. Beim Hinscheiden eines Professors oder Lehrers ist der Gehalt für einen weiteren Monat, vom Todestage an gerechnet, auszurichten.

Sind beim Tode eines Professors oder Lehrers eine Ehefrau, minderjährige Kinder oder Eltern vorhanden, so ist der Regierungsrat befugt, nach seinem Ermessen überdies zugunsten dieser je nach ihrer Vermögenslage und der Dienstzeit des Verstorbenen einen Besoldungsnachgenuß bis auf vier Monate zu gewähren.

§ 35. Die Professoren, Lehrer und Hülfslehrer bilden die Lehrerkonferenz der Kantonsschule.

Die Vereinigung der Professoren, Lehrer und Hülfslehrer, die an der nämlichen Abteilung (§ 1) tätig sind, ist die Abteilungskonferenz.

Aus der Mitte der aus fünf Mitgliedern bestehenden Rektoratskommission werden gewählt:

a. der Rektor, welcher Präsident der Rektoratskommission und der Lehrerkonferenz ist, und dessen Stellvertreter;

b. die Abteilungsvorsteher, welche die Präsidenten der Abteilungskonferenzen sind;

c. der Aktuar der Lehrerkonferenz und der Rektoratskommission.

Die Rechte und Pflichten der genannten Organe des Lehrkörpers der Kantonsschule normiert der Regierungsrat.

V. Erleichterung des Studiums an der Kantonsschule durch den Staat.

§ 36. Der Regierungsrat ist berechtigt, Schülern des Gymnasiums, der Realschule und der Handelsschule gegen ein von ihm festzustellendes Entgelt Kost und Logis zu gewähren.

§ 37. Der Regierungsrat ist berechtigt, den Schülern der Lehrerbildungsanstalt im Kosthaus dieser Anstalt im Sinne des § 38 freie Kost und freie Wohnung zu gewähren.

Der Eintritt in das Kosthaus ist den Schülern freigestellt.

Den Schülerinnen dieser Anstalt und denjenigen Schülern, welche außerhalb des Kosthauses der Lehrerbildungsanstalt wohnen, kann der Regierungsrat

Staatsbeiträge an ihre Auslagen für Kost und Logis verabfolgen. Er bestimmt die Höhe dieser Beiträge.

§ 38. Schüler und Schülerinnen der Lehrerbildungsanstalt werden den Betrag, den der Staat für sie, gestützt auf § 37, aufgewendet hat, schuldig. Der Regierungsrat setzt die Höhe des Schuldbetrages fest.

Ein Teil dieser Verbindlichkeit, höchstens $^1/_3$ derselben, ist vom Schuldner zu tilgen. Seine Höhe und die Abzahlungstermine normiert der Regierungsrat.

In bezug auf den Rest der Schuld gilt folgendes:

a. Mit jedem Schuljahr, welches der Schuldner im Schuldienste des Kantons Solothurn vollendet, erlischt $^1/_{15}$ der Schuld. Die Schuld erlischt ganz, wenn der Schuldner während 15 Jahren die ihm übertragenen Lehrstellen im Kanton Solothurn versehen hat, wenn er stirbt oder wenn er, ohne daß ihn ein Verschulden trifft, aus der Lehrerbildungsanstalt entlassen wird oder unfähig geworden ist, eine Lehrstelle zu bekleiden;

b. die Schuld wird fällig, wenn der Schuldner, ohne die Patentprüfung bestanden zu haben, die Lehrerbildungsanstalt verläßt, wenn er aus dem Lehrerstande ausscheidet oder wenn er sich weigert, eine ihm übertragene Lehrstelle im Kanton Solothurn zu übernehmen.

§ 39. Der Regierungsrat kann gestützt auf eine vom Kantonsrat zu erlassende Verordnung unbemittelten und tüchtigen Schülern des Gymnasiums, der Realschule und der Handelsschule unzinsbare Vorschüsse und aus den Erträgnissen eines vom Staate anzulegenden Stipendienfonds Stipendien gewähren.

VI. Vermischte Bestimmungen.

§ 40. Auf den 15. August desjenigen Jahres, in welchem die Gesamterneuerungswahlen der Behörden im Kanton Solothurn stattfinden, wählt der Regierungsrat die Vorsteher der staatlichen Kosthäuser (§§ 36—38) und den Hauswart der Kantonsschule.

Rechte und Pflichten der Kosthausvorsteher und des Hauswarts normiert der Regierungsrat. Die Besoldung des Hauswarts der Kantonsschule ist durch § 39, litt. *g*, des Gesetzes betreffend die Beamten und Angestellten des Staates vom 27. November 1904 festgestellt.

§ 41. Der Kantonsrat ist berechtigt, an der Kantonsschule für Lehrer und Lehrerinnen aller Stufen Spezialkurse, wie Fortbildungs-, Wiederholungs-, Arbeitslehrerinnenkurse usw., abhalten zu lassen.

Er kann die im Schuldienst stehenden Lehrer und Lehrerinnen zum Besuche dieser Kurse anhalten.

Zweiter Teil. — Die landwirtschaftliche Winterschule.

I. Zweck, Sitz und Unterstellung.

§ 42. Zur Förderung der landwirtschaftlichen Berufsbildung wird eine kantonale landwirtschaftliche Winterschule gegründet.

Der Kantonsrat ist berechtigt, diese Schule zu schließen, wenn sie eine ungenügende Frequenz aufweist.

§ 43. Den Sitz der landwirtschaftlichen Winterschule bestimmt der Kantonsrat.

§ 44. Die oberste leitende und entscheidende Behörde ist der Regierungsrat. Durch diese Bestimmung werden die Befugnisse, welche Verfassung und Gesetz dem Kantonsrat einräumen, nicht berührt.

II. Der Unterricht.

§ 45. Die landwirtschaftliche Winterschule umfaßt zwei Halbjahreskurse. Der Kurs beginnt zu Anfang des Monates November und schließt Ende März des darauffolgenden Jahres. Der Kantonsrat kann jedoch die Unterrichtszeit ausdehnen und die Kurse zeitlich verlegen.

§ 46. Der Lehrplan bestimmt für jeden Kurs die Unterrichtsfächer und den Lehrstoff. Er setzt ferner für die in den beiden Kursen zu behandelnden Fächer die Zahl der wöchentlich zu erteilenden Unterrichtsstunden fest. Er kann auch für bestimmte Fächer Freistunden vorsehen.

Der Lehrplan wird, nachdem er vom Lehrpersonal und von der Aufsichtskommission der landwirtschaftlichen Winterschule, sowie vom Erziehungsrat vorberaten worden ist, vom Regierungsrate aufgestellt.

Der Regierungsrat weist die im Lehrplan vorgesehenen Unterrichtsstunden den einzelnen Lehrern zu.

§ 47. Der Kantonsrat bestimmt, wann die Parallelisierung einer Klasse einzutreten hat.

Er ist berechtigt, parallelisierte Klassen wieder zu verschmelzen.

§ 48. Den Zwecken der Ausbildung der Schüler dienen die Kantonsbibliothek, die wissenschaftlichen Sammlungen der Winterschule und die vom Staate zu beschaffenden allgemeinen Lehrmittel.

Der Regierungsrat bezeichnet auf Vorschlag des Lehrpersonals und der Aufsichtskommission die beim Unterricht zu verwendenden individuellen Lehrmittel.

III. Die Schüler.

§ 49. Der Besuch der landwirtschaftlichen Winterschule steht Personen männlichen und weiblichen Geschlechts zu.

§ 50. Welche Voraussetzungen gegeben sein müssen, damit eine Person als Schüler aufgenommen werden kann und von einem Kurse in den anderen vorrücken darf, bestimmt der Regierungsrat.

Darüber, ob im einzelnen Falle diese Voraussetzungen vorliegen, entscheidet auf Vorschlag des Lehrpersonals die Aufsichtskommission.

§ 51. Der Staat kann von den Schülern zu Beginn des Kurses eine Einschreibgebühr beziehen, deren Höhe der Regierungsrat bestimmt.

§ 52. Der Regierungsrat ist berechtigt, den Schülern der landwirtschaftlichen Winterschule gegen ein von ihm festzustellendes Entgeld Kost und Logis zu gewähren.

Der Regierungsrat kann über das Kosthaus der landwirtschaftlichen Winterschule für die Zeit, während welcher dieses der landwirtschaftlichen Winterschule nicht dient, zu andern Zwecken verfügen.

Auf den 15. August desjenigen Jahres, in welchem die Gesamterneuerungswahlen der Behöreen im Kanton Solothurn stattfinden, wählt der Regierungsrat den Verwalter des Kosthauses der landwirtschaftlichen Winterschule. Er normiert dessen Rechte und Pflichten.

§ 53. Der Regierungsrat kann, gestützt auf eine vom Kantonsrat zu erlassende Verordnung, unbemittelten und tüchtigen Schülern unzinsbare Vorschüsse und aus den Erträgnissen des vom Staate anzulegenden Stipendienfonds (§ 39) Stipendien gewähren.

§ 54. In der Regel haben die Schüler dem durch den Lehrplan für den betreffenden Kurs vorgesehenen Unterricht zu folgen. Ausnahmsweise kann die Aufsichtskommission einen Schüler vom Besuche einzelner Unterrichtsfächer befreien.

§ 55. Die Disziplinargewalt über die Schüler üben der Regierungsrat, das Lehrpersonal und dessen Organe und der Vorsteher des Kosthauses aus.

Die hierüber aufzustellenden Vorschriften werden vom Regierungsrat erlassen.

§ 56. Vom Besuche einzelner Lehrstunden dispensiert der Lehrer, der sie erteilt. Über weitergehende Urlaubsgesuche entscheidet der Vorsteher der landwirtschaftlichen Winterschule.

§ 57. Jeder Schüler hat nach den Vorschriften eines vom Regierungsrate zu erlassenden Prüfungsreglementes beim Austritt aus dem zweiten Kurse eine

Diplomprüfung abzulegen. Diese wird von der Aufsichtskommission der landwirtschaftlichen Winterschule abgenommen.

IV. Die Lehrer.

§ 58. Der Lehrkörper der landwirtschaftlichen Winterschule umfaßt Haupt-, Neben- und Hülfslehrer.

Art und Zahl der anzustellenden Lehrkräfte bestimmt der Kantonsrat.

§ 59. Die Wahl zum Haupt-, Neben- oder Hülfslehrer ist bedingt durch die entsprechende Befähigung und den Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte. Die Anstellung erlischt mit dem Verlust der letztern.

§ 60. Die Haupt-, Neben- und Hülfslehrer werden auf Vorschlag der Aufsichtskommission und des Erziehungsrates vom Regierungsrate ernannt.

Die Wahl ist eine provisorische oder definitive.

Die Neubesetzung von Lehrstellen erfolgt durch Ruf oder auf Ausschreibung

§ 61. Die Amtsdauer der definitiv gewählten Haupt-, Neben- und Hülfslehrer wird durch den Regierungsrat festgesetzt und beträgt in der Regel sechs Jahre.

§ 62. Die Haupt- und Nebenlehrer können vom Regierungsrate zur Erteilung von höchstens fünfundzwanzig Wochenstunden angehalten werden.

§ 63. Die Haupt- und Nebenlehrer haben während der Schulzeit ihre ganze Arbeitskraft der lehramtlichen Tätigkeit an der landwirtschaftlichen Winterschule zu widmen. Der Regierungsrat ist berechtigt, ihnen das Betreiben von Nebenbeschäftigungen ganz oder teilweise zu verbieten.

Der Regierungsrat überträgt die verantwortliche Aufsicht über die zur landwirtschaftlichen Winterschule gehörenden Sammlungen und über die dem Unterrichte dienenden Sachen den Haupt- oder Nebenlehrern.

Der Regierungsrat kann das Amt eines Verwalters des Kosthauses der landwirtschaftlichen Winterschule (§ 52) einem Haupt- oder Nebenlehrer dieser Schule überbinden.

Die Haupt- und Nebenlehrer stehen zu der Zeit, während der sie keinen Unterricht zu erteilen haben, zur Verfügung des Regierungsrates.

§ 64. Die Jahresbesoldung beläuft sich für die Hauptlehrer auf Fr. 4000 für die Nebenlehrer auf Fr. 3200.

Außerdem beziehen die Haupt- und Nebenlehrer alljährlich eine Altersgehaltszulage von Fr. 200, wenn sie mehr als vier Jahre, von Fr. 400, wenn sie mehr als acht Jahre, von Fr. 600, wenn sie mehr als zwölf Jahre das Lehramt an der landwirtschaftlichen Winterschule oder einer gleichartigen Schulanstalt ausgeübt haben.

Die Haupt- und Nebenlehrer haben auch teil an der nach § 27 des vorliegenden Gesetzes einzurichtenden staatlichen Invaliden-, Witwen- und Waisenkasse.

Das Honorar der Hülfslehrer und das Entgelt für die von den Haupt- und Nebenlehrern über das Pflichtmaß (§ 62) hinaus erteilten Halbjahresstunden bestimmt der Kantonsrat.

§ 65. Vom Ausfall einzelner Lehrstunden haben die Haupt-, Neben- und Hülfslehrer dem Vorsteher der landwirtschaftlichen Winterschule Anzeige zu erstatten.

Urlaub bis auf die Dauer einer Woche gewährt den Haupt-, Neben- und Hülfslehrern der Vorsteher der Winterschule, dem Vorsteher das Erziehungsdepartement. Längere und innert Jahresfrist wiederholte Urlaube sind beim Regierungsrat nachzusuchen.

Wenn infolge vorübergehender Erkrankung oder wegen Militärdienst eines Haupt-, Neben- oder Hülfslehrers eine Stellvertretung notwendig wird, trägt der Staat die Kosten.

§ 66. Der erteilte Unterricht wird nach den Vorschriften einer vom Regierungsrat zu erlassenden Verordnung überwacht:

a. durch Regierungsrat und Erziehungsrat;

b. durch die Aufsichtskommission der landwirtschaftlichen Winterschule.

Diese Aufsichtskommission wird vom Regierungsrate je auf den 15. August des Jahres, in welchem die Gesamterneuerungswahlen der Behörden im Kanton Solothurn stattfinden, gewählt.

§ 67. Wenn Haupt-, Neben- oder Hülfslehrer ihre Amtspflichten verletzen oder solche Handlungen begehen, welche mit der Ausübung des Amtes unverträglich erscheinen, ist die Disziplinargewalt zur Anwendung zu bringen.

§ 68. Die Disziplinargewalt über die Haupt-, Neben- und Hülfslehrer übt der Regierungsrat aus.

Dem Angeschuldigten ist Gelegenheit zu geben, sich zu verantworten.

Gegen die in § 69, litt. *b* und *c*, genannten Strafverfügungen des Regierungsrates kann innert 30 Tagen nach Zustellung des Beschlusses beim Kantonsrat Rekurs eingereicht werden, welcher jedoch keine aufschiebende Wirkung hat.

§ 69. In Ausübung der Disziplinargewalt können nach der Größe des Fehltritts und nach dem Grade des Verschuldens folgende Strafen verhängt werden: *a.* die Rüge; — *b.* die Versetzung in die Stellung eines provisorisch gewählten Inhabers der Lehrstelle; — *c.* die Abberufung.

§ 70. Haupt-, Neben- und Hülfslehrer haben Entlassungsgesuche auf Ende des Winterschulhalbjahres zu stellen.

Der Regierungsrat kann in außerordentlichen Fällen Ausnahmen von dieser Regel gestatten.

§ 71. Beim Hinscheiden eines Haupt- oder Nebenlehrers ist der Gehalt für einen weitern Monat, vom Todestage an gerechnet, auszurichten.

Sind beim Tode eines Haupt- oder Nebenlehrers eine Ehefrau, minderjährige Kinder oder Eltern vorhanden, so ist der Regierungsrat befugt, nach seinem Ermessen überdies zugunsten dieser je nach ihrer Vermögenslage und der Dienstzeit des Verstorbenen einen Besoldungsnachgenuß bis auf vier Monate zu gewähren.

§ 72. Der Regierungsrat ernennt aus der Mitte des Lehrpersonals einen Vorsteher der landwirtschaftlichen Winterschule und normiert dessen Rechte und Pflichten.

Der Regierungsrat kann auf dem Verordnungswege dem Lehrpersonal der landwirtschaftlichen Winterschule eine Organisation geben.

Dritter Teil. — Die Fortbildungsschulen.

I. Arten, Zweck und Unterstellung.

§ 73. Die allgemeine Fortbildungsschule bezweckt, das Wissen und Können der aus der Primarschule entlassenen jungen Leute zu befestigen und zu erweitern.

Die beruflichen Fortbildungsschulen wollen außerdem diesen Leuten eine spezielle berufliche (gewerbliche, landwirtschaftliche, kaufmännische, hauswirtschaftliche etc.) Bildung vermitteln.

§ 74. Die Wiederholungskurse für stellungspflichtige Jünglinge haben den Zweck, auf die pädagogische Prüfung bei der Rekrutierung vorzubereiten.

§ 75. Die oberste leitende und entscheidende Behörde ist der Regierungsrat. Durch diese Bestimmung werden die Befugnisse, welche Verfassung und Gesetz dem Kantonsrate einräumen, nicht berührt.

II. Die allgemeine Fortbildungsschule.

§ 76. Das Institut der allgemeinen Fortbildungsschule erstreckt sich über das ganze Gebiet des Kantons Solothurn.

Der Regierungsrat kann von der Führung allgemeiner Fortbildungsschulen absehen in solchen Gemeinden, in welchen ein den Unterricht der allgemeinen Fortbildungsschule ersetzender Unterricht erteilt wird.

§ 77. Fortbildungsschulpflichtig sind die auf Kantonsgebiet tatsächlich wohnhaften Jünglinge, welche acht Schuljahre absolviert haben. Weitere Schuljahre, welche diese jungen Leute in der Primarschule, in einer Bezirks- bezw. Sekundarschule oder in einer höhern Schule als ordentliche Schüler zubringen, gelten als Fortbildungsschuljahre. Der Besuch der allgemeinen Fortbildungsschule wird ersetzt durch den Besuch einer staatlich subventionierten beruflichen Fortbildungsschule.

§ 78. Die im Fortbildungsschulkreise (§ 81) tatsächlich wohnenden Jünglinge sind gehalten, die Fortbildungsschule dieses Kreises zu besuchen.

Der Regierungsrat kann Ausnahmen von dieser Regel machen und gestatten. Er entscheidet über allfällig hieraus entstehende Entschädigungsansprüche.

§ 79. Der Unterricht umfaßt drei Halbjahreskurse mit je 80 Stunden. Der Kurs beginnt anfangs November und schließt Ende März des darauffolgenden Jahres.

Der Regierungsrat kann auf Antrag der einem Fortbildungsschulkurse (§ 81) angehörenden Einwohnergemeinden die Unterrichtszeit ausdehnen und die in Absatz 1 hiervor vorgesehenen Stunden und Kurse zeitlich verlegen.

§ 80. Die Fortbildungsschule schließt an die Primarschule an.

Der Fortbildungsschulpflichtige hat seiner Schulpflicht unaufgefordert zu genügen.

§ 81. Der Regierungsrat erläßt die erforderlichen Vorschriften über die zu erledigenden Unterrichtsfächer.

Im weitern stellt der Regierungsrat Bestimmungen über die Organisation der Fortbildungsschulkreise und der einzelnen Schulen auf. Dabei soll er dafür sorgen, daß der Fortbildungsschulunterricht möglichst auf die Tageszeit verlegt und jedenfalls so angesetzt wird, daß er nicht über 7 Uhr abends hinaus dauert. An Sonntagen und staatlich anerkannten Feiertagen darf Fortbildungsschulunterricht nicht gehalten werden.

§ 82. Die Ortsschulkommissionen haben jeder Störung der Schule und Beeinträchtigung des Unterrichts wirksam entgegenzutreten.

§ 83. Das Erziehungsdepartement kann wegen ansteckenden Krankheiten, gestützt auf ein ärztliches Gutachten, die allgemeine Fortbildungsschule ganz oder teilweise schließen.

§ 84. Fortbildungsschulpflichtige, welche infolge von Geisteskrankheit oder Geistesschwäche dauernd unfähig sind, dem Fortbildungsschulunterricht zu folgen, sind durch den Regierungsrat von der Schulpflicht zu befreien.

§ 85. Das Lehrpersonal der Fortbildungsschule befreit von der Schulpflicht dadurch, daß es Schulversäumnisse als begründet erklärt. Es ist berechtigt, dies zu tun, wenn vorübergehende Krankheit, Todesfall in der Familie und weiter Schulweg bei ungünstiger Witterung dem Schüler den Schulbesuch unmöglich machen.

§ 86. Der Regierungsrat befreit in den durch die §§ 84 und 85 nicht berührten Fällen vom Schulbesuche, wenn zwingende Gründe eine Dispensierung rechtfertigen. Er ist befugt, Vorbehalte an den Dispensationsbeschluß zu knüpfen; insbesondere kann er verlangen, daß der versäumte Unterricht nachgeholt oder durch einen dem Fortbildungsschulunterricht entsprechenden Unterricht ersetzt wird.

§ 87. Jede unbegründete Schulversäumnis wird mit 25 Rappen per Unterrichtsstunde bestraft.

Schüler, die unbegründeterewise mehr als 10 Minuten zu spät erscheinen, verfallen in eine Strafe von 20 Rappen.

Für die Bußen haften in erster Linie die Fortbildungsschulpflichtigen. Wird der Strafbetrag nicht von diesen selbst bezahlt, so sind die Inhaber der elterlichen Gewalt dafür verantwortlich zu machen.

§ 88. Längstens alle zwei Wochen und am Schlusse des Schulhalbjahres fertigt der Lehrer ein Verzeichnis der unbegründeten Absenzen nach § 87, Abs. 1 und 2, aus und sendet es dem Oberamte ein.

Der Oberamtmann setzt die entsprechende Buße aus und sorgt für den ungesäumten Einzug derselben.

§ 89. Nach der zweiten unbegründeten Halbtagsabsenz macht der Lehrer dem Vater oder Inhaber der elterlichen Gewalt oder derjenigen Person, in deren Obhut oder Dienst der Fortbildungsschulpflichtige steht, und nach der dritten Absenz dem Oberamt Anzeige. Dieses kann in der Folge den Fehlbaren polizeilich in die Schule führen lassen.

§ 90. Wenn Eltern oder solche Personen, in deren Obhut oder Dienst der Fortbildungsschulpflichtige steht, diesen ohne stichhaltigen Grund vom Schulbesuche abhalten, so werden sie vom ordentlichen Strafrichter mit einer Geldbuße bis zu 30 Fr. bestraft.

§ 91. Die in den §§ 87 und 90 hiervor vorgesehenen Bußen fallen in den Schulfonds derjenigen Einwohnergemeinde, in welcher der Gebüßte tatsächlich wohnt.

§ 92. Wenn Fortbildungsschulpflichtige sich gegen die Schulordnung oder gegen Zucht und gute Sitte in der Schule verfehlen, ist die Disziplinargewalt zur Anwendung zu bringen.

Der Regierungsrat hat die erforderlichen Strafbestimmungen aufzustellen und die Behörden zu bezeichnen, durch welche die Strafen zu verhängen sind.

Körperliche Züchtigung der fortbildungsschulpflichtigen jungen Leute ist verboten.

§ 93. Wenn Fortbildungsschulpflichtige sich gegen Zucht und gute Sitte außerhalb der Schule verfehlen, ist die Disziplinargewalt zur Anwendung zu bringen.

Die Ortsschulkommissionen können die erforderlichen Strafbestimmungen aufstellen und die Behörden bezeichnen, welche die Strafen zu verhängen haben. Die hierüber aufgestellten Reglemente unterliegen der Genehmigung durch den Regierungsrat, der auf dem Verordnungswege bestimmen kann, unter welchen Voraussetzungen er diese ausspricht.

§ 94. Die Einwohnergemeinden stellen für die Erteilung des Unterrichts die erforderlichen Schulräumlichkeiten zur Verfügung. Sie sorgen für deren Einrichtung, Beleuchtung, Beheizung und Reinigung. Die Bürgergemeinde liefert das Heizmaterial.

Die Aufsicht über die Erfüllung dieser Pflicht steht dem Regierungsrate zu.

§ 95. Der Regierungsrat bestimmt auf Vorschlag des Erziehungsrates, welche Lehrmittel obligatorisch sind.

Für die Schulmaterialien und Lehrmittel haben die Einwohnergemeinden aufzukommen.

§ 96. Der Kantonsrat bestimmt, wer den Unterricht an der allgemeinen Fortbildungsschule zu erteilen hat. Er ist befugt, das Lehrpersonal der Primarschule mit dieser Aufgabe zu betrauen.

Der Kantonsrat normiert in bezug auf das Lehrpersonal der allgemeinen Fortbildungsschule die Wählbarkeitsvoraussetzungen und die Wahlart und umschreibt Rechte und Pflichten der Lehrer. Die Vorschriften des Primarschulgesetzes über die Disziplinargewalt kommen auch auf das Lehrpersonal der allgemeinen Fortbildungsschule zur Anwendung.

§ 97. Der Regierungsrat setzt das Minimum des Honorars für den in § 79, Abs. 1, vorgesehenen Fortbildungsschulunterricht fest. Dieses Minimum trägt der Staat.

Wird gemäß § 79, Abs. 2, die Unterrichtszeit ausgedehnt, so hat die Einwohnergemeinde für die hieraus erwachsenden Mehrkosten aufzukommen. Der Regierungsrat kann ihr hieran einen Beitrag gewähren.

§ 98. Die Oberaufsicht über die allgemeine Fortbildungsschule führen Regierungsrat, Erziehungsrat, Bezirks- und Ortsschulkommission.

Die Aufsicht über die allgemeine Fortbildungsschule üben diejenigen Personen aus, welchen die Primarschulinspektion übertragen ist.

Die Aufsicht über die Primar- und Fortbildungsschule wird durch Verordnung des Kantonsrates geregelt.

§ 99. Kommt eine Gemeinde den ihr obliegenden Pflichten auch dann nicht nach, nachdem ihr der Regierungsrat zur Erfüllung derselben eine Frist angesetzt hat, so hat der Regierungsrat das Nötige auf Kosten der Gemeinde vorzukehren.

III. Die beruflichen Fortbildungsschulen.

§ 100. Ohne Bewilligung des Regierungsrates darf weder eine neue berufliche Fortbildungsschule errichtet, noch eine bereits bestehende aufgehoben werden.

§ 101. Der Staat ist berechtigt, berufliche Fortbildungsschulen nach einer vom Regierungsrat aufzustellenden Verordnung durch Beiträge zu unterstützen.

§ 102. Die Statuten der staatlich subventionierten beruflichen Fortbildungsschulen bedürfen der Genehmigung des Regierungsrates.

Der Regierungsrat kann auf dem Verordnungswege feststellen, unter welchen Voraussetzungen er diese Genehmigung ausspricht.

§ 103. Der Regierungsrat kann diejenigen Gemeinden bezeichnen, welche dem Fortbildungsschulkreise angehören und welche Beiträge an die staatlich subventionierte berufliche Fortbildungsschule zu leisten haben.

Der Regierungsrat kann das Verhältnis bestimmen, nach welchem die beteiligten Gemeinden an die Kosten der Schule beizutragen haben. Diesen Gemeinden steht innerhalb Monatsfrist, nachdem sie vom Entscheide des Regierungsrates amtlich Kenntnis erhalten, die Berufung an den Kantonsrat zu.

Die Einwohnergemeinde des Schulortes kann angehalten werden, für die erforderlichen Schulräumlichkeiten, deren Einrichtung, Beleuchtung, Beheizung und Reinigung zu sorgen.

§ 104. Der Regierungsrat kann auf Begehren einer oder mehrerer Einwohnergemeinden für einen örtlich und persönlich zu umschreibenden Kreis den Besuch einer staatlich subventionierten beruflichen Fortbildungsschule obligatorisch erklären.

§ 105. Der Regierungsrat kann die im III. Teil des vorliegenden Gesetzes enthaltenen Vorschriften über das Absenzenwesen und die Disziplinargewalt auf die staatlich subventionierten Fortbildungsschulen als anwendbar bezeichnen.

§ 106. Kommt eine Gemeinde den ihr obliegenden Pflichten auch dann nicht nach, nachdem ihr der Regierungsrat zur Erfüllung derselben eine Frist angesetzt hat, so hat der Regierungsrat das Nötige auf Kosten der Gemeinde vorzukehren.

IV. Wiederholungskurse für stellungspflichtige Jünglinge.

§ 107. Das Institut der Wiederholungskurse für stellungspflichtige Jünglinge erstreckt sich über das ganze Gebiet des Kantons.

§ 108. Schulpflichtig sind die auf Kantonsgebiet tatsächlich wohnhaften stellungspflichtigen Jünglinge, die zu der Zeit, zu der sie den Wiederholungskurs zu besuchen haben, keiner höhern Schule als ordentliche Schüler angehören

§ 109. Der Unterricht umfaßt einen Halbjahreskurs von 36 Stunden.

Der Regierungsrat kann auf Antrag der einem Wiederholungsschulkreis angehörenden Einwohnergemeinden die Unterrichtszeit ausdehnen.

§ 110. Die §§ 78, 80, Abs. 2, 81—86, 88—99, sowie § 87 mit der Änderung, daß sich die Buße auf 50 Rp. per Stunde beläuft, finden auf die Wiederholungskurse für stellungspflichtige Jünglinge entsprechende Anwendung.

Vierter Teil. — Übergangs- und Schlußbestimmungen.

§ 111. Mit dem 15. August 1912 geht die Amtsdauer sämtlicher Beamten, Angestellten und Kommissionen der Kantonsschule und der landwirtschaftlichen Winterschule zu Ende.

§ 112. Die bisherigen Statuten der vom Staate subventionierten beruflichen Fortbildungsschulen sind dem Regierungsrat zur Genehmigung vorzulegen.

§ 113. Durch dieses Gesetz werden alle den Bestimmungen desselben widersprechenden Vorschriften der Solothurnischen Gesetzgebung aufgehoben.

Insbesondere fallen dahin:

1. Gesetz vom 11. Mai 1864 betreffend die Besoldung der Professoren und Lehrer an der Kantonsschule, soweit dasselbe nicht schon durch frühere Erlasse aufgehoben worden ist;
2. §§ 23, 28—31, 63, 64, 70—79 des Gesetzes vom 27. April 1873 über die Primarschulen;
3. Gesetz vom 12. Juli 1874 über die Einrichtung der Kantonsschule, soweit dasselbe nicht bereits aufgehoben worden ist;
4. Gesetz vom 3. April 1892 betreffend die Erweiterung der zweiklassigen Merkantilabteilung an der Solothurnischen Kantonsschule zu einer dreiklassigen Handelsschule;
5. Gesetz vom 10. Februar 1901 betreffend den Anfang des Schuljahres an der Kantonsschule und die Erweiterung der technischen Abteilung der obern Gewerbschule um ein Sommersemester;
6. Gesetz vom 18. März 1906 betreffend die Besoldungen der Professoren und Lehrer der Kantonsschule von Solothurn;
7. Kantonsratsbeschluß vom 28. September 1888 betreffend Vereinigung des Lehrerseminars mit der Kantonsschule;
8. Kantonsratsbeschluß vom 2. Juni 1890 betreffend Errichtung einer vierten Klasse an der pädagogischen Abteilung der Kantonsschule;
9. Kantonsratsbeschluß vom 14. Oktober 1904 betreffend Anstellung eines landwirtschaftlichen Wanderlehrers;
10. Kantonsratsbeschluß vom 5. November 1907 über Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Kantonsratsbeschlusses vom 14. Oktober 1904 betreffend Anstellung des landwirtschaftlichen Wanderlehrers und Kantonsratsbeschluß vom 22. Juli 1908 betreffend das Wanderlehrerinstitut und die landwirtschaftliche Winterschule;
11. §§ 52—61 und 93—97 der Vollziehungsverordnung vom 26. Mai 1877 zum Primarschulgesetz;
12. §§ 7—15 und 16, Abs. 4, der Verordnung vom 5. Juni 1882 zum Primarschulgesetz;
13. Regierungsratsbeschluß vom 20. Oktober 1893 betreffend Rückvergütung von Seminarkostgeld;
14. Regierungsratsbeschluß vom 25. September 1896 betreffend Abänderung des § 9 des Kantonsschulreglementes vom 8. September 1883;
15. Regierungsratsbeschluß vom 23. August 1898 betreffend Besuch der Handelsschule durch Mädchen;
16. Regierungsratsbeschluß vom 3. Juni 1899 betreffend Besuch der pädagogischen Abteilung der Kantonsschule durch Mädchen;
17. Verordnung des Regierungsrates vom 25. November 1899 betreffend Staatsbeiträge an die weiblichen Zöglinge der pädagogischen Abteilung der Kantonsschule;
18. Regierungsratsbeschluß vom 24. Juli 1900 betreffend Besuch des Gymnasiums durch Mädchen;
19. Regierungsratsbeschluß vom 17. Oktober 1902 betreffend Staatsbeiträge an Schüler der pädagogischen Abteilung der Kantonsschule;

20. alle in bezug auf die Fortbildungsschule vom Regierungsrat bewilligten Ausnahmebestimmungen.

§ 114. Der vorliegende Erlaß wird Gesetz, wenn er vom Volke angenommen ist.

Den Beginn seiner Wirksamkeit wird der Regierungsrat bestimmen.

Der Regierungsrat des Kantons Solothurn, in Anwendung von § 53 des Gesetzes über Volksabstimmungen und Wahlen vom 16. Juli 1899 und gestützt auf das Ergebnis der Volksabstimmung vom 29. August 1909, auf Antrag der Staatskanzlei (Ziff. 1) und des Erziehungsdepartements (Ziff. 2) —

beschließt:

1. Das vom Kantonsrat unterm 13. Juli 1909 beschlossene Gesetz betreffend die Kantonsschule, die landwirtschaftliche Winterschule und die Fortbildungsschulen wird als vom Volke angenommen erklärt.
2. Das Inkrafttreten dieses Gesetzes vom 29. August 1909 wird nach § 114 desselben auf den 1. September 1909 festgesetzt, mit Ausnahme des § 113, Ziff. 2, soweit sich die Vorschrift auf §§ 63 und 64 des Gesetzes über die Primarschulen vom 27. April 1873 bezieht; der Beginn der Wirksamkeit dieses Teils von § 113, Ziff. 2, wird später bestimmt werden.

---

24. 6. **Vollziehungsverordnung zum Gesetz betreffend die Kantonsschule, die landwirtschaftliche Winterschule und die Fortbildungsschulen des Kantons Solothurn vom 29. August 1909.** (Vom 5. Oktober 1909.)

Der Kantonsrat von Solothurn, in Vollziehung des Gesetzes betreffend die Kantonsschule, die landwirtschaftliche Winterschule und die Fortbildungsschulen vom 29. August 1909,

beschließt:

I. Die Kantonsschule.

§ 1. Die Gesamtdauer der während eines Schuljahres Lehrern und Schülern einzuräumenden Ferien beträgt 12 Wochen.

§ 2. Der Lehrkörper der Kantonsschule umfaßt 26 Professoren, 1 Lehrer (Turnlehrer) und die erforderliche Anzahl Hülfslehrer.

Die Vermehrung der Zahl der Professoren und Lehrer erfolgt durch Spezialbeschluß des Kantonsrates. Die Zahl der Hülfslehrer wird vom Kantonsrat durch den Voranschlag zur Staatsrechnung oder durch besondern Beschluß bestimmt.

§ 3. Das Honorar für die von den Hülfslehrern und die von den Professoren und Lehrern über das Pflichtmaß hinaus erteilten Wochenstunden beträgt per Semester Fr. 60. Die Erteilung des Landwirtschaftsunterrichts an der Lehrerbildungsanstalt wird nicht honoriert, sofern sie durch Haupt- und Nebenlehrer der landwirtschaftlichen Winterschule geschieht.

§ 4. Unter dem Namen „Fonds zur Errichtung einer staatlichen Invaliden-, Witwen- und Waisenkasse für die Professoren und Lehrer der Kantonsschule und für die Haupt- und Nebenlehrer der landwirtschaftlichen Winterschule“ und unter dem Namen „Fonds zur Errichtung einer staatlichen Invaliden-, Witwen- und Waisenkasse für Beamte und Angestellte des Staates“ werden zwei unter staatlicher Verwaltung stehende Fonds errichtet.

An diese beiden Fonds hat der Staat bis auf weiteres alljährlich eine ordentliche Zuwendung im Gesamtbetrag von Fr. 15,000 zu machen; über die Zuwendung der Summe an den einen oder an die beiden Fonds entscheidet bei der Feststellung des Voranschlages zur Staatsrechnung der Kantonsrat.

Wenn die Fonds die erforderliche Höhe erreicht haben, soll sie der Kantonsrat ihrem Zwecke dienstbar machen. Alsdann kann er den Beitritt zur Kasse

obligatorisch erklären und die Mitglieder zur Leistung von Beiträgen heranziehen.

Der Kantonsrat ist berechtigt, die beiden Kassen zu verschmelzen.

§ 5. Der Staat erleichtert nach Maßgabe der Vorschriften der vorliegenden Verordnung unbemittelten und tüchtigen Schülern und Schülerinnen das Studium an der Kantonsschule durch Verabfolgung von Vorschüssen.

Der Kantonsrat wirft alljährlich im Voranschlag zur Staatsrechnung den Betrag aus, der zur Verabfolgung von Vorschüssen verwendet werden darf.

§ 6. Vorschüsse können solchen Schülern und Schülerinnen der Kantonsschule gewährt werden,

a. welche sich in der V. bis VII. Klasse des Gymnasiums und der Realschule oder in der III. Handelsschulklasse befinden;
b. welche besonders tüchtig und begabt sind;
c. welche in ihrer Aufführung in und außerhalb der Schule zu keinen Aussetzungen Anlaß geben;
d. welche unbemittelt sind und auch mit Hülfe der Eltern für die Studienkosten nicht oder nicht ganz aufzukommen vermögen;
e. welche das Solothurnische Kantonsbürgerrecht besitzen oder welche in einem andern Kanton heimatberechtigt sind und im Kanton Solothurn wohnen, sofern und soweit die Gegenseitigkeit verbürgt ist.

§ 7. Die Petenten haben ihr Gesuch jeweilen auf den 1. Mai dem Erziehungsdepartement einzureichen.

Der Regierungsrat entscheidet, ob und wie weit den Gesuchen zu entsprechen ist.

Der Vorschuß ist unverzinslich, bis er zur Rückzahlung fällig wird (§ 10, Abs. 1).

§ 8. Nach Bewilligung des Vorschusses hat der Vorschußnehmer unter Mitwirkung seines gesetzlichen Vertreters eine Schuldurkunde auszustellen.

Zu gleicher Zeit hat der Schuldner seine Verbindlichkeit durch Pfand oder Bürgschaft sicherzustellen. Die Bürgschaft muß eine solidarische sein. Die Eltern des Schuldners dürfen allein als Bürgen nicht dargegeben werden. Ob die Sicherheit eine genügende ist, entscheidet der Regierungsrat.

§ 9. Der Betrag des Vorschusses wird in Raten ausbezahlt. Das Erziehungsdepartement stellt die Anweisungen zugunsten des Vorschußnehmers aus.

Die Auszahlung des Vorschusses kann vom Regierungsrat verweigert werden, wenn eine der in § 6 genannten Voraussetzungen nachträglich weggefallen ist oder wenn die Fälle von § 10, Abs. 1 litt. *a* oder *b* zutreffen.

§ 10. Der Vorschuß wird zur Rückzahlung fällig:

a. sobald feststeht, daß der Vorschuß teilweise oder ganz zu einem andern Zwecke, als wozu er verabreicht worden war, verwendet wurde;
b. sobald die Sicherstellung (§ 8, Abs. 2) eine ungenügende wird;
c. nach Verfluß einer vom Regierungsrat bei der Bewilligung des Vorschusses festzusetzenden Frist.

Über den Eintritt der Fälligkeit eines Vorschusses nach Abs. 1 litt. *a* und *b* entscheidet der Regierungsrat.

Die Staatskasse hat die fälligen Vorschüsse einzufordern. Der Regierungsrat kann jedoch den Rückzahlungstermin auf Begehren des Schuldners und im Einverständnis mit den Bürgen erstrecken, indem er gleichzeitig den Zinsfuß und die Rückzahlungsbedingungen bestimmt.

§ 11. Unter dem Namen „Stipendienfonds der Kantonsschule und der landwirtschaftlichen Winterschule“ wird ein staatlicher Fonds angelegt, dessen Erträgnisse zur Ausrichtung von Stipendien an unbemittelte und tüchtige Schüler und Schülerinnen des Gymnasiums, der Realschule und der Handelsschule der Kantonsschule, sowie der landwirtschaftlichen Winterschule dienen sollen.

§ 12. Dem Stipendienfonds der Kantonsschule und der landwirtschaftlichen Winterschule werden die Schulgelder und Einschreibgebühren (§§ 13 und 51 des Gesetzes) einverleibt.

§ 13. Der Regierungsrat bestimmt alljährlich auf Beginn des Schuljahres, welcher Teil der Erträgnisse zur Ausrichtung von Stipendien verwendet werden darf und wieviel hiervon auf die Kantonsschule und auf die landwirtschaftliche Winterschule entfällt.

Die Erträgnisse des Fonds, welche nicht als Stipendien Verwendung finden, werden zu Kapital angelegt.

§ 14. Stipendien können solchen Schülern und Schülerinnen der Kantonsschule gewährt werden,

a. welche das Gymnasium, die Realschule oder die Handelsschule der Kantonsschule besuchen;

b. welche tüchtig und begabt sind;

c. deren Verhalten in und außerhalb der Schule zu keinen Aussetzungen Anlaß gibt;

d. welche unbemittelt sind;

e. welche seit wenigstens fünf Jahren Wohnsitz im Kanton Solothurn haben.

§ 15. Die Petenten haben ihr Gesuch samt den erforderlichen Ausweisen (§ 14) jeweilen auf den 1. Mai dem Rektor der Kantonsschule einzureichen.

Die Lehrerkonferenz beantragt dem Regierungsrat, ob und wie weit den Gesuchen zu entsprechen ist. Der Regierungsrat entscheidet.

§ 16. Der Stipendienbetrag wird in Raten ausbezahlt. Das Erziehungsdepartement stellt die Anweisungen zugunsten des Stipendiaten aus.

Die Auszahlung des Stipendiums kann vom Regierungsrate verweigert werden, wenn eine der in § 14 genannten Voraussetzungen nachträglich weggefallen ist oder feststeht, daß die schon ausbezahlten Raten des Stipendiums teilweise oder ganz zu einem andern Zwecke, als wozu sie verabreicht worden waren, verwendet wurden.

§ 17. Der Regierungsrat ist berechtigt, alljährlich für die Dauer von drei Monaten einen Kurs zur Heranbildung von Arbeitslehrerinnen und je nach Bedürfnis für die Dauer von zwei Wochen Wiederholungs- und Forbildungskurse für Arbeitsschul- und Haushaltungsschullehrerinnen abhalten zu lassen.

Der Kantonsrat bestimmt durch den Voranschlag zur Staatsrechnung oder durch besonderen Beschluß, welche weiteren Spezialkurse im Sinne von § 41 des Gesetzes abzuhalten sind.

Die Organisation dieser Spezialkurse ist Sache des Regierungsrates.

II. Die landwirtschaftliche Winterschule.

§ 18. Der Sitz der landwirtschaftlichen Winterschule befindet sich in Solothurn.

§ 19. Der Lehrkörper der landwirtschaftlichen Winterschule umfaßt zwei Hauptlehrer und die erforderliche Anzahl Hülfslehrer.

Die Vermehrung der Zahl der Hauptlehrer und die Schaffung von Nebenlehrerstellen erfolgt durch Spezialbeschluß des Kantonsrates. Die Zahl der Hülfslehrer wird vom Kantonsrat durch den Voranschlag zur Staatsrechnung oder durch besondern Beschluß bestimmt.

§ 20. Die von den Hülfslehrern und die von den Haupt- und Nebenlehrern über das Pflichtmaß hinaus erteilten Wochenstunden werden mit Fr. 60 per Winterkurs honoriert.

§ 21. Unter dem Namen „Fonds zur Errichtung einer staatlichen Invaliden-, Witwen- und Waisenkasse für die Professoren und Lehrer der Kantonsschule und für die Haupt- und Nebenlehrer der landwirtschaftlichen Winter-

schule" und unter dem Namen „Fonds zur Errichtung einer staatlichen Invaliden-, Witwen- und Waisenkasse für Beamte und Angestellte des Staates" werden zwei unter staatlicher Verwaltung stehende Fonds errichtet.

An diese beiden Fonds hat der Staat bis auf weiteres alljährlich eine ordentliche Zuwendung im Gesamtbetrag von Fr. 15.000 zu machen; über die Zuwendung der Summe an den einen oder an die beiden Fonds entscheidet bei der Feststellung des Voranschlages zur Staatsrechnung der Kantonsrat.

Wenn die Fonds die erforderliche Höhe erreicht haben, soll sie der Kantonsrat ihrem Zwecke dienstbar machen. Alsdann kann er den Beitritt zur Kasse obligatorisch erklären und die Mitglieder zur Leistung von Beiträgen heranziehen.

Der Kantonsrat ist berechtigt, die beiden Kassen zu verschmelzen.

§ 22. Der Staat erleichtert nach Maßgabe der Vorschriften der vorliegenden Verordnung unbemittelten und tüchtigen Schülern und Schülerinnen den Besuch der landwirtschaftlichen Winterschule durch Verabfolgung von Vorschüssen.

Der Kantonsrat wirft alljährlich im Voranschlag zur Staatsrechnung den Betrag aus, der zur Verabfolgung von Vorschüssen verwendet werden darf.

§ 23. Vorschüsse können solchen Schülern und Schülerinnen der landwirtschaftlichen Winterschule gewährt werden,

a. welche besonders tüchtig und begabt sind;

b. deren Lebensführung zu keinen Aussetzungen Anlaß gibt;

c. welche unbemittelt sind und auch mit Hülfe der Eltern für die Studienkosten nicht oder nicht ganz aufzukommen vermögen;

d. welche das Solothurnische Kantonsbürgerrecht besitzen oder welche in einem andern Kanton heimatberechtigt sind und im Kanton Solothurn wohnen, sofern und soweit die Gegenseitigkeit verbürgt ist.

§ 24. Die Petenten haben ihr Gesuch jeweilen auf den Beginn des Winterkurses dem Erziehungsdepartement einzureichen.

Der Regierungsrat entscheidet, ob und wie weit den Gesuchen zu entsprechen ist.

Der Vorschuß ist unverzinslich, bis er zur Rückzahlung fällig wird (§ 27, Abs. 1).

§ 25. Nach Bewilligung des Vorschusses hat der Vorschußnehmer unter Mitwirkung seines gesetzlichen Vertreters eine Schuldurkunde auszustellen.

Zu gleicher Zeit hat der Schuldner seine Verbindlichkeit durch Pfand oder Bürgschaft sicherzustellen. Die Bürgschaft muß eine solidarische sein. Die Eltern des Schuldners dürfen allein als Bürgen nicht dargegeben werden. Ob die Sicherheit eine genügende ist, entscheidet der Regierungsrat.

§ 26. Der Betrag des Vorschusses wird in Raten ausbezahlt. Das Erziehungsdepartement stellt die Anweisungen zugunsten des Vorschußnehmers aus.

Die Auszahlung des Vorschusses kann vom Regierungsrat verweigert werden, wenn eine der in § 23 genannten Voraussetzungen nachträglich weggefallen ist oder wenn die Fälle von § 27, Abs. 1 litt. *a* oder *b* zutreffen.

§ 27. Der Vorschuß wird zur Rückzahlung fällig:

a. sobald feststeht, daß der Vorschuß teilweise oder ganz zu einem andern Zwecke, als wozu er verabreicht worden war, verwendet wurde;

b. sobald die Sicherstellung (§ 25, Abs. 2) eine ungenügende wird;

c. nach Verfluß einer vom Regierungsrat bei der Bewilligung des Vorschusses festzusetzenden Frist.

Über den Eintritt der Fälligkeit eines Vorschusses nach Abs. 1 litt. *a* und *b* entscheidet der Regierungsrat.

Die Staatskasse hat die fälligen Vorschüsse einzufordern. Der Regierungsrat kann jedoch den Rückzahlungstermin auf Begehren des Schuldners und im

Einverständnis mit den Bürgen erstrecken, indem er gleichzeitig den Zinsfuß und die Rückzahlungsbedingungen bestimmt.

§ 28. Unter dem Namen „Stipendienfonds der Kantonsschule und der landwirtschaftlichen Winterschule" wird ein staatlicher Fonds angelegt, dessen Erträgnisse zur Ausrichtung von Stipendien an unbemittelte und tüchtige Schüler des Gymnasiums, der Realschule und der Handelsschule der Kantonsschule, sowie der landwirtschaftlichen Winterschule dienen sollen.

§ 29. Dem Stipendienfonds der Kantonsschule und der landwirtschaftlichen Winterschule werden die Schulgelder und Einschreibgebühren (§§ 13 und 51 des Gesetzes) einverleibt.

§ 30. Der Regierungsrat bestimmt alljährlich auf den Beginn des Schuljahres der Kantonsschule, welcher Teil der Erträgnisse zur Ausrichtung von Stipendien verwendet werden darf und wie viel hiervon auf die Kantonsschule und wie viel auf die landwirtschaftliche Winterschule entfällt.

Die Erträgnisse des Fonds, welche nicht als Stipendien Verwendung finden, werden zu Kapital angelegt.

§ 31. Stipendien können solchen Schülern und Schülerinnen der landwirtschaftlichen Winterschule gewährt werden: *a.* welche tüchtig und begabt sind; — *b.* deren Lebensführung zu keinen Aussetzungen Anlaß gibt; — *c.* welche unbemittelt sind; — *d.* welche seit wenigstens fünf Jahren Wohnsitz im Kanton Solothurn haben.

§ 32. Die Petenten haben ihr Gesuch samt den erforderlichen Ausweisen (§ 31) jeweilen auf den Anfang des Winterkurses dem Vorsteher der landwirtschaftlichen Winterschule einzureichen.

Die Aufsichtskommission der landwirtschaftlichen Winterschule beantragt dem Regierungsrat, ob und wieweit den Gesuchen zu entsprechen sei. Der Regierungsrat entscheidet.

§ 33. Der Stipendienbetrag wird in Raten ausbezahlt. Das Erziehungsdepartement stellt die Anweisungen zugunsten des Stipendiaten aus.

Die Auszahlung des Stipendiums kann vom Regierungsrat verweigert werden, wenn eine der in § 31 genannten Voraussetzungen nachträglich weggefallen ist oder feststeht, daß die schon ausbezahlten Raten des Stipendiums teilweise oder ganz zu einem andern Zwecke, als wozu sie verabreicht worden waren, verwendet wurden.

III. Die Fortbildungsschulen.

§ 34. Der Unterricht an den allgemeinen Fortbildungsschulen und an den Wiederholungskursen für stellungspflichtige Jünglinge wird von den Primarlehrern erteilt. Der Regierungsrat ist jedoch befugt, in einzelnen Fällen diesen Unterricht besondern Fortbildungsschullehrern zu übertragen.

§ 35. Die Aufsicht über die Primar- und Fortbildungsschulen wird durch Spezialverordnung des Kantonsrates geregelt.

IV. Schlussbestimmungen.

§ 36. Durch die vorliegende Verordnung werden alle ihr widersprechenden vom Kantonsrat oder Regierungsrat erlassenen Vorschriften aufgehoben.

§ 37. Diese Verordnung tritt mit ihrer Publikation im Amtsblatt in Kraft.

---

25. 7. **Lehrplan der landwirtschaftlichen Winterschule Solothurn.** (Vom 1. November 1909.)

Der Regierungsrat des Kantons Solothurn, auf Antrag der Aufsichtskommission der landwirtschaftlichen Winterschule, sowie des Erziehungsrates,

beschließt:

§ 1. In den beiden Kursen der landwirtschaftlichen Winterschule des Kantons Solothurn sind folgende Wochenstunden zu erteilen:

	I. Kurs	II. Kurs.
I. Allgemein bildende Fächer.		
1. Deutsche Sprache	4	2
2. Rechnen	2	2
3. Geometrie und Feldmessen	2	—
4. Vaterlandskunde	1	—
5. Turnen (beide Kurse gemeinsam)	1	1
II. Hülfswissenschaften.		
6. Allgemeine und spezielle Botanik; Pflanzenkrankheiten	3	—
7. Zoologie	2	—
8. Physik	2	—
9. Chemie	4	1
III. Landwirtschaftslehre.		
10. Allgemeiner und spezieller Pflanzenbau; Samenkunde	4	6
11. Obstbau und Obstverwertung; Gartenbau	2	2
12. Allgemeine und spezielle Tierzucht und Fütterungslehre	5	4
13. Pferdehaltung	—	1
14. Forstwirtschaft	—	2
15. Alp- und Weidwirtschaft	—	2
16. Landwirtschaftliche Betriebslehre	2	3
17. Milchwirtschaft	—	2
18. Landwirtschaftliche Buchführung	—	2
19. Gesetzeskunde	—	2
20. Tierheilkunde	—	2
Total	34	34

§ 2. Für Exkursionen und Übungen ist per Woche ein Nachmittag und für Vortragsübungen der Schüler ein Wochenabend zu reservieren.

§ 3. Diese Verordnung tritt am 1. November 1909 in Kraft.

---

26. 8. Verordnung betreffend die Gewährung unverzinslicher Studienvorschüsse zum Besuche außerkantonaler Lehranstalten (Solothurn). (Vom 5. Oktober 1909.)

Der Kantonsrat von Solothurn

beschließt:

§ 1. Der Staat erleichtert nach Maßgabe der Vorschriften der vorliegenden Verordnung unbemittelten und tüchtigen jungen Leuten das Studium an außerkantonalen Lehranstalten durch Verabfolgung von Vorschüssen.

§ 2. Vorschüsse werden solchen Personen gewährt:

a. welche außerkantonale öffentliche Lehranstalten besuchen, um sich daselbst eine Bildung anzueignen, die im Kanton Solothurn nicht erworben werden kann;

b. welche tüchtig und zur Weiterbildung befähigt sind;

c. deren Lebensführung zu keinen Aussetzungen Anlaß gibt;

d. welche unbemittelt sind und auch mit Hülfe der Eltern für die Studienkosten nicht oder gar nicht aufzukommen vermögen;

e. welche das Solothurnische Kantonsbürgerrecht besitzen oder welche in einem andern Kanton heimatberechtigt sind und im Kanton Solothurn wohnen, sofern und soweit die Gegenseitigkeit verbürgt ist.

§ 3. Die Petenten haben ihr Gesuch samt den erforderlichen Ausweisen (§ 2) jeweilen auf den 1. April und den 1. Oktober dem Erziehungsdepartement einzureichen.

Der Regierungsrat entscheidet, ob und wie weit dem Gesuche zu entsprechen sei.

§ 4. Der Betrag des Vorschusses darf für das Studienjahr Fr. 1200 nicht übersteigen. In der Regel soll der nämlichen Person nicht mehr als ein Vorschuß gewährt werden; weitere Vorschüsse dürfen nur solchen Gesuchstellern bewilligt werden, bei welchen außerordentliche Verhältnisse vorliegen.

Der Vorschuß ist unverzinslich, bis er zur Rückzahlung fällig wird (§ 7, Abs. 1).

§ 5. Nach Bewilligung des Vorschusses hat der Vorschußnehmer eine Schuldurkunde auszustellen.

Zu gleicher Zeit hat der Schuldner seine Verbindlichkeit durch Pfand oder Bürgschaft sicherzustellen. Die Bürgschaft muß eine solidarische sein. Die Eltern des Schuldners dürfen allein als Bürgen nicht dargegeben werden. Ob die Sicherheit eine genügende ist, entscheidet der Regierungsrat.

§ 6. Der Betrag des Vorschusses wird ratenweise ausbezahlt. Das Erziehungsdepartement stellt die Anweisungen zugunsten des Vorschußnehmers aus.

Die Auszahlung des Vorschusses kann vom Regierungsrat verweigert werden, wenn eine der in § 2 genannten Voraussetzungen nachträglich weggefallen ist oder wenn die Fälle von § 7, Abs. 1, litt. *a* oder *b* zutreffen.

§ 7. Der Vorschuß wird zur Rückzahlung fällig:

a. sobald feststeht, daß der Verschuß teilweite oder ganz zu einem andern Zweck, als wozu er verabreicht worden war, verwendet wurde;

b. sobald die Sicherstellung (§ 5, Abs. 2) eine ungenügende wird;

c. wenn ein sich dem Lehrfach widmender Vorschußnehmer nach Vollendung seiner Studien es ablehnt, eine ihm im Kanton Solothurn angetragene und seinem Bildungsgang angemessene Lehrstelle anzunehmen;

d. nach Verfluß einer Frist von 5 Jahren, die für den Gesamtbetrag der einem Petenten gewährten Vorschüsse zu laufen beginnt mit dem Tage, an welchem die erste Rate (§ 6, Abs. 1) von der Staatskasse ausbezahlt wurde.

Über den Eintritt der Fälligkeit eines Vorschusses nach Abs. 1, litt. *a*, *b* und *c* entscheidet der Regierungsrat.

Die Staatskasse hat die fälligen Vorschüsse einzufordern. Der Regierungsrat kann jedoch den Rückzahlungstermin auf Begehren des Schuldners und im Einverständnis mit den Bürgen erstrecken, indem er gleichzeitig den Zinsfuß und die Rückzahlungsbedingungen bestimmt.

§ 8. Durch diese Verordnung werden alle ihr widersprechenden vom Kantonsrat oder Regierungsrat erlassenen Vorschriften aufgehoben.

§ 9. Diese Verordnung tritt mit der Publikation im Amtsblatt in Kraft.

---

27. 9. **Unterrichts- und Disziplinarordnung der st. gallischen Kantonsschule. I. Abschnitt, revidierte Artikel 9 bis 13, der Kantonsschulordnung.** (Vom 11. Dezember 1909.)

I. Die Schule.

Art. 9. Die Jahreskurse der Kantonsschule beginnen alljährlich am ersten Montag des Monats Mai.

Der Eintritt in die Kantonsschule geschieht in der Regel auf Grund einer Aufnahmsprüfung; das Gymnasium und die technische Abteilung schließen mit einer Maturitätsprüfung ab, die Merkantilabteilung mit einer Abgangsprüfung und die Sekundarlehramtsschule mit einer Patentprüfung, alles nach Maßgabe der betreffenden Regulative.

Für den Eintritt in die Lehramtsschule gelten folgende Bestimmungen: Alle Schüler haben ein Maturitätszeugnis beizubringen, ausgenommen die Lehramtskandidaten aus der 7. Gymnasialklasse der st. gallischen Kantonsschule, für welche neben den schon vorliegenden Maturitätsnoten die Schulnoten der letzten $1^1/_2$ Schuljahre maßgebend sind. Die Mittelnote in den Hauptfächern der betreffenden Studienrichtung soll in den vorgelegten Zeugnissen nicht unter 4,5 der eidgenössischen Skala liegen.

Die Hauptfächer für die sprachlich-historische Richtung sind: Deutsch, Französisch, Englisch oder Italienisch und Geschichte; für die mathematisch-naturwissenschaftliche Richtung: Mathematik, Naturkunde, Physik und Chemie.

Sämtliche Kandidaten der sprachlich-historischen Richtung müssen überdies die Elementargrammatik der für sie nicht als Hauptfach geltenden Fremdsprache (Englisch oder Italienisch) beherrschen.

9 a. Primarlehrer mit st. gallischem Lehrpatent, mindestens zweijähriger Lehrpraxis und einer Patentnote nicht unter 1,5 können ohne Maturitätszeugnis aufgenommen werden, in die sprachlich-historische Richtung jedoch nur dann, wenn auch genügende Kenntnis im Englischen oder Italienischen ausgewiesen wird.

9 b. Die Aufnahme sämtlicher Kandidaten ist eine provisorische. Die definitive erfolgt unter sorgfältiger Berücksichtigung des ersten Trimesterzeugnisses und der allgemeinen Qualifikation des Kandidaten zum Lehrerberuf durch eine besondere Promotionskonferenz der Fachlehrer.

9 c. Zöglingen des st. gallischen Lehrerseminars, die in die Sekundarlehramtsschule einzutreten gedenken, steht nach Vollendung des 3. Seminarkurses auf Grund eines befriedigenden Abgangszeugnisses (Durchschnittsnote nicht unter 1,5) der Eintritt in die 6. Gymnasialklasse oder die 4. technische Klasse der Kantonsschule frei. Für den Eintritt in die 6. Gymnasialklasse ist der Ausweis über die nötigen Vorkenntnisse im Lateinischen, im Französischen und einer zweiten modernen Fremdsprache zu leisten.

Art. 10. Hat ein Abiturient des Gymnasiums oder der technischen Abteilung eine Nachprüfung zu bestehen, so ist für jedes Fach eine Gebühr von 10 Fr., im Maximum 30 Fr., zugunsten der Lehrerpensionskasse der Kantonsschule zum voraus zu entrichten.

Art. 11. Der Austritt kann nur auf schriftliches Begehren der Eltern oder deren Stellvertreter erfolgen.

Während der letzten zwei Monate vor dem Schlusse des Schuljahres werden in der Regel keine Austrittsbewilligungen mehr erteilt.

Schüler, welche ordnungswidrig die Anstalt verlassen, haben den Anspruch auf ein Anstaltszeugnis verwirkt.

Art. 12. Dreimal im Jahr vor den jeweiligen Ferien erhalten sämtliche Kantonsschüler und Hospitanten Zeugnisse, welche jeweilen bei Beginn des folgenden Trimesters, mit der Unterschrift der Eltern oder deren Stellvertreter versehen, dem Rektorate zurückzugeben sind.

Am Schlusse des Schuljahres entscheidet der Lehrerkonvent über die Promotionen der Schüler in die höhern Klassen auf Grund der vom Erziehungsrat aufgestellten Promotionsordnung. Schüler, die zweimal nacheinander nicht promoviert werden, haben die Anstalt zu verlassen.

In der letzten Woche des Schuljahres finden in sämtlichen Klassen, mit Ausnahme der Sekundarlehramtsschule, öffentliche Repetitorien statt.

Das Schuljahr wird mit einer angemessenen Schlußfeier beendigt.

Art. 13. Die Gesamtdauer der jährlichen Ferien beträgt neun Wochen. Davon fallen vier Wochen auf August (eventuell Juli und August), eine bis zwei

in den Oktober, eine Woche zwischen Weihnachten und Neujahr und zwei bis drei Wochen zwischen beide Schuljahre. Die genaue Bezeichnung der Daten wird jeweilen im Schulprogramm bekannt gegeben.

An den Tagen, auf welche gebotene kirchliche Feste einer Konfession fallen, sowie an den Nachmittagen des Jahrmarktmontags und Fastnachtdienstags bleibt der Unterricht eingestellt.

Im Sommerhalbjahr kann unter Anzeige an die Erziehungsdirektion ein Tag, für obere Klassen ein und ein halber Tag, für einen Schulspaziergang freigegeben werden.

Vorstehende Artikel 9 bis 13 ersetzen diejenigen der Verordnung vom 29. November 1907 und treten sofort in Kraft.

---

28. 10. **Lehrplan der Aargauischen Kantonsschule (Gymnasium, Technische Abteilung, Handelsabteilung).** (Vom 27. Februar 1909.)

I. Allgemeine Bestimmungen.

§ 1. Der Gebrauch der schriftdeutschen Sprache ist bei allen Unterrichtsfächern, mit Ausnahme derjenigen, bei welchen eine fremde Sprache übungsweise vorgeschrieben wird, für Lehrer und Schüler obligatorisch.

Der Unterricht in den modernen Fremdsprachen soll so bald wie möglich in der betreffenden Sprache erteilt werden.

§ 2. Diktate von Heften sollen möglichst vermieden werden, dagegen dem Unterrichte, wo es erforderlich ist, entsprechende Lehrbücher zugrunde gelegt werden, welche der Erziehungsrat auf Vorschlag des Fachlehrers und Begutachtung des Fachinspektors bestimmt. Die Vorschläge sind wenigstens ein Vierteljahr vor Beginn des neuen Schuljahres einzureichen.

§ 3. Schriftliche Hausaufgaben dürfen nur in den Sprachfächern und in der Mathematik gegeben werden. In den realistischen Fächern haben sich die häuslichen Aufgaben auf die mündliche Repetition des Unterrichts zu beschränken. Über die Ferien dürfen keine Aufgaben gegeben werden. Die Lehrer werden sich in gemeinsamer Beratung darüber verständigen, daß die Unterrichtsfächer in richtigem Verhältnis berücksichtigt und die Schüler nie auf Unkosten ihrer geistigen und körperlichen Entwicklung und der notwendigen Erholung mit Aufgaben überladen werden. Die Klassenlehrer haben über die Einhaltung dieser Bestimmungen durch eine geeignete Kontrolle zu wachen und der Lehrerkonferenz periodisch Bericht zu erstatten.

§ 4. In allen wissenschaftlichen Fächern werden die Lehrer, nach Maßgabe der Schwierigkeiten des Unterrichtsstoffes und der Fähigkeit der Schüler, den Unterrichtsgang fortwährend mit den notwendigen Repetitorien begleiten und diese nicht einzig auf den Abschluß des Quartals oder des Semesters verschieben.

§ 5. Der Stundenplan wird dafür sorgen, daß die Schüler einer Klasse in der Regel täglich nicht mehr als sieben und ausnahmsweise nicht mehr als acht Unterrichtsstunden bekommen, daß sie während eines halben Tages womöglich keine leeren Zwischenstunden haben, sowie daß auf den Samstagnachmittag keine Stunden fallen.

Unterbrechungen im Stundenplane sind auch gegenüber den Lehrern nach Möglichkeit zu vermeiden.

§ 6. Die nach Reglement mit Hinsicht auf ihren künftigen Beruf von Unterrichtsfächern dispensierten Schüler haben dafür, mit möglichst gleicher Stundenzahl, solche andere Fächer zu besuchen, die ihrer beruflichen Bestimmung angemessener sind.

§ 7. Gymnasiasten, welche keinen Unterricht im Griechischen nehmen, sind zum Besuch des Englischen oder Italienischen verpflichtet.

Den Griechisch lernenden Schülern soll, soweit die Anlage des Stundenplanes es gestattet, Gelegenheit gegeben werden, auch den Unterricht im Englischen zu besuchen.

An der technischen und an der Handelsabteilung ist der Besuch des Englischen oder Italienischen obligatorisch.

§ 8. Der Besuch des Religionsunterrichtes unterliegt den Bestimmungen der Bundesverfassung.

§ 9. Der Besuch der fakultativen Fächer hängt von der Erlaubnis der Lehrerversammlung ab.

Diejenigen Schüler, welche auf erfolgte Anmeldung zum Besuche eines für sie fakultativen Unterrichtsfaches zugelassen sind, dürfen dasselbe nur im Einverständnis mit dem Träger der elterlichen Gewalt aufgeben. Während des Semesters ist das Aufgeben eines fakultativen Faches nicht gestattet.

Fände sich ein Schüler veranlaßt, ein solches Unterrichtsfach gleichwohl während eines Semesters aufzugeben, so hat er, unter Angabe der Gründe, die Bewilligung dazu beim Rektorate schriftlich nachzusuchen und seiner Eingabe eine bezügliche Willenserklärung des Vaters oder Vormundes, und bei Begründung durch Gesundheitsrücksichten auch ein ärztliches Zeugnis beizulegen.

Nach eingeholtem Gutachten des betreffenden Fachlehrers bringt das Rektorat das Gesuch zur Entscheidung an die Lehrerversammlung.

II. Lehrgegenstände.

A. Gymnasium.

§ 10. — Deutsche Sprache.

I. Klasse, 3 Stunden. — Lektüre prosaischer und poetischer Musterstücke. Repetition der Grammatik. Grundzüge der Metrik. Memorieren und Rezitieren.

II. Klasse, 3 Stunden. — Abriß der mittelhochdeutschen Grammatik. Lektüre größerer Partien des Nibelungenliedes. Neuhochdeutsche poetische und prosaische Lektüre. Vorträge.

III. Klasse, 3 Stunden. — Lektüre ausgewählter Gedichte Walters von der Vogelweide. Übersicht der Literaturgeschichte bis Lessing. Lektüre neuhochdeutscher Klassiker. Vorträge.

IV. Klasse, 3 Stunden. — Geschichte der deutschen Literatur bis zu Goethes Tod. Neue schweizerische Literatur. Lektüre neuhochdeutscher Klassiker. Freie Vorträge, besonders über literarhistorische Gegenstände.

In den beiden ersten Klassen soll wenigstens alle 3 Wochen, in den beiden obern Klassen wenigstens alle Monate eine schriftliche Arbeit geliefert und korrigiert werden.

Einzelne Literaturwerke sind von der II., III. und IV. Klasse privatim zu lesen; diese Lektüre ist vom Lehrer zu bestimmen.

Durch Vorzeigen von Werken der bildenden Künste und Reproduktionen sind die Schüler ins Verständnis derselben einzuführen.

§ 11. — Lateinische Sprache.

I. Klasse, 7 Stunden. — Grammatik: Wiederholung der wichtigsten Teile der Formenlehre. Anfang einer eingehendern Behandlung der Syntax und darauf bezügliche mündliche und schriftliche Übersetzungen ins Lateinische. Prosaische Lektüre: Cäsar. Poetische Lektüre: Ovid.

II. Klasse, 6 Stunden. — Grammatik: Fortsetzung der eingehendern Behandlung der Syntax und darauf bezügliche mündliche und schriftliche Übersetzungen ins Lateinische. Prosaische Lektüre: Livius. Poetische Lektüre: Vergil.

III. Klasse, 6 Stunden. — Grammatik: Abschluß der Syntax und darauf bezügliche mündliche und schriftliche Übersetzungen ins Lateinische. Prosaische Lektüre: Ciceros Reden, Sallust, Ciceros Briefe. Poetische Lektüre: Leichtere Oden von Horaz.

Am Ende des 3. Jahres ist eine schriftliche Übersetzung ins Lateinische in Clausur zu machen; die dabei erhaltenen Noten sind bei der Maturitätsprüfung zu berücksichtigen.

IV. Klasse, 6 Stunden. Prosaische Lektüre: Philosophische Schriften und schwierigere Reden Ciceros; Tacitus. Poetische Lektüre: Horaz Satiren und Episteln und schwierigere Oden. Auswahl aus andern Lyrikern.

§ 12. — Griechische Sprache.

I. Klasse, 6 Stunden. — Grammatik: Wiederholung der regelmäßigen Formenlehre; die Verba auf μι und unregelmäßige Verba; das Notwendigste aus der Syntax und der Wortbildungslehre. Schriftliche und mündliche Übersetzungen ins Griechische zur Einübung der Grammatik. Lektüre: Xenophon.

II. Klasse, 5 Stunden. — Grammatik: Repetition der unregelmäßigen Verba. Systematische Übersicht über die Syntax und darauf bezügliche schriftliche und mündliche Übersetzungen ins Griechische. Prosaische Lektüre: Das Lesen von Xenophons Anabasis, eventuell anderer Schriften Xenophons, wird mehr kursorisch fortgesetzt. Wenn möglich Beginn der Lektüre des Herodot. Poetische Lektüre: Homers Odyssee.

III. Klasse, 6 Stunden. — Prosaische Lektüre: Herodot, Lysias, Plutarch. Poetische Lektüre: Homers Ilias. Anthologie griechischer Lyriker.

IV. Klasse, 6 Stunden. — Prosaische Lektüre: Plato, Thukydides, Demosthenes und andere Redner. Poetische Lektüre: Homer, Sophokles, Euripides, Anthologie der Lyriker.

Anmerkung zu §§ 11 und 12:

Bei der Lektüre der lateinischen und griechischen Schriftsteller, namentlich der Historiker und Redner, ist ebenso großes Gewicht auf die inhaltliche als auf die sprachliche Erklärung zu legen.

Bei der Behandlung der in Klasse IV gelesenen Schriftsteller findet eine besondere Berücksichtigung der Literaturgeschichte statt.

§ 13. — Hebräische Sprache (fakultativ).

III. Klasse, 2 Stunden. — Formenlehre. Übersetzungen aus dem Hebräischen ins Deutsche und aus dem Deutschen ins Hebräische.

IV. Klasse, 2 Stunden. — Ergänzung der Formenlehre, Syntax. Übersetzen vorwiegend historischer Abschnitte des alten Testamentes.

§ 14. — Französische Sprache.

I. Klasse, 3 Stunden. — Grammatik: Wiederholung der Formenlehre, Anfang einer einläßlicheren Behandlung der Syntax. Entsprechende mündliche und schriftliche Übungen (Diktate, Extemporalien, leichtere Kompositionen).

Lektüre: Ein leichter Autor, Stücke aus einer Chrestomathie. Lese- und Memorierübungen.

Sprechübungen über das Gelesene.

II. Klasse, 3 Stunden. — Grammatik: Abschluß der Syntax. Schriftliche und mündliche Übungen wie in Klasse I.

Lektüre: Leichtere dramatische Lektüre in Prosa. Poetische Stücke. Klassische historische Prosa.

Sprechübungen wie in Klasse I.

III. Klasse, 3 Stunden. — Lektüre: Kursorische Lektüre von Autoren des XVII. und XVIII. Jahrhunderts. Literargeschichtliche Exkurse.

Sprechübungen: Rekapitulation und Analyse des Gelesenen.

Freie Kompositionen und Vorträge.

IV. Klasse, 3 Stunden. — Lektüre: Moderne und klassische Autoren. Abriß der Literaturgeschichte.

Sprechübungen: Wiederholung und Besprechung der Lektüre.

Freie Kompositionen und Vorträge.

§ 15. — Englische Sprache.

I. Klasse, 4 Stunden. — Einführung in die Laut- und Formenlehre. Gehör-, Sprech-, Lese-, Memorier- und Schreibübungen.

II. Klasse, 3 Stunden. — Eingehendere Behandlung der Formenlehre und der Syntax mit mündlichen und schriftlichen Übungen. Lektüre größerer Prosastücke und leichterer Gedichte. Memorier- und Sprechübungen. Schriftliche Arbeiten, besonders im Anschluß an die Lektüre.

III. Klasse, 3 Stunden. — Lektüre aus modernen Autoren mit literarhistorischen Notizen. Memorier- und Sprechübungen. Befestigung und Erweiterung der grammatikalischen Kenntnisse. Diktate. Anfänge freier Komposition.

IV. Klasse, 3 Stunden. — Lektüre aus modernen und älteren Autoren mit literarhistorischen und sprachgeschichtlichen Notizen. Sprechübungen. Freie Aufsätze.

§ 16. — Italienische Sprache.

I. Klasse, 3 Stunden. — Laut- und Formenlehre mit mündlichen und schriftlichen Übungen. Lektüre leichter Prosastücke und einiger Gedichte. Memorier- und Sprechübungen.

II. Klasse, 3 Stunden. — Abschluß der Formenlehre und die wichtigsten Regeln der Syntax mit mündlichen und schriftlichen Übungen. Lektüre größerer Prosastücke und Gedichte. Memorier- und Sprechübungen. Schriftliche Arbeiten besonders im Anschluß an die Lektüre.

III. Klasse, 3 Stunden. — Lektüre aus modernen Autoren mit literarhistorischen Notizen. Memorier- und Sprechübungen. Befestigung und Erweiterung der gramatikalischen Kenntnisse. Anfänge freier Komposition.

IV. Klasse, 3 Stunden. — Lektüre aus modernen und ältern Autoren mit literarhistorischen und sprachgeschichtlichen Notizen. Sprechübungen. Freie Aufsätze.

§ 17. — Geographie.

I. Klasse, 2 Stunden. — Vergleichende Geographie der wichtigsten europäischen Länder mit besonderer Berücksichtigung der physischen, ethnographischen und volkswirtschaftlichen Verhältnisse.

II. Klasse, 1 Stunde. — Die wichtigsten außereuropäischen Länder. Elemente der mathematischen Geographie und der Astronomie.

§ 18. — Geschichte.

I. Klasse, 3 Stunden. — Griechische und römische Geschichte bis zur Kaiserzeit, unter Einbeziehung der wichtigsten Daten aus der Geschichte der orientalischen Staaten.

II. Klasse, 3 Stunden. — Römische Kaiserzeit und mittelalterliche Geschichte bis zur Renaissancezeit.

III. Klasse, 3 Stunden. — Allgemeine Geschichte. Schweizergeschichte, einschließlich Vorgeschichte. Beides bis zum westfälischen Frieden.

IV. Klasse, 4 Stunden. — Allgemeine und Schweizergeschichte bis zur Gegenwart.

§ 19. — Mathematik.

I. Klasse, 4 Stunden. — Algebra: Gleichungen 1. Grades mit mehreren Unbekannten. Übungen im Ansetzen von Gleichungen. Das Quadrieren und seine Umkehrung. Arithmetische Reihen.

Planimetrie: Erweiterung des an der Bezirksschule behandelten Stoffes unter besonderer Berücksichtigung der geometrischen Konstruktionsaufgaben. Koordinatengeometrie.

II. Klasse, 4 Stunden. — Algebra: Quadratische Gleichungen mit einer und mit mehreren Unbekannten. Potenzen und Wurzeln. Logarithmen. Zinseszins- und Rentenrechnung.

Geometrie: Ebene Trigonometrie. Die wesentlichsten Goniometrischen Beziehungen. Berechnung des rechtwinkligen und des schiefwinkligen Dreiecks.

III. Klasse, 3 Stunden. — Algebra: Elemente der Kombinationslehre und der Wahrscheinlichkeitsrechnung. Aus der Theorie der Gleichungen höhern Grades.

Geometrie: Stereometrie und die Elemente der sphärischen Trigonometrie.

IV. Klasse, 3 Stunden. — Algebra: Anwendung des Koordinatenbegriffs auf die graphische Darstellung von einfachen Funktionen. Begriff der Ableitung.

Geometrie: Analytische Geometrie der Ebene: Punkt, Gerade, Kreis, Kegelschnitte in den einfachsten Gleichungsformen.

§ 20. — Naturgeschichte.

I. Klasse, im Sommer 3, im Winter 2 Stunden. — Botanik: Übungen im Beschreiben und Bestimmen von Repräsentanten der wichtigsten Pflanzengruppen, besonders der einheimischen Kulturgewächse. Ableitung einer Morphologie aus den gemachten Beschreibungen. Grundzüge der Systematik. Übersicht der wichtigsten Pflanzenfamilien mit Belehrung über den innern Bau und die Funktionen der verschiedenen Pflanzenteile. Anlage eines Herbariums der beim Unterrichte behandelten Pflanzen. Exkursionen.

II. Klasse, 2 Stunden. — Zoologie: Charakteristik der interessantesten Hauptgruppen des Tierreichs, in Verbindung mit einer vergleichenden Übersicht des gesamten Tierreichs. Anleitung zum Anlegen einer kleinen Sammlung solcher einheimischer Tiere, deren Aufbewahrung keine besondere Präparation erfordert. Exkursionen.

III. Klasse, 2 Stunden. — Somatologie: Der Bau und die Lebensverrichtungen des menschlichen Körpers mit Belehrungen über die Erhaltung der Gesundheit. Die Menschenrassen.

Mineralogie: Kennzeichenlehre mit besonderer Berücksichtigung der Gestaltungsgesetze der Minerale. Die wichtigsten Gesteine bildenden Minerale und Gesteine mit besonderer Rücksicht auf die Schweiz.

IV. Klasse, im Sommer 2 Stunden, im Winter 1 Stunde.

Geologie (im Sommer): Die wichtigsten Tatsachen zur Erklärung des Baues und der Geschichte der Erdrinde mit besonderer Rücksicht auf die heimatlichen Verhältnisse. Elemente der physikalischen Geographie. Exkursionen.

Im Winter: Wiederholung einiger besonders wichtiger Kapitel der Naturgeschichte von allgemeiner Bedeutung.

§ 21. — Physik.

II. Klasse, 2 Stunden. — Mechanik der festen, flüssigen und gasförmigen Körper. Elemente der Wellenlehre. Hauptgesetze aus der Lehre vom Schall.

III. Klasse, 2 Stunden. — Die Lehre vom Licht und von der Wärme. Behandlung der Hauptgesetze.

IV. Klasse, 2 Stunden. — Hauptgesetze von Magnetismus und Elektrizität. Eingehende Behandlung besonders wichtiger Kapitel der Elektrotechnik.

In allen Klassen ist dem Unterricht das Experiment in ausgedehntem Maße zugrunde zu legen.

§ 22. — Chemie.

III. Klasse, 2 Stunden. — Anorganische Chemie, 1. Teil. Einleitung. Wesen eines chemischen Vorgangs. Begriff von Element und Verbindung, Metall und Nichtmetall, Affinität. Sauerstoff. Gas- und stöchiometrische Gesetze. Wasserstoff. Valenztheorie. Wasser. Stickstoff und seine Verbindungen. Halogene.

Schwefel und seine Verbindungen. Phosphor, Kohlenstoff, Kohlenoxyd und Kohlendioxyd, Silicium. Stöchiometrische Aufgaben.

IV. Klasse, 2 Stunden. — Anorganische Chemie, 2. Teil. Metalle und ihre wichtigsten Verbindungen. Stöchiometrische Aufgaben.

Fakultativ: Im Sommer 1 Stunde: Theorie der analytischen Chemie. Im Winter 3 Stunden: Chemisches Praktikum.

§ 23. — Zeichnen.

I. Klasse, 2 Stunden. — Massen- und Gruppenunterricht im perspektivischen Freihandzeichnen nach geometrischen Körpermodellen und gewerblichen Gegenständen. Erläuterung der perspektivischen und Beleuchtungs-Erscheinungen.

II. Klasse, 2 Stunden. — Fortsetzung des perspektivischen Freihandzeichnens nur nach Modellen als Skizzierübungen.

B. Technische Abteilung.

§ 24. — Deutsche Sprache.

I. Klasse, 4 Stunden. — Repetition der neuhochdeutschen Grammatik. Übungen im Lesen und Vortrag auswendig gelernter Stücke. Erklärung prosaischer und poetischer Musterstücke mit Belehrungen über Stilistik und Metrik.

II. Klasse, 4 Stunden. — Lektüre und Erklärung klassischer Werke aus der neuhochdeutschen Literatur Anleitung zur Anfertigung von Aufsätzen. Übungen im freien Vortrage.

III. Klasse, 4 Stunden. — Lektüre neuhochdeutscher Klassiker, Literaturgeschichte, frühere Periode. Aufsätze, Vorträge.

IV. Klasse, 4 Stunden. — Lektüre neuhochdeutscher Klassiker. Literaturgeschichte, spätere Periode. Neue schweizerische Literatur. Vorträge. Aufsätze.

In der 2. bis 4. Klasse sollen die Schüler zum privaten Lesen bedeutender Werke angehalten werden. In der Literaturgeschichte ist der Nachdruck auf die klassische und nachklassische Periode zu legen. Durch Vorzeigen von Werken der bildenden Künste und Reproduktionen sind die Schüler ins Verständnis derselben einzuführen.

In den beiden ersten Klassen soll wenigstens alle drei Wochen, in den beiden obern Klassen wenigstens alle Monate eine schriftliche Arbeit geliefert und korrigiert werden.

§ 25. — Französische Sprache.

I. Klasse, 5 Stunden. — Wiederholung und Ergänzung der Laut- und Formenlehre. Einführung in die Syntax. Mündliche und schriftliche Übungen. Lektüre vorzugsweise prosaischer Musterstücke. Sprech- und Gedächtnisübungen.

II. Klasse, 4 Stunden. — Fortsetzung der Syntax mit mündlichen und schriftlichen Übungen. Lektüre prosaischer und poetischer Musterstücke oder ganzer Werke. Sprech- und Gedächtnisübungen.

III. Klasse, 4 Stunden. — Lektüre prosaischer und poetischer Musterstücke oder ganzer Werke. Wiederholungen und Nachträge aus Formenlehre und Syntax.

Sprechübungen. Freie Kompositionen.

IV. Klasse, 4 Stunden. — Lektüre moderner und klassischer Autoren mit literaturgeschichtlichen Exkursen.

Sprechübungen. Freie Vorträge und Kompositionen.

§ 26. — Englische Srache.

I. Klasse, 3 Stunden. — Einführung in die Laut- und Formenlehre mit mündlichen und schriftlichen Übungen. Sprechübungen.

II. Klasse, 3 Stunden. — Abschluß der Formenlehre; die wichtigsten syntaktischen Erscheinungen mit mündlichen und schriftlichen Übungen. Sprechübungen auf Grund reichlichern Lesestoffes.

III. Klasse, 3 Stunden. — Lektüre größerer Abschnitte in Prosa und Poesie, sei es aus einer Chrestomathie, sei es aus Schulausgaben ganzer Werke, mit literarhistorischen Notizen. Fortwährende Übung im mündlichen Ausdruck. Schriftliche Nachbildungen; einzelne freie Arbeiten.

§ 27. — Italienische Sprache.

I. Klasse, 3 Stunden. — Laut- und Formenlehre mit mündlichen und schriftlichen Übungen. Lektüre leichter Prosastücke und einiger Gedichte. Memorier- und Sprechübungen.

II. Klasse, 3 Stunden. — Abschluß der Formenlehre und die wichtigsten Regeln der Syntax mit mündlichen und schriftlichen Übungen. Lektüre größerer Prosastücke und Gedichte.

Memorier- und Sprechübungen. Schriftliche Arbeiten, besonders im Anschluß an die Lektüre.

III. Klasse, 3 Stunden. — Lektüre aus modernen Autoren mit literarhistorischen Notizen. Memorier- und Sprechübungen. Befestigung und Erweiterung der grammatikalischen Kenntnisse. Freie Kompositionen.

§ 28. — Geographie.

I. Klasse, 2 Stunden. — Physikalische Geographie. Klimatologie. Terrain- und Kartenlehre. Länderkunde: Die Nachbarstaaten der Schweiz und ihre Kolonien mit Berücksichtigung des Handels, des Gewerbes, der Industrie und der ethnographischen Verhältnisse.

II. Klasse, 2 Stunden. — Im Sommer. Länderkunde: Die übrigen Staaten Europas mit ihren Kolonien und die wichtigsten außereuropäischen Länder. Im Winter. Elemente der mathematischen Geographie und der Astronomie.

§ 29. — Geschichte.

I. Klasse, 3 Stunden. — Kurzer Überblick über die alte Geschichte — Christentum — Völkerwanderung. Geschichte des Mittelalters.

II. Klasse, 2 Stunden. — Geschichte der Neuzeit von der Renaissance bis zur französischen Revolution.

III. Klasse, 2 Stunden. — Geschichte der französischen Revolution und des 19. Jahrhunderts.

IV. Klasse, 3 Stunden. — Neuere Schweizergeschichte. Als Einleitung: Darstellung der Zustände und Verhältnisse der alten Schweiz. Helvetische Revolution. 19. Jahrhundert.

§ 30. — Mathematik.

I. Klasse, 6 Stunden. Algebra: Gleichungen ersten Grades mit mehreren Unbekannten. Das Quadrieren und seine Umkehrung. Irrationale und imaginäre Zahlen. Potenzen und Wurzeln. Quadratische Gleichungen mit einer Unbekannten. Logarithmen.

Geometrie: Abschluß der Planimetrie. Trigonometrie des rechtwinkligen Dreiecks unter Verwendung der Tafeln der trigonometrischen Zahlen. Koordinatengeometrie.

II. Klasse, 5 Stunden. — Algebra: Quadratische Gleichungen mit mehreren Unbekannten, Progressionen. Zinseszins- und Rentenrechnungen. Versicherungsrechnung. Kombinationslehre. Elemente der Wahrscheinlichkeitsrechnung.

Geometrie: Ebene Trigonometrie. Die wesentlichsten goniometrischen Beziehungen. Berechnung des schiefwinkligen Dreiecks. Stereometrie und Elemente der sphärischen Trigonometrie mit Anwendung auf die Lösung einfacher Aufgaben aus dem Gebiete der Astronomie.

III. Klasse, 7 Stunden. — Algebra: Binomischer Satz. Unbestimmte Gleichungen ersten Grades. Kubische Gleichungen. Funktionen (Begriff der Ableitung-

graphische Darstellungen, Maxima und Minima). Unendliche Reihen. Theorie der höhern Gleichungen.

Geometrie: Analytische Geometrie der Ebene.

Darstellende Geometrie (3 Stunden): Kotierte Normalprojektion von Punkten, Geraden und Ebenen auf eine Projektionsebene. Affinität. Kreisprojektionen. Ebenso Normalprojektion von Punkten, Geraden und Ebenen auf zwei Ebenen. Ebene Schnitte von Prismen-, Pyramidal-, Zylinder- und Kegelflächen. Tangentialebenenprobleme. Zentrische Kollineation. Drehungen und Hülfsebenen. Schattenkonstruktionen. Axonometrische Darstellung geometrischer und technischer Gebilde.

IV. Klasse, 7 Stunden. — Algebra: Theorie der höhern Gleichungen. Auflösung numerischer Gleichungen höhern Grades durch Näherung. Repetitorium.

Geometrie: Analytische Geometrie des Raumes (rechtwinklige und Polarkoordinaten, Abstand zweier Punkte, Winkel zweier Geraden, die Gleichungen der Ebene).

Darstellende Geometrie (2 Stunden): Körperdurchdringungen. Perspektive Repetition.

§ 31. — Praktische Geometrie (fakultativ).

III. Klasse (im Winter), 1 Stunde. — Instrumentenkunde und Besprechung der wichtigsten Aufnahmemethoden.

IV. Klasse (im Sommer), 3 Stunden. — Praktische Übungen im Fluraufnehmen und Nivellieren.

§ 32. — Technisches Zeichnen.

I. Klasse, 2 Stunden. — Projektivische Darstellung geometrischer Körper in verschiedener Lage. Ellipsenkonstruktionen. Einfache ebene Körperschnitte und Abwicklung der Körper-Oberflächen. Bau- und Maschinenzeichnen nach Modellen und nach der Natur.

II. Klasse, 2 Stunden. — Schiefe Parallelperspektive mit Anwendungen. Zykloiden und Evolventen, Schraubenlinien und Schraubenflächen. Graphische Darstellungen. Fortsetzung des Bau- und Maschinenzeichnens.

III. und IV. Klasse, je 2 Stunden. — Axonometrische Darstellung geometrischer und praktischer Gegenstände. Perspektivische Konstruktionen nach der Durchschnitts- und Fluchtpunktmethode. Schattenkonstruktionen; Anwendungen aus der darstellenden Geometrie. Planzeichnen.

§ 33. — Naturgeschichte.

I. Klasse, 3 Stunden. — Botanik: Übungen im Beschreiben und Bestimmen von typischen Vertretern der Hauptgruppen der einheimischen Pflanzen mit besonderer Berücksichtigung der nützlichen und schädlichen Gewächse. Grundzüge der Systematik. Übersicht der wichtigsten Pflanzenfamilien in aufsteigender Reihenfolge in Verbindung mit einer Anleitung zur Erkennung der Formen, des inneren Baues und der Lebensverrichtungen der verschiedenen Pflanzenteile. Anlegen von Herbarien der beim Unterricht behandelten Pflanzen und Organe. Exkursionen.

II. Klasse, 2 Stunden. — Zoologie: Beschreibung und Vergleichung typischer Tiere als Repräsentanten der wichtigsten systematischen Gruppen und der hauptsächlichsten Form- und Lebensverhältnisse der Tierwelt mit besonderer Berücksichtigung der nützlichen und schädlichen Tiere. Anleitung zum Anlegen einer kleinen Sammlung von Vertretern solcher einheimischer Tierklassen, die zu ihrer Aufbewahrung keine besondere Präparation erfordern. Exkursionen.

III. Klasse, 2 Stunden. — Im Sommer: Somatologie: Das Wichtigste über den Bau und die Lebensverrichtungen des menschlichen Körpers. Gesundheitslehre.

Im Winter: Mineralogie: Anleitung zum Erkennen der wichtigsten gesetzmäßigen Erscheinungen der Minerale in Verbindung mit Übungen im Beschreiben der wichtigsten Minerale und Gesteine.

IV. Klasse, 3 Stunden. — Geologie (2 Stunden): Anleitung zum Erkennen, Deuten und Besprechen der wichtigsten Tatsachen und ihrer bildlichen Darstellung über den geologischen Bau der Erde als Ganzes und speziell die Beziehung zwischen der Gestalt, dem Bau und der Vorgeschichte unserer Heimat in Verbindung mit Exkursionen und Erstellung einer kleinen Sammlung der wichtigsten Minerale, Gesteine und Formationsstufen der Umgegend.

Physikalische Geographie (1 Stunde): Die Erde als Weltkörper. Wirkungen des Temperaturausgleichs zwischen Erde und Weltall und der Bestrahlung der Erde durch die Sonne mittelst der Atmosphäre, des Wassers in Form von Regen, Eis, Quellen, Flüssen, Seen und Meer und der Organismen; Vulkane, Erdbeben, säkuläre Schwankungen der Erdrinde.

§ 34. — Physik.

II. Klasse, 3 Stunden. — Mechanik: Zusammensetzung und Zerlegung von Kräften. Gleichgewichtsverhältnisse. Bewegungslehre, besonders Fall-, Wurf-, Pendel- und Zentralbewegung. Arbeit und Energie. Einfache Maschinen.

Gleichgewicht und Bewegung von Flüssigkeiten. Hydrostatischer Druck Archimedisches Prinzip. Bestimmung spezifischer Gewichte. Ausflußgeschwindigkeit. Druckverlust beim Fließen. Saugwirkung und Reaktion ausfließender Flüssigkeiten. Beurteilung einer Wasserkraft. Wassermotoren.

Kinetische Gastheorie. Gewicht und Druck der Gase. Barometer. Gesetz von Mariotte. Manometer. Anwendungen des Luftdrucks.

Wellenlehre: Entstehung und Fortpflanzung von Schwingungen und Wellen. Arten der Wellenbewegung. Interferenz. Prinzip von Huyghens. Reflexion und Brechung einer Wellenbewegung.

Akustik: Verschiedene Schallerscheinungen. Tonverhältnisse. Tonerzeugung. Mittönen. Schwebungen. Klangfarbe. Klanganalyse. Das Doppler'sche Prinzip.

III. Klasse, 3 Stunden. — Magnetische Kräfte und ihre Wirkung. Die wichtigsten Erscheinungen der Reibungselektrizität. Wirkungen und Gesetze des galvanischen Stromes. Messung von Stromstärke, Widerstand und elektromotorischer Kraft. Anwendungen des Elektromagnetismus. Theorie von Ampère. Erzeugung von Strömen durch Induktion. Telephonie. Dynamomaschinen und Elektromotoren. Verteilung der elektrischen Energie zu Beleuchtungs- und andern Zwecken und Hülfsmittel dazu (Transformatoren, Umformer, Akkumulatoren).

Strahlen elektrischer Kraft. Wellentelegraphie, Kathoden- und Röntgenstrahlen Radioaktivität.

Wärmelehre: Änderung des Volumens. Spezifische Wärme. Aggregatzustände. Ausbreitung der Wärme. Die Hauptsätze der mechanischen Wärmetheorie. Kalorische Maschinen.

In der III. Klasse überdies: — Physikalisches Praktikum, 2 Stunden (fakultativ): Anleitung zur selbständigen Ausführung einfacher physikalischer Messungen.

IV. Klasse, 2 Stunden. — Optik: Ausbreitung des Lichtes. Photometrie. Reflexion, Brechung und Dispersion des Lichtes. Spiegel, Prismen, Linsen. Spektralanalyse. Die wichtigsten optischen Instrumente. Interferenz und Polarisationserscheinungen.

In allen Klassen ist der physikalische Unterricht so viel wie möglich auf der Grundlage des Versuchs zu erteilen; auch ist er praktisch zu gestalten durch den Hinweis auf diejenigen Gebiete der Technik, auf welchen die Grundlehren der Physik zur Verwertung gelangen. Damit diese Bedingungen erfüllt werden können, ist dem Fache eine zweckentsprechende Sammlung von Apparaten zur Verfügung zu stellen.

§ 35. — Chemie.

II. Klasse, 2 Stunden. — Anorganische Chemie, I. Teil. Metalloide.

III. Klasse, 2 Stunden. — Anorganische Chemie, II. Teil. Metalle.

Fakultativ. Im Sommer 1 Stunde: Theorie der analytischen Chemie.

IV. Klasse, 3 Stunden. — Einführung in die organische Chemie.

Chemisches Praktikum, 3 Stunden (fakultativ).

§ 36. — Kunstzeichnen.

I. Klasse, 2 Stunden. — Klassen- und Gruppenunterricht im perspektivischen Freihandzeichnen nach geometrischen Körpermodellen, gewerblichen Gegenständen und Gipsornamenten.

Erläuterungen der perspektivischen und Beleuchtungserscheinungen.

II. Klasse, 2 Stunden. — Fortsetzung des perspektivischen und ornamentalen Zeichnens nach schwierigen Modellen.

Zeichnen im vergrößerten Maßstabe und mit Aufnahme der Farbe nach Ornamentvorlagen.

III. Klasse, 2 Stunden. — Fortsetzung der Malübungen nach Ornamentvorlagen und farbigen Modellen.

IV. Klasse, 2 Stunden. — Skizzierübungen nur nach Modellen.

§ 37. — Schreiben.

1. Klasse, 1 Stunde. — Übungen in der Rundschrift und Kartenschrift (römisch).

C. Handelsabteilung.

§ 38. — Deutsche Sprache.

I. Klasse, 3 Stunden. — Wiederholung der neuhochdeutschen Grammatik. Lesen und Erklären prosaischer und poetischer Musterstücke oder ganzer Werke mit Belehrungen über Stilistik und Metrik. Aufsätze. Rezitationen.

II. Klasse, 3 Stunden. — Lektüre und Erklärung klassischer Werke aus der neuhochdeutschen Literatur. Anleitung im freien Vortrag. Aufsätze.

III. Klasse, 3 Stunden. — Lektüre neuhochdeutscher Klassiker. An Hand der Lektüre die wichtigsten Kapitel der Literaturgeschichte. Berücksichtigung der neuern schweizerischen Literatur. Vorträge. Aufsätze.

In den beiden ersten Klassen soll wenigstens alle drei Wochen und in der III. Klasse wenigstens alle Monate eine schriftliche Arbeit geliefert und korrigiert werden.

Deutsche Handelskorrespondenz.

I. Klasse, 1 Stunde: Die Form des Geschäftsbriefes. Briefe aus dem allgemeinen Geschäftsverkehr, Zirkulare. Zusammenhängende Korrespondenz über Vorfälle einfacher Natur aus dem Waren- und Bankgeschäft.

II. Klasse, 1 Stunde: In Verbindung mit Maschinenschreiben und Stenographie die Korrespondenz aus dem Wechselverkehr. Geschäftsvorfälle aus dem Exportgeschäft.

III. Klasse: Korrespondenzen aus dem in der Handelsbetriebslehre behandelten Stoffe als Bestandteil desselben. (Vergl. § 49.)

§ 39. — Französische Sprache.

I. Klasse, 5 Stunden. — Wiederholung und Ergänzung der Laut- und Formenlehre. Einführung in die Syntax. Lektüre vorzugsweise prosaischer Musterstücke. Mündliche und schriftliche Übungen.

II. Klasse, 4 Stunden. — Fortsetzung der Syntax. Lektüre prosaischer und poetischer Musterstücke oder ganzer Werke. Einführung in die Handelskorrespondenz. Mündliche und schriftliche Übungen.

III. Klasse, 4 Stunden. — Lektüre moderner und klassischer Autoren mit literargeschichtlichen Exkursen. Handelskorrespondenz. Wiederholung und Vertiefung der Grammatik. Mündliche und schriftliche Übungen.

§ 40. — Englische Sprache.

I. Klasse, 3 Stunden. — Einführung in die Laut- und Formenlehre mit mündlichen und schriftlichen Übungen.

II. Klasse, 3 Stunden. — Abschluß der Formenlehre. Die wichtigsten syntaktischen Erscheinungen mit mündlichen und schriftlichen Übungen. Lektüre leichter Werke moderner Schriftsteller. Übersetzungen, Aufsätze, Konversation. Einführung in die kaufmännische Korrespondenz.

III. Klasse, 3 Stunden. — Lesen englischer Klassiker mit kurzen literarhistorischen Angaben. Besondere Berücksichtigung des mündlichen und schriftlichen Ausdrucks in Konversation und Aufsätzen. Handelskorrespondenz.

§ 41. — Italienische Sprache.

I. Klasse, 3 Stunden. — Laut- und Formenlehre mit mündlichen und schriftlichen Übungen. Lektüre leichter Prosastücke und einiger Gedichte.

II. Klasse, 3 Stunden. — Fortsetzung der Formenlehre und Einführung in die Syntax. Lektüre größerer Prosastücke und Gedichte. Einführung in die Handelskorrespondenz. Mündliche und schriftliche Übungen.

III. Klasse, 3 Stunden. — Befestigung und Erweiterung der grammatischen Kenntnisse. Lektüre aus modernen Autoren mit literarhistorischen Notizen. Handelskorrespondenz. Mündliche und schriftliche Übungen.

§ 42. — Spanische Sprache (fakultativ).

1. Jahr, 3 Stunden. — Laut- und Formenlehre mit mündlichen und schriftlichen Übungen.

2. Jahr, 3 Stunden. — Das Wichtigste aus der Syntax mit mündlichen und schriftlichen Übungen. Lektüre prosaischer Musterstücke. Sprechübungen. Einführung in die Handelskorrespondenz.

§ 43. — Geographie.

I. Klasse, 2 Stunden. — Physikalische Geographie. Klimatologie. Lehre über Vegetations- und Produktionsverhältnisse. Die Schweiz mit besonderer Hervorhebung ihrer Produktion, ihres Handels und Verkehrs.

II. Klasse, 2 Stunden. — Länderkunde: Nachbarstaaten der Schweiz, die übrigen Länder Europas und die außereuropäischen Staaten. Welthandel und Verkehrslinien.

§ 44. — Geschichte.

Allgemeine Geschichte mit besonderer Berücksichtigung der Entwicklung von Handel und Verkehr.

I. Klasse, 2 Stunden. — Überblick über die alte und mittelalterliche Geschichte.

II. Klasse, 2 Stunden. — Reformation und Gegenreformation. Zeitalter Ludwig XIV. Zeitalter Friedrich des Großen.

III. Klasse, 2 Stunden. — Die französische Revolution. Das 19. Jahrhundert.

§ 45. — Algebra.

I. Klasse, 2 Stunden. — Die vier Grundoperationen mit einfachen und zusammengesetzten algebraischen Ausdrücken. Gleichungen ersten Grades mit einer und mehreren Unbekannten, unter Berücksichtigung von Anwendungen aus dem bürgerlichen Rechnen und der Geometrie. Flächenberechnungen.

II. Klasse, 2 Stunden. — Einiges über Potenzen und Wurzeln. Ausziehen der Quadratwurzel. Quadratische Gleichungen. Flächen- und Körperberechnungen. Graphische Darstellungen.

§ 46. — Kaufmännisches Rechnen.

I. Klasse, 3 Stunden. — Die im Welthandel gebräuchlichen Maße und Münzeinheiten. Das abgekürzte Rechnen. Die Rechnungsmethoden in Anwendung auf einfache Berechnungen aus dem Warengeschäft: Proportionen, Dreisatz, Vielsatz, Kettensatz. Die Zins- und die Diskontrechnung. Die Durchschnitts-, Verteilungs- und Mischungsrechnung. Die einfachen Formen

des Bankkontokorrents. Die progessive und die retrograde Lösung. Übungen im Kopfrechnen.

II. Klasse, 3 Stunden. — Die Terminrechnung und die angewandte Diskontrechnung. Die Gold- und Silberrechnung und ihre Anwendung auf die Münzrechnung. Münzparitäten und Paritätentabelle. Die Wechselrechnung: Die Usanzen der wichtigsten Börsenplätze im Wechselverkehr. Berechnungen von Wechselkursen und Devisen. Die direkte und die indirekte Arbitrage. Ausbau der Kontokorrentlehre und Abschluß derselben.

III. Klasse, 3 Stunden. — Der Handel mit Aktien und Obligationen. Börsenrechnungen: Ausbau der Warenkalkulation durch die Produktionskalkulation. Repetitionen aus dem gesamten Gebiet des kaufmännischen Rechnens. Graphisches Rechnen. Das Rechnen mit dem Rechenschieber. Politische Arithmetik und Algebra: Potenzen, Logarithmen, Progressionen. Zinseszinsrechnung. Tilgung von Anleihen. Amortisationspläne.

§ 47. — Buchhaltung.

I. Klasse, 3 Stunden. — Die Notwendigkeit der Buchhaltung und ihre gesetzlichen Grundlagen. Die Vermögensbestandteile im Handelsbetrieb. Die Verbuchung derselben in Kassa-, Korrespondenten-, Waren- und Wechselkonti. Die Beziehungen der Konti zu einander. Einführung von Kapital- und Bilanzkonto. Die systematische Buchführung in amerikanischer und italienischer Darstellungsart. Lösen von vollständigen Buchungsaufgaben mit Eröffnung und Abschluß aus dem Warengeschäft.

II. Klasse, 2 Stunden. — Die verbesserte amerikanische Buchhaltung. Die Inventur mit transitorischen Posten und Reserven. Die deutsche Sammelbuchhaltung, die französische Buchhaltung. Verbuchungen schwierigerer Fälle aus dem Waren- und Wechselverkehr. Das Kommissionsgeschäft. Die Kapitalverbuchungen in einfachern Gesellschaften.

III. Klasse, 2 Stunden. — Die Buchführung in der Anpassung an die Volkswirtschaft: Das Bank-, Überseeexport-, Fabrikations- und Speditionsgeschäft in typischen Geschäftsvorfällen dargestellt.

Geschäftsstatistik und graphische Darstellung von Geschäftsergebnissen. Partizipationsgeschäfte.

§ 48. — Handelslehre.

I. Klasse, 1 Stunde. — Wesen und Ursprung des Handels. Arten des Handels. Die Gegenstände des Handels und ihre Maße.

II. Klasse, 1 Stunde. — Die Wertmaße; das Geld und die Geldsurrogate mit spezieller Berücksichtigung des Wechsels. Die Formen der Handelsunternehmung. Die Hilfsgewerbe des Handels (Verkehr des Kaufmanns mit der Bank und den Transportgewerben).

§ 49. — Handelsbetriebslehre.

III. Klasse. 2 Stunden. — Das Überseegeschäft. Der Speditionsdienst und der Lagerhausverkehr. Das Bankgeschäft. Die Fabrikation. Praktische Übungen mit Korrespondenz und Exkursionen.

§ 50. — Volkswirtschaftslehre.

III. Klasse, 2 Stunden. — Die Grundbegriffe der Volkswirtschaft. Die Lehre von der Produktion in Verbindung mit der historischen Entwicklung der Volkswirtschaft. Die Verteilung und der Verbrauch der Güter. Wirtschaftskunde der Schweiz.

§ 51. — Warenkunde.

III. Klasse, 2 Stunden. — Systematische Behandlung der im Geographieunterricht besprochenen Produkte und Fabrikate aus Mineral-, Pflanzen- und Tierreich, ihre Gewinnung, Behandlung und Verwendung. Besprechung der wichtigsten Industrien. Besuch industrieller und gewerblicher Etablissemente. Repetition der Handelsgeographie. (Vergl. § 38.)

§ 52. — Handels- und Wechselrecht.

II. Klasse, 2 Stunden. — Erklärung der zum allgemeinen Verständnis von Handels- und Wechselrecht notwendigen Rechtsbegriffe. Aus dem schweizerischen Obligationenrecht: *a.* Der allgemeine Teil von Art. 1 bis Art. 76, mit Ausschluß der Bestimmungen der Art. 50 bis 69, betreffend die Obligationen aus unerlaubten Handlungen; — *b.* das Wechselrecht (Art. 720 bis 829); — *c.* der Check (Art. 830 bis 837); — *d.* wechselähnliche Papiere und andere indossable Papiere (Art. 838 bis 845); — *e.* Inhaberpapiere (Art. 846 bis 858); — *f.* Handelsregister, Geschäftsfirmen und Geschäftsbücher (Art. 859 bis 880).

III. Klasse, 2 Stunden. — Aus dem schweizerischen Obligationenrecht: 1. Besprechung der Hauptgrundsätze des allgemeinen Teils von Art. 77 bis 228 und des besondern Teils von Art. 229 bis 273 (Kauf- und Tauschvertrag), von Art. 338 bis 349 (Dienstvertrag), von Art. 392 bis 421 (einfacher Auftrag, Anweisung, Kreditauftrag), von Art. 422 bis 429 (Prokuristen, Handlungsbevollmächtigte, Handlungsreisende), von Art. 430 bis 448 (Kommission), von Art. 524 bis 551 (einfache Gesellschaft), von Art. 552 bis 589 (Kollektivgesellschaft), von Art. 590 bis 611 (Kommanditgesellschaft), von Art. 612 bis 677 (Aktiengesellschaft und Kommanditaktiengesellschaft).

§ 53. — Physik.

I. Klasse, 2 Stunden. — Die wichtigsten Erscheinungen und Gesetze aus der Mechanik. Elementare Belehrungen über Schwingungen und Wellen und ausgewählte Demonstrationen aus dem Gebiete der Akustik.

Magnetische Kräfte. Reibungselektrizität.

II. Klasse, 2 Stunden. — Galvanismus: Der galvanische Strom, seine Gesetze und Wirkungen. Eingehende Behandlung der Induktion. Elektrotechnische Belehrungen, besonders gründliches Besprechen der Prinzipien des Fernsprechwesens, der Umwandlung mechanischer Energie in elektrische und Verteilung der elektrischen Energie zu verschiedenen Zwecken. Elektrische Schwingungen. Wellentelegraphie. Kathoden- und Röntgenstrahlen.

Wärmelehre: Volumänderungen. Wärmemaß und spezifische Wärme. Aggregatzustände. Ausbreitung der Wärme. Wärme und Arbeit. Kalorische Maschinen.

III. Klasse, 1 Stunde. — Optik: Ausbreitung, Reflexion, Brechung und Dispersion des Lichtes. Spiegel, Prismen, Linsen. Optische Instrumente. Interferenz- und Polarisationserscheinungen.

Im Anschluß an den Unterricht hie und da Besuch entsprechender technischer Betriebe.

§ 54. — Chemie.

II. Klasse, 2 Stunden. — Einführung in die anorganische Chemie mit besonderer Berücksichtigung der Praxis.

III. Klasse, 3 Stunden. — Fortsetzung der anorganischen Chemie und Einführung in die organische Chemie, wieder mit besonderer Berücksichtigung der Praxis.

§ 55. — Zeichnen.

I.—III. Klasse, 2 Stunden (fakultativ). — Im Sommer: Zeichnen nach der lebenden Pflanze. Skizzierübungen im Freien.

Im Winter: Zeichnen nach einzelnen Körpern; Stilleben; abwechslungsweise nach Vorlagen. Übungen im Gebrauch von Zirkel und Lineal.

§ 56. — Schreiben.

I. Klasse, 1 Stunde. — Einübung der deutschen und französischen Kurrentschrift.

§ 57. — Maschinenschreiben.

II. Klasse, 1 Stunde. — In Verbindung damit Korrespondenz (vergl. § 38).

§ 58. — Stenographie.

I. Klasse, 1 Stunde. — Die Wahl des Systems durch den für das Fach bestellten Lehrer bedarf der Genehmigung durch die Erziehungsdirektion.

D. Gemeinsame Fächer.

§ 59. — Religionslehre (fakultativ).

I. Kurs, 2 Stunden. — Zum Zwecke der Einführung in die allgemeinen religiösen Begriffe und der Vorbereitung auf das alte Testament:

Ägyptische, babylonische, phönizische und persische Religion.

Exkursionsweise: Antike Mythologie.

Einführung ins alte Testament.

II. Kurs, 1 Stunde. — Als Vorbereitung zum Verständnis des Christentums:

Grundriß der griechischen Philosophie. Buddhismus und ostasiatische Religion.

Das Christentum, veranschaulicht an den Hauptschriften des Neuen Testamentes. Im Anschluß daran: Besprechung der Haupterscheinungen der Kirchengeschichte.

NB. Die Kurse können, soweit möglich, von Schülern aller Klassen, nach freier Wahl, besucht werden. Das Fach ist als Freifach zu behandeln.

§ 60. — Gesang.

I. Singklasse, 2 Stunden. — (I. Klasse Gymnasium und I. Klasse technische Abteilung obligatorisch; I. Klasse Handelsabteilung fakultativ.)

Tonleiter und Treffübungen im Dur- und Moll-Geschlecht. Rhythmische Lese- und Singübungen in den gebräuchlichsten Ton- und Taktarten. Begriffs von Konsonanz und Dissonanz. Deutsche Lautlehre, gesangliche Deklamationeübungen. Ein- und zweistimmige Solfeggien mit Rücksicht auf Tonbildung und zum Zwecke der Ausbildung der Stimmregister. Einfache polyphone Übungen. Allgemeine Musiklehre.

II. Singklasse, 1 Stunde. — (II. und III. Klasse Gymnasium und II. und III. Klasse technische Abteilung obligatorisch; II. und III. Klasse Handelsabteilung und IV. Klasse Gymnasium und technische Abteilung fakultativ).

Ein- und mehrstimmige Singübungen mit schwierigeren Rhythmen und reicheren harmonischen Wendungen. Behandlung der gebräuchlichsten Verzierungen. Chromatik. Einübung ein- und mehrstimmiger Lieder mit und ohne Begleitung unter steter Berücksichtigung eines allseitig gediegenen Vortrages. Bei ausreichenden Stimmitteln Pflege des vierstimmigen Männerchors.

III. Mädchen-Singschule, 1 Stunde. — (Schülerinnen aller Klassen.) Allgemeine Musiklehre. Tonleiter- und Treffübungen. Deutsche Lautlehre. Stimmbildung. Zwei- und dreistimmiger Chorgesang.

Für besondere Anlässe Zuzug von Schülern des „Männerchors“ zur Bildung eines „gemischten Chores“.

§ 61. — Instrumentalmusik (fakultativ).

Der Unterricht in der Instrumentalmusik bezweckt eine möglichst umfassende Ausbildung auf sämtlichen Streichinstrumenten (Violine, Viola, Violoncello und Contrebaß), im Klavierspiel (bezw. Harmonium), sowie einigen Blasinstrumenten (wie Flöte und Trompete oder Cornet à pistons).

Zur Vertiefung der praktisch erworbenen Kenntnisse wird für befähigte Schüler ein Kursus (1 Stunde per Woche) in Musikwissenschaft (Harmonie- und Formenlehre in Verbindung mit ausführlicher Analyse von Meisterwerken der Tonkunst) abgehalten.

Die vorgerückten Schüler vereinigen sich wöchentlich einmal zu einer zweistündigen Übung im Orchester- bezw. Kammermusikspiel.

§ 62. — Turnen.

1. Klassen aller Abteilungen in zwei Gruppen, je 2 Stunden. — Ordnungs- und Marschübungen, sowie Frei- und Stabübungen nach der eidgen. Turnschule.

Leichtere Keulenübungen. Dauer-, Schnell- und Wettlauf. Gemeinturnen an den Geräten Reck, Barren, Klettergerüst und Pferd. Gemischte Sprünge und Freisprünge. Turnspiele und Ausmärsche mit angewandtem Turnen.

2. Klassen aller Abteilungen in zwei Gruppen, je 2 Stunden. — Militärische Ordnungs- und Marschübungen. Schwierigere Frei- und Stabübungen. Stabwinden, Keulenübungen, Gemein- und Riegenturnen an den Hang-, Stütz- und Sprunggeräten. Ausgedehnte Laufübungen. Angewandtes Turnen. Heben und Werfen von leichten Gewichten. Gerwerfen. Volkstümliche Wettkämpfe. Turnspiele und Ausmärsche.

3. Klassen aller Abteilungen, 2 Stunden. — Marsch- und Laufübungen. Fortsetzung der Frei-, Stab- und Keulenübungen. Säbelfechten. Riegenturnen an den Geräten mit besonderer Berücksichtigung der Übungen des gemischten Sprunges. Angewandtes und volkstümliches Turnen. Kommandierübungen. Wettkämpfe, Turnspiele und Ausmärsche.

4. Klassen (fakultativ) gemeinsam mit den 3. Klassen. — NB. Vorbehalten bleiben die Vorschriften des Bundes über den militärischen Vorunterricht.

Schülerinnen aller Klassen, 2 Stunden. — Wiederholung und Weiterführung des auf den unteren Schulstufen behandelten Übungsstoffes in Ordnungsübungen, Gang- und Hüpfarten, Frei- und Stabübungen. Stabwinden. Leichtere Keulenübungen. Gemeinturnen an Hang- und Stützgeräten. Laufübungen. Turnspiele und Ausmärsche.

Die Turnstunden sollen möglichst ins Freie verlegt werden. Im Winter kann der Turnunterricht durch Schlitteln oder Schneeschuhlaufen oder Eislauf ersetzt werden.

§ 63. — Stenographie (für Gymnasiasten und Techniker fakultativ).

Die Wahl des Systems durch den Lehrer bedarf der Bestätigung durch die Erziehungsdirektion.

Die Teilnahme ist den Schülern der zwei unteren Klassen des Gymnasiums und der technischen Abteilung zu ermöglichen.

§ 64. — Militärunterricht (im Sommer).

Für die Schüler der IV. Klasse des Gymnasiums und der technischen Abteilung fakultativ.

Infanterie. Wöchentlich 2 Stunden Exerzieren und zwei Nachmittage per Monat für die Ausbildung im Schießen.

Soldatenschule und Schießvorbereitungen nach den für den militärischen Vorunterricht maßgebenden Vorschriften.

Einzelschießen und schulmäßiges Gefechtschießen mit scharfer Munition.

Exerzieren in Zug und Kompagnie verbunden mit Übungen im Felddienste.

Artillerie. Wöchentlich 2 Stunden. — Kenntnis des Materials und der Munition. Bedienung des Geschützes und Soldatenschule. Richtübungen. Schießschule. Theorie über die Schießregeln und die Artillerie-Taktik.

NB. Vorbehalten bleiben die Vorschriften des Bundes über den militärischen Vorunterricht.

§ 65. — Tableau der Unterrichtsstunden.

A. Gymnasium.

	I.		II.		III.		IV.	
	So.	Wi.	So.	Wi.	So.	Wi.	So.	Wi.
Obligatorische Hauptfächer:								
Deutsche Sprache	3	3	3	3	3	3	3	3
Lateinische Sprache	7	7	6	6	6	6	6	6
Griechische Sprache	6	6	5	5	6	6	6	6
Englische Sprache oder	4	4	3	3	3	3	3	3

	I.		II.		III.		IV.	
	So.	Wi.	So.	Wi.	So.	Wi.	So.	Wi.
Italienische Sprache	3	3	3	3	3	3	3	3
Französische Sprache	3	3	3	3	3	3	3	3
Geographie	2	2	1	1	—	—	—	—
Geschichte	3	3	3	3	3	3	4	4
Nathematik	4	4	4	4	3	3	3	3
Maturgeschichte	3	2	2	2	2	2	2	1
Physik	—	—	2	2	2	2	2	2
Chemie	—	—	—	—	2	2	2	2
Für Griechen	31	30	29	29	30	30	31	30
Für Nichtgriechen entweder	29	28	26	26	27	27	28	27
Für Nichtgriechen oder	28	27						
Obligatorische Hülfsfächer:								
Kunstzeichnen	2	2	2	2	—	—	—	—
Gesang [1])	2	2	1	1	1	1	—	—
Turnen	2	2	2	2	2	2	—	—
Militärunterricht	2	—	2	—	2	—	—	—
	8	6	7	5	5	3	—	—
Fakultative Fächer:								
Italienisch oder Englisch	4	4	3	3	3	3	3	3
oder für die Nichtgriechen	3	3						
Hebräisch	—	—	—	—	2	2	2	2
Religionslehre	2	2	1	1	—	—	—	—
Gesang	—	—	—	—	—	—	1	1
Turnen	—	—	—	—	—	—	2	2
Analytische Chemie und chem. Praktikum	—	—	—	—	—	—	1	3
Stenographie (1. oder 2. Klasse)	2	2	2	2	—	—	—	—

B. Technische Abteilung.

	I.		II.		III.		IV.	
	So.	Wi.	So.	Wi.	So.	Wi.	So.	Wi.
Obligatorische Hauptfächer:								
Deutsche Sprache	4	4	4	4	4	4	4	—
Französische Sprache	5	5	4	4	4	4	4	—
Englische oder italienische Sprache	3	3	3	3	3	3	—	—
Geographie	2	2	2	2	—	—	—	—
Geschichte	3	3	2	2	2	2	3	—
Mathematik	6	6	5	5	7	7	7	—
Naturgeschichte inklusive	3	3	2	2	2	2	2	—
Physikalische Geographie	—	—	—	—	—	—	1	—
Physik	—	—	3	3	3	3	2	—
Chemie	—	—	2	2	2	2	3	—
	26	26	27	27	27	27	26	—
Obligatorische Hülfsfächer:								
Technisches Zeichnen	2	2	2	2	2	2	2	—
Kunstzeichnen	2	2	2	2	2	2	2	—
Gesang	2	2	1	1	1	1	—	—
Turnen	2	2	2	2	2	2	—	—
Militärunterricht	2	—	2	—	2	—	—	—
	10	8	9	7	9	7	4	—

[1]) Schülerinnen der Klassen 1 bis 3 eine Stunde.

Fakultative Fächer:	I. So.	I. Wi.	II. So.	II. Wi.	III. So.	III. Wi.	IV. So.	IV. Wi.
Italienisch oder Englisch	3	3	3	3	3	3	—	—
Religionslehre	2	2	1	1	—	—	—	—
Gesang	—	—	—	—	—	—	1	—
Analyt. Chemie und chemisches Praktikum	—	—	—	—	1	3	3	—
Physikalisches Praktikum	—	—	—	—	2	2	—	—
Feldmessen	—	—	—	—	—	1	3	—
Turnen	—	—	—	—	—	—	2	—
Stenographie	2	2	2	2	—	—	—	—

C. Handelsabteilung.

Obligatorische Fächer:	I. So.	I. Wi.	II. So.	II. Wi.	III. So.	III. Wi.
Deutsche Sprache	3		3		3	
Deutsche Korrespondenz	1		—		—	
Französische Sprache	5		4		4	
Englische oder italienische Sprache	3		3		3	
Geographie	2		2		—	
Geschichte	2		2		2	
Algebra	2		2		—	
Kaufmännisches Rechnen	3		3		3	
Buchhaltung	3		2		2	
Handelslehre	1		1		—	
Handelsbetriebslehre und in Verbindung damit deutsche Korrespondenz	—		—		2	
Volkswirtschaftslehre	—		—		2	
Warenkunde	—		—		2	
Handels- und Wechselrecht	—		2		2	
Physik	2		2		1	
Chemie	—		2		3	
	27		28		29	
Obligatorische Hülfsfächer:						
Schreiben	1		—		—	
Maschinenschreiben verbunden mit Korrespondenz	—		1		—	
Stenographie	1		—		—	
Turnen	2		2		2	
Militärunterricht	2	—	2	—	2	—
Gesang (Schülerinnen)	1		1		1	
Total für Schüler	6	4	5	3	4	2
Total für Schülerinnen	5		4		3	
Fakultative Fächer:						
Italienisch oder Englisch	3		3		3	
Spanisch	—		3		3	
Religionslehre	2		1		—	
Zeichnen	2		2		2	
Gesang (Schüler)	2		1		1	

§ 66. — Dieser Lehrplan tritt an Stelle desjenigen vom 12. Februar 1898.

---

29. 11. Reglement für die Maturitätsprüfung am Gymnasium der aargauischen Kantonsschule. (Vom 27. Februar 1909.)

§ 1. Jedes Frühjahr findet für die Schüler der obersten Klasse des Gymnasiums eine Maturitätsprüfung statt. Zu dieser Prüfung werden nur solche Schüler zugelassen, welche wenigstens die oberste Klasse besucht haben.

§ 2. Durch diese Prüfung haben sich die Schüler auszuweisen über die für den Besuch einer Universität erforderliche geistige Reife und das von der Schule gebotene Maß allgemeiner Bildung.

§ 3. Zur Leitung der Prüfung ernennt der Erziehungsrat auf die Dauer von 4 Jahren eine Kommission von 3 Mitgliedern, deren Vorsitzender seinem Kollegium angehört.

Die Prüfung wird von den Fachlehrern der Kantonsschule abgenommen.

§ 4. Das Prüfungsprogramm wird vom Rektor im Einverständnis mit der Kommission und der Lehrerschaft entworfen und dem Erziehungsdirektor zur Genehmigung vorgelegt.

§ 5. Diejenigen Schüler, welche die Prüfung zu machen wünschen, haben ihre Anmeldung nebst einer kurzen Darstellung ihres Lebens- und Bildungsganges und Angabe des Fachstudiums, dem sie sich zu widmen gedenken, dem Rektor einzureichen.

Die Anmeldungen gehen mit den Quartalzeugnissen an die Erziehungsdirektion, welche über Zulassung zur Prüfung oder Abweisung entscheidet, und nachher an die Prüfungskommission.

§ 6. Das Maturitätszeugnis wird für folgende Fächer ausgestellt: 1. Deutsche Sprache und Literatur; — 2. Französisch; — 3. Latein; — 4. Griechisch oder Englisch oder Italienisch; — 5. Geschichte; — 6. Geographie; 7. Mathematik; — 8. Physik; — 9. Chemie; — 10. Naturgeschichte; — 11. Zeichnen; — 12. Hebräisch (fakultativ).

§ 7. Die Prüfung zerfällt in eine schriftliche und eine mündliche. Letztere findet frühestens 8 Tage nach der schriftlichen statt.

Bei der Prüfung ist nur das Unterrichtspensum der beiden obersten Klassen zu berücksichtigen und mehr Gewicht auf die Erforschung der geistigen Reife als des Umfangs der Kenntnisse zu setzen.

§ 8. Die schriftliche Prüfung erstreckt sich auf die Fächer 1, 2, 3, 4 und 7, die mündliche auf die Fächer 1, 2, 3, 4, 5, 7, 8, 9, 10 und 12.

Für die Geographie wird im Maturitätszeugnis eine gestützt auf die Jahresleistungen berechnete Durchschnittsnote eingesetzt.

Im Zeichnen ist am Ende der zweiten Klasse eine Probearbeit zu liefern (Skizzieren einfacher Gegenstände nach der Natur). Gestützt darauf und unter Berücksichtigung der Jahresleistungen wird die Note für das Maturitätszeugnis festgesetzt.

§ 9. An schriftlichen Arbeiten sind zu liefern:

Für Deutsch: ein Aufsatz.

Für die modernen Fremdsprachen: ein Aufsatz über einen den Schülern hinlänglich bekannten Stoff oder eine Übersetzung aus dem Deutschen in die Fremdsprache.

Für Latein: Übersetzung einer noch nicht gelesenen Stelle aus einem Schriftsteller.

NB. Eine Übersetzung aus der Muttersprache ins Lateinische wird schon am Ende der zweitobersten Klasse gemacht. Die bezügliche Note ist zu berücksichtigen (Lehrplan § 11).

Für Griechisch: Übersetzung einer leichtern noch nicht gelesenen Stelle aus einem in der obersten Klasse behandelten Prosaiker.

Für Mathematik: Lösung einiger Probleme.

§ 10. Für die schriftlichen Arbeiten werden in einem Fache 3—4 Stunden angesetzt.

Die Themata, für jedes Fach drei zur Auswahl, sind wenigstens 8 Tage vor der Prüfung dem Rektor zuhanden der Prüfungskommission verschlossen einzureichen.

§ 11. Die Arbeiten werden unter der Aufsicht des Fachlehrers angefertigt, dem die von der Kommission gewählte Aufgabe unmittelbar vor der Prüfung verschlossen übergeben wird.

§ 12. An Hülfsmitteln sind erlaubt:

Für das Französische ein Wörterbuch nur in dieser Sprache, für die übrigen Fremdsprachen (Latein ausgenommen) die allgemeinen Wörterbücher, für die Mathematik die Logarithmentafeln.

Die Benutzung anderer Hülfsmittel hat die Nichtigkeit der ganzen Prüfung zur Folge und es kann der Kandidat erst wieder zur nächsten Prüfung zugelassen werden.

Liegt begründeter Verdacht vor, daß ein Schüler nicht selbständig gearbeitet hat, so erhält er eine neue Aufgabe.

§ 13. Die Arbeiten werden vom Examinator sofort korrigiert, zensiert und dem Rektor zuhanden der Prüfungskommission abgegeben.

Die Kandidaten können auf ihren Wunsch nach Schluß der ganzen Prüfung Einsicht in ihre schriftlichen Arbeiten nehmen.

§ 14. Das Stoffgebiet für die mündliche Prüfung im Rahmen des § 7, Absatz 2, ist durch den Lehrplan bestimmt.

§ 15. Die Leitung der mündlichen Prüfung liegt dem Vorsitzenden der Prüfungskommission ob. Die beiden anderen Mitglieder haben der Prüfung ebenfalls beizuwohnen. Eines von ihnen führt das Protokoll.

Vor Beginn der Prüfung haben die Examinatoren der Kommission ihre Vorschläge über den zu behandelnden Stoff vorzulegen.

Jeder Kandidat soll in jedem Fache mindestens 10 Minuten geprüft werden.

Die Prüfung hat in Gruppen zu erfolgen, wenn die Zahl der Kandidaten 6 übersteigt.

§ 16. Nach Schluß der mündlichen Prüfung tritt die Kommission mit den Examinatoren zur Feststellung der Noten zusammen. Hierbei sollen auch die Jahresleistungen gebührend berücksichtigt werden.

Die Examinatoren haben bei der Verhandlung beratende Stimme und das Vorschlagsrecht für die Fachnoten. Der Entscheid liegt bei der Kommission.

§ 17. Die Abstufung der Noten ist folgende: 6, 5, 4, 3, 2, 1, wovon 6 die beste und 1 die geringste ist.

Das Zeugnis der Reife wird nicht erteilt, sobald der Kandidat in einem Fache die Note 1 hat oder in mehr als einem Fache die Note 2 oder in mehr als zwei Fächern die Note 3. Hierbei zählen nur die Fächer 1 bis 10 des § 6.

Gebrochene Noten dürfen nicht gegeben werden.

§ 18. Ein Kandidat, der die Prüfung nicht mit Erfolg bestanden hat, kann sich zu einer späteren Prüfung, jedoch spätestens nach 2 Jahren, wieder melden. Dabei wird ihm die Prüfung in den Fächern, in welchen er bei der ersten Prüfung wenigstens die Note 5 erlangt hat, erlassen.

Eine dritte Prüfung ist nicht gestattet.

§ 19. Die Ergebnisse der Kommissionsberatung werden dem Erziehungsrate behufs Ausstellung der Maturitätszeugnisse zugestellt.

Das Maturitätszeugnis soll außer dem Prüfungsergebnis enthalten: den Namen, Vornamen, Heimatsort, Geburtsdatum des Kandidaten, die Daten des Eintritts in die Schule und der Maturitätsprüfung, die Unterschriften des Präsidenten des Erziehungsrates und des Rektors der Schule.

§ 20. Die Prüfungskommission ist auch die vorberatende Behörde über die im revidierten § 144, lit. b, des Schulgesetzes vorgesehene Genehmigung der Maturitätszeugnisse auswärtiger Anstalten. Über alle solche Gesuche holt der Erziehungsrat vor seinem Entscheide den Bericht und die Anträge der Kommission ein.

Gesuche um Erteilung der Maturität ohne Prüfungsausweis nach § 144, lit. c, des Schulgesetzes werden dem Erziehungsrate von der zuständigen Staatsprüfungsbehörde begutachtet.

Die Maturitätserklärung nach § 144, lit. b und c, wird den Betreffenden nicht in der Form des gewöhnlichen Maturitätszeugnisses, sondern bloß in der Form einer motivierten Erklärung zugefertigt.

§ 21. Vorstehendes Reglement tritt an Stelle desjenigen vom 12. Juli 1888.

---

30. 12. **Reglement für die Maturitätsprüfung an der technischen Abteilung der aargauischen Kantonsschule.** (Vom 27. Februar 1909.)

§ 1. Jeden Herbst wird mit den Schülern der obersten Klasse eine Maturitätsprüfung abgehalten.

§ 2. Durch diese Prüfung soll ermittelt werden, ob die Schüler das von der Schule gebotene Maß allgemeiner Bildung und die erforderliche Reife besitzen, um mit Erfolg den Unterricht an einer technischen Hochschule oder an entsprechenden Fakultäten einer Universität besuchen zu können.

§ 3. Zur Leitung der Prüfung ernennt der Erziehungsrat auf die Dauer von vier Jahren eine Kommission von drei Mitgliedern, deren Vorsitzender seinem Kollegium angehört.

Die Prüfung wird von den Fachlehrern der Kantonsschule abgenommen.

§ 4. Das Prüfungsprogramm wird vom Rektor im Einverständnis mit der Lehrerschaft entworfen und dem Erziehungsdirektor zur Genehmigung vorgelegt.

§ 5. Diejenigen Schüler, welche die Prüfung zu machen wünschen, haben ihre Anmeldungen nebst einer kurzen Darstellung ihres Lebens- und Bildungsganges und Angabe der Fachschule, welche sie zu besuchen wünschen, dem Rektor einzureichen.

Die Anmeldungen gehen mit den Quartalzeugnissen an die Erziehungsdirektion, welche über Zulassung zur Prüfung oder Abweisung entscheidet, und nachher an die Prüfungskommission.

§ 6. Das Maturitätszeugnis wird für folgende Fächer ausgestellt: 1. Deutsche Sprache; — 2. Französische Sprache; — 3. Zweite und dritte (fakultative) Fremdsprache; — 4. Geschichte; — 5. Geographie; — 6. Algebra; — 7. Geometrie (Trigonometrie, Stereometrie, analytische Geometrie); — 8. Darstellende Geometrie; — 9. Physik; — 10. Chemie; — 11. Naturgeschichte; — 12. Technisches Zeichnen; — 13. Kunstzeichnen.

§ 7. Die Prüfung zerfällt in eine schriftliche und eine mündliche. Letztere findet frühestens acht Tage nach der schriftlichen statt.

Bei der Prüfung ist nur das Unterrichtspensum der zwei obern Klassen zu berücksichtigen.

§ 8. Die schriftliche Prüfung erstreckt sich auf die Fächer 1, 2, 6, 7 und 8, die mündliche auf die Fächer 1, 2, 4, 6, 7, 9, 10 und 11.

Die Maturitätsnoten für die zweite und dritte (fakultative) Fremdsprache, sowie für Geographie, technisches Zeichnen und Kunstzeichnen werden nach den Jahresleistungen bestimmt.

§ 9. An schriftlichen Arbeiten sind zu liefern:

Im Deutschen: ein Aufsatz.

Im Französischen: ein Aufsatz oder eine Übersetzung aus dem Deutschen.

In der Algebra: drei Aufgaben.

In der Geometrie: drei der Trigonometrie, der Stereometrie und der analytischen Geometrie entnommene Aufgaben.

In der darstellenden Geometrie: saubere Lösung einer Konstruktionsaufgabe mit erläuterndem Text oder zusammenhängende Besprechung eines wichtigen Abschnittes.

§ 10. Für die schriftlichen Arbeiten werden für jedes Fach 3—4 Stunden eingeräumt.

Die Themata, für jedes Fach drei zur Auswahl, sind wenigstens acht Tage vor der Prüfung von den Examinatoren dem Rektor zuhanden der Prüfungskommission verschlossen einzureichen.

§ 11. Die Arbeiten werden unter der Aufsicht des Fachlehrers angefertigt, dem die von der Kommission gewählte Aufgabe unmittelbar vor Beginn der Prüfung verschlossen übergeben wird.

§ 12. An Hülfsmitteln sind erlaubt:

Für das Französische ein kleines Wörterbuch in dieser Sprache, für die Mathematik die Logarithmentafeln.

Die Benutzung unerlaubter Hülfsmittel in einem Fache hat für den Maturanden die Nichtigkeit der ganzen Prüfung zur Folge und es kann der letztere erst wieder zur nächsten Prüfung zugelassen werden. Liegt begründeter Verdacht vor, daß ein Schüler nicht selbständig gearbeitet hat, so erhält er eine neue Aufgabe.

§ 13. Die Arbeiten werden vom Examinator sofort korrigiert, zensiert und dem Rektor zuhanden der Prüfungskommission abgegeben.

Während der mündlichen Prüfung sind diese Arbeiten, sowie die Arbeiten im technischen Zeichnen und im Kunstzeichnen, im Prüfungslokale aufzulegen.

§ 14. Das Stoffgebiet für die mündliche Prüfung im Rahmen von § 7, Absatz 2, wird durch den Lehrplan bestimmt.

§ 15. Die Leitung der mündlichen Prüfungen liegt dem Vorsitzenden der Prüfungskommission ob. Die beiden andern Mitglieder haben der Prüfung ebenfalls beizuwohnen. Eines von ihnen führt das Protokoll.

Vor Beginn der Prüfung haben die Examinatoren der Kommission ihre Vorschläge über den zu behandelnden Stoff zu machen. Für jedes Fach und jeden Kandidaten ist eine Prüfungsdauer von durchschnittlich 10 Minuten vorgesehen.

Die Prüfung hat in Gruppen zu erfolgen, wenn die Zahl der Kandidaten sechs übersteigt.

§ 16. Nach Schluß der mündlichen Prüfung tritt die Kommission mit den Examinatoren zur Feststellung der Noten zusammen. Hierbei sollen auch die Jahresleistungen gebührend berücksichtigt werden.

Die Examinatoren haben bei der Verhandlung beratende Stimme und das Vorschlagsrecht für die Fachnoten. Der Entscheid liegt bei der Kommission.

§ 17. Die Abstufung der Noten ist folgende: 6, 5, 4, 3, 2, 1, wovon 6 die beste und 1 die geringste ist.

Das Zeugnis der Reife wird nicht erteilt, sobald der Kandidat in einem Fache die Note 1 hat oder in mehr als einem Fache die Note 2 oder endlich in mehr als zwei Fächern die Note 3.

Bei Beurteilung der Reife zählen die in § 6 aufgeführten Fächer 1 bis 11. Gebrochene Noten dürfen nicht gegeben werden.

§ 18. Ein Kandidat, der die Prüfung nicht mit Erfolg bestanden hat, kann sich zu einer spätern Prüfung, jedoch spätestens nach zwei Jahren, wieder melden. Dabei wird ihm die Prüfung in den Fächern, in welchen er bei der ersten Prüfung wenigstens die Note 5 erlangt hat, erlassen.

Eine dritte Prüfung ist nicht gestattet.

§ 19. Die Ergebnisse der Kommissionsberatung werden dem Erziehungsrate behufs Ausstellung der Maturitätszeugnisse zugestellt.

Das Maturitätszeugnis soll außer dem Prüfungsergebnis enthalten: den Namen, Vornamen, Heimatsort, das Geburtsdatum des Kandidaten, die Daten des Eintritts in die Schule und der Maturitätsprüfung, die Unterschriften des Präsidenten des Erziehungsrates und des Rektors der Schule.

§ 20. Vorstehendes Reglement tritt an Stelle desjenigen vom 10. Februar 1893.

---

31. 13. **Reglement für die Abhaltung der Diplomprüfung an der Handelsabteilung der aargauischen Kantonsschule.** (Vom 27. Februar 1909.)

§ 1. Im Frühling wird mit den Schülern der obersten Klasse der Handelsabteilung eine Diplomprüfung abgehalten.

§ 2. Durch diese Prüfung soll ermittelt werden:

1. Ob die Schüler das von der Schule gebotene Maß allgemeiner Bildung besitzen, über welches heutzutage nicht nur der künftige Kaufmann verfügen soll, sondern welches auch für diejenigen jungen Leute erforderlich ist, welche sich andern praktischen Berufszweigen, wie z. B. dem Verkehrsdienste (Post, Telegraph und Telephon, Zoll etc.), zuwenden wollen;
2. ob sie auch diejenigen speziellen Kenntnisse besitzen, welche es ihnen ermöglichen, sich in kürzester Zeit in einem kaufmännischen Betriebe zurechtzufinden, so daß sie zum mindesten auf eine abgekürzte Lehrzeit Anspruch erheben dürfen.

§ 3. Zur Leitung der Prüfung ernennt der Erziehungsrat auf die Dauer von vier Jahren eine Kommission von drei Mitgliedern, bestehend aus einem Vertreter dieser Behörde als Präsident und zwei Kaufleuten.

Das schweizerische Handelsdepartement wird eingeladen, sich bei der Prüfung vertreten zu lassen.

Die Prüfung wird von den Fachlehrern der Handelsabteilung abgenommen.

§ 4. Das Prüfungsprogramm wird vom Rektor der Anstalt im Einverständnis mit der Lehrerschaft entworfen und dem Erziehungsdirektor zur Genehmigung vorgelegt.

§ 5. Diejenigen Schüler, welche die Prüfung zu machen wünschen, haben ihre Anmeldungen dem Rektor einzureichen. Dieser schickt sie samt den Quartalzeugnissen der Erziehungsdirektion zuhanden der Prüfungskommission zu.

§ 6. Die Prüfung erstreckt sich auf folgende Fächer:

1. Deutsche Sprache; 2. Französische Sprache: 3. Zweite Fremdsprache; 4. Kaufmännisches Rechnen; 5. Buchhaltung; 6. Handels- und Volkswirtschaftslehre; 7. Handels- und Wechselrecht; 8. Geographie; 9. Geschichte.

Für die Festsetzung der Diplomnoten in den übrigen obligatorischen Fächern: Physik, Chemie, Warenkunde, Schreiben, Stenographie und Maschinenschreiben, sowie in den fakultativen Fächern (weitere Fremdsprachen und Zeichnen) sind lediglich die Jahresleistungen maßgebend.

§ 7. Das Stoffgebiet für die Prüfung ist durch den Lehrplan für die beiden oberen Klassen bestimmt.

Die Prüfung zerfällt in eine schriftliche und eine mündliche. Die letztere findet frühestens acht Tage nach der schriftlichen statt.

§ 8. Schriftliche Arbeiten sind zu liefern:

1. Im Deutschen: ein Aufsatz.
2. Im Französischen und in der zweiten Fremdsprache: ein Aufsatz oder eine Übersetzung.
3. Im kaufmännischen Rechnen: drei Aufgaben aus verschiedenen Gebieten.
4. In der Buchhaltung: Ausweis über Beherrschung der systematischen Buchhaltung und des Bilanzwesens in Anwendung auf das Waren-, Bank- und Fabrikationsgeschäft durch Lösung einer entsprechenden Buchungsaufgabe.

§ 9. Für die schriftlichen Arbeiten werden je 3—4 Stunden angesetzt.

Die Themata, für jedes Fach wenigstens drei zur Auswahl, sind spätestens acht Tage vor der Prüfung von den Examinatoren dem Rektor zuhanden der Prüfungskommission verschlossen einzureichen.

§ 10. Die Arbeiten werden unter Aufsicht der Fachlehrer angefertigt, welche die von der Kommission gewählten Aufgaben durch das Rektorat unmittelbar vor der Prüfung zugestellt erhalten.

Als Hülfsmittel sind erlaubt: Für das Französische ein kleines Wörterbuch in dieser Sprache, für die zweite Fremdsprache ein allgemeines Wörterbuch, und für das kaufmännische Rechnen die Logarithmentafeln.

Die Benutzung unerlaubter Hülfsmittel in einem Fache hat für den Kandidaten die Nichtigkeit der ganzen Prüfung zur Folge und es kann der letztere erst wieder zur nächsten Prüfung zugelassen werden. Liegt begründeter Verdacht vor, daß ein Schüler nicht selbständig gearbeitet hat, so erhält er eine neue Aufgabe.

§ 11. Die korrigierten und zensierten Arbeiten werden vom Examinator dem Rektor zuhanden der Prüfungskommission zugestellt. Diese Arbeiten liegen während der mündlichen Prüfung im Prüfungslokale auf.

§ 12. Die mündliche Prüfung erstreckt sich auf die in § 6 aufgeführten Fächer. Sie soll für jedes Fach und jeden Kandidaten durchschnittlich 10 Minuten nicht übersteigen.

Die Prüfung hat in Gruppen zu erfolgen, wenn die Zahl der Kandidaten sechs übersteigt.

§ 13. Nach Schluß der mündlichen Prüfung tritt die Kommission mit den Examinatoren zur Feststellung der Noten zusammen. Hierbei sind auch die Jahresleistungen gebührend zu berücksichtigen.

Die Examinatoren haben bei der Verhandlung beratende Stimme und das Vorschlagsrecht für die Fachnoten. Der Entscheid liegt bei der Kommission.

§ 14. Die Abstufung der Noten ist folgende: 6, 5, 4, 3, 2, 1, wovon 6 die beste und 1 die geringste ist.

Das Diplom wird nicht erteilt, sobald der Kandidat in einem Fache die Note 1 hat oder in mehr als einem Fache die Note 2 oder in mehr als drei Fächern die Note 3.

Bei der Beurteilung zählen alle obligatorischen Fächer. Zwischennoten dürfen nicht gegeben werden.

§ 15. Ein Kandidat, der die Prüfung nicht mit Erfolg bestanden hat, kann sich zu einer spätern Prüfung, jedoch spätestens nach zwei Jahren, wieder melden. Dabei wird ihm die Prüfung in den Fächern, in welchen er bei der ersten Prüfung wenigstens die Note 5 erlangt hat, erlassen.

Eine dritte Prüfung ist nicht gestattet.

§ 16. Die Ergebnisse der Kommissionsberatung werden dem Erziehungsrate behufs Ausstellung der Diplome zugestellt.

Das Diplom soll außer dem Prüfungsergebnis enthalten: den Namen, Vornamen, Heimatsort, das Geburtsdatum des Kandidaten, die Daten des Eintritts in die Schule und der Diplomprüfung, die Unterschriften des Präsidenten des Erziehungsrates und des Rektors der Schule.

§ 17. Vorstehendes Reglement tritt an Stelle desjenigen vom 18. Dezember 1897.

---

32. 14. **Règlement général pour les etablissements d'instruction publique secondaire du canton de Vaud.** (Du 22 janvier 1909.)

Le Conseil d'Etat du canton de Vaud, vu le préavis du Département de l'instruction publique; vu l'article 125 de la loi du 25 février 1908 sur l'instruction publique secondaire;

arrête:

Chapitre premier. — ***Objets et plans d'études.***

Art. 1er. Le présent règlement général s'applique à tous les établissements mentionnés à l'art. 2 de la loi du 25 février 1908 sur l'instruction publique secondaire.

Des règlements spéciaux seront élaborés pour chacun des établissements prévus par cette loi. Ces règlements seront soumis à l'approbation du Conseil d'Etat.

Art. 2. Les objets d'études des Ecoles supérieures de jeunes filles sont: 1° la langue française; — 2° la langue allemande; — 3° la langue anglaise; — 4° les éléments de la littérature française et de la littérature générale; — 5° l'histoire; — 6° la géographie; — 7° l'arithmétique et les éléments des mathématiques; — 8° les éléments des sciences physiques et naturelles; — 9° l'économie domestique et l'hygiène usuelle; — 10° la comptabilité domestique; — 11° les travaux à l'aiguille et la coupe; — 12° l'écriture; — 13° le dessin; — 14° le chant; — 15° la gymnastique.

Art. 3. Les objets d'études des Collèges scientifiques sont: 1° la langue française; — 2° la langue allemande; — 3° la langue anglaise; — 4° la langue italienne; — 5° l'histoire et l'instruction civique; — 6° l'arithmétique et la comptabilité; — 7° la géométrie; — 8° l'algèbre; — 9° le dessin technique et les travaux manuels; — 10° la géographie et la cosmographie; — 11° les sciences naturelles; — 12° la physique et la mécanique; — 13° la chimie; — 14° le dessin et des notions de l'histoire de l'art; — 15° l'écriture; — 16° le chant; — 17° la gymnastique.

Art. 4. Les objets d'études des Collèges classiques sont: 1° la langue française; — 2° la langue latine; — 3° la langue grecque; — 4° la langue allemande; — 5° la langue anglaise; — 6° l'histoire et l'instruction civique; — 7° la géographie; — 8° l'arithmétique et la comptabilité; — 9° la géométrie et l'algèbre; — 10° les éléments des sciences physiques et naturelles; — 11° l'écriture; — 12° le chant; — 13° le dessin et des notions de l'histoire de l'art; — 14° la gymnastique.

Art. 5. Il est en outre donné, dans les établissements mentionnés aux art. 2, 3 et 4, un enseignement religieux facultatif conforme aux principes du christianisme et distinct des autres branches.

Cet enseignement ne compte ni pour la promotion ni pour l'établissement de la moyenne.

Art. 6. Les objets d'études des Gymnases de jeunes filles sont fixés par les règlements spéciaux de ces établissements. (Art. 32 de la loi.)

Art. 7. Les objets d'études du Gymnase scientifique cantonal sont: 1° la langue française; — 2° la langue allemande; — 3° la langue anglaise; — 4° la langue italienne; — 5° la littérature française et des notions de littérature générale; — 6° l'histoire; — 7° les éléments de la philosophie; — 8° des notions de droit usuel et d'économie politique; — 9° l'algèbre et la géométrie; — 10° la trigonométrie, l'astronomie et la topographie; — 11° la géométrie analytique; — 12° la géométrie descriptive; — 13° le dessin technique; — 14° les sciences naturelles avec exercices pratiques; — 15° la physique avec exercices pratiques; — 16° la mécanique avec exercices pratiques; — 17° la chimie et la minéralogie avec exercices pratiques; — 18° la géophysique; — 19° le dessin artistique et l'histoire de l'art; — 20 le modelage; — 21° les travaux manuels.

Art. 8. Les objets d'études du Gymnase classique cantonal sont: 1° la langue et la littérature française; — 2° la langue et les éléments de la littérature latine; — 3° la langue et les éléments de la littérature grecque: — 4° la langue et les éléments de la littérature allemande; — 5° la langue et les éléments de la littérature anglaise; — 6° l'histoire; — 7° l'histoire sommaire de la culture grecque des origines à la fin de l'hellénisme (fin du IVe siècle); — 8° les éléments de la philosophie; — 9° l'algèbre, la géométrie, la trigonométrie et la géométrie analytique; 10° les mathématiques spéciales et le dessin technique; — 11° la physique et la chimie; — 12° les sciences naturelles; — 13° la cosmographie et la géophysique; — 14° l'histoire du christianisme et les éléments de l'histoire comparée des religions; — 15° la langue hébraïque.

Art. 9. Les objets d'études des Ecoles supérieures de commerce, d'administration et de chemins de fer sont:

A. *Ecole de commerce:*

1° La langue française; — 2° la langue allemande; — 3° la langue italienne; — 4° la langue anglaise; — 5° la langue espagnole; — 6° l'arithmétique commerciale; — 7° l'algèbre; — 8° l'algèbre financière; — 9° la comptabilité; — 10° l'exploitation commerciale des chemins de fer; — 11° le droit commercial; — 12° des notions d'économie politique; — 13° la géographie générale; — 14° la géographie des produits commerciaux; — 15° l'histoire et l'instruction civique; — 16° l'histoire du commerce; — 17° la physique; — 18° la chimie; — 19° l'histoire naturelle; — 20° la connaissance des marchandises; — 21° la microscopie; — 22° l'écriture; — 23° la sténographie française; — 24° la sténographie allemande; — 25° la dactylographie.

B. *Ecole d'administration:*

1° La langue française; — 2°la langue allemande; — 3° la langue italienne; — 4° la langue anglaise; — 5° l'arithmétique; — 6° l'algèbre; — 7° la comptabilité; — 8° des notions d'économie politique; — 9° la géographie; — 10° l'histoire et l'instruction civique; — 11° la physique; — 12° la chimie — 13° l'histoire naturelle; — 14° la connaissance des marchandises; — 15° la microscopie; — 16° la législation spéciale; — 17° la correspondance de service; — 18° les connaissances administratives; — 19° l'exploitation des chemins de fer; — 20° le personnel; — 21° le tarif et les conditions de transport; — 22° le dessin technique; — 23° l'écriture; — 24° la sténographie française; — 25° la sténographie allemande; — 26° la dactylographie.

C. *Ecole de chemins de fer:*

1° La langue française; — 2° la langue allemande; — 3° la langue italienne; — 4° la langue anglaise; — 5° l'arithmétique; — 6° l'algèbre; — 7° la comptabilité; — 8° la géographie; — 9° l'histoire et l'instruction civique; — 10° la physique; — 11° la chimie; — 12° l'histoire naturelle; — 13° la correspondance administrative; — 14° la construction et l'entretien des chemins de fer; — 15° l'exploitation des chemins de fer, le service des transports; — 16° les tarifs et les conditions de transport; — 17° la législation spéciale et les conventions; — 18° le personnel; — 19° les exercices pratiques et excursions; — 20° le dessin technique; — 21° l'écriture; — 22° la sténographie française; — 23° la sténographie allemande; — 24° la dactylographie.

Art. 10. Des cours de gymnastique et de chant peuvent être créés aux Gymnases scientifique et classique, ainsi qu'aux Ecoles supérieures de commerce, d'administration et de chemins de fer.

Les élèves d'un établissement secondaire cantonal peuvent être autorisés à suivre dans un autre établissement les cours facultatifs qui y sont donnés.

Art. 11. Les objets d'études des Ecoles normales sont:

A. *Ecole normale des instituteurs:*

1° La pédagogie; — 2° la langue et la littérature françaises; — 3° l'arithmétique et la comptabilité; — 4° les éléments d'algèbre et de géométrie avec exercices pratiques d'arpentage; — 5° la géographie; — 6° la cosmographie; — 7° l'istoire; — 8° l'instruction civique; — 9° la langue allemande; — 10° la physique générale; — 11° les éléments de la chimie et des sciences naturelles; — 12° l'hygiène; — 13° la calligraphie; — 14° la musique vocale et la musique instrumentale; — 15° le dessin; — 16° les travaux manuels; — 17° les notions élémentaires d'agriculture; — 81° la gymnastique.

B. *Ecole normale des institutrices:*

1° La pédagogie; — 2° la langue et la littérature françaises; — 3° l'arithmétique et la comptabilité; — 4° les éléments de la géométrie; — 5° la géo-

graphie; — 6° la cosmographie; — 7° l'histoire; — 8° l'instruction civique; — 9° la langue allemande; — 10° les éléments des sciences physiques et naturelles; — 11° l'hygiène; — 12° la calligraphie; — 13° la musique vocale et la musique instrumentale; — 14° le dessin; — 15° les travaux à l'aiguille; — 16° l'économie domestique; — 17° la gymnastique.

C. Les objets d'études de la section des maîtresses d'écoles enfantines et de la section des maîtresses de travaux à l'aiguille sont fixés par le programme des cours de ces sections.

Art. 12. Il est en outre donné, aux Ecoles normales, un enseignement religieux facultatif conforme aux principes du christianisme.

Art. 13. Les objets d'études de l'Ecole cantonale d'agriculture sont: 1° l'agriculture (connaissance des terrains, cultures); — 2° l'économie rurale et l'économie alpestre; — 3° la viticulture; — 4° la sylviculture; — 5° l'horticulture maraîchère; — 6° l'arboriculture; — 7° la zootechnie: — 8° la zoologie agricole; — 9° l'apiculture; — 10° la pisciculture; — 11° l'industrie laitière; — 12° la mécanique élémentaire, le machines agricoles et la technologie agricole; — 13° la géométrie et l'arpentage; — 14° le dessin technique; — 15° les constructions rurales; — 16° les drainages et les irrigations; — 17° la comptabilité agricole; — 18° la géologie agricole; — 19° la météorologie agricole et les éléments de la physique; — 20° la chimie agricole; — 21° la botanique agricole; — 22° la législation rurale; — 23° l'instruction civique; — 24° les travaux manuels; — 25° la gymnastique.

Art. 14. Les objets d'études des classes primaires supérieures annexées aux Collèges scientifiques restent fixés par la loi sur l'instruction publique primaire.

Art. 15. Le plan général d'études et les règlements spéciaux des divers établissements d'instruction secondaire désignent celles des branches d'enseignement qui peuvent être facultatives.

Art. 16. Le Département de l'instruction publique arrête le plan général d'études des établissements secondaires.

Art. 17. Les commissions scolaires, après avoir entendu les conférences des maîtres, fixent les plans d'études des établissements secondaires communaux.

Ces plans d'études sont soumis à l'approbation du Département.

Art. 18. Les établissements communaux peuvent, avec l'autorisation du Département, déroger au plan d'études général.

Art. 19. Pour les Collèges communaux, le nombre des heures affectées par classe à chaque objet d'enseignement est, dans la règle, le même que pour les établissements cantonaux correspondants.

Pour les Ecoles supérieures, les commissions scolaires fixent, sur le préavis de la conférence, le nombre des heures affectées par classe à chaque enseignement.

Dans tous ces établissements, deux ou plusieurs classes pourront être réunies pour certaines leçons.

L'approbation du Département est nécessaire.

Art. 20. Dans les Ecoles supérieures, les Collèges et les Gymnases aucune classe ne peut compter plus de 32 heures de leçons obligatoires par semaine, gymnastique non comprise.

Art. 21. Les classes des Ecoles supérieures, des Collèges communaux et des Collèges cantonaux sont désignées par première, seconde, troisième classe, etc., la première classe étant celle qui aboutit au certificat d'études secondaires.

Chapitre II. — Administration.

Art. 22. Les règlements spéciaux des établissements secondaires communaux fixent, sous réserve des dispositions de la loi et du présent règlement, les compétences et les attributions des autorités communales (municipalités, commissions scolaires, directeurs, conférences des maîtres) en ce qui concerne l'administration de ces établissements.

Art. 23. D'une façon générale, les commissions scolaires surveillent la marche des établissements secondaires de leur ressort, leur personnel enseignant et dirigeant, le travail et la discipline de leurs élèves, la fréquentation des leçons, l'hygiène, les locaux et le matériel scolaire.

Chapitre III. — **Conférences.**

Art. 24. Les attributions des conférences sont les suivantes:

a. Elles étudient les questions qui intéressent l'établissement, l'enseignement, les programmes, les méthodes, les manuels, etc., et donnent, s'il y a lieu, leur avis à la commission scolaire et, pour les établissements cantonaux, au Département;

b. elles fixent à chaque bulletin la note de conduite des élèves;

c. elles décident de la promotion des élèves, sauf recours aux commissions scolaires et, pour les établissements cantonaux, au Département;

d. elles examinent les questions de discipline qui leur sont soumises par les directeurs ou les commissions scolaires.

Les règlements spéciaux peuvent leur donner encore d'autres attributions.

Art. 25. Les conférences tiennent quatre séances au moins par année scolaire.

Les directeurs les réunissent chaque fois qu'ils le jugent nécessaire; ils sont tenus de les convoquer dans la quinzaine, sur la demande motivée d'un ou de plusieurs membres du personnel enseignant.

Les maîtres et les maîtresses doivent assister aux séances des conférences.

Art. 26. Les conférences tiennent un procès-verbal de chaque séance en un registre spécial. Elles désignent leur vice-président et leur secrétaire parmi leurs membres.

Chapitre IV. — **Directeurs.**

Art. 27. Les directeurs surveillent la marche des études, la distribution et l'emploi du temps. Ils visitent chaque classe le plus souvent possible. Ils s'assurent que les règlements sont observés par les maîtres et maîtresses et par les élèves. Ils interviennent en faveur de la discipline toutes les fois que cela est nécessaire.

Art. 28. Tout en cherchant à donner à l'enseignement l'unité désirable, soit dans les méthodes, soit dans les moyens de discipline, les directeurs laissent au personnel enseignant toute la latitude compatible avec le bien de l'établissement.

Art. 29. Les directeurs sont en outre chargés:

a. de l'inscription dans un registre matricule des noms des élèves;

b. de l'inscription des élèves par classe dans un registre servant à constater les absences et les congés;

c. de l'inscription dans un registre spécial des absences des maîtres, avec les motifs donnés;

d. de la présidence de la conférence des maîtres;

e. de l'expédition des bulletins aux parents; — les notes assignées aux élèves pour le travail et la conduite sont, en outre, consignées dans un registre spécial;

f. de l'organisation et de la direction des courses scolaires avec l'aide du personnel enseignant de l'établissement;

g. de la surveillance du matériel, des locaux et de l'hygiène;

h. de la rédaction du rapport annuel prévu à l'art. 84 ci-après;

i. de l'établissement des tableaux de leçons et d'examens;

k. de la mise à jour du catalogue de la bibliothèque scolaire, de l'inventaire du mobilier, du matériel et de tous les objets appartenant à l'école.

Les règlements spéciaux peuvent leur donner encore d'autres attributions.

Art. 30. Les directeurs des Ecoles supérieures de jeunes filles et des Collèges communaux correspondent avec les commissions scolaires pour tout ce qui concerne l'organisation, l'administration et la discipline générales de l'établissement.

Ils correspondent directement avec le Département pour tout ce qui concerne l'enseignement, les méthodes, les programmes, les manuels, etc. Ils informent la commission scolaire des décisions prises.

Art. 31. Les directeurs doivent être convoqués à toutes les séances des commissions scolaires. Ils doivent être entendus par elles sur toutes les questions qui touchent aux établissements qu'ils dirigent.

Chapitre V. — **Contributions scolaires et bourses.**

Art, 32. Les règlements spéciaux fixent, dans les limites de l'article 121 de la loi sur l'instruction secondaire, les contributions scolaires que les élèves réguliers et les élèves externes ou auditeurs ont à payer.

Ils fixent aussi le mode et l'époque du paiement de ces contributions.

Art. 33. Les enfants méritants de parents peu aisés peuvent être dispensés, en tout ou en partie, du paiement de la contribution scolaire.

La demande en est faite au directeur.

Cette dispense est accordée chaque année, par la municipalité, sur le préavis de la commission scolaire, pour les établissements communaux, et par le Conseil d'Etat, sur proposition du Département, pour les établissements cantonaux.

Art. 34. L'Etat ou les communes peuvent chaque année également accorder des bourses aux élèves méritants dont les parents en feront la demande, en la justifiant par leur position de fortune.

Art. 35. Ces demandes doivent être adressées par les parents ou le tuteur au directeur de l'établissement; celui-ci les transmet, avec les renseignements qu'il peut fournir sur l'élève intéressé, à la commission scolaire ou au Département, s'il s'agit d'établissements cantonaux.

Art. 36. S'il s'agit de bourses d'études à demander à l'Etat, les commissions scolaires s'adressent au Département et lui font connaître la position de fortune des parents.

Art. 37. Les élèves mis au bénéfice d'une bourse d'études accordée par l'Etat ou la Commune sont dispensés par là même du paiement de la contribution scolaire.

Chapitre VI. — **Locaux, manuels et matériel scolaire.**

Art. 38. Les établissements secondaires doivent posséder, suivant leur destination, tout ou partie des objets ci-après : de grandes ardoises ou tableaux noirs avec les accessoires ; — une collection de cartes murales géographiques et historiques; — un globe terrestre; — une collection de solides et de modèles pour l'enseignement de la géométrie; — les principaux instruments indispensables au toisé, à l'arpentage et au nivellement; — les instruments, les tableaux muraux et les substances ou échantillons-types nécessaires à l'enseignement de la physique, de la chimie et des sciences naturelles, les tableaux nécessaires à l'enseignement des langues modernes et des antiquités grecque et latine; — des collections de modèles pour le dessin artistique, le dessin technique et la calligraphie; — une collection de poids et mesures; — une bibliothèque renfermant les ouvrages généraux nécessaires à l'enseignement; — le matériel nécessaire pour l'enseignement des ouvrages à l'aiguille et de l'économie domestique.

Art. 39. Il ne peut être fait emploi, dans les établissements secondaires, que des ouvrages et manuels dont la liste est fixée par le Département sur le préavis d'une commission dans laquelle le corps enseignant est représenté.

Art. 40. Les locaux scolaires ne peuvent servir qu'aux besoins de l'école, à moins d'une autorisation expresse de la municipalité et de la commission scolaire

Les demandes d'autorisation doivent être adressées au directeur, qui donne son préavis.

*Chapitre VII. — **Personnel enseignant.***

Art. 41. Lorsque, en application des art. 86 et 91 de la loi du 25 février 1908, des épreuves sont exigées, le jury d'examen choisit, dans le programme secondaire, les sujets des leçons imposées aux candidats, fixe le temps pour la préparation de ces leçons et leur durée.

Le jury met à la disposition des candidats les livres et le matériel qu'il juge nécessaires ou utiles.

Dans le cas prévu à l'art. 87 de la loi, le jury détermine librement les épreuves auxquelles il entend soumettre les candidats.

Art. 42. Les épreuves terminées, le jury adresse sans retard à la commission scolaire et à la municipalité ou au Département, s'il s'agit d'établissements cantonaux, un rapport détaillé sur les résultats des épreuves et sur les titres de chacun des candidats; ce rapport indique et motive l'ordre dans lequel le jury a classé les candidats.

La municipalité et la commission scolaire réunies donnent leur préavis, qui est adressé au Département en même temps que le rapport du jury.

Art. 43. Sous réserve des cas d'urgence, un maître ou une maîtresse ne peut manquer une leçon sans en avoir préalablement obtenu l'autorisation du directeur.

Les absences des maîtres et des maîtresses, ainsi que les congés qu'ils obtiennent, sont inscrits dans un registre particulier qui doit être visé une fois par an au moins par la commission scolaire, ou par le Département pour les établissements cantonaux.

Art. 44. Le directeur peut accorder à un maître ou à une maîtresse un congé de trois jours au maximum, la commission scolaire, un congé d'une semaine; pour un congé de plus longue durée, c'est le Département qui statue. Toutes ces demandes doivent être adressées au directeur, qui les transmet à qui de droit avec son préavis si elles dépassent sa compétence. Il avise la commission du congé accordé par le Département.

Art. 45. Les maîtres doivent s'abstenir de toute voie de fait et de toute parole blessante envers les élèves et leurs parents et n'user d'aucun moyen de répression qui ne soit autorisé par le règlement.

Art. 46. Les observations que la commission scolaire croit devoir faire, après enquête préalable, à l'un des maîtres ou maîtresses, soit sur sa conduite, soit sur son enseignement, doivent être remises par écrit au directeur de l'établissement. Celui-ci les transmet à l'intéressé, en particulier.

Ces observations, ainsi que les explications ou justifications de l'intéressé, sont consignées dans le registre des procès-verbaux de la commission.

Art. 47. Les maîtres et les maîtresses ne peuvent pas faire partie de la commission scolaire.

*Chapitre VIII. — **Elèves.***

Art. 48. Pour être admis dans la classe inférieure d'un établissement secondaire, il faut remplir les conditions d'âge et d'instruction déterminées par la loi et les règlements.

Art. 49. Pour être admis dans une autre classe, il faut remplir les conditions d'âge et avoir subi un examen satisfaisant sur le programme des classes précédentes.

Art. 50. Le Département peut accorder des dispenses d'âge.

Art. 51. Les élèves des établissements secondaires se répartissent en élèves réguliers, lesquels suivent tous les cours obligatoires de leur classe, et en élèves externes, qui suivent les cours de leur choix.

Les règlements spéciaux peuvent établir que certaines classes ne reçoivent que des élèves réguliers; ils peuvent en outre prévoir l'admission d'élèves auditeurs.

Toutefois, en ce qui concerne la contribution scolaire, l'élève dispensé d'une branche pour raisons de santé ne sera pas considéré comme externe.

Art. 52. Les externes sont soumis à la même discipline et aux mêmes travaux que les élèves réguliers.

Pour être admis en cette qualité, les élèves doivent remplir les mêmes conditions d'âge et prouver qu'ils peuvent suivre les cours avec fruit et sans inconvénients pour la classe.

La conférence des maîtres, sous réserve de l'approbation de la commission scolaire pour les établissements communaux et de la sanction du Département pour les collèges cantonaux, fixe pour les élèves externes, non dûment libérés de l'obligation de suivre l'école primaire, les cours auxquels ils doivent être astreints.

Ces cours doivent comporter au minimum 18 heures d'enseignement par semaine.

Art. 53. L'élève âgé de 15 ans qui a obtenu le certificat d'études secondaires est libéré définitivement de l'obligation prévue à l'art. 77 de la loi sur l'instruction primaire.

Art. 54. L'effectif normal d'une classe est de 35 élèves.

Chapitre IX. — ***Fréquentation.***

Art. 55. L'année scolaire commence, au choix des autorités communales, en mai ou en septembre pour se terminer en avril ou en juillet de l'année suivante.

Art. 56. Les établissements cantonaux dont l'année scolaire commence en septembre reçoivent gratuitement, jusqu'à la fin de l'année scolaire, les élèves des établissements communaux qui terminent leurs cours en avril.

Art. 57. La durée de chaque leçon est dans la règle de 50 minutes. Un repos de 10 minutes sépare les leçons consécutives.

Il ne peut être fait d'exception à cette disposition qu'avec l'autorisation du Département.

Art. 58. Avant la fin de l'année scolaire, le directeur soumet à la commission scolaire ou au Département, pour les établissements cantonaux, un projet de tableau de leçons pour l'année suivante.

Un exemplaire du tableau de leçons des établissements communaux est envoyé au Département, lequel peut exiger des modifications.

Art. 59. Les règlements spéciaux fixent dans les limites prévues à l'art. 116 de la loi le mode de répartition des vacances.

Chapitre X. — ***Examens, promotion, bulletins et livret scolaire.***

Art. 60. Le travail des élèves est apprécié pendant l'année par les maîtres et maîtresses sous la surveillance du directeur.

A cet effet, les maîtres tiennent un contrôle exact et régulier des notes qu'ils assignent aux élèves.

Trois fois par année, au moins, un bulletin indiquant les notes de travail et de conduite des élèves, ainsi que les absences, est communiqué aux parents.

Les notes des examens annuels ou, s'il n'y a pas d'examen, la moyenne des notes des bulletins, leur sont également communiquées.

Art. 61. Chaque note de bulletin doit être établie sur deux interrogations au moins d'après l'échelle suivante : 10 (très bien), 9 et 8 (bien), 7 (assez bien), 6 (passable), 5 et 4 (médiocre), 3 et 2 (mal), 1 et 0 (très mal).

Art. 62. Le bulletin peut porter la mention de la note obtenue pour chacune des subdivisions des objets d'enseignement.

Art. 63. Dans la règle, chaque année scolaire se termine par un examen général.

Les règlements spéciaux peuvent supprimer ou restreindre cet examen à quelques branches seulement. Toutefois, l'examen général reste obligatoire à la sortie de la 4e classe des collèges classiques comme à la sortie des classes aboutissant au certificat d'études secondaires.

Le Département conserve le droit d'ordonner un examen général ou partiel dans les établissements pour lesquels ils ont été supprimés.

Il peut y avoir au cours de l'année scolaire des épreuves permettant de contrôler le travail.

Art. 64. Les examens mentionnés à l'article précédent se composent d'épreuves écrites et d'épreuves orales.

Les épreuves orales sont publiques.

Les examens sont dirigés par le directeur et appréciés par une commission composée du personnel enseignant et d'experts choisis par la commission scolaire ou, pour les établissements cantonaux, par le Département.

Art. 65. La commission d'examen peut se diviser en sous-commissions de trois membres, y compris le maître ou la maîtresse de la branche à examiner. L'interrogation est dirigée par la personne qui a donné l'enseignement ; les membres de la commission peuvent adresser des questions et participent à la correction et à l'appréciation des travaux écrits.

Art. 66. Chacune de ces épreuves est appréciée, séance tenante, suivant l'échelle prévue à l'art. 61.

Art. 67. A la fin de chaque examen, la liste des notes est remise au directeur avec les observations que la commission peut avoir à présenter.

Art. 68. Les notes de chaque bulletin et des examens sont inscrites dans un registre spécial.

Art. 69. La promotion d'une classe dans une autre est déterminée par le travail de l'année et, le cas échéant, par le résultat des examens.

La moyenne des examens compte pour un quart dans la moyenne générale.

Art. 70. Toutes les questions relatives à la promotion sont tranchées par la conférence, sous réserve des recours prévus à l'art. 24, *litt. c.*

Art. 71. Pour déterminer la promotion dans les établissements énumérés à l'art. 2 A, 1°, 2°, 3° et 4° de la loi, les notes obtenues dans chaque branche pendant l'année et aux examens sont multipliées par les facteurs ci-dessous :

Ecoles supérieures de jeunes filles :

Langue française	5	Sciences physiques et naturelles	2
Littérat. franç. et littérat. générale		Economie domestique et hygiène	2
Langue allemande	4	Travaux à l'aiguille et coupe	2
Langue anglaise	3	Ecriture	1
Histoire	3	Dessin	1
Géographie	2	Chant	1
Arithmétique, mathématique et comptabilité domestique	3	Gymnastique	1

Collèges scientifiques :

Langue française	5	Histoire et instruction civique	2
Langue allemande	3	Arithmétique et comptabilité	4
Langue anglaise ou italienne	3	Géométrie	3
Algèbre	3	Chimie	2
Dessin technique	2	Dessin et histoire de l'art	2
Travaux manuels	2	Ecriture	2
Géographie et cosmographie	2	Chant	1
Sciences naturelles	2	Gymnastique	1
Physique et mécanique	2		

Collèges classiques :

Langue française	5	Arithmétique, comptabilité, géométrie et algèbre	3
Langue latine	4	Sciences physiques et naturelles	2
Langue grecque	4	Ecriture	2
Langue allemande	3	Chant	1
Langue anglaise	3	Dessin et histoire de l'art	1
Histoire et instruction civique	3	Gymnastique	1
Géographie	2		

La note moyenne de conduite, multipliée par le facteur 3, entre en ligne de compte dans le calcul de la moyenne annuelle.

Art. 72. Pour être promu, l'élève doit avoir obtenu les 0,65 de la somme des notes maximum assignables aux branches obligatoires qu'il a suivies, et, en outre, ne pas avoir de note inférieure à 5 dans plus de deux branches modifiées par un facteur.

Art. 73. Chaque élève d'un établissement communal, ainsi que des Collèges scientifique et classique cantonaux, est pourvu d'un livret scolaire destiné à recevoir les notes des bulletins et des examens. Le modèle de ce livret est arrêté par le Département.

Chapitre XI. — **Certificats.**

Art. 74. Le Département arrête le type des certificats d'études secondaires qu'il fournit aux différents établissements.

Ces certificats sont remis par le directeur en séance publique devant tous les élèves de l'établissement et en présence de délégués de la municipalité et de la commission scolaire.

Art. 75. Le Département arrête également le type du certificat destiné aux élèves qui passent d'un établissement dans l'autre (certificat de passage).

Chapitre XII. — **Absences, congés, discipline.**

Art. 76. Les élèves des établissements secondaires sont tenus de fréquenter régulièrement et durant toute l'année les leçons de leur classe.

Art. 77. Les membres du personnel enseignant tiennent exactement le contrôle des absences et font rapport au directeur chaque semaine au moins.

Art. 78. Toute absence doit être justifiée à temps par écrit auprès du directeur, qui apprécie le motif invoqué.

Les demandes de congé doivent lui être adressées d'avance.

Art. 78. Les absences répétées et sans motifs valables entraînent le renvoi de l'établissement.

Ce renvoi est prononcé par le Département pour les établissements cantonaux, sur la proposition du directeur, et pour les établissements communaux par les commissions scolaires, sur la proposition du directeur et sous réserve de l'approbation du Département.

Les règlements spéciaux des établissements cantonaux et communaux fixent le mode de répression applicable aux cas qui ne tomberaient pas sous le coup de cette disposition.

Art. 80. Le directeur ne peut dispenser un élève que d'une semaine d'école au plus. La commission scolaire peut accorder un congé de 15 jours. Pour un temps plus long, le Département seul est compétent.

En ce qui concerne les établissements cantonaux, le Département accorde, sur préavis du directeur, les congés dont la durée dépasse une semaine.

Art. 81. Les règlements spéciaux arrêtent tout ce qui a trait à la discipline sous les réserves ci-après:

Les punitions écrites ne sont autorisées que sous la forme de travaux utiles

Aucune punition ne peut être infligée le dimanche.

Art. 82. Le directeur peut prononcer l'exclusion d'un élève pendant 8 jours; la conférence, pendant un mois; la commission scolaire, jusqu'à 3 mois.

Chapitre XIII. — ***Dispositions diverses.***

Art. 83. Au mois de janvier de chaque année, les autorités communales adressent au Département, en vue de la fixation du subside qu'elles reçoivent, l'état des recettes et des dépenses relatives à leurs établissements secondaires, suivant un formulaire fourni par le Département.

Art. 84. Dans le même temps, les directeurs des établissements secondaires font tenir au Département, par l'intermédiaire de la commission scolaire pour les établissements communaux, un rapport sur le personnel enseignant, les élèves et la marche de l'établissement pendant l'année écoulée.

Art. 85. Les règlements spéciaux peuvent adjoindre à la commission scolaire un comité de dames chargé de la surveillance ainsi que des examens des travaux à l'aiguille et de l'économie domestique.

Chapitre XIV. — ***Dispositions transitoires et finales.***

Art. 86. Les communes sont tenues de mettre en harmonie l'organisation de leurs établissements secondaires avec les dispositions de la loi du 25 février 1908 et le règlement du 22 janvier 1909 pour le début de l'année scolaire 1910—1911 au plus tard.

Dans ce but, elles feront santionner avant cette date leurs règlements spéciaux et leurs plans d'études.

Elles auront à se conformer aux dispositions de la loi en ce qui concerne les traitements dès le 1er janvier 1909.

Art. 87. Le présent règlement n'est applicable à l'Institut Henchoz que pour autant que les dispositions spéciales qui le concernent n'y dérogent point.

Art. 88. Le Département de l'Instruction publique est chargé de l'exécution du présent règlement, qui entrera en vigueur dès le 1er février 1909.

Donné, sous le sceau du Conseil d'Etat, à Lausanne, le 22 janvier 1909.

Pour les établissements cantonaux:

Le directeur peut prononcer l'exclusion d'un élève pendant 8 jours et la conférence jusqu'à 3 mois.

Au delà, l'exclusion temporaire ainsi que l'exclusion définitive sont prononcées par le Département.

---

33. 15. **Répartition des heures d'enseignement, prise du plan d'étude générale pour les établissements d'instruction publique secondaire du canton de Vaud.** (Du 30 décembre 1909.)

Collège classique cantonal.

Répartition des heures d'enseignement.

Section A: Latin-grec. — Section B: Latin-anglais.

Classes	Sections	Français	Latin	Grec	Allemand	Anglais	Histoire Instruct. civique	Géographie	Arithmétique Comptabilité	Géométrie Algèbre	Elém. des sciences phys. et natur.	Dessin et notions de l'hist. de l'art	Ecriture	Chant	Gymnastique	Enseignement religieux et morale	Totaux
VI		7	8	—	—	—	2	1	3	—	2[1]	2	2	2	2	1[2]	32
V		6	7	—	4	—	2	1	3	—	1[1]	2	1	2	2	1[2]	32
IV		6	7	—	4	—	2	1	3	—	1	2	1	2	2	1[2]	32
III	A	5	6	6	4		2	1	2	1	1	2	—	1	2	1[2]	A 34
	B					5											B 33
II	A	5	6	6	4		2	1	2	3	1	2	—	1[2]	2	—	A 35
	B					5											B 34
I	A	5	6	6	4		2	1	—	4	1	2	—	1[2]	2	—	A 34
	B					5											B 33
Totaux		34	40	18	20	15	12	6	13	8	7	12	4	9	12	4	

[1] Leçons de choses. — [2] Leçons facultatives.

Gymnase classique cantonal.

Répartition des heures d'enseignement.

Section A: Latin-grec. — Section B: Latin-langues modernes (maturité fédérale).
Section C: Latin-mathématiques spéciales.

Classes	Sections	Français	Latin	Grec	Histoire	Histoire de la culture grecque	Philosophie	Allemand	Anglais	Mathématiques	Mathématiques spéciales	Dessin techn.	Physique	Chimie	Sciences natur.	Cosmographie	Hébreu	Hist. du christ. et élém. de l'hist. comp. des relig.	Totaux
IIme	A	5	6	5	3	—	1	3	—	3	—	—	1	2	2	—	2[2]	1[2]	34
	B	5	6	—	3	2	1	3	4	3	—	—	1	2	2	—	—	1[2]	33
	C	5	6	—	3	2[2]	1	3	—	3	3	2	1	2	2	—	—	1[2]	34
Ire	A	5	6	5	3	—	2	3	—	3	—	—	2	—	2	1	1½[2]	1[2]	34½[1]
	B	5	6	—	3	2	2	3	3	3	—	—	2	—	2	1	—	1[2]	33
	C	5	6	—	3	2[2]	2	3	—	3	3	2	2	—	2	1	—	1[2]	35

[1] 2 heures d'hébreu dans un semestre, 1 dans l'autre. — [2] Leçons facultatives.

Collège scientifique cantonal.

Répartition des heures d'enseignement.

Classes	Français	Allemand	Anglais ou ital.	Histoire et instruction civique	Arithmétique et comptabilité	Algèbre	Géométrie. Dessin technique et travaux man.	Géogr. Cosmogr.	Sciences natur.	Phys. et mécan.	Chimie	Dess. et notions de l'hist. de l'art	Ecriture	Chant	Gymnastique	Enseignement relig. et morale	Totaux
IV	6	5	—	2	5	—	3	3	—	—	—	2	2	2	2	1[1]	33
III	6	5	3	2	4		3	2	2	—	—	2	1	2	2	1[1]	35
II	5	4	3	2	4		6	2	2	2	—	2	—	—	2	1[1]	35
I	5	3	2	2	4		7	1	2	2	2	2	—	—	2	—	34
Totaux	22	17	8	8	17		19	8	6	4	2	8	3	4	8	3	

[1] Leçons facultatives.

Gymnase scientifique cantonal.

I. Répartition des heures d'enseignement obligatoires.

Section A: Mathématiques spéciales. — Section B: Sciences-langues modernes.

Classes	Sections	Français	Allemand	Anglais	Italien	Histoire	Philosophie	Algèbre. Géom.	Trigonométrie Géom. analyt. Topogr. Astron.	Géom. descript.	Dessin techn.	Sciences natur.	Phys. Mécan.	Chim. Minéral.	Laboratoire	Dessin artist. Histoire de l'art.	Totaux
II	A	4	3	2[1]	2[1]	2	—	5	3	2	2	2	3	2	2	2	A 34
	B			2	2												B 34
I	A	4	4	2[1]	2[1]	2[2]	2[3]	4	3	2	2	2	3	2	2	2	A 34
	B			3	5			3	2	—	—						B 34
3me semestre de Ire classe	A	4	4	2[1]	2[1]	—	2	4	4	2	2	2	4	4	2[4]	—	A 34
	B			3	5			4	2	—	—						B 34

[1] Dans les sections A, le choix est laissé aux élèves entre l'anglais ou l'italien. — [2] 1 trimestre. — [3] 2 trimestres. — [4] Facultatif.

Gymnase scientifique cantonal.

II. Répartition des heures d'enseignement facultatives.[1]

Droit usuel	Economie politique	Géophysique	Modelage	Travaux manuels
1	1	1	2	3

[1] Le programme annuel fixe la répartition de ces heures dans les classes du gymnase.

Ecoles supérieures de jeunes filles.

Répartition des heures d'enseignement.

Classes	Français	Allemand	Anglais	Littérat. génér.	Histoire	Géographie	Arithmétique, géom., algèbre, compt. domest.	Sciences phys. et naturelles	Econ. domest.	Hygiène	Travaux à l'aiguille et coupe	Dessin	Ecriture	Chant	Gymnastique	Enseignement religieux	Causeries éducatives	Totaux
VI	8	2	—	—	2	2	3	2	—	—	3	2	1	1	2	2[1]	—	30
V	8	4	—	—	2	2	3	1	—	—	3	2	1	1	2	1[1]	—	30
IV	8	4	—	—	2	2	3	1	—	—	3	2	1	1	2	1[1]	—	30
III	8	3	3	—	2	1	3	1	—	—	3	2	—	1	2	1[1]	—	30
II	5	3	2	2	2	1	3	3	—	—	4	2	—	1	1	—	—	29
I	5	3	2	2	2	1	3	2	1	1	2	2	—	1	1	—	1[1]	29
Totaux	42	19	7	4	12	9	18	10	1	1	18	12	3	6	10	5	1	

[1] Leçons facultatives.

---

34. 16. **Règlement pour le collège classique cantonal du canton de Vaud.** (Du 5 novembre 1909.)

Le Conseil d'Etat du canton de Vaud, vu le règlement pour le collège classique cantonal, soumis à son approbation par le département de l'Instruction publique et des Cultes, en exécution de la loi du 25 février 1908,

arrête:

Le règlement pour le collège classique cantonal est approuvé ainsi qu'il suit:

Chapitre premier. — ***Administration.***

Art. 1er. Les autorités chargées de l'administration et de la direction du collège sont: *a.* le Conseil d'Etat; — *b.* le département de l'Instruction publique; — *c.* le directeur; — *d.* la conférence des maîtres; — *e.* les maîtres de classe.

Art. 2. Dans la règle, chaque maître a sa spécialité.

Art. 3. Il y a des maîtres de classe pour les trois classes inférieures; ils enseignent le français, le latin, l'histoire et la géographie.

Ils suivent leurs élèves pendant trois années.

Art. 4. Les art. 85, 91 et 92 de la loi sur l'instruction publique secondaire et les art. 41 et 42 du règlement général fixent tout ce qui est relatif aux places vacantes.

Chapitre II. — ***Elèves.***

Art. 5. Les élèves se divisent en élèves réguliers et externes.

Section Ire. — *Elèves réguliers.* — *Admission.* — *Contributions scolaires.*

Art. 6. Les élèves des deux classes supérieures sont admis à profiter des établissements cantonaux destinés à l'instruction publique, tels que la bibliothèque cantonale (sous certaines réserves), l'école de dessin, la salle d'armes, le manège, conformément aux règlements de ces établissements. Le directeur du collège donne les déclarations nécessaires.

Art. 7. Les élèves réguliers sont ceux qui suivent tous les cours obligatoires de leur classe (Règl. gén., art. 51).

Art. 8. Sur la demande motivée des parents, les élèves peuvent être dispensés par le directeur du collège des leçons de dessin, de chant et de gymnastique.

Une déclaration médicale est exigée.

Art. 9. Pour être admis au cours de raccordement et dans la 6me classe du collège, il faut être âgé de dix ans au moins révolus au 31 décembre de

l'année courante et prouver, par un examen d'entrée, que l'on a les connaissances que fixent les programmes d'admission.

Les élèves présentent au directeur leur acte de naissance, un certificat de vaccination et un certificat scolaire.

Art. 10. L'entrée dans les autres classes est de 11 ans pour la 5me, 12 ans pour la 4me et ainsi de suite.

Art. 11. Un élève peut être admis dans une classe du collège sans avoir suivi les classes qui précèdent, pourvu qu'il remplisse les conditions d'âge imposées aux autres élèves et subisse un examen satisfaisant. Cet examen a lieu en juillet.

Dans le courant de l'année scolaire, un élève peut être admis jusqu'aux vacances du printemps.

Art. 12. Aucun élève n'est inscrit pour une durée inférieure à deux trimestres.

Art. 13. Les élèves réguliers payent une contribution annuelle de 70 francs dans les trois classes supérieures et de 60 francs dans les trois classes inférieures.

Cette somme est payable en trois termes, savoir: la moitié le 1er octobre, le quart le 1er décembre, le dernier quart le 1er mars.

Les élèves admis après la rentrée et avant le 1er novembre payent la contribution totale; ceux qui sont admis du 1er novembre au 31 janvier payent 60 francs dans les trois classes supérieures et 50 francs dans les trois classes inférieures; ceux qui sont admis du 31 janvier aux vacances du printemps payent 45 francs dans les classes supérieures et 40 francs dans les classes inférieures.

De plus, une contribution de 5 francs par élève est perçue en même temps que le premier terme de la contribution scolaire; elle sert à payer les menues dépenses annuelles, telles que encre, natation, bibliothèque, etc. Le surplus alimente le fonds des courses d'études. Le directeur présente à la conférence des maîtres les comptes indiquant l'emploi des sommes perçues.

Art. 14. Pour les élèves étrangers dont les parents ne sont pas soumis à l'impôt mobilier dans le canton, la contribution annuelle est de 100 francs.

Art. 15. La perception de la contribution scolaire se fait au collège par l'entremise du secrétaire de la direction.

Art. 16. Lorsque deux ou plusieurs frères sont élèves réguliers du collège ou d'un autre établissement secondaire cantonal, l'aîné seul paye la totalité de la contribution; les autres n'en payent que la moitié, mais en une seule fois au premier terme.

Art. 17. La contribution du terme commencé est due quel que soit le motif qui force un élève à discontinuer ses études.

Art. 18. Les enfants méritants de parents peu aisés peuvent être dispensés, en tout ou en partie, de la contribution scolaire. Cette dispense est accordée par le Conseil d'Etat sur le préavis du département.

Art. 19. La demande de dispense doit être adressée au début de l'année scolaire par les parents ou le tuteur au directeur du collège; le directeur la transmet, avec préavis, au département avec les renseignements qu'il peut fournir sur l'élève intéressé.

Art. 20. La dispense de la contribution scolaire est accordée pour l'année scolaire; elle n'est continuée qu'ensuite de nouvelles démarches.

Art. 21. L'Etat peut accorder des bourses aux élèves méritants dont les parents en feront la demande, en la justifiant par leur position de fortune.

Art. 22. L'exonération de la moitié de la contribution scolaire due par les élèves dont le ou les frères aînés fréquentent un établissement cantonal d'instruction secondaire, ne peut être accordée aux élèves étrangers que si leurs parents sont soumis à l'impôt cantonal vaudois.

Section II. — *Externes.*

Art. 23. Les élèves externes suivent les cours de leur choix, sous réserve de l'art. 25.

Art. 24. Ils ne sont admis que dans les deux classes supérieures.

Art. 25. Les élèves externes sont tenus de suivre les leçons de latin.

Art. 26. Les élèves externes payent 2 fr. 50 l'heure hebdomadaire par trimestre scolaire, pour un cours de 1 à 3 heures, et 2 francs pour un cours de plus de 3 heures.

Pour les étrangers dont les parents ne sont pas soumis à l'impôt mobilier dans le canton, ces contributions sont doublées.

Le maximum de la contribution d'un externe est de 35 francs par trimestre scolaire pour les élèves suisses et pour les élèves étrangers dont les parents sont soumis à l'impôt mobilier dans le canton, et de 70 francs pour les élèves étrangers dont les parents ne sont pas soumis à cet impôt.

Art. 27. Les élèves admis dans le courant d'un trimestre payent, pour la fin du trimestre, la contribution des externes.

Section III. — *Elèves venant des collèges communaux.*

Art. 28. Lorsque la concordance entre les classes d'un collège communal et les classes correspondantes du collège est complète, les élèves de ce collège communal, mis au bénéfice de leurs examens ou de leur promotion, ont le droit d'entrer au collège au commencement de l'année scolaire.

Art. 29. Des certificats de passage sont délivrés par les directeurs des collèges communaux aux élèves qui doivent continuer leurs études dans une des classes du collège.

Ces certificats sont visés par le département qui les transmet à la direction du collège.

Chapitre III. — **Travail. — Examens. — Promotions. — Concours.**

Art. 30. Les devoirs domestiques doivent être réduits au strict nécessaire. Ils ne devront pas dépasser 10 heures par semaine dans les trois classes inférieures et 15 heures dans les trois classes supérieures.

Les compositions, thèmes, versions et problèmes se feront la plupart en classe.

Art. 31. Les maîtres tiennent un contrôle exact et régulier des notes qu'ils assignent aux élèves; le directeur peut demander que ces notes lui soient communiquées.

Art. 32. La moyenne de ces notes est inscrite par le maître trois fois par an dans un registre spécial.

Chaque note qui figure dans ce registre est établie sur deux interrogations au moins.

Art. 33. Les travaux écrits, corrigés par les maîtres, doivent être en nombre suffisant. Le directeur peut demander, cas échéant, que ce nombre soit augmenté. Les travaux écrits lui sont communiqués.

Art. 34. La promotion est basée dans toutes les classes, sauf la 4me et la 1re, sur le travail seul de l'année.

Art. 35. Trois fois par année, un bulletin indiquant les notes de travail et de conduite des élèves, ainsi que le nombre des absences, est communiqué aux parents.

Art. 36. Un quatrième bulletin contient pour toutes les classes, sauf la 4me et la 1re, la moyenne des notes des trois bulletins trimestriels.

Art. 37. Pour la 4me et la 1re classe, le quatrième bulletin contient les notes fournies par les examens; ces notes comptent pour un quart dans la promotion.

Art. 38. Chaque trimestre, six semaines avant l'expédition du livret scolaire, les parents reçoivent un bulletin d'avertissement dit bulletin jaune, indiquant les moyennes obtenues pour les objets d'études les plus importants. Pendant l'année scolaire, les maîtres inscrivent encore des remarques sur la conduite et le travail des élèves dans un carnet spécial soumis à la signature des parents chaque semaine pour les trois classes inférieures, deux fois par trimestre pour les trois classes supérieures.

Art. 39. Il y a des répétitions dans le cours de l'année.

Art. 40. Les maîtres donnent au directeur tous les renseignements désirables sur les répétitions faites dans le cours de l'année.

Art. 41. Elles doivent être espacées et ne point être accumulées sur la dernière ou les deux dernières semaines du trimestre. Dans la règle, il ne peut y avoir plus de deux répétitions dans une semaine.

Art. 42. Les maîtres peuvent accorder aux notes assignées aux élèves pour ces répétitions une importance plus grande qu'aux notes ordinaires.

Art. 43. Les examens de la 4me et de la 1re classe ont lieu à la fin de l'année scolaire. Ils portent sur le programme des ces classes.

Art. 44. Pour la 4me classe:

a. L'examen de français comprend: une dictée, une rédaction, la lecture de quelques lignes d'un texte. En outre, des questions relatives à l'explication du texte même, à la grammaire, à l'analyse, sont posées aux élèves, conformément aux données du programme du collège.

b. L'examen de latin comprend: un thème écrit, une version écrite; explication orale: 1° d'un texte inconnu des élèves; 2° d'un texte traduit dans l'année.

c. L'examen d'allemand comprend: un travail écrit; explication orale: 1° d'un texte inconnu des élèves; 2° d'un texte traduit dans l'année.

d. L'examen d'arithmétique comprend un travail et une interrogation.

e. Les examens d'histoire, de géographie et de sciences comprennent une interrogation.

f. L'examen de chant comprend l'exécution d'un chant et des questions relatives à la théorie.

g. L'examen d'écriture comprend l'exécution d'une demi-page d'écriture.

h. L'examen de dessin comprend la représentation (croquis) d'un objet.

i. L'examen de gymnastique comprend des exercices d'ensemble et des exercices individuels.

Art. 45. Pour la 1re classe:

a. L'examen de français comprend: une dictée, une composition dont le sujet peut être tiré d'une des pièces lues dans l'année, une interrogation de rhétorique, la lecture de quelques lignes d'un texte. En outre, des questions relatives à l'explication du texte même, à la grammaire, à l'analyse, seront posées aux élèves, conformément aux données du programme du collège.

b. L'examen de latin comprend: un thème, une version, explication orale: 1° d'un texte inconnu des élèves (César, par exemple); 2° d'un texte traduit dans l'année.

c. L'examen de grec comprend: une version; explication orale: 1° d'un texte inconnu des élèves; 2° d'un texte traduit dans l'année.

d. Les examens d'allemand et d'anglais comprennent: un travail écrit; explication orale: 1° d'un texte inconnuu des élèves; 2° d'un texte traduit dans l'année.

e. L'examen de mathématiques comprend un travail écrit et une interrogation.

f. Les examens d'histoire, de géographie et de sciences comprennent une interrogation.

g. L'examen de dessin comprend la représentation (croquis) d'un plâtre.

h. L'examen de gymnastique comprend des exercices d'ensemble et des exercices individuels.

Art. 46. Les thèmes et versions se font sans l'aide d'un dictionnaire.

Art. 47. Les sujets d'épreuves écrites sont présentés par les maîtres au directeur et communiqués par lui à une commission composée de maîtres du collège.

Art. 48. Les examens sont dirigés par le directeur et appréciés par une commissions composée de trois membres, savoir le maître enseignant et deux experts, dont l'un au moins est pris, pour les examens de 1re classe, dans le corps enseignant du gymnase classique. Le directeur peut prendre part aux délibérations des commissions.

Art. 49. Les experts sont nommés par le département sur la présentation du directeur du collège.

Art. 50. L'interrogation est dirigée par la personne qui a donné l'enseignement; les membres de la commission peuvent adresser des questions et participent à la correction et à l'appréciation des travaux écrits.

Art. 51. Pour être promu, l'élève doit avoir obtenu les 0,65 de la somme des notes maximum assignables aux branches obligatoires qu'il a suivies, et, en outre, ne pas avoir de note inférieure à 5 dans plus de deux branches modifiées par un facteur (Règl. gén., art. 72).

Art. 52. Les élèves qui n'ont pas obtenu, comme moyenne de leurs trois derniers bulletins, les $^6/_{10}$ du maximum, ne sont pas admis à subir les examens.

Art. 53. La conférence discute les cas douteux; elle a toute liberté d'appréciation et considère surtout les progrès et moyens de l'élève. Elle peut accorder la promotion conditionnellement. Dans ce cas, elle peut prononcer à la fin du 1er trimestre la réintégration d'un élève jugé incapable dans la classe inférieure à celle où il a été promu.

Art. 54. La conférence des maîtres peut refuser le certificat d'études secondaires aux candidats qui, tout en atteignant les moyennes réglementaires, auraient obtenu des notes jugées tout à fait insuffisantes sur l'une quelconque des branches du programme. Les candidats sont astreints à subir des examens complémentaires après les vacances d'été. Si le résultat des examens complémentaires n'est pas suffisant, la promotion et le diplôme sont refusés.

L'élève qui redouble une classe et qui n'obtient pas au premier bulletin les 0,65 de la somme des notes maximum, n'est pas, dans la règle, autorisé à continuer à fréquenter le collège.

Art. 55. L'externe ne peut suivre dans une classe que les cours pour lesquels il a obtenu dans la classe inférieure la moyenne 0,65 pour l'année.

Art. 56. L'élève de la 4me et de la 1re classe, qu'une maladie dûment constatée a empêché d'assister aux examens de juillet, les subit à la rentrée de septembre. Une déclaration médicale est exigée.

Art. 57. Des cours de répétition à effectif très réduit peuvent être institués pour les élèves faibles de la 4e classe.

Art. 58. Dans toutes les classes, sauf la 4me et la 1re, l'élève qu'une maladie empêche d'assister aux leçons pendant tout ou partie du troisième trimestre, peut être promu sur le vu des notes de l'année dans la classe supérieure. La conférence juge de chaque cas. Si la promotion n'est pas accordée, l'élève est admis, pour l'obtenir, à subir un examen à la rentrée des classes.

Art. 59. La promotion des élèves est proclamée par le directeur.

Art. 60. Les élèves qui ont une moyenne élevée peuvent, pour les enseignements qui disposent de 4 heures par semaine au moins, être dispensés de quelques leçons.

Art. 61. Des sujets de concours sont proposés aux élèves des trois classes supérieures. Les prix maximum sont, suivant les classes, de 20, 25 et 30 francs.

Chapitre IV. — ***Année scolaire. — Leçons. — Vacances.***

Art. 62. L'année scolaire commence dans la règle le premier lundi de septembre, à 2 heures de l'après-midi.

Art 63. La durée de chaque leçon est dans la règle de 50 minutes.

Un repos de 10 minutes, pendant lequel les maîtres surveillent les élèves aux étages et sur le préau, sépare les leçons consécutives.

Art. 64. Avant le commencement de l'année scolaire, le directeur soumet au département un projet de tableau de leçons.

Art. 65. Il n'y a pas de leçons le mercredi et le samedi après midi.

Art. 66. Le département fixe la répartition des vacances au commencement de l'année civile.

Chapitre V. — ***Attributions du directeur, de la conférence et des maîtres.***

Section Ire. — *Directeur.*

Art. 67. Le directeur use envers les maîtres de tous les ménagements propres à conserver la bonne harmonie et à maintenir le respect que leur doivent les élèves.

Il s'abstient soigneusement de leur adresser des observations en présence des élèves.

Art. 68. Le directeur est chargé des objets prévus par l'article 29 du règlement général. Il veille en outre à la conservation des archives.

Art. 69. Le directeur a un secrétaire, que le Conseil d'Etat nomme et dont il fixe le traitement.

Art. 70. Le directeur ne peut interrompre ses fonctions pendant plus de six jours, sans en avertir le département. S'il est forcé de les interrompre pendant plus de six jours, il est tenu de se faire remplacer soit par un membre du corps enseignant, soit par une autre personne agréée par le département. Si l'absence est due à la maladie ou à toute autre cause indépendante de la volonté du directeur, le paiement du remplaçant est à la charge de l'Etat. Dans les autres cas, il est à la charge du titulaire.

Section II. — *Conférence.*

Art. 71. Le directeur et les maîtres réunis forment la conférence du collège classique.

Art. 72. Les maîtres doivent assister aux séances de la conférence.

Art. 73. Le programme annuel des cours est établi par la conférence des maîtres du collège; il est soumis à l'approbation du département.

Art. 74. Une commission, nommée tous les deux ans par la conférence des maîtres, étudie les questions qui sont soumises à la conférence et tire des revues ou livres que reçoit le collège ce qui mérite d'être signalé et discuté. Le directeur fait partie de cette commission.

Art. 75. Le maître nommé en dernier lieu remplit les fonctions de secrétaire de la conférence des maîtres.

Section III. — *Maîtres.*

Art. 76. Aucun pensum ou travail extraordinaire ne doit être imposé aux élèves à titre de punition. Toutefois, les devoirs à refaire pour mauvaise écriture ou négligence ne sont pas considérés comme pensums.

Des devoirs supplémentaires peuvent être imposés aux élèves frappés de la peine de la retenue ou de l'exclusion temporaire.

Art. 77. Les maîtres reçoivent au collège une fois par semaine, aux heures fixées par le tableau de leçons.

Art. 78. Le maître cherchera à obtenir des élèves obéissance et respect par tous les moyens qui sont en son pouvoir, avant de recourir à l'autorité du directeur.

Chapitre VI. — **Discipline.** — **Fête des études.**

Art. 79. Les élèves sont tenus de fréquenter régulièrement et durant toute l'année les leçons de leur classe.

Art. 80. Les maîtres contrôlent exactement les absences sur un formulaire remis chaque jour au directeur.

Art. 81. Toute absence doit être justifiée par une excuse écrite adressée à temps au directeur, qui apprécie le motif invoqué.

Les demandes de congé doivent être adressées d'avance au directeur.

Art. 82. Si l'absence se prolonge au-delà de deux jours, le directeur est immédiatement avisé.

Art. 83. Immédiatement avant ou après les vacances, il n'est accordé de congé que dans des cas exceptionnels. Tout départ anticipé et toute rentrée tardive sont sévèrement punis.

Art. 84. Les parents ou leurs représentants sont tenus de donner connaissance au directeur de tout cas de maladie contagieuse survenue dans la maison qu'ils habitent.

Art. 85. La peine des arrêts sera infligée à tout élève qui fera une absence non excusée ou sans motif valable; s'il y a récidive, la peine de l'exclusion temporaire et même définitive peut être prononcée.

Art. 86. Il est défendu aux élèves de fréquenter les établissements publics, à moins qu'ils ne soient accompagnés de leurs parents, tuteurs ou maîtres de pension.

Art. 87. Les élèves réguliers ou externes du collège sont tenus de porter la casquette d'uniforme. Pendant l'été ils peuvent être autorisés à porter un chapeau de paille avec marque distinctive.

Art. 88. Les punitions que peuvent encourir les élèves sont: 1° de mauvaises notes; — 2° une place à part; — 3° des arrêts au collège: ils sont infligés aux élèves paresseux ou indisciplinés; ils sont sous la surveillance d'un maître; — 4° l'expulsion d'une leçon; — 5° la dénonciation au directeur, qui adresse à l'élève une censure en particulier ou devant ses camarades; — 6° un avis donné aux parents; — 7° la comparution devant la conférence; — 8° l'expulsion temporaire ou suspension avec arrêts domestiques; — 9° l'expulsion définitive du collège.

Art. 89. Chaque classe a trois moniteurs; deux sont nommés par la classe et un par la conférence des maîtres au commencement de chaque trimestre.

Art. 90. Les autres points de discipline seront l'objet d'une réglementation ultérieure, qui sera soumise à l'approbation du département.

Art. 91. Les élèves des trois classes inférieures qui n'ont pas su leurs devoirs sont tenus de les rapprendre pour la leçon suivante; sinon, les arrêts peuvent leur être infligés. Il y a pour chacune de ces classes un registre des devoirs arriérés.

Art. 92. L'expulsion d'une leçon est prononcée par le maître, qui en donne connaissance au directeur immédiatement après la leçon. Les maîtres doivent recourir à cette punition le plus rarement possible.

Art. 93. Les élèves du collège ont chaque année, avec ceux du collège scientifique, une fête des études dont l'époque et la nature sont déterminées par le département.

Art. 94. Le collège a une caisse d'épargne et une mutualité scolaire de retraite.

Chapitre VII. — **Concierge.**

Art. 95. Le collège a un concierge nommé par le Conseil d'Etat.

Il est sous les ordres immédiats du directeur.

Art. 96. Le concierge éclaire et chauffe les salles du collège, le cabinet du directeur et la salle des maîtres; il y maintient la propreté ainsi que dans les corridors et les dépendances de l'établissement.

Art. 97. Il sonne le timbre aux heures qui lui sont fixées.

Art. 98. Le concierge surveille les élèves dans leurs moments de récréation; il les empêche de se livrer à des jeux et à des exercices dangereux.

Art. 99. Il veille à l'exécution du règlement spécial de discipline du collège et signale au directeur les élèves qui contreviennent à ce règlement.

Art. 100. Il lui signale aussi les dégâts faits au bâtiment du collège et au mobilier.

Art. 101. Il veille à la conservation de tous les objets qui appartiennent à l'établissement. Il en est responsable lorsque le collège est fermé.

Art. 102. Pour tout ce qui concerne le collège, le concierge remplit les fonctions d'huissier du directeur et de la conférence.

Art. 103. Le concierge est tenu d'exercer lui-même ses fonctions ou de les faire remplir par un remplaçant temporaire agréé par le directeur.

Art. 104. Le présent règlement sera exécutoire dès le 1er décembre 1909.

---

35. 17. **Règlement pour les écoles normales du canton de Vaud.** (Du 16 juillet 1909.)

Art. 1er. Les écoles normales préparent les élèves qui se destinent à l'enseignement dans les écoles primaires du canton de Vaud. (Loi, art. 62.)

Art. 2. Les écoles normales comprennent : 1° une école normale d'instituteurs; — 2° une école normale d'institutrices, composée de trois sections : *a.* une section pour les institutrices primaires; *b.* une section pour les maîtresses d'écoles enfantines; *c.* une section pour les maîtresses de travaux à l'aiguille; — 3° une école d'application. (Loi, art. 63.)

Art. 3. Les objets d'études des écoles normales sont ceux fixés par le règlement général (art. 11), savoir :

A. *Ecole normale des instituteurs :*

1° La pédagogie; — 2° la langue et la littérature françaises; — 3° l'arithmétique et la comptabilité; — 4° les éléments d'algèbre et de géométrie avec exercices pratiques d'arpentage; — 5° la géographie; — 6° la cosmographie; — 7° l'histoire; — 8° l'instruction civique; — 9° la langue allemande; — 10° la physique générale; — 11° les éléments de la chimie et des sciences naturelles; — 12° l'hygiène; — 13° la calligraphie; — 14° la musique vocale et la musique instrumentale; — 15° le dessin; — 16° les travaux manuels; — 17° les notions élémentaires d'agriculture; — 18° la gymnastique.

B. *Ecole normale des institutrices:*

1° La pédagogie; — 2° la langue et la littérature françaises; — 3° l'arithmétique et la comptabilité; — 4° les éléments de la géométrie; — 5° la géographie; — 6° la cosmographie; — 7° l'histoire; — 8° l'instruction civique; — 9° la langue allemande; — 10° les éléments des sciences physiques et naturelles; — 11° l'hygiène; — 12° la calligraphie; — 13° la musique vocale et la musique instrumentale; — 14° le dessin; — 15° les travaux à l'aiguille; — 16° l'économie domestique; — 17° la gymnastique.

L'enseignement de la langue allemande et celui de la musique instrumentale sont facultatifs.

Art. 4. Il est en outre donné, aux écoles normales, un enseignement religieux facultatif conforme aux principes du christianisme. (Règlement général, art. 12.)

Art. 5. Un programme spécial fixe les matières d'enseignement pour chacun des objets d'études, ainsi que le nombre d'heures à y consacrer par semaine.

Chapitre II. — **Conférence.**

Art. 6. Le directeur, les maîtres et les maîtresses réunis forment la conférence des écoles normales. Le directeur préside la conférence. Il la réunit chaque

fois qu'il le juge nécessaire et au moins quatre fois par an. Il est tenu de la convoquer dans la quinzaine, sur la demande motivée d'un ou de plusieurs membres du personnel enseignant. Les maîtres et les maîtresses sont tenus d'assister aux séances de la conférence.

Art. 7. Les attributions de la conférence sont les suivantes :

a. elle étudie les questions qui intéressent l'établissement, les programmes, les méthodes, les manuels, les courses scolaires, etc. ;

b. elle fixe, pour chaque bulletin, le chiffre de conduite des élèves ;

c. elle décide de la promotion des élèves, sauf recours au département ;

d. elle examine les questions de discipline qui lui sont soumises par le directeur.

Art. 8. Les questions à l'étude peuvent être renvoyées à des commissions désignées par la conférence ou par le directeur. Ce dernier en fait partie de droit.

Art. 9. Au commencement de chaque année, la conférence désigne parmi ses membres son vice-président et son secrétaire. Ce dernier tient le procès-verbal des séances.

Chapitre III. — Directeur.

Art. 10. Les écoles normales ont à leur tête un directeur chargé de l'administration générale et de la surveillance de l'enseignement.

Art. 11. Le directeur surveille la marche des études, la distribution et l'emploi du temps. Il visite chaque classe le plus souvent possible. Il s'assure que le règlement est observé par les maîtres et les maîtresses et par les élèves. Il intervient dans les questions de discipline toutes les fois que cela est nécessaire. (Règlement général, art. 27.)

Art. 12. Tout en cherchant à donner à l'enseignement l'unité désirable, soit dans les méthodes, soit dans les moyens de discipline, le directeur laisse au personnel enseignant toute la latitude compatible avec le bien de l'établissement. (Règlement général, art. 28.)

Art. 13. Le directeur est chargé :

a. de l'inscription dans un registre matricule des noms des élèves ;

b. de l'inscription des élèves par classe, dans un registre servant à constater les absences et les congés ;

c. de l'inscription dans un registre spécial des absences des maîtres, avec les motifs donnés ;

d. de l'inscription dans un registre spécial des notes des élèves pour le travail et la conduite et de l'expédition des bulletins aux parents ;

e. de l'organisation et de la direction des courses scolaires, avec l'aide du personnel enseignant de l'établissement ;

f. de la surveillance du matériel et des locaux ;

g. de la rédaction du rapport annuel prévu à l'art. 84 du règlement général ;

h. de l'établissement des tableaux de leçons et d'examens ;

i. de l'acquisition du matériel d'enseignement ;

j. des propositions à faire en vue de la fixation des bourses d'études et de la distribution de celles-ci.

Art. 14. Le directeur a un secrétaire que le Conseil d'Etat nomme et dont il fixe le traitement.

Chapitre IV. — Corps enseignant.

Art. 15. Les maîtres et les maîtresses concourent avec le directeur à la bonne marche de l'établissement.

Art. 16. Ils inscrivent les notes de conduite et de travail des élèves et contrôlent exactement les absences inscrites par le surveillant.

Art. 17. La maîtresse surveillante est chargée de la surveillance des trois sections de l'école normale des jeunes filles. Elle seconde le directeur et le

remplace dans cette division de l'école pour tout ce qui concerne l'ordre, la discipline, l'administration, etc.

Elle assiste autant que possible aux diverses leçons qui se donnent dans sa division.

Elle communique immédiatement au directeur tout ce qui mérite d'être signalé dans la conduite des élèves et en général tout ce qui intéresse l'établissement.

Art. 18. Sauf cas de force majeure, un maître ou une maîtresse ne peut manquer une leçon sans en avoir préalablement obtenu l'autorisation du directeur. Les absences des maîtres et des maîtresses sont inscrites dans un registre spécial. Ce registre est soumis chaque année au département et visé par lui.

Art. 19. Le directeur peut accorder à un maître ou à une maîtresse un congé de trois jours au maximum. Pour un congé de plus longue durée, le département statue sur le préavis du directeur.

Chapitre V. — A. Admissions.

Art. 20. L'âge minimum d'admission dans la classe inférieure de l'école normale d'instituteurs est de 16 ans révolus au 31 décembre, et d'un an de plus pour chacune des classes suivantes.

Le département de l'Instruction publique peut accorder des dispenses d'âge aux élèves ayant terminé leur instruction primaire dans les communes qui libèrent de l'école à 15 ans. (Loi, art. 66.)

Art. 21. L'âge d'admission dans la classe inférieure de l'école normale d'institutrices est de 16 ans au moins révolus au 31 décembre et d'un an de plus pour chacune des classes suivantes. (Loi. art. 68.)

Art. 22. L'admission des élèves a lieu une fois par an, au printemps. Le jour des examens est annoncé au moins un mois à l'avance dans la *Feuille des Avis officiels*.

Art. 23. Les candidats doivent s'annoncer au directeur au moins dix jours avant la date des examens et joindre à leur demande d'inscription :

a. un acte de naissance ; les étrangers au canton y joindront leur acte d'origine ;

b. un certificat de vaccination ;

c. un témoignage de bonnes mœurs délivré par la municipalité du domicile ;

d. une déclaration signée par eux portant l'engagement de desservir, pendant trois ans au moins, une école publique dans le canton, depuis l'obtention du brevet de capacité.

Art. 24. Une commission, présidée par le directeur et composée du corps enseignant, auquel le département peut adjoindre des experts pris en dehors de l'école, procède aux examens d'admission. Ces examens portent sur la langue française, l'arithmétique, la géographie, l'histoire et le chant. L'épreuve de chant est éliminatoire.

Le plan d'études des écoles primaires du canton de Vaud sert de base à ces divers examens.

Art. 25. Les candidats sont en outre soumis à un examen médical devant une commission sanitaire nommée par le département de l'Instruction publique. Cette commission, qui procède suivant un règlement adopté par le Conseil d'Etat, est composée de deux médecins et du directeur des écoles normales ; la maîtresse surveillante assiste à l'examen médical des jeunes filles avec voix consultative.

Art. 26. Sur le préavis de la direction, le département de l'Instruction publique statue sur l'admission des élèves.

Art. 27. Les élèves des collèges classiques et scientifiques en possession d'un certificat d'études secondaires peuvent, sous réserve de l'épreuve de chant et de l'examen sanitaire (art. 24 et 25), entrer de droit dans la quatrième classe de l'école normale des instituteurs.

Art. 28. Les candidats qui, au cours de l'année, demandent à entrer directement dans une classe supérieure peuvent, si la place le permet, être admis à titre d'élèves externes, tout à fait exceptionnellement, pendant un trimestre ; au bout de ce temps, ils deviennent élèves réguliers si leurs notes sont suffisantes. Ils sont du reste soumis aux formalités indiquées à l'art. 25.

Art. 29. Si les circonstances le permettent, des auditeurs peuvent être admis moyennant paiement d'une contribution scolaire de fr. 5.— et, si le séjour à l'école se prolonge, d'une contribution à fixer dans chaque cas particulier.

B. Bourses.

Art. 30. Des bourses et des subsides peuvent être accordés par l'Etat aux élèves méritants qui en font la demande, lorsque la position de fortune des parents justifie cette mesure.

Art. 31. Les candidats qui désirent, en cas d'admission, être mis au bénéfice des bourses accordées par l'Etat doivent en faire la demande par écrit dans leur lettre d'admission.

La bourse d'études est fixée au commencement de chaque année scolaire.

Le remboursement partiel ou intégral de la moitié des subsides reçus est exigé des élèves qui ne rempliraient pas l'engagement prévu à l'art. 23. Il pourra ne pas être exigé des élèves qui quittent l'école pour une cause indépendante de leur volonté.

Art. 32. Les élèves externes ne sont pas mis au bénéfice des bourses d'études.

C. Discipline.

Art. 33. Les élèves sont tenus de fréquenter régulièrement les leçons.

Art. 34. Les demandes de congé doivent être adressées d'avance au directeur ou à la maîtresse surveillante.

Art. 35. Si l'absence est causée par la maladie, l'élève présentera une excuse à son retour en classe. Si la maladie se prolonge au-delà de trois jours, le directeur doit en être avisé par une lettre des parents ou des maîtres de pension, ou par une déclaration médicale. Les parents ou leurs représentants doivent, en particulier, se conformer à l'arrêté du Conseil d'Etat, du 6 mars 1908, concernant l'hygiène dans les écoles publiques et dans les écoles privées.

Art. 36. Toute absence non justifiée ainsi que des arrivées tardives répétées entraînent la diminution de la note de conduite et, cas échéant, de la bourse accordée par l'Etat. Les absences répétées et sans motifs valables entraînent le renvoi de l'établissement.

Le directeur peut accorder un congé d'une semaine au plus. Pour un congé plus long le département prononce.

Art. 37. Les élèves doivent se présenter à l'école dans une tenue convenable et se conduire décemment tant à l'intérieur du bâtiment qu'au dehors.

Art. 38. Il leur est interdit de constituer entre eux des sociétés, ainsi que de faire partie de sociétés étrangères à l'école, sans l'autorisation du département.

Art. 39. Il peut être infligé aux élèves les punitions suivantes :

1° une réprimande ;
2° une mauvaise note dont il est tenu compte dans la fixation de la note de conduite ;
3° une diminution de la bourse d'études accordée par l'Etat ;
4° l'exclusion des leçons pendant huit jours, cette pénalité étant infligée par le directeur ;
5° la suspension des cours pendant trois mois, prononcée par la conférence des maîtres ;
6° la suspension des cours pendant une durée plus longue et l'exclusion définitive prononcées par le département de l'Instruction publique.

Art. 40. Un règlement de discipline intérieure renferme les dispositions relatives à l'ordre et à la propreté dans le bâtiment et ses abords.

D. Travail et promotion.

Art. 41. L'année scolaire commence en avril. La répartition des vacances est fixée par le département, sur proposition de la direction.

Art. 42. Le travail des élèves est apprécié par les maîtres et les maîtresses sous le contrôle du directeur.

Art. 43. Le maître inscrit dans un carnet spécial toutes les notes qu'il donne aux élèves ; le directeur peut demander que ce carnet lui soit communiqué.

Art. 44. La moyenne de ces notes est inscrite trois fois par an dans un registre spécial. Chacune des notes qui figure dans ce registre est établie sur une moyenne de deux notes au moins.

Art. 45. Trois fois par an, il est adressé aux parents un bulletin indiquant les notes de travail et de conduite des élèves, ainsi que le nombre des absences. Le dernier bulletin donne le résumé du travail de l'année, soit la note moyenne générale, ainsi que celle des branches essentielles.

Art. 46. La note de conduite entre en ligne de compte dans le calcul de la moyenne annuelle.

Art. 47. La promotion est déterminée par le travail de l'année seul, pour lequel l'élève doit obtenir au moins 7 comme note moyenne de toutes les branches ; ce minimum est aussi exigé pour la pédagogie, le français, l'arithmétique.

Art. 48. Il y a tous les trois mois au moins une revision générale des matières enseignées durant cette période.

Pour chaque bulletin et pour chaque branche comportant un enseignement oral, les élèves ont à faire en classe au moins un travail écrit sur une ou plusieurs des questions traitées durant la même période.

Ces travaux sont corrigés par le maître, ils portent en chiffre son appréciation et sont remis à la direction.

Ces travaux se feront lorsque le maître sera arrivé à la fin d'un chapitre important ou d'une série de chapitres connexes.

E. Concours.

Art. 49. Dans le but d'encourager les élèves de l'école normale des instituteurs à des travaux individuels se rattachant aux études qui leur sont imposées, il leur est proposé chaque année un certain nombre de sujets à traiter, choisis parmi les différentes branches d'enseignement, sans cependant faire partie intégrante des cours ordinaires.

Art. 50. Les sujets sont divisés en deux séries :

a. ceux qui sont proposés aux élèves des deux premières classes (1re et 2e classes) ;

b. ceux qui sont offerts aux élèves des deux dernières classes (3e et 4e classes).

Art. 51. La série à laquelle se rattache un élève est fixée par la classe à laquelle il appartient lorsque les sujets sont proposés.

Toutefois, les élèves de deuxième série pourront, moyennant autorisation de la direction, traiter des sujets de première série et obtenir les prix et accessits qui y sont affectés.

Art. 52. Il y a des concours écrits et des concours oraux.

S'il s'agit d'un concours écrit, l'auteur devra indiquer les sources consultées et subir un examen oral sur le sujet du concours.

Art. 53. Les travaux devront être remis au directeur le 1er octobre au plus tard.

Art. 54. Chaque travail sera examiné par une commission de trois membres, composée de deux maîtres de l'école et d'un expert étranger à l'établissement, désigné par le département ; cette commission est présidée par le maître enseignant la branche à laquelle se rapporte le concours.

Art. 55. Après avoir pris connaissance des pièces écrites, chaque commission convoque les candidats, pour leur faire subir un examen et leur demander les explications nécessaires.

Art. 56. Séance tenante, la commission décide, dans les limites fixées à l'article 60, la récompense proposée pour chaque candidat.

Art. 57. Le président de chaque commission transmet au directeur, dans la huitaine, un rapport écrit et signé de chacun de ses membres.

Art. 58. Les rapports des commissions sont ensuite transmis au département de l'Instruction publique.

Art. 59. Après le prononcé du département, le directeur, dans une séance spéciale, à laquelle sont convoqués tous les élèves et les membres du corps enseignant, donne connaissance des décisions du département.

Art. 60. Les récompenses accordées aux candidats consistent soit en prix, soit en accessits.

Pour la 1re série, les prix seront fixés dans les limites de 35 à 50 fr. et les accessits dans les limites de 20 à 35 fr.

Pour la 2e série, les prix seront fixés dans les limites de 25 à 40 fr. et les accessits dans les limites de 10 à 25 fr.

F. Brevet pour l'enseignement primaire.

Art. 61. Au printemps et en automne de chaque année, un jury désigné par le département de l'Instructien publique examine les aspirants au brevet de capacité.

Toutefois ne peuvent se présenter aux examens d'automne que les aspirants appelés à subir des examens complémentaires.

Art. 62. Le directeur fait partie de droit du jury, qu'il préside en l'absence du chef du département. Les maîtres et maîtresses des écoles normales sont adjoints au jury avec voix délibérative, chacun pour les examens qui le concernent. Le secrétaire de la direction fonctionne comme secrétaire du jury d'examen.

Art. 63. Le département de l'Instruction publique fixe la date des examens d'après les propositions du directeur des écoles normales. Cette date est annoncée par la *Feuille des Avis officiels*, au moins un mois à l'avance.

Art. 64. Chaque maître remet à l'avance à la direction un certain nombre de propositions en vue des examens écrits. Le jury reste libre d'ailleurs de choisir d'autres sujets dans les limites du programme.

Art. 65. Les aspirants non élèves des écoles normales doivent s'annoncer par écrit au département de l'Instruction publique au moins dix jours à l'avance et joindre à leur demande les pièces exigées pour l'admission aux écoles normales (Art. 23), ainsi que des certificats relatifs à leurs études antérieures.

Art. 66. L'âge requis pour être admis aux examens est de 20 ans révolus au 31 décembre pour les aspirants à l'examen final et de 19 ans pour les aspirants à l'examen préliminaire.

Il est d'un an de moins pour les aspirantes.

Art. 67. L'examen des aspirants et des aspirantes au brevet de capacité comprend deux séries distinctes : un examen préliminaire qui a lieu à la fin de la 3e (2e) année d'études et un examen final (aptitude pédagogique) placé à la fin de la dernière année d'études.

Art. 68. Ne sont pas admis à l'examen préliminaire :

1° Les élèves réguliers qui n'ont pas obtenu les moyennes de promotion prévues à l'art. 47 ;

2° les candidats qui ne justifieraient pas d'études équivalentes à celles des élèves réguliers de l'école.

Art. 69. Ne sont pas admis à l'examen final :

1° Les candidats qui, durant trois ans, n'ont pas échangé le brevet provisoire contre le brevet définitif;
2° les candidats sur lesquels le département recevrait des renseignements défavorables sous le rapport de la moralité.

Art. 70. Les aspirants et aspirantes au brevet sont soumis à l'examen médical prévu à l'art. 25 du présent règlement.

Art. 71. La note moyenne de l'année détermine la promotion et l'admission à l'examen préliminaire. Cette moyenne doit être de 7 pour l'ensemble des branches et de 7 pour la pédagogie, le français, l'arithmétique.

Art. 72. L'examen préliminaire porte sur les branches suivantes, dont la répartition pourra, cas échéant, être modifiée, avec l'autorisation du département: langue française; grammaire et analyse, orthographie; — mathématiques: arithmétique, géométrie et comptabilité; — géographie: Suisse et continents: — sciences physiques et naturelles; — histoire: (aspirants) histoire universelle et histoire de la Suisse jusqu'à la Révolution française; (aspirantes) histoire universelle; — langue allemande: matière prévue dans les trois premières années du programme; — calligraphie; — histoire biblique.

Art. 73. Les élèves qui ne passent pas avec succès l'examen préliminaire ne sont pas promus en 1re classe.

Toutefois, si le candidat n'a échoué que sur une seule branche, il est admis en dernière année d'études, mais il devra passer avec succès un examen sur la branche échouée à la session d'automne.

Art. 74. L'examen final (aptitude pédagogique) embrasse essentiellement les matières de la dernière année d'études et porte sur les branches suivantes: pédagogie théorique et pratique; — langue française: lecture, récitation, littérature, composition; — langue allemande; — mathématiques: algèbre et géométrie appliquée; — géographie physique; — cosmographie; — sciences naturelles appliquées à l'agriculture, à l'horticulture et à l'hygiène; économie domestique; — histoire contemporaine (aspirants); — histoire de la Suisse (aspirantes); — instruction civique; — chant et musique instrumentale; — dessin, travaux manuels et travaux à l'aiguille; — gymnastique.

Art. 75. Il y a des épreuves écrites et des épreuves orales.

Les épreuves écrites portent sur la pédagogie théorique, l'orthographe, la composition, l'arithmétique, l'algèbre, la comptabilité, la langue allemande, l'écriture et le dessin.

Les épreuves orales portent sur la pédagogie pratique, la grammaire et l'analyse, la lecture et la récitation, la littérature, la langue allemande, l'arithmétique et l'algèbre, la géométrie, la géographie, la cosmographie, l'histoire, l'instruction civique, les sciences physiques et naturelles, l'hygiène, l'économie domestique, le chant, l'histoire biblique.

Il y a, en outre, un examen de travaux manuels, de travaux à l'aiguille, de musique instrumentale et de gymnastique et une exposition de tous les dessins et travaux manuels exécutés au cours des études.

Art. 76. Les examens oraux seuls sont publics. Les examens écrits sont surveillés par les maîtres et les membres du jury.

Dans les examens oraux, la présence de deux experts au moins, outre le maître enseignant, est nécessaire. Les experts peuvent adresser des questions.

Art. 77. Le jury apprécie les résultats de l'examen séance tenante. L'échelle d'appréciation, qui est la même pour toutes les branches, va de 0 (qui signifie très mal) à 10 (qui signifie très bien).

Art. 78. Pour l'obtention du brevet, la note 7 est exigée pour la pédagogie, la langue française, les mathématiques et la pratique des travaux à l'aiguille, et la note 6 pour les autres branches.

Art. 79. L'aspirant qui n'obtient pas le brevet de capacité reçoit un brevet provisoire, lorsque ses examens sont appréciés, pour les trois quarts au moins

des branches, par le chiffre 6 et que la totalité des notes atteint les six dixièmes du maximum.

Art. 80. Le porteur du brevet provisoire demeure, pendant trois ans, au bénéfice de ceux de ses examens pour lesquels il a obtenu la note suffisante. Toutefois, il ne peut se présenter à nouveau plus de trois fois pour la même branche.

Chapitre VI. — *Section des maîtresses d'écoles enfantines et section des maîtresses de travaux à l'aiguille.*

Art. 81. Des cours spéciaux sont donnés en vue de préparer à la carrière pédagogique les jeunes filles qui désirent se vouer : 1° à la direction des écoles enfantines ; — 2° à l'enseignement des travaux à l'aiguille.

Art. 82. Ces cours forment une section de l'école normale ; ils sont placés sous la surveillance du directeur de cet établissement.

Art. 83. La section des maîtresses d'écoles enfantines et celle des maîtresses de travaux à l'aiguille comprennent une classe chacune. La durée des études y est d'une année.

Art. 84. Les cours sont organisés de façon à ce que les jeunes filles qui les suivent puissent se préparer simultanément, si elles le désirent, à l'obtention des deux brevets spéciaux mentionnés à l'art. 39, lettres *c* et *d*, de la loi sur l'instruction publique primaire.

Art. 85. Sont admises dans ces deux sections, les jeunes filles âgées de 17 ans révolus au 31 décembre, qui prouvent par un examen qu'elles possèdent une bonne instruction primaire.

L'examen d'admission porte sur les branches suivantes :

Orthographe, composition, lecture, grammaire, arithmétique, connaissances générales en histoire et géographie. Les jeunes filles qui désirent se vouer à la direction des écoles enfantines, devront en outre subir un examen de chant, qui est éliminatoire, et celles qui désirent suivre les cours de travaux à l'aiguille un examen de couture. Les candidates sont astreintes à l'examen médical prévu par l'art. 25 du présent règlement.

Art. 86. En vue de faciliter les études aux élèves peu fortunées, des bourses peuvent être accordées par l'Etat dans les mêmes conditions qu'aux autres élèves de l'école normale.

Art. 87. Les dispositions du présent règlement relatives à la discipline, à l'envoi des bulletins et à la conférence des maîtres sont applicables également à ces deux sections de l'école.

Art. 83. L'année scolaire commence en avril.

Un avis concernant l'admission paraîtra, au moins un mois à l'avance, dans la *Feuille des Avis officiels.*

Art. 89. Les candidats doivent s'annoncer par écrit au directeur dans le délai fixé et joindre à leur demande :

a. un acte de naissance et, pour les personnes étrangères au canton, un acte d'origine ;

b. un témoignage de bonnes mœurs délivré par la municipalité du domicile ;

c. un certificat de vaccination ;

d. une déclaration portant l'engagement de desservir, pendant trois ans au moins, une classe de travaux à l'aiguille ou une école enfantine dans le canton, après l'obtention de leur diplôme.

Art. 90. Le jury chargé d'apprécier les examens des maîtresses de travaux à l'aiguille et des maîtresses d'écoles enfantines se compose d'experts désignés par le département et du directeur des écoles normales.

Dispositions spéciales à la section des maîtresses d'écoles enfantines.

Art. 91. L'enseignement donné aux élèves-maîtresses d'écoles enfantines est à la fois théorique et pratique.

Art. 92. L'enseignement théorique est destiné à compléter la culture générale des élèves, il comprend : la langue française ; — les éléments des sciences naturelles et de l'hygiène ; — les éléments de la géométrie ; — le dessin ; — le chant ; — la gymnastique ; — les travaux manuels.

Les exercices pratiques se font dans la classe enfantine annexée à l'école normale.

Art. 93. L'examen en vue de l'obtention du brevet de capacité pour l'enseignement dans les écoles enfantines porte sur l'ensemble des branches du programme et comporte les épreuves suivantes :

1° Epreuves écrites : une composition française (appréciée aussi au point de vue de l'orthographe ; — une composition sur un sujet de pédagogie générale.

2° Epreuves orales : lecture ; — pédagogie ; — géométrie ; — sciences naturelles et hygiène ; — chant ; — dessin.

3° Epreuves pratiques : une leçon aux élèves de la classe d'application ; — travaux manuels.

Art. 94. Pour l'obtention du brevet de capacité, il est exigé une moyenne de 7 pour la pédagogie, 7 pour le français, 6 pour le chant (pratique) ainsi qu'une moyenne générale de 7 sur l'ensemble des branches.

Art. 95. Les aspirantes qui n'ont pas obtenu la note exigée pour la pédagogie le français ou le chant et ont cependant une moyenne générale de 7 sur l'ensemble des branches, peuvent se présenter de nouveau l'année suivante devant la commission d'examen.

Dispositions spéciales à la section des maîtresses de travaux à l'aiguille.

Art. 96. L'enseignement donné aux élèves-maîtresses de travaux à l'aiguille comprend : le tricot ; — la couture ; — le raccommodage ; — la coupe et la confection.

Il comporte en outre les principes élémentaires de la pédagogie et de la géométrie, l'économie domestique et l'hygiène.

Les exercices pratiques se font dans l'école d'application annexée aux écoles normales.

Art. 97. L'examen en obtention du brevet de capacité pour l'enseignement des travaux à l'aiguille porte sur l'ensemble du programme. Il comprend : une épreuve orale et une épreuve pratique sur la coupe et la confection ; — une leçon aux élèves de l'école d'application ; — une épreuve orale de géométrie ; — une épreuve orale d'économie domestique et d'hygiène.

La note 7 est exigée pour l'épreuve pratique de coupe et confection, ainsi que pour l'ensemble des branches.

Art. 98. Le présent règlement entre immédiatement en vigueur.

Donné, sous le sceau du Conseil d'Etat, à Lausanne, le 16 juillet 1909.

---

36. 18. **Programme de l'enseignement de l'école cantonale d'agriculture à Lausanne, durant l'hiver de 1909—1910.**

Cet enseignement est de deux semestres. Il est approprié aux jeunes gens de la campagne et porte sur toutes les branches dont la connaissance est utile à l'agriculteur.

Les cours sont gratuits pour les élèves suisses réguliers. Les étrangers peuvent y être admis.

Les cours commenceront le lundi 1er novembre 1909, à deux heures après midi, et finiront le 25 mars 1910.

Le programme est le suivant:

Premier semestre.

1. Agriculture. *a.* Connaissance des terrains: 1 heure par semaine; *b.* labours, défoncements, défrichements, drainage et irrigations: 2 h. par semaine; *c.* agri-

culture suisse: 1 h. par semaine; — 2. botanique agricole: 3 h.; — 3. chimie agricole: 3 h.; — 4. comptabilité agricole: 2 h.; — 5. Dessin: 2 h.; — 6. géologie agricole: 2 h.; — 7. géométrie et toisé: 2 h.; — 8. législation rurale: 1 h.; — 9. mécanique élémentaire: 2 h.; — 10. physique: 1 h.; — 11. sylviculture: 1 h.; — 12. zoologie agricole: 2 h.; — 13. zootechnie générale. Extérieur des animaux: 4 h.; — 14. instruction civique: 1 h.; — 15. gymnastique: 1 h.

Second semestre.

1. Agriculture, cultures: 4 h. par semaine; — 2. économie rurale: 3 h.; — 3. apiculture (novembre et décembre): 2 h.; — 4. arboriculture: 2 h.; — 5. arpentage: 2 h.; — 6. maladies et parasites des plantes cultivées: 2 h.; — 7. chimie agricole et technologique (industries agricoles): 4 h.; laboratoire de chimie: 1 après-midi par semaine; — 8. constructions rurales: 1 h.; — 9. horticulture: 2 h.; — 10. cours spécial sur les fonctions des inspecteurs du bétail: 2 h.; — 11. industrie laitière: 2 h.; — 12. législation rurale: 1 h.; — 13. machines agricoles: 2 h.; — 14. sylviculture: 1 h.; — 15. viticulture (janvier et mars): 2 h.; — 16. zoologie agricole et essais de pisciculture: 2 h.; — 17. zootechnie spéciale: 3 h.; — 18. instruction civique: 1 h.; — 19. gymnastique: 1 h.

Les élèves réguliers sont réunis, en dehors des heures de leçons mentionnées ci-dessus, pour divers travaux tels que exercices pratiques de chimie agricole, de connaissance des semences et de leurs falsifications, appréciation des matières agricoles, lait, engrais, fourrages concentrés, etc.

En outre, travaux d'atelier: charronnage et vannerie; dessins de plans et visites de domaines, si le temps le permet.

Les livres de la bibliothèque de l'institut agricole sont prêtés gratuitement aux élèves.

Les jeunes gens qui désirent suivre les cours en qualité d'élèves ou d'auditeurs, doivent être âgés de seize ans au moins dans l'année. Ils se feront inscrire avant le 30 octobre au bureau de l'école, au Champ-de-l'Air, en envoyant leur acte de naissance, leur certificat de vaccination et leur carnet scolaire, ou un certifiat d'études. Les étrangers doivent avoir une connaissance suffisante de la langue française.

Le Conseil d'Etat peut accorder des subsides aux élèves peu fortunés pour lesquels le séjour à Lausanne serait trop onéreux. — La demande en sera faite au directeur de l'école avec renseignements à l'appui.

Au moment de l'inscription, les élèves suisses déposent une somme de 5 francs et les élèves étrangers une somme de 10 francs.

Les élèves devront verser chacun, pour l'assurance en cas d'accidents, une somme de 2 fr. 50. Ce versement leur garantit en cas d'accident corporel et professionnel, pendant l'hiver 1909—1910, le paiement d'une somme de:

3000 fr. en cas de décès ou d'invalidité du 1er degré
1500 fr. pour invalidité du 2me „
300 à 750 fr. pour invalidité du 3me „
2 fr. par jour d'incapacité temporaire de travail.

Les personnes qui sont autorisées à suivre comme élèves auditeurs les leçons de l'école sont soumises à la même discipline que les élèves réguliers. Elles paient une inscription de 10 francs et une finance de cours de 5 francs par heure hebdomadaire de leçons.

Les élèves ou auditeurs qui donneraient lieu à des plaintes relativement à leur inconduite, à leur inapplication ou à une fréquentation irrégulière, pourront être renvoyés, par décision du département de l'Instruction publique et des Cultes.

A la fin des cours, les élèves réguliers ont à subir des examens, et il est délivré des certificats à ceux qui ont subi les épreuves d'une manière satisfaisante sur l'ensemble des cours.

Les auditeurs peuvent être admis aux examens des cours qu'ils auront suivis.

Les élèves réguliers suisses de deuxième année qui le désirent peuvent, sur leur demande, être admis à suivre gratuitement, au printemps et en été, les opérations pratiques d'arboriculture au jardin du Champ-de-l'Air.

Le programme des cours sera expédié à toute personne qui en fera la demande franco au directeur de l'école d'agriculture au Champ-de-l'Air.

---

37. 19. **Règlement concernant les Ecoles normales du canton du Valais.** (Du 12 mars 1909.[1])

Le Conseil d'Etat du canton du Valais, en exécution de l'article 122 de la loi scolaire du 1er juin 1907, sur la proposition du département de l'Instruction publique,

arrête:

Chapitre I. — § 1. ***Organisation générale.***

Art. 1er. Les professeurs des écoles normales sont nommés par le Conseil d'Etat, sur la présentation du département de l'Instruction publique.

Art. 2. Le professeur de religion est nommé par le Conseil d'Etat sur une triple candidature faite par l'ordinaire du diocèse.

Art. 3. Les professeurs seront choisis, sur présentation du département de l'Instruction publique, parmi les porteurs d'un brevet supérieurs délivré plus spécialement en vue de l'enseignement à l'Ecole normale.

Le Conseil d'Etat pourra accorder l'autorisation d'enseigner dans les écoles normales aux personnes qui ont fait des études notoirement supérieures à celles prévues à l'alinéa précédent.

Art. 4. Les traitements des professeurs des écoles normales sont fixés par le Conseil d'Etat.

Art. 5. Durant l'année scolaire deux congés, d'une durée de 10 jours chacun, sont accordés aux élèves des écoles normales, à Noël et à Pâques.

Les élèves qui, pour des motifs de „force majeure" (maladie, etc.), ne pourraient profiter de ces congés pour se rendre dans leurs familles, continuent à recevoir le logement et la pension à l'école normale sans autres frais pour eux. Ils demeurent soumis au règlement de l'établissement.

Chapitre II. — § 2. ***Admission aux Ecoles normales.***

Conditions d'admission.

Art. 6. Le département de l'Instruction publique détermine chaque année le nombre des aspirants et des aspirantes qui peuvent être admis aux écoles normales.

Art. 7. En règle générale, les élèves qui suivent les cours des écoles normales sont tenus de prendre logement et pension dans l'établissement.

Les élèves non pensionnaires, qui seraient admis par le département à fréquenter l'école normale demeurent, même en dehors de l'établissement, soumis à la surveillance de la Direction de l'école.

Art. 8. Dans le cas où le nombre des aspirants dépasse celui des places disponibles, ne seront admis que les candidats les mieux notés tant au point de vue de la conduite qu'à celui de l'instruction et des dispositions pédagogiques.

Art. 9. L'examen d'admission à l'Ecole normale est annoncé au moins 40 jours à l'avance par une double publication faite au „Bulletin officiel".

Art. 10. Les aspirants doivent s'inscrire au département de l'Instruction publique au moins quinze jours avant l'examen.

Art. 11. Toute demande d'inscription doit être accompagnée des pièces suivantes: *a.* l'acte de naissance de l'aspirant; — *b.* des certificats délivrés

---

[1]) Der deutsche Text trägt das Datum: 12. Mai 1908.

par l'autorité communale et par l'inspecteur scolaire, constatant la bonne conduite du postulant; — *c.* le livret scolaire de l'aspirant; — *d.* un certificat de santé délivré par le médecin scolaire du district.

Les aspirants reçus devront fournier en outre, après avis officiel de leur admission, le cautionnement prévu à l'art. 121 de la loi scolaire du 1er juin 1907.

Art. 12. L'aspirant âgé d'au moins 16 ans qui, ayant suivi les cours d'un établissement d'instruction secondaire ou supérieure, n'aura pas subi l'examen d'émancipation, doit présenter, en même temps que les pièces prévues aux litt. *a* et *b* de l'article précédent, les notes obtenues dans le dit établissement.

§ 3. Examen d'admission.

Art. 13. L'examen d'admission comprend des épreuves écrites et des épreuves orales, subies en présence de membres de la commission cantonale de l'enseignement primaire, constitués en jury d'examen. Les membres de ce jury sont désignés par le département de l'Instruction publique.

Epreuves écrites.

Art. 14. Les épreuves écrites sont au nombre de cinq, savoir:

1. Une dictée d'une page environ, dont le texte est tiré d'un auteur classique. Le texte, lu d'abord à haute voix, est dicté posément, puis relu. On dicte les points; les inexactitudes, dans le reste de la ponctuation, ne compteront que pour une faute au maximum.

Dix minutes sont accordées aux candidats pour relire et corriger leur travail.

2. Une courte composition de style: narration simple, petite description, lettre familière.

3. Une composition en arithmétique: solution de deux problèmes sur les 4 opérations, les fractions, la règle de trois, le système métrique.

4. Une demi-page d'écriture cursive en grosse, moyenne et fine.

5. Une composition de dessin.

Art. 15. Il est accordé au maximum une heure pour chacune des compositions de style et d'arithmétique et une demi-heure pour chacune des deux dernières épreuves.

Epreuves orales.

Art. 16. Les épreuves orales portent sur les matières suivantes:

1. Instruction religieuse: catéchisme, histoire sainte (Ancien et Nouveau Testament).

2. Lecture: lecture courante et distincte du français ou de l'allemand. Explication de la signification des mots, du sens des phrases et du passage tout entier. Lecture des manuscrits.

3. Eléments de la langue maternelle: principes de la grammaire, principales règles de la syntaxe. Analyse grammaticale.

4. Arithmétique: Pratique des quatre règles (nombres entiers et décimaux) et calcul mental. Fractions. Règles de trois; système métrique.

5. Histoire et géographie: Principaux faits de l'histoire et notions générales de la géographie de la Suisse.

6. Chant facile, notions générales de solfège.

7. Eléments d'agriculture pour les aspirants-instituteurs; travail manuel pour les aspirantes-institutrices.

Art. 17. Dix minutes au plus seront consacrées à chacune des épreuves orales et une demi-heure au travail manuel.

Jugement des épreuves.

Art. 18. Le maximum des points pour chaque épreuve écrite ou orale varie de 6 à 20 selon l'importance de la branche examinée.

Art. 19. Toute dictée d'orthographe contenant plus de six fautes sera considérée comme nulle.

L'épreuve d'orthographe sera d'ailleurs appréciée comme suit:

Pour une dictée sans faute 10 points; pour une faute 9 points; pour une faute et fractions 8 points; pour deux fautes 7 points; pour deux fautes et fractions 6 points; pour trois fautes 5 points; pour trois fautes et fractions 4 points; pour quatre fautes 3 points; pour cinq fautes 2 points; pour six fautes 1 point; pour plus de six fautes 0 points.

Art. 20. Les fautes relatives aux accents, aux lettres majuscules et aux traits d'union, quand il ne s'agit pas de l'application d'une règle, ne compteront chacune que pour un quart.

Dans le cas où un mot pourrait s'écrire de plusieurs manières, d'après des sens différents, mais également admissibles, comme dans tous les cas de questions grammaticales controversées, il ne sera pas compté de faute.

Art. 21. Dans la correction des épreuves et la fixation des fautes, la commission s'inspirera du fait que, souvent, il est plus raisonnable de peser les fautes que de les compter.

Art. 22. Tout candidat qui ne réunit pas le 60 % du total des points des épreuves écrites n'est pas admis à subir les épreuves orales.

Art. 23. Tout candidat qui ne réunit pas le 60 % du total des points des épreuves orales n'est pas porté sur la liste d'admissibilité.

Art. 24. La nullité de l'une des épreuves obligatoires, soit écrites, soit orales, y compris l'épreuve de travail manuel, est un cas d'exclusion.

Chapitre III. — § 4. **Promotions.**

Art. 25. Les élèves qui n'ont pas terminé les cours de l'Ecole normale subissent, à la fin de l'année scolaire, un examen qui décide de leur promotion à un cours supérieur ou de leur renvoi. Cet examen est public et se fait en présence de la commission mentionnée à l'art. 14 du présent règlement.

Art. 26. L'examen de promotion se divise en épreuves écrites et en épreuves orales.

Art. 27. Les épreuves écrites comprennent:

a. une dictée, soit une page de texte choisi d'auteur; le jury pourra exiger que l'élève donne des explications écrites sur le sens de certains mots, l'usage de certaines expressions, la tournure de certaines phrases;

b. une composition française; lettre, narration, description, proverbe à développer;

c. une composition en arithmétique en rapport avec le programme parcouru dans l'année;

d. une page d'écriture anglaise, ronde ou bâtarde suivant le programme;

e. une composition en sciences naturelles, agriculture, hygiène.

Art. 28. L'épreuve orale se fait sur deux branches: *a.* sur la langue maternelle; *b.* sur une autre matière, tirée au sort entre celles enseignées durant l'année.

Art. 29. Le maximum des points est fixé ainsi qu'il est dit à l'art. 18 et la correction se fait en conformité des art. 19, 20 et 21.

30. Tout élève qui obtient le 90 % des points du total des diverses épreuves est admis au cours supérieur avec droit au maximum du subside de l'Etat.

Tout élève qui, pour l'ensemble des épreuves, n'a pas obtenu le 60 % des points soit des épreuves écrites soit des épreuves orales, ne peut être admis au cours supérieur, à moins que les notes de l'année ne témoignent en sa faveur.

Art. 31. Tout élève dont la conduite, durant l'année scolaire ou pendant les vacances, aura donné lieu à des plaintes graves, sera exclu de l'Ecole normale.

Cette exclusion est prononcée par le département de l'Instruction publique.

Art. 32. Le montant de la subvention que l'Etat alloue aux élèves des écoles normales est déterminé, à la fin de l'exercice scolaire, par le département de l'Instruction publique en conformité de l'article 117 de la loi et de l'article 30 du présent règlement; la fixation du montant a lieu sur rapport de la commission de l'enseignement primaire.

Chapitre IV. — § 5. ***Examen pour l'obtention de l'autorisation d'enseigner.***

Art. 33. Pourront se présenter à l'examen pour l'obtention de l'autorisation d'enseigner:

a. les élèves qui ont régulièrement suivi les trois cours de l'Ecole normale;

b. les jeunes gens qui auraient suivi des cours considérés par le departement comme équivalents des cours de l'Ecole normale.

Art. 34. Les élèves qui ont terminé les cours de l'Ecole normale subissent, en présence de la commission indiquée à l'art. 13 du règlement l'examen pour l'obtention de l'autorisation d'enseigner

Cet examen est public; il est annoncé au moins un mois à l'avance.

Art. 35. Les aspirants qui n'ont pas suivi les cours de l'école normale doivent se faire inscrire au département de l'Instruction publique quinze jours au moins avant l'examen. Aucune inscription n'est reçue avant que le candidat ait déposé les pièces indiquées à l'art. 11 (*a, b, d*) du présent règlement.

Art. 36. L'examen se divise en épreuves écrites et en épreuves orales; il ne peut porter que sur les matières qui sont l'objet de l'enseignement dans les Ecoles normales.

Pour les épreuves écrites, les aspirants sont réunis ou divisés en séries, sous la surveillance d'un ou de plusieurs membres de la commission.

Art. 37. Les épreuves écrites sont au nombre de six et comprennent:

1. Une dictée: texte choisi d'un auteur, lu d'abord à haute voix, puis dicté posément. Aucune ponctuation n'est indiquée. Dix minutes sont accordées aux candidats pour relire et corriger leur travail. Dans la correction des fautes le jury s'inspirera de l'art. 23.
2. Une composition française ou allemande: développement d'une pensée, explication d'un proverbe, petite dissertation.
3. Une composition en mathématiques: deux problèmes d'arithmétique et un problème de géométrie à résoudre avec application de calcul algébrique.
4. Une composition de dessin d'après nature, le sujet étant à reproduire ou en perspective ou en géométral.
5. Une composition en sciences naturelles, agriculture, hygiène.
6. Une page d'écriture à main posée, en grosse, moyenne et fine, dans les trois principaux genres: cursive, bâtarde et ronde.

Art. 38. Il est accordé au plus deux heures pour les compositions de style et de mathématiques et une heure pour chacune des trois autres compositions.

Art. 39. Les épreuves orales sont subies pour chacune des matières fixées à l'art. 113 de la loi scolaire.

Art. 40. La durée de chacune des épreuves orales sera de dix minutes au maximum.

Art. 41. L'appréciation des épreuves écrites et orales se fait d'après le mode adopté aux examens d'admission et de promotion.

Art. 42. Les aspirants qui ont obtenu 60 % au moins des points, soit pour les épreuves écrites, soit pour les épreuves orales sont brevetés conformément à l'art. 79 *a* de la loi scolaire du 1er juin 1907.

Art. 43. La nullité de l'une des épreuves écrites est un cas d'exclusion.

Art. 44. Le 60 % prévu à l'art. 42 ayant été obtenu pour l'ensemble soit des épreuves écrites soit des épreuves orales, si le candidat n'avait cependant

pas réalisé le 30 % des points de l'une ou l'autre branche, le jury est compétent pour lui imposer un nouvel examen sur les matières pour lesquelles ce 30 % n'aurait pas été acquis. Ce nouvel examen, dont la date est fixée par le président de la commission, se fait aux frais du candidat s'il a lieu en dehors des sessions ordinaires.

Art. 45. L'élève qui aurait répété à ses frais les cours de la 3me année n'est pas admis à enseigner si le nouvel examen n'a pas été satisfaisant.

Art. 46. Les dispositions qui précèdent s'appliquent aussi aux aspirantes institutrices. Dans ce cas, les épreuves relatives à la géométrie sont remplacées par les ouvrages manuels du sexe.

Art. 47. Les notes données par la commission sont le résultat de l'appréciation de chaque épreuve faite en commun.

Chapitre V. — § 6. ***Certificat temporaire.***

Art. 48. Le certificat temporaire est délivré à l'instituteur qui, muni de l'autorisation d'enseigner, a dirigé avec succès, pendant sa première année de profession, une école primaire du canton.

Ce certificat temporaire sera refusé par le département à l'instituteur qui, durant les vacances dont elle fut suivie, aurait, par sa conduite, prouvé son peu d'aptitude comme éducateur. La décision du département est susceptible de recours au Conseil d'Etat.

Art. 49. Le certificat temporaire a une durée de 4 ans; il est renouvelable pour le même laps de temps, si l'instituteur, qui en fait la demande, s'est distingué dans l'œuvre d'éducation et d'instruction qu'il a accomplie jusque-là.

Chapitre VI. — § 7. ***Brevet de capacité.***

Art. 50. A l'échéance du certificat temporaire ou pendant la période de renouvellement prévu dans l'article précédent, le régent doit subir un nouvel examen pour obtenir le brevet de capacité.

Art. 51. L'examen pour l'obtention du brevet de capacité sera annoncé deux mois à l'avance par le département de l'Instruction publique.

Art. 52. Les instituteurs qui veulent prendre part à l'examen pour l'obtention du brevet de capacité devront s'inscrire au département de l'Instruction publique au moins un mois avant l'examen.

Art. 53. Cet examen comprend:

1. Au moins deux épreuves écrites soit: *a.* une composition de style sur un sujet de pédagogie théorétique ou de méthodologie. La commission est compétente pour imposer, en outre de la composition de style, une composition d'orthographe soit une dictée, conformément à l'art. 37, chiffre 1 du règlement. — *b.* une épreuve de mathématique conformément à l'art. 37, chiffre 3 du règlement.
2. Une épreuve orale sur „une" matière tirée au sort: interrogation sur la religion, la pédagogie, la méthodologie, la grammaire, la géographie, les sciences naturelles, l'hygiène, etc.
3. Une épreuve pratique: leçon pratique (1/2 heure) sur un sujet pris dans le programme scolaire et tiré au sort. Le maître aura 30 minutes pour préparer sa leçon. Chacune de ces quatre épreuves est résumée par un chiffre conforme à ceux fixés au tableau prévu à l'art. 18.
4. En outre il sera tenu compte des résultats obtenus par le candidat dans les écoles primaires: ces résultats sont transmis à la commission par le département de l'Instruction publique qui les résume par un chiffre de points allant de 0 à 10.

Art. 54. La correction des épreuves se fera conformément aux articles 19, 20 et 21 du présent règlement.

Art. 55. Les aspirants, qui ont obtenu au moins le 60 % du total des point, soit de l'oral soit de l'écrit faisant l'objet de l'examen, seront brevetés.

Le 60 % prévu à l'article précédent ayant été obtenu pour l'ensemble soit des épreuves écrites soit des épreuves orales, si le candidat n'avait cependant pas réalisé le 30 % des points de l'une ou l'autre branche faisant l'objet de l'examen, l'art. 44 lui est applicable.

La nullité sur une branche rend obligatoire un nouvel examen sur toutes les matières.

Art. 56. Le régent qui a échoué à un second examen ne sera pas admis à subir une troisième épreuve pour l'obtention du brevet de capacité.

Art. 57. Les conditions d'examen fixées à l'art. 53 du présent règlement sont applicables à l'examen supplémentaire prévu par le dernier alinéa de l'art. 83 de la loi.

Lorsque cet examen aura lieu en dehors des séances ordinaires, les frais en seront supportés par le candidat.

Art. 58. Le département de l'Instruction publique est compétent pour autoriser un instituteur, qui aurait des motifs sérieux à invoquer, à subir en dehors des séances ordinaires l'examen du brevet de capacité.

Les frais de cet examen extraordinaire sont à la charge de l'instituteur.

Art. 59. L'instituteur frappé de suspension par le Conseil d'Etat en vertu de l'art. 86 de la loi pourra être astreint par le département de l'Instruction publique à subir un nouvel examen avant d'être réintégré dans le droit d'enseigner.

Chapitre VII. — § 8. Ecole d'application.

Art. 60. L'école d'application créée en vertu de l'article 114 de la loi scolaire, est placée sous le contrôle et la surveillance de la direction de l'Ecole normale.

Art. 61. Les professeurs de l'école d'application sont nommés par le département de l'Instruction publique, sur la présentation de la direction de l'Ecole normale.

Art. 62. Les élèves non émancipés qui fréquentent l'école d'application ou qui l'ont fréquentée durant la dernière année scolaire sont tenus, sous peine de 5 francs d'amende, à assister à l'épreuve pratique prévue à l'art. 53, chiffre 3 du présent règlement, lorsqu'ils auront été convoqués par la direction.

Art. 63. Sous réserve de ce qui précède l'école d'application est soumise à la législation concernant les écoles libres.

Clause abrogatoire.

Art. 64. Le règlement du 19 novembre 1874 sur la matière est abrogé.

Donné en Conseil d'Etat, à Sion, le 12 mars 1909, pour être soumis à l'approbation du Grand Conseil en conformité de l'art. 122 de la loi sur l'enseignement primaire.

---

38. 20. **Loi instituant une école des arts et métiers à Genève.** (Du 10 mars 1909.)

Le Conseil d'Etat de la république et canton de Genève fait savoir que le Grand Conseil, sur la proposition du Conseil d'Etat,

décrète ce qui suit:

Art. 1er. L'école des arts et métiers est une école d'apprentissage pour les métiers, les arts industriels, la construction et le génie civil, les industries de la mécanique et de l'électrotechnique.

Art. 2. Elle comprend cinq sections: *a.* section des métiers; *b.* section des arts industriels; *c.* section de construction et génie civil; *d.* section de mécanique (pour ouvriers mécaniciens); *e.* section de mécanique appliquée et électrotechnique (pour techniciens).

Art. 3. Le programme des diverses sections comprend les enseignements suivants qui peuvent être communs à plusieurs d'entre elles:

a. Section des métiers.

Cours théoriques: français, arithmétique, comptabilité, notions d'algèbre et de géométrie, géométrie descriptive, levé de plans, stéréométrie, dessin et dessin technique, notions de mécanique, de physique et de chimie d'une application usuelle dans les industries du bâtiment, technologie et notions de construction.

Travaux dans les ateliers: classes pratiques, correspondant aux différentes catégories de métiers: taille de pierres, charpente, menuiserie, ébénisterie, serrurerie, ferblanterie, etc.

b. Section des arts industriels.

Cours théoriques: classes dites de perfectionnement, orientant les études vers des buts professionnels déterminés: composition décorative, dessin (ornement et figure), modelage (ornement et figure appliquée), architecture décorative.

Cours oraux: histoire des styles, héraldique.

Classes pratiques: peinture décorative et céramique, moulage, ciselure et gravure, peinture sur émail et émaillerie, fer forgé, sculpture sur pierre, sculpture sur bois et ébénisterie d'art.

c. Section de construction et génie civil.

Algèbre, géométrie, trigonométrie, géométrie descriptive, éléments de géométrie analytique, physique générale et physique industrielle, mécanique hydraulique, dessin d'architecture et d'ornement, modelage, rédaction et correspondance.

Statique graphique, notions sur les applications de l'électrotechnique aux constructions et au génie civil, géodésie, minéralogie et géologie, chimie et technologie chimique, connaissance des matériaux, résistance des matériaux, notions de construction en maçonnerie et en bois, constructions métalliques.

Terrassements et constructions de routes, canaux et chemins de fer, dessins de plans, projets et devis, comptabilité de la construction, hygiène en matière de construction, chauffage, législation industrielle.

Travaux d'atelier.

d. Section de mécanique.

Cours théoriques: calcul numérique et éléments d'algèbre, géométrie, mécanique, dessin technique, résistance des matériaux, physique et chimie, électricité, rédaction et correspondance.

Travaux dans les ateliers: exercices de lime sur fer et sur bois; exercices de tour; exercices de forge; exécution d'outils de mécanicien et d'outils à mesurer; construction, ajustage, montage et réglage de machines-outils, de petits moteurs électriques et mécaniques, d'appareils de démonstration, etc.

e. Section de mécanique appliquée et électrotechnique.

Algèbre, géométrie, trigonométrie, géométrie descriptive, géométrie analytique, physique et chimie générales, physique et chimie industrielles, mécanique, statique graphique, rédaction et correspondance.

Connaissance des matériaux, résistance des matériaux, théorie des machines, électrotechnique, constructions métalliques et grosse chaudronnerie, exercices de construction, dessin de plans, projets et devis, hygiène en matière de construction, chauffage, législation industrielle, travaux de laboratoire.

Travaux d'atelier.

Art. 4. L'enseignement comporte de six à dix semestres d'étude, suivant les sections. Toutefois le Conseil d'Etat peut le réduire à deux ans pour certaines catégories de métiers.

Art. 5. Les élèves peuvent être astreints à faire en dehors de l'école, sur des chantiers, dans des ateliers ou des usines, un stage dont la durée est fixée par le règlement.

A cet effet, le département de l'Instruction publique est autorisé à passer des contrats avec des entrepreneurs et des patrons pour régler les conditions de travail des élèves et sauvegarder les intérêts de ces derniers.

Art. 6. Les élèves doivent être âgés de 14 ans révolus pour être admis dans les sections des métiers, des arts industriels et de mécanique, et de 15 ans révolus pour les sections de construction et génie civil, de mécanique appliquée et électrotechnique.

Art. 7. Le règlement détermine le programme de l'examen d'admission et indique les cas dans lesquels le candidat peut être dispensé de tout ou partie de cet examen.

Art. 8. L'école peut recevoir des externes dont les conditions d'admission sont fixées par le règlement.

Art. 9. Elle peut aussi accepter comme élèves réguliers des élèves faisant leur apprentissage dans l'industrie et qui, ne pouvant consacrer à leur instruction qu'un temps limité, doivent étendre leurs études sur un plus grand nombre d'années.

Les programmes et horaires de l'école devront être établis de façon à permettre, autant que possible, à ces élèves de suivre les cours sans être gênés dans leur apprentissage professionnel.

Art. 10. Les conditions de la promotion d'une classe dans une autre sont déterminées par le règlement.

Art. 11. Dans chaque section les élèves qui se sont distingués par leur conduite, leur travail et le résultat des examens, reçoivent, à la fin de leurs études, un diplôme.

Ce diplôme porte une mention spéciale pour ceux qui justifient, en outre, d'un stage fait dans un atelier, une usine ou un chantier.

Art. 12. Les élèves qui n'obtiennent pas le diplôme reçoivent un certificat constatant qu'ils ont suivi l'école et indiquant les aptitudes dont ils ont fait preuve.

Art. 13. Le règlement fixe le montant de la finance scolaire à payer par les élèves, dans laquelle est comprise la prime d'assurance contre les accidents, conclue par les soins de l'Etat. Les élèves suisses sont dispensés de cette finance. Le département de l'Instruction publique peut, dans certains cas, en dispenser en partie ou totalement les élèves étrangers dont les parents sont établis dans le canton.

Le règlement détermine aussi les fianances spéciales à payer pour l'usage des appareils et outils, substances et matières, mis à la disposition des élèves par l'école, soit pour les leçons, soit pour les travaux pratiques dans les laboratoires et ateliers. Le département peut dans certains cas dispenser de tout ou partie de ces finances spéciales, les élèves suisses ainsi que les élèves étrangers dont les parents sont établis dans le canton.

Si le nombre des inscriptions dépasse celui des places disponibles, la préférence est donnée aux élèves suisses.

Art. 14. Des bourses peuvent être délivrées aux élèves méritants, de nationalité suisse, pour les aider dans leurs études.

Art. 15. Le règlement détermine d'une façon précise et pour chaque section, les conditions dans lesquelles les travaux des élèves peuvent, soit leur être remis, soit être conservés dans les musées de l'école, soit être vendus sans faire de concurrence directe à l'industrie privée.

Il fixe également quelle peut être la participation des élèves aux bénéfices résultant de la vente.

La fabrication dans les ateliers doit être restreinte aux objets directement utiles à l'enseignement et susceptibles d'être exécutés par les élèves.

Le département, sur le préavis de la commission de surveillance, décide de l'exécution des commandes pour les administrations publiques ou, exceptionnellement, pour les particuliers.

Art. 16. L'enseignement est donné par des professeurs et par des chefs d'atelier.

Art. 17. La direction générale et l'administration de l'école sont confiées à un directeur, au courant des besoins des industries locales et possédant des connaissances générales techniques et artistiques. Il est assisté d'un secrétaire-comptable.

Art. 18. Dans chaque section, la direction pédagogique est exercée par un doyen chargé de la discipline et de la surveillance de l'enseignement.

Les doyens sont choisis, autant que possible, parmi les professeurs ou les chefs d'atelier.

Art. 19. Le directeur, les doyens et le secrétaire-comptable relèvent directement du département de l'Instruction publique.

Un cahier des charges établi par le département fixe leurs attributions.

Art. 20. Le directeur et les doyens forment le conseil de l'école.

Ce conseil se réunit au moins une fois par mois sous la présidence du Conseiller d'Etat chargé du département de l'Instruction publique ou, en son absence, sous celle du directeur.

Le procès-verbal des séances est tenu par le secrétaire-comptable.

Art. 21. Le directeur, les professeurs, les chefs d'atelier et le secrétaire-comptable sont nommés pour un an et à titre d'épreuve. Ce temps d'épreuve peut être prolongé. Lors de leur nomination définitive, ils sont pourvus d'un contrat. Toutefois, le Conseil d'Etat peut en tout temps résilier ce contrat, sans indemnité, moyennant deux avertissements donnés à un an d'intervalle et dont le premier devra précéder de deux ans la résiliation. Sont réservées, en outre, les dispositions prévues à l'art. 18 de la loi sur l'Instruction publique du 5 juin 1886, concernant la mise à la retraite, la suspension et la révocation des fonctionnaires.

Les doyens sont nommés pour trois ans par le Conseil d'Etat.

Art. 22. Le traitement du directeur est de 6000 à 7000 francs. (Traitements spéciaux de l'échelle des traitements.)

Le traitement du secrétaire-comptable est de 3000 à 3600 francs (classe V de l'échelle des traitements); il a droit, en outre, au logement.

Les doyens touchent une indemnité fixée par le budget.

Art. 23. Les professeurs reçoivent de 150 à 300 francs par année, pour une heure de leçon par semaine.

Les chefs d'atelier reçoivent un traitement initial de 2500 francs, augmenté de 100 francs chaque année jusqu'à concurrence d'un traitement maximum de 3200 francs y compris l'enseignement théorique qu'ils sont appelés à donner dans le métier qu'ils ont à enseigner.

Ils peuvent être appelés à donner, en outre, des leçons de théorie générale, moyennant un traitement supplémentaire de 100 francs par année pour une heure de leçon par semaine; ce nombre d'heures ne pourra toutefois dépasser le chiffre de cinq par semaine.

Art. 24. Les professeurs et les chefs d'atelier de chaque section se réunissent périodiquement en conférence sous la présidence du directeur assisté du doyen de la section. Leur présence est obligatoire. Le procès-verbal de chaque séance est transmis au département dans le plus bref délai possible.

Art. 25. L'école est placée sous la surveillance d'une commission chargée de donner son préavis sur toutes les questions générales intéressant cet établissement, qui pourraient lui être soumises par le département ou par l'un de ses membres, notamment sur les règlements, les programmes, les méthodes d'enseignement, l'organisation et le fonctionnement des ateliers, le champ des examens, etc.

Ce préavis n'est obligatoire ni pour le Conseil d'Etat, ni pour le département de l'Instruction publique.

Art. 26. La commission de surveillance doit comprendre des industriels, des artisans, des artistes et des ouvriers.

Elle est nommée pour trois ans et se compose de 30 membres, dont 10 sont désignés par le Grand Conseil, 10 par le Conseil d'Etat et 10 par la commission centrale des conseils de prud'hommes.

Art. 27. Le Conseiller d'Etat chargé du département de l'Instruction publique préside la commission. Celle-ci choisit elle-même son vice-président et son secrétaire.

La commission est convoquée au moins une fois par trimestre et chaque fois que le président le juge nécessaire ou que cinq membres le demandent.

Art. 28. La commission se subdivise en cinq sous-commissions, chargées chacune de la surveillance spéciale d'une des sections de l'école.

Chaque sous-commission désigne son président et son secrétaire, contrôle l'enseignement et, en particulier, les travaux effectués dans les ateliers.

Art. 29. Le directeur, les doyens, les professeurs et les chefs d'atelier peuvent être appelés, par décision de la commission ou des sous-commissions, à assister à leurs séances, à titre consultatif.

D'autre part, ils peuvent demander à être entendus par la commission de surveillance et les sous-commissions.

Art. 30. Les membres de la commission peuvent visiter en tout temps les classes et les ateliers, contrôler la marche de l'enseignement, assister aux examens.

Art. 31. Les rapports de la commission ou des sous-commissions sont adressés au département de l'Instruction publique. Ils sont communiqués au directeur et discutés, s'il y a lieu, en séance plénière de la commission.

Art. 32. Le Conseil d'Etat peut, après avoir pris le préavis de la commission de surveillance, ajouter des branches au programme d'études si le besoin en est reconnu, et supprimer tout enseignement qui ne serait plus considéré comme nécessaire.

Art. 33. Un règlement approuvé par le Conseil d'Etat détermine, sur la base de la présente loi, toutes les conditions d'organisation de l'école des arts et métiers.

Dispositions transitoires.

Art. 34. Il est accordé au Conseil d'Etat un délai de deux ans pour l'application graduelle de celles des dispositions qui précèdent qui ne pourraient pas être appliquées immédiatement.

Art. 35. Le Conseil d'Etat présentera au Grand Conseil une loi spéciale fixant, s'il y a lieu, les indemnités qui pourraient être accordées à des fonctionnaires dont l'emploi serait supprimé en application de la présente loi.

Clause abrogatoire.

Sont abrogées la loi du 18 octobre 1882 sur l'école des arts industriels, la loi du 19 octobre 1895 sur l'école des métiers, les lois du 22 juin 1901 et du 22 novembre 1905 sur le technicum, et généralement toutes les dispositions contraires à la présente loi.

Le Conseil d'Etat est chargé de faire promulguer les présentes dans la forme et le terme prescrits.

Fait et donné à Genève, le 10 mars 1909, sous le sceau de la République et les signatures du président et du secrétaire du Grand Conseil.

(Du 20 avril 1909.)

Le Conseil d'Etat, vu la loi constitutionnelle sur le referendum facultatif du 25 mai 1879, modifiée par la loi constitutionnelle du 18 février 1905 et la loi organique sur le referendum facultatif et sur le droit d'initiative du 17 janvier 1906; considérant que le texte de la loi du 10 mars 1909 instituant une école des arts et métiers a été publié le 17 mars 1909 dans la *Feuille d'Avis;*

considérant que le délai de 30 jours dès la publication est expiré le 16 avril 1909 sans qu'aucune demande de votation populaire ait été formulée par les électeurs;

arrête:

De promulguer la loi ci-dessus pour être exécutoire dès le jour de demain.

---

39. 21. Règlement de la commission de surveillance de l'école des arts et métiers à Genève. (Du 7 janvier 1910.)

Art. 1er. L'école des arts et métiers est placée sous la surveillance d'une commission chargée de donner son préavis sur toutes les questions générales intéressant cet établissement, qui pourraient lui être soumises par le département, par l'un de ses membres ou par le directeur, notamment sur les règlements, les programmes, les méthodes d'enseignement, l'organisation et le fonctionnement des ateliers, le champ des examens, etc. Ce préavis n'est obligatoire ni pour le Conseil d'Etat, ni pour le département de l'Instruction publique.

Art. 2. La commission de surveillance doit comprendre des industriels, des artisans, des artistes et des ouvriers.

Elle est nommée pour trois ans à l'entrée en charge du Conseil d'Etat.

Elle se compose de 30 membres dont 10 sont désignés par le Grand Conseil, 10 par le Conseil d'Etat et 10 par la commission centrale des conseils de prud'hommes.

Art. 3. Les membres élus sont immédiatement avisés par la chancellerie d'Etat. Ceux qui n'acceptent pas leur élection doivent le faire savoir dans les cinq jours qui la suivent. Ils sont alors remplacés dans le plus bref délai.

Art. 4. La commission se subdivise en cinq sous-commissions chargées chacune de la surveillance spéciale d'une des sections de l'école. Chaque sous-commission désigne son président et son secrétaire, contrôle l'enseignement et, en particulier, les travaux faits dans les ateliers.

Art. 5. Le directeur assiste dans la règle aux séances des sous-commissions.

Les doyens, les professeurs, et les chefs d'atelier peuvent être appelés, par décision de la commission ou des sous-commissions, à assister à leurs séances, à titre consultatif. D'autre part, ils peuvent demander à être entendus par la commission de surveillance et les sous-commissions.

Le bureau de la commission ou le département de l'Instruction publique peuvent inviter directement le directeur, les doyens et les membres du corps enseignant à assister à tout ou partie d'une séance de la commission.

Art. 6. Les membres de la commission peuvent visiter en tout temps les classes et les ateliers, contrôler la marche de l'enseignement et assister aux examens.

Art. 7. Les rapports de la commission ou des sous-commissions sont adressés au département de l'Instruction publique. Ils sont communiqués au directeur et discutés, s'il y a lieu, en séance plénière de la commission.

Art. 8. Le conseiller d'Etat chargé du département de l'Instruction publique préside la commission.

Celle-ci choisit elle-même son vice-président et son secrétaire. Ils sont nommés pour trois ans, dans les formes réglementaires prévues pour l'élection du bureau du Grand Conseil et sont immédiatement rééligibles.

Art. 9. La commission est convoquée au moins une fois par trimestre et chaque fois que le président le juge nécessaire ou que cinq membres le demandent.

Art. 10. L'examen préalable des questions et des objets sur lesquels la commission doit donner son préavis peut être renvoyé aux sous-commissions prévues à l'art. 4 ou, suivant le cas, à des sous-commissions nommées spécialement à cet effet.

Art. 11. Le conseiller d'Etat chargé du département de l'Instruction publique peut assister à toutes les séances des sous-commissions.

Art. 12. La présence du tiers au moins des membres de la commission est nécessaire, pour qu'une décision soit valablement prise.

Extrait des registres du Conseil d'Etat. (Du 7 janvier 1910.)

Le Conseil d'Etat, vu les articles 25 et 33 de la loi du 10 mars 1909 instituant une école des arts et métiers; sur la proposition du département de l'Instruction publique;

arrête:

1. Le règlement de la commission de surveillance de l'école des arts et métiers est approuvé;
2. il entrera immédiatement en vigueur;
3. le texte complet de ce règlement sera annexé au présent arrêté.

V. Lehrerschaft aller Stufen.

40. 1. Beschluß des Kantonsrates des Kantons Zürich betreffend die Gewährung einer Teuerungszulage an Volksschullehrer und Geistliche der zürcherischen Landeskirche. (Vom 18. Januar 1909.)

Der Kantonsrat, nach Einsicht eines Antrages des Regierungsrates,

beschließt:

I. Zur Ausrichtung von Teuerungszulagen an Volksschullehrer und Geistliche der zürcherischen Landeskirche werden zum Voranschlag des Jahres 1908 Nachtragskredite auf den Budgettiteln IX. C. a. 6, IX. C. b. 8 und XII. B. 10 in den Beträgen bewilligt, wie sie infolge der Vollziehung von Dispositiv II notwendig werden.

II. Die Ausrichtung geschieht nach folgenden Grundsätzen:

A. Für die Volksschullehrer.

1. Zulagen erhalten nur solche im Kanton Zürich patentierte Primarlehrer, deren Besoldung den Betrag von Fr. 3500, und Sekundarlehrer, deren Besoldung den Betrag von Fr. 4000 nicht übersteigt.
2. Die Höhe der Zulage richtet sich nach der vom 1. Mai 1908 an effektiv bezogenen Gesamtbesoldung (staatliche Barbesoldung, Naturalleistung oder deren Entschädigung, Gemeinde- und staatliche Zulagen); sie beträgt: Fr. 200 für Primarlehrer, deren Besoldung Fr. 2000 nicht übersteigt; — Fr. 150 für Primarlehrer, deren Besoldung Fr. 2001 bis Fr. 2800, Fr. 100 für verheiratete Primarlehrer, deren Besoldung Fr. 2801 bis Fr. 3500 ausmacht; — Fr. 250 für patentierte Sekundarlehrer mit Besoldungen bis Fr. 3000; — Fr. 200 für patentierte Sekundarlehrer mit Besoldungen von Fr. 3001 bis Fr. 3500; — Fr. 150 für patentierte verheiratete Sekundarlehrer mit Besoldungen von Fr. 3501 bis 4000.
3. Primarlehrer, deren Besoldung mit der oben festgesetzten Zulage den Betrag von Fr. 1800 nicht erreicht, erhalten eine Ergänzungszulage zur Ausgleichung der Differenz.

B. Für die Geistlichen.

Für das Jahr 1908 werden an die definitiv gewählten, vom Staate besoldeten Geistlichen der zürcherischen Landeskirche, welche auf 1. Januar 1908 eine jährliche Barbesoldung bis auf Fr. 5000 (inbegriffen die Gemeindezulagen, Entschädigungen für Unterricht und Pastoration an Anstalten, Wohnung oder

Wohnungsentschädigung) beziehen, sowie an die drei Hülfsprediger Teuerungszulagen ausgerichtet, und zwar bei einer Jahresbesoldung

		bis	auf	Fr. 3000	von	Fr.	250
von Fr. 3001	„	„	„	4000	„	„	200
„ „ 4001	„	„	„	5000	„	„	150

III. Mitteilung an den Regierungsrat zum Vollzuge.

---

41. 2. Statuten der Witwen- und Waisenstiftung für zürcherische Volksschullehrer. (Vom 1. Juli 1909.)

§ 1. Die sämtlichen Volksschullehrer des Kantons Zürich sind verpflichtet, der vom Staate unterstützten Witwen- und Waisenstiftung beizutreten. (§ 310 des Unterrichtsgesetzes vom 23. Dezember 1859.)

§ 2. Für neueintretende Mitglieder der Volksschullehrerschaft erfolgt die Aufnahme mit dem Beginne des aktiven zürcherischen Schuldienstes als Verweser oder definitiv gewählter Lehrer.

§ 3. Über die Aufnahme von Lehrern an privaten oder Gemeindelehr- und Erziehungsanstalten entscheidet in jedem Fall der Erziehungsrat auf den Antrag der Aufsichtskommission. Der Eintritt solcher Lehrer findet ausschließlich auf Beginn eines Rechnungsjahres statt.

§ 4. Kandidaten des Sekundarlehramtes sind für die Dauer ihrer Studien, jedoch höchstens für drei Jahre, der Verpflichtung zur Entrichtung der Prämie enthoben; sie verlieren dabei für die betreffende Zeit ihre Rechte an der Stiftung.

§ 5. Unterbricht ein Lehrer den staatlichen Schuldienst zum Zwecke der Übernahme einer anderen Lehrstelle, so hat er, wenn er nicht ununterbrochen als Mitglied der Stiftung verbleibt, bei seinem Wiedereintritt für die ihm bei der Festsetzung der Alterszulage in Anrechnung gebrachte Dauer anderweitiger Lehrtätigkeit (§ 4, Absatz 2, des Gesetzes betreffend die Besoldung der Volksschullehrer vom 27. November 1904) den vollen Prämienbeitrag an die Witwen- und Waisenstiftung nachzuzahlen.

§ 6. Lehrern im Ruhestand steht die Beibehaltung der Mitgliedschaft frei.

§ 7. Mitglieder, die aus dem Lehrerstand austreten, aber bei der Stiftung verbleiben, haben alljährlich bis zum 31. Dezember die volle Prämie für das folgende Jahr an die Erziehungsdirektion zu bezahlen. Erfolgt der Übertritt an eine andere Stelle im Staatsdienst, so kann der Betreffende bei der Stiftung für Volksschullehrer verbleiben, statt der Stiftung der kantonalen Beamten beizutreten, in welchem Fall er die gleichen Rechte und Pflichten hat, wie die obligatorisch der Stiftung angehörenden Mitglieder. Erklärt ein solches Mitglied den Austritt, oder bezahlt es den Jahresbeitrag nicht, so verliert es alle Ansprüche an die Stiftung. Bei einem allfälligen spätern Wiedereintritt, der nur auf Grund eines Beschlusses der Aufsichtskommission erfolgen kann, haben männliche Mitglieder die ausgefallenen Prämien samt Zins zu 4% nachzubezahlen. Die Erziehungsdirektion hat keine Verpflichtung, an die Zahlung der Prämien zu mahnen.

§ 8. Den während eines Jahres austretenden Mitgliedern werden die für das folgende Jahr bereits einbezahlten Teilprämien nicht zurückerstattet.

§ 9. Die in § 3 genannten Lehrer können, sofern sie vom Lehramt zurücktreten, je auf 1. Januar ihren Austritt aus der Stiftung nehmen. Die austretenden Mitglieder, sowie ihre Angehörigen verlieren jeden Anspruch an die Witwen- und Waisenstiftung.

§ 10. Erfolgt der Eintritt vor dem zurückgelegten 22. Altersjahr, so beträgt die Jahresprämie Fr. 114. Bei späterem Eintritt ist von männlichen Mitgliedern eine für jedes Alter festgesetzte Einkaufssumme zu bezahlen, gemäß Tabelle Seite 7. Die Einkaufssumme kann in Übereinkunft mit der Erziehungsdirektion in mehreren Raten einbezahlt werden. Stirbt das Mitglied bevor die

Einkaufssumme vollständig einbezahlt ist, so wird der Restbetrag der Einkaufssumme ratenweise von der Rente abgezogen.

§ 11. Der Jahresbeitrag, den die nach diesen Statuten obligatorisch der Stiftung angehörenden Mitglieder, sowie die staatlich pensionierten Lehrer zu entrichten haben, beträgt Fr. 80. Er ist vierteljährlich zu entrichten. Für die im Staatsdienst angestellten Lehrer erfolgt die Bezahlung in Form von Abzügen an der Besoldung. Für die nach § 3 in Betracht kommenden Mitglieder ist der erste Jahresbeitrag mit dem Tage des Eintrittes fällig.

§ 12. Zur Unterstützung der Witwen- und Waisenstiftung der Volksschullehrerschaft leistet der Kanton Zürich einen jährlichen Prämienbeitrag von Fr. 34 für jeden zur Teilnahme an der Stiftung obligatorisch verpflichteten Lehrer (§ 1), ferner für die staatlich pensionierten Lehrer und die der Stiftung angehörenden Lehrer an einer staatlich unterstützten oder nach § 81 des Gesetzes betreffend die Volksschule (vom 11. Juni 1899) unterstützungsberechtigten Unterrichts- oder Erziehungsanstalt. Außerdem übernimmt der Kanton an die Deckung des bestehenden Defizites der Stiftung einen angemessenen jährlichen Beitrag.

§ 13. Der gegenwärtig vorhandene Reservefonds, sowie die Rechnungsvorschläge bis 31. Dezember 1909 fallen an das Deckungskapital zurück.

Nach Tilgung des Defizites ist die Hälfte der Jahresvorschläge dem Hülfsfonds zuzuweisen.

§ 14. Der bestehende Hülfsfonds wird in der Regel zur Unterstützung bedürftiger Witwen und Waisen von Mitgliedern verwendet. Die diesbezüglichen Beschlüsse der Aufsichtskommission unterliegen der Genehmigung des Erziehungsrates.

§ 15. Die Stiftung bezahlt vom 1. Januar 1910 an nach dem Ableben jedes Versicherten eine Jahresrente von Fr. 600:

a. An seine Witwe, solange sie lebt, oder bis sie sich wieder verheiratet;

b. wenn keine Witwe vorhanden ist oder wenn die Witwe sich wieder verheiratet oder stirbt, an die Waisen gemeinsam, bis das jüngste aus der Ehe des Lehrers stammende Kind das 18. Altersjahr zurückgelegt hat;

c. an die Waisen einer verheiratet gewesenen Lehrerin, die im Amte gestorben ist, bis das jüngste Kind das 18. Altersjahr zurückgelegt hat;

d. an die mütterlicherseits verwaisten Geschwister einer im Amte verstorbenen Lehrerin, bis das jüngste das 18. Altersjahr zurückgelegt hat;

e. an die Mutter einer verstorbenen Lehrerin, sofern sie beim Zeitpunkt des Todes der Tochter verwitwet ist; verehelicht sich die Bezügerin der Rente, so erlischt die Rentenberechtigung.

In zweifelhaften Fällen entscheidet die Aufsichtskommission.

§ 16. Wird eine Lehrerin gemäß §§ 313 und 314 des Unterrichtsgesetzes in den Ruhestand versetzt, so zählt ihr die Stiftung drei Viertel der von ihr einbezahlten Prämien ohne Zins zurück.

§ 17. Der Rentenberechtigte darf weder seine Rechte abtreten, noch können sie ihm auf dem Wege der Betreibung, des Arrestes oder Konkurses entzogen werden (Bestimmungen des schweizerischen Obligationenrechtes [vom 14. Juni 1881] und des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs [vom 11. April 1889]).

§ 18. Die Erziehungsdirektion verwaltet in Verbindung mit der Kantonalbank die Witwen- und Waisenstiftung.

§ 19. Die Aufsicht über die Witwen- und Waisenstiftung übt eine von der Schulsynode zu bestellende und alle vier Jahre zu erneuernde Kommission von sechs Mitgliedern aus. Präsident der Kommission ist der Erziehungsdirektor; das Aktuariat führt mit beratender Stimme der Sekretär des Erziehungswesens.

§ 20. Alle drei Jahre ist das für die bestehenden Rentenleistungen erforderliche Deckungskapital versicherungstechnisch zu berechnen und darauf

fußend die Bilanz zu erstellen, die im Jahresbericht der Erziehungsdirektion veröffentlicht wird. Ergibt sich aus der Bilanz, daß die statutarischen Einnahmen zur Deckung der Verbindlichkeiten und einer Amortisation des Defizites bis zum Jahre 1960 nicht ausreichen, so entscheidet die Synode auf Antrag der Aufsichtskommission, ob die Beiträge der Mitglieder zu erhöhen oder die künftigen Renten herabzusetzen sind.

§ 21. Die Bestimmungen über die Rentenberechtigung von Angehörigen der Lehrerinnen und über die Rückzahlung an Lehrerinnen werden für 10 Jahre in Kraft erklärt. Nach Ablauf dieser Frist soll untersucht werden, welche Folgen der Beitritt der Lehrerinnen zur Stiftung hatte und wie ihre Stellung zu derselben weiterhin zu ordnen sei.

§ 22. Die Bestimmungen dieser Statuten sind ohne Einfluß auf die Höhe der Renten, die nach den bisherigen Statuten ausgerichtet werden.

§ 23. Beschlüsse betreffend Änderung der Statuten werden von der Synode gefaßt; sie unterliegen der Genehmigung des Regierungsrates.

§ 24. Diese Statuten ersetzen diejenigen vom 29. Oktober 1890; sie treten nach der Annahme durch die Synode, der Genehmigung durch den Regierungsrat und nach Beschlußfassung des Kantonsrates betreffend den Staatsbeitrag mit 1. Januar 1910 in Kraft.

Der Regierungsrat hat vorstehenden Statuten die Genehmigung erteilt unter folgenden Vorbehalten:

1. Diese Statuten sind auch verbindlich für die Primar- und Sekundarschullehrerinnen.

2. In § 10 der Statuten ist die Jahresprämie auf Fr. 114, in § 12 der jährliche Prämienbeitrag des Kantons auf Fr. 34 anzusetzen, und es ist in § 15 die Jahreszahl 1909 in 1910 abzuändern.*)

Beschluss des Kantonsrates

vom 4. Oktober 1909.

Zur Unterstützung der Witwen- und Waisenstiftung der Volksschullehrer des Kantons Zürich leistet die Staatskasse vom 1. Januar 1909 an folgende Beiträge:

a. Zur Amortisation des Fehlbetrages in der Rechnung über das Deckungskapital jährlich Fr. 15,000;

b. zur Erwirkung einer Jahresrente von 600 Franken jährlich 34 Franken für jedes der Stiftung angehörende Mitglied der Volksschullehrerschaft, sowie für die bei der Stiftung verbleibenden, in den Ruhestand getretenen Lehrer und Lehrerinnen.

Die Schulsynode hat den Statuten der Witwen- und Waisenstiftung für Volksschullehrer in vorstehender Fassung ihre Zustimmung erteilt.

Einkaufstabelle für die Lehrer, die zur Zeit ihres Eintrittes in die Witwen- und Waisenstiftung älter als 22 Jahre sind.

Prämie = Fr. 114.				Rente = Fr. 600.			
Alter Jahre	Einkauf Fr.	Alter Jahre	Einkauf Fr.	Alter Jahre	Einkauf Fr.	Alter Jahre	Einkauf Fr.
23	84	30	644	37	1195	44	1787
24	166	31	718	38	1286	45	1875
25	246	32	799	39	1372	46	1955
26	325	33	872	40	1457	47	2030
27	404	34	946	41	1542	48	2111
28	485	35	1029	42	1624	49	2189
29	564	36	1111	43	1706	50	2270

*) In den vorstehenden Statuten bereits berücksichtigt.

Einkaufstabelle für die Witwen) und Waisen für eine vorauszahlbare jährliche Rente von Fr. 600.*

Alter Jahre	Einkauf Kinder Fr.	Alter Jahre	Einkauf Witwen Fr.	Alter Jahre	Einkauf Fr.	Alter Jahre	Einkauf Fr.	Alter Jahre	Einkauf Fr.
0	7160	20	8050	40	9160	60	6450	80	2840
1	7290	21	7910	41	9100	61	6250	81	2690
2	7090	22	7800	42	9030	62	6050	82	2550
3	6810	23	7740	43	8950	63	5850	83	2420
4	6500	24	7720	44	8870	64	5650	84	2280
5	6160	25	7760	45	8780	65	5460	85	2150
6	5800	26	7840	46	8680	66	5260	86	2020
7	5420	27	7940	47	8570	67	5070	87	1880
8	5020	28	8050	48	8450	68	4870	88	1750
9	4590	29	8170	49	8320	69	4680	89	1630
10	4160	30	8300	50	8190	70	4500	90	1500
11	3700	31	8430	51	8040	71	4310	91	1380
12	3230	32	8560	52	7900	72	4130	92	1260
13	2740	33	8700	53	7740	73	3960	93	1150
14	2230	34	8850	54	7580	74	3790	94	1050
15	1700	35	8990	55	7400	75	3620	95	950
16	1160	36	9110	56	7220	76	3450	96	880
17	600	37	9170	57	7040	77	3300	97	820
18	—	38	9200	58	6840	78	3140	98	750
		39	9190	59	6650	79	2990	99	600

---

42. 3. **Gesetz betreffend die Besoldung der Primarlehrer im Kanton Bern.** (Vom 31. Oktober 1909.)

Der Große Rat des Kantons Bern, in Erwägung, daß die Primarlehrerbesoldungen einer Aufbesserung bedürfen; auf den Antrag des Regierungsrates,

beschließt:

Art. 1. Die Gemeinden haben für jede Lehrstelle eine jährliche Barbesoldung von mindestens Fr. 700, zahlbar vierteljährlich oder monatlich, auszurichten.

Die Gemeindebesoldung der Arbeitslehrerin beträgt mindestens Fr. 100 für jede Klasse.

Art. 2. Der Staat leistet an die Besoldung der Lehrer mindestens folgende Zulagen:

a. an solche Lehrer oder Lehrerinnen, welche ein bernisches Primarlehrerpatent oder ein gleichwertiges Fähigkeitszeugnis besitzen:

	Lehrer	Lehrerinnen
vom 1. bis und mit dem 5. Dienstjahre	Fr. 800	Fr. 500
„ 6. „ „ „ „ 10. „	„ 1000	„ 700
„ 11. Dienstjahre an	„ 1200	„ 900

b. an unpatentierte Lehrer oder Lehrerinnen Fr. 200;

c. an Arbeitslehrerinnen Fr. 100; an Arbeitslehrerinnen, die nicht zugleich Primarlehrerinnen sind, außerdem folgende Dienstalterszulagen: vom 6. bis und mit dem 10. Dienstjahre Fr. 25, und vom 11. Dienstjahre an Fr. 50.

Dieser Anspruch der Arbeitslehrerinnen auf Dienstalterszulagen tritt jedoch erst in Kraft, nachdem die Erhöhung der Staatszulagen an die Primarlehrerschaft gemäß Art. 7 hiernach vollständig durchgeführt sein wird.

Art. 3. Zum Zwecke der Ausrichtung von außerordentlichen Staatsbeiträgen an besonders belastete Gemeinden wird ein jährlicher Kredit von mindestens Fr. 150,000 in das Budget aufgenommen.

---

*) Unter Berücksichtigung der Wahrscheinlichkeit der Wiederverehelichung.

Außerordentliche Staatsbeiträge aus diesem Kredit können auch an abgelegene oder sonst in schwierigen Verhältnissen sich befindende Gemeinden behufs Erhaltung oder Gewinnung tüchtiger Lehrkräfte ausgerichtet werden.

Es ist zulässig, die außerordentlichen Staatsbeiträge oder einen Teil derselben als Zulage zum Minimum der Gemeindebesoldung zu verabfolgen.

Wenn mit Rücksicht auf Wegschwierigkeiten oder Sprachverhältnisse besondere öffentliche oder Privatschulen bestehen oder errichtet werden müssen, so dürfen auch diese Schulen durch außerordentliche Staatsbeiträge unterstützt werden.

Wenn schwerbelastete Gemeinden Trennungen von Schulklassen vornehmen, ohne daß die in § 21 des Schulgesetzes vom 6. Mai 1894 bestimmte Maximalzahl der Kinder erreicht ist, so kann solchen Gemeinden an die Lehrerbesoldungen der neu errichteten Klassen neben dem gewöhnlichen Staatsbeitrag ein außerordentlicher Beitrag an die Gemeindebesoldung bis auf 50 % derselben ausgerichtet werden. Diese Bestimmung gilt namentlich auch für Gesamtschulen mit großer Kinderzahl.

Nur solche Gemeinden, die den gesetzlichen Vorschriften über den Primarunterricht und den infolge von solchen erlassenen Anordnungen der zuständigen Behörden Folge leisten, sollen außerordentliche Staatsbeiträge erhalten.

Alle nähern Bestimmungen über die Verteilung der außerordentlichen Staatsbeiträge werden durch Dekret des Großen Rates geordnet.

Art. 4. Wenn eine Erhöhung der Bundessubvention an die Volksschule erfolgt, so ist diese Erhöhung in erster Linie zu verwenden zur Entlastung des Staates in den von ihm durch dieses Gesetz übernommenen Leistungen für die Besoldungserhöhung der Primarlehrerschaft, sowie der Arbeitslehrerinnen, für die Beiträge an besonders belastete Gemeinden, für Zuschüsse an Leibgedinge ausgedienter Primarlehrer, sowie zu allfälligen Mehrleistungen an die Lehrerversicherungskasse.

Art. 5. Der Große Rat kann durch Dekret für Arbeitslehrerinnen, die nicht zugleich Primarlehrerinnen sind, den Beitritt zur bernischen Lehrerversicherungskasse obligatorisch erklären.

Art. 6. Die Kosten für Stellvertretung erkrankter Arbeitslehrerinnen werden von Staat, Gemeinde und Lehrerin zu gleichen Teilen getragen (§ 27, letzter Absatz, des Primarschulgesetzes).

Art. 7. Die aus Art. 2 dieses Gesetzes sich ergebende Erhöhung der Staatszulage ist stufenweise innerhalb vier Jahren durchzuführen in der Weise, daß ein Viertel davon auf 1. Januar 1909, die Hälfte auf 1. Januar 1910, drei Vierteile auf 1. Januar 1911 und die ganze Zulage auf 1. Januar 1912 ausgerichtet werden.

Art. 8. Dieses Gesetz tritt auf den 1. Januar 1909 in Kraft.

Durch dasselbe werden die §§ 14, Ziffer 3, 27, Alinea 1, und 28 des Gesetzes vom 6. Mai 1894 über den Primarunterricht, sowie § 9 des Gesetzes vom 27. Oktober 1878 über die Mädchenarbeitsschulen, soweit mit diesem Gesetz im Widerspruch stehend, aufgehoben.

---

43. 4. Gesetz betreffend die Besoldung des Lehrpersonals der Primar- und Arbeitsschule und den Allgemeinen Schulfonds des Kantons Solothurn. (Vom 21. März 1909.)

Der Kantonsrat von Solothurn, auf Vorschlag des Regierungsrates,

beschließt:

I. Besoldung des Lehrpersonals der Primar- und Arbeitsschule.

§ 1. Die Primarlehrer und Primarlehrerinnen haben als solche Anspruch: *a.* auf den monatlich auszurichtenden Grundgehalt; — *b.* auf Wohnung oder

entsprechende Entschädigung; — *c.* auf die Bürgergabe; — *d.* auf die Altersgehaltszulage.

§ 2. Die Primarlehrer beziehen jährlich wenigstens Fr. 1600, die Primarlehrerinnen wenigstens Fr. 1400 an Grundgehalt. Im übrigen bestimmt die Einwohnergemeinde die Höhe des Grundgehaltes.

Für den Grundgehalt hat die Einwohnergemeinde aufzukommen. Wo mehrere Einwohnergemeinden zusammen eine Schulgemeinde bilden, haftet, unbeschadet des Rechtes, auf die andern Einwohnergemeinden zu greifen, diejenige Einwohnergemeinde, auf deren Gebiet das Schulhaus steht.

Der Staat unterstützt die Gemeinden in der Erfüllung dieser Pflicht nach Maßgabe von §§ 3 und 4 hiernach.

§ 3. Der Staat leistet zunächst den Einwohner- beziehungsweise Schulgemeinden einen Beitrag an das Grundgehaltsminimum der Primarlehrer und -Lehrerinnen.

Es erhalten per Schule: die Gemeinden

I.	Klasse	für	Lehrer	Fr.	1100,	für	Lehrerinnen	Fr.	963
II.	„	„	„	„	1000,	„	„	„	875
III.	„	„	„	„	900,	„	„	„	788
IV.	„	„	„	„	800,	„	„	„	700
V.	„	„	„	„	700,	„	„	„	613
VI.	„	„	„	„	600,	„	„	„	525
VII.	„	„	„	„	500,	„	„	„	438
VIII.	„	„	„	„	400,	„	„	„	350
IX.	„	„	„	„	300,	„	„	„	263

Der Gesamtbeitrag des Staates umfaßt im Zeitpunkte der Klassifikation wenigstens 35 % und höchstens 36 % der Grundgehaltsminima, die in diesem Momente im Kanton ausgerichtet werden.

Die Staatsleistung, die der Berechnung zugrunde gelegt wird, ist auf die Einwohner- beziehungsweise Schulgemeinden und deren Schulen zu verteilen wie folgt: Jeder Schule wird zunächst eine fixe Grundtaxe zugewiesen; bei der Repartierung des Restes soll die Steuerkraft und die Steuerlast der Einwohner- beziehungsweise Schulgemeinden angemessen berücksichtigt werden.

Nach der Höhe des so für die einzelne Schule festgestellten Staatsbeitrages werden die Einwohner- beziehungsweise Schulgemeinden in die hiervor aufgeführten neun Klassen eingeordnet.

Diese Klassifikation erfolgt alle drei Jahre durch den Regierungsrat.

§ 4. An die das gesetzliche Minimum übersteigenden Grundgehaltsbeiträge des Lehrpersonals der Primarschule leistet der Staat den Einwohnergemeinden einen weitern Beitrag in dem Verhältnis, welches in § 3 für den Beitrag an das Minimum des Grundgehaltes vorgesehen ist. Dieser Beitrag wird alljährlich festgestellt.

§ 5. In bezug auf den dem Lehrpersonal der Primarschule zustehenden Anspruch auf Wohnung, auf die Bürgergabe und auf die Altersgehaltszulage bleibt, abgesehen von der im folgenden Absatz vorgesehenen Ausnahme, der derzeitige Rechtszustand unverändert.

Der Beitrag, den die Einwohner- beziehungsweise Schulgemeinde an die staatliche Altersgehaltszulage zu leisten hat (§ 2 des Gesetzes betreffend die Altersgehaltszulagen etc. vom 23. April 1899), bemißt sich nach der Stelle, welche die Gemeinde in der in § 3 des vorliegenden Gesetzes vorgesehenen Klassenordnung einnimmt. Es haben per Schule beizutragen: die Gemeinden

I.	Klasse	Fr.	10	VI.	Klasse	Fr.	60
II.	„	„	20	VII.	„	„	70
III.	„	„	30	VIII.	„	„	80
IV.	„	„	40	IX.	„	„	90
V.	„	„	50				

§ 6. Die Arbeitslehrerin bezieht als Gehalt für jede von ihr geführte Arbeitsschule jährlich wenigstens Fr. 180. Im übrigen bestimmt die Einwohnergemeinde die Höhe der Besoldung.

Für die Besoldung der Arbeitslehrerin haben die Einwohnergemeinden aufzukommen. In den aus mehreren Einwohnergemeinden bestehenden Schulgemeinden ist § 2, Absatz 2, Satz 2 maßgebend.

Der Staat unterstützt die Gemeinden in der Erfüllung dieser Pflicht nach Maßgabe von §§ 7 und 8 hiernach.

§ 7. Der Staat leistet zunächst den Einwohner- beziehungsweise Schulgemeinden einen Beitrag an das Besoldungsminimum der Arbeitslehrerinnen.

Dieser Beitrag bemißt sich nach der Stelle, welche die Einwohner- beziehungsweise Schulgemeinde in der in § 3 vorgesehenen Klassenordnung einnimmt. Es erhalten per Arbeitsschule: die Gemeinden

I. Klasse	Fr. 120	VI. Klasse	Fr. 70
II. „	„ 110	VII. „	„ 60
III. „	„ 100	VIII. „	„ 50
IV. „	„ 90	IX. „	„ 40
V. „	„ 80		

§ 8. An die das gesetzliche Minimum übersteigenden Gehaltsbeträge der Arbeitslehrerinnen leistet der Staat den Einwohnergemeinden einen weitern Beitrag in dem Verhältnis, welches in § 7 für den Beitrag an das Minimum der Besoldung vorgesehen ist. Dieser Beitrag wird alljährlich festgestellt.

II. Allgemeiner Schulfonds des Kantons Solothurn.

§ 9. Dem Vermögen des Allgemeinen Schulfonds sind die von den Klöstern Visitationis B. V. M., St. Josef und Nominis Jesu in Solothurn und die vom Kapitel Buchsgau an die Schulausgaben des Kantons Solothurn nach § 52 des Gesetzes über die Primarschulen vom 27. April 1873 zu leistenden Beiträge einzuverleiben.

Die Erträgnisse des Allgemeinen Schulfonds werden wie folgt verwendet:

a. Aus den Erträgen werden zunächst Verwaltungskosten, Steuern und Abgaben bestritten.

b. Der Allgemeine Schulfonds trägt sodann die mit dem Erziehungswesen nicht zusammenhängenden Lasten, die der Staat als Rechtsnachfolger der Stifte St. Urs und Viktor zu Solothurn und St. Leodegar zu Schönenwerd, des Klosters Mariastein, des Franziskanerfonds und endlich des Diözesanfonds (vgl. Dekret vom 10. Oktober 1874 und Kantonsratsbeschluß vom 23. November 1883) übernommen hat.

c. Der Rest der Erträgnisse endlich fällt in die Staatskasse als Beitrag an die laufenden Schulausgaben des Staates.

§ 10. Der Spezialfonds für Erziehungszwecke (Anteil des Staates am Stiftungsvermögen des Choraulen- und Partisteninstitutes in Solothurn) wird vom Allgemeinen Schulfonds losgelöst und zu einem selbständigen Fonds gemacht. Der Regierungsrat hat Bestimmungen über die Verwendung des Abnutzens dieses Fonds zu treffen.

Der Regierungsrat ist ermächtigt, mit den Klöstern Visitationis, St. Josef und Nominis Jesu in Solothurn und dem Kapitel Buchsgau auf dem Wege eines gegenseitig freiwilligen Abkommens zu vereinbaren, daß diese geistlichen Institute an Stelle der in § 9, Absatz 1 hiervor genannten jährlichen Beiträge einen Kapitalbetrag in den Allgmeinen Schulfonds einwerfen. Die genannten Institute bleiben in bezug auf den im Zeitpunkt der Ablösung vorhandenen Status des Vermögens und Einkommens auch weiterhin von der Verpflichtung, Staatssteuern zu entrichten, befreit.

Der Staat verzichtet auf das ihm gegen den Allgemeinen Schulfonds laut Obligation vom 15. Dezember 1884 zustehende, sich noch auf Fr. 1,295,000 belaufende Forderungsrecht.

Im übrigen erleidet der Vermögensstatus des Allgemeinen Schulfonds keine Änderungen.

III. Schlussbestimmungen.

§ 11. Durch das vorliegende Gesetz werden diejenigen Bestimmungen von Gesetzen und Verordnungen, welche mit ihm in Widerspruch stehen, aufgehoben.

Insbesondere fallen dahin:

a. § 46, Absatz 1, 2 und 3, sowie § 51, Absatz 1, litt. *a* und *b*, und Absatz 3 des Gesetzes über die Primarschulen vom 27. April 1873;

b. § 2 des Gesetzes betreffend die Altersgehaltszulagen für die Primarlehrer und Primarlehrerinnen, die Anstellung von Lehrerinnen und die provisorische Lehrerwahl vom 23. April 1899, soweit sich diese Bestimmung mit der Höhe der Gemeindebeiträge befaßt;

c. Art. 17, litt. *b* und *c* des Dekretes vom 4. Oktober 1874 betreffend das Kloster Mariastein und die Stifte St. Urs und Viktor zu Solothurn und St. Leodegar zu Schönenwerd;

d. §§ 3 und 4 der Verordnung des Regierungsrates betreffend die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel und Schulmaterialien in der Primarschule und die Minimalbesoldung der Primarlehrer vom 2. Dezember 1887;

e. § 49 des Gesetzes über Organisation des Gemeindewesens vom 22. Oktober 1871, soweit sich diese Bestimmung auf die Primarlehrerbesoldungsbeiträge des Staates an die Gemeinden und der Gemeinden an den Staat bezieht;

f. § 17 des Gesetzes betreffend die direkte Steuer vom 17. März 1895, soweit diese Bestimmung sich auf den 9. und 10. Staatssteuerzehntel bezieht.

§ 12. Der vorliegende Erlaß wird Gesetz, wenn er vom Volke angenommen und wenn Art. 49 der Verfassung des Kantons Solothurn vom 23. Oktober 1887 aufgehoben ist.

Dieses Gesetz tritt am 1. Mai 1909 in Kraft.

Behufs Deckung der durch §§ 1—8 des vorliegenden Gesetzes dem Staate entstehenden Mehrausgaben erhebt der Regierungsrat für das Jahr 1909 den neunten und für die folgenden Jahre zudem noch den zehnten Staatssteuerzehntel.

---

44. 5. Verordnung betreffend die Klassifikation der Einwohner- beziehungsweise Schulgemeinden des Kantons Solothurn für die Bemessung der Beiträge des Staates an die Besoldungen der Primarlehrer und Arbeitslehrerinnen, sowie der Beiträge der Gemeinden an die Altersgehaltszulagen des Lehrpersonals der Primar- und Arbeitsschule. (Vom 20. April 1909.)

Der Regierungsrat des Kantons Solothurn, in Ausführung von § 3 des Gesetzes betreffend die Besoldung des Lehrpersonals der Primar- und Arbeitsschule und den Allgemeinen Schulfonds des Kantons Solothurn vom 21. März 1909,

beschließt:

§ 1. Die Einwohner- beziehungsweise Schulgemeinden des Kantons Solothurn werden für die Bemessung der Beiträge des Staates an die Besoldungen der Primarlehrer und -Lehrerinnen und der Arbeitslehrerinnen, sowie der Beiträge der Gemeinden an die Altersgehaltszulagen des Lehrpersonals der Primar- und Arbeitsschule in die durch § 3 des Gesetzes betreffend die Besoldung des Lehrpersonals der Primar- und Arbeitsschule und den Allgemeinen Schulfonds des Kantons Solothurn vom 21. März 1909 vorgesehenen Klassen eingeordnet wie folgt:

I. Klasse: Gemeinde Herbetswil.

II. Klasse: Gemeinden Steinhof und Wolfwil.

III. Klasse: Gemeinden Gänsbrunnen, Rohr, Brunnenthal, Holderbank, Winistorf, Horriwil, Welschenrohr, Starrkirch, Rothacker.

IV. Klasse: Gemeinden Dulliken, Obergösgen, Däniken, Heinrichswil, Ökingen, Obergerlafingen, Günsberg-Balm, Hersiwil, Egerkingen.

V. Klasse: Gemeinden Obererlinsbach, Wangen, Recherswil, Gretzenbach-Grod, Brügglen, Matzendorf, Nuglar, Niederwil, Lohn-Ammannsegg, Gunzgen, Kleinlützel, Hubersdorf, Kammersrohr, Kappel, Niedererlinsbach, Niedergösgen-Witterswil, Ätigkofen, Trimbach, Härkingen, Lostorf.

VI. Klasse: Gemeinden Bolken, Äschi-Burgäschi, Himmelried, Fulenbach, Oberbuchsiten, Ädermannsdorf, Boningen, Wisen, Hofstetten, Laupersdorf, Kienberg, Mümliswil, Bärschwil, Subingen, Winznau, Tscheppach, Zuchwil, Biezwil, Stüßlingen, Kriegstetten-Halten, Hägendorf, Eppenberg, Goßliwil, Bibern, Flumenthal, Etziken-Hüniken, Mühledorf, Küttigkofen-Kyburg-Buchegg, Seewen, Nennigkofen, Büren, Metzerlen, Deitingen, Lommiswil.

VII. Klasse: Gemeinden Zullwil, Oberramsern, Kestenholz, Meltingen, Niederbuchsiten, Rüttenen, Oberdorf, Bättwil, Grindel, Fehren, Bellach, Lüßlingen, Beinwil, Bettlach, Biberist, Lüterkofen-Ichertswil, Nunningen, Messen, Gempen, Rickenbach, Hochwald, Grenchen, Selzach, Önsingen, Hauenstein-Ifenthal, Erschwil, Neuendorf, Unterramsern, Gächliwil, Derendingen, Rodersdorf, Balm, Schnottwil, Riedholz.

VIII. Klasse: Gemeinden Solothurn, Olten, Breitenbach, Ätingen, Balsthal, Hessigkofen, Lüterswil, Dornach, Langendorf, Niedergerlafingen, Feldbrunnen, Schönenwerd, Luterbach, Büsserach.

IX. Klasse: Keine Gemeinde.

§ 2. Diese Klassifikation der Einwohner- beziehungsweise Schulgemeinden tritt am 20. April 1912 außer Kraft.

~~45~~. 6. Vollziehungsverordnung zum Gesetz betreffend die Besoldung des Lehrpersonals der Primar- und Arbeitsschule und den Allgemeinen Schulfonds des Kantons Solothurn vom 21. März 1909. (Vom 22. April 1909.)

Der Regierungsrat des Kantons Solothurn, in Ausführung des Gesetzes betreffend die Besoldung des Lehrpersonals der Primar- und Arbeitsschule und den Allgemeinen Schulfonds des Kantons Solothurn vom 21. März 1909,

beschließt:

§ 1. Der Anspruch der Primarlehrer und -Lehrerinnen auf den Grundgehalt wird gegenüber der zahlungspflichtigen Einwohnergemeinde je auf den 20. eines Monats fällig.

Der Grundgehalt läuft für das Sommerschulhalbjahr vom 20. April zum 20. Oktober und für das Winterschulhalbjahr vom 20. Oktober zum 20. April des folgenden Jahres.

§ 2. Der Beitrag, den der Staat den Einwohnergemeinden an das Grundgehaltsminimum leistet (§ 3 des Gesetzes), wird auf den 20. Oktober für das Sommerschulhalbjahr und auf den 20. April für das Winterschulhalbjahr entrichtet.

§ 3. Der Beitrag, den der Staat den Einwohnergemeinden an den das Minimum übersteigenden Betrag des Grundgehaltes zahlt (§ 4 des Gesetzes), wird geleistet wie folgt:

a. je auf den 20. April fordert das Erziehungsdepartement durch Auskündung im Amtsblatt die Einwohnergemeinden auf, innert bestimmter Frist und unter Beibringung der Rechnungsbelege darzutun, ob und wie weit sie im verflossenen Schuljahr einen das Minimum übersteigenden Grundgehalt bezahlt haben;

b. der Regierungsrat stellt in der Folge fest, welche Beiträge den Gemeinden nach § 4 des Gesetzes zukommen, und weist die Staatskasse an, sie auszubezahlen.

§ 4. Das Departement des Innern hat alljährlich im Rechenschaftsberichte des Regierungsrates eine Tabelle zu veröffentlichen, aus welcher hervorgeht, welchen Staatssteuerbetrag die Gemeinden abgeworfen haben und welche Gemeindesteuern von ihnen bezogen worden sind.

§ 5. Der Anspruch der Primarlehrer und Primarlehrerinnen auf Wohnungsentschädigung wird gegenüber der zahlungspflichtigen Einwohnergemeinde je auf den 20. Juli, 20. Oktober, 20. Januar und 20. April fällig.

Der Anspruch auf Wohnung oder Wohnungsentschädigung läuft für das Sommerschulhalbjahr vom 20. April zum 20. Oktober und für das Winterschulhalbjahr vom 20. Oktober zum 20. April des folgenden Jahres.

§ 6. Die Ansprüche auf Grundgehalt und auf Wohnungsentschädigung dürfen nicht in einen Anspruch verschmolzen werden; beide sind von den Gemeinden gesondert im Voranschlag und in der Rechnung zu erzeigen.

§ 7. Die Bürgergabe ist den Primarlehrern und -Lehrerinnen von der leistungspflichtigen Bürgergemeinde in dem Zeitpunkte zur Verfügung zu stellen, in welchem die Bürgergabe den Bürgern verabfolgt wird.

§ 8. Der Anspruch der Primarlehrer und -Lehrerinnen auf die Altersgehaltszulage wird gegenüber dem Staate auf den 20. Oktober für das Sommerschulhalbjahr und auf den 20. April des folgenden Jahres für das Winterschulhalbjahr fällig.

Die Höhe der Altersgehaltszulage richtet sich nach der Dauer der Lehrtätigkeit im Kanton Solothurn; bei deren Feststellung fallen nur halbe Schuljahre in Betracht.

§ 9. Der Anspruch der Arbeitslehrerinnen auf die Besoldung wird der zahlungspflichtigen Einwohnergemeinde gegenüber je auf den 20. Juli, 20. Oktober, 20. Januar und 20. April fällig.

Die §§ 2 und 3 der vorliegenden Verordnung finden auf den Staatsbeitrag an die Arbeitslehrerinnenbesoldung entsprechende Anwendung.

§ 10. Die Beiträge der Klöster Visitations B. V. M., St. Josef und Nominis Jesu in Solothurn und des Kapitels Buchsgau an die Schulausgaben des Kantons Solothurn, wie sie im Budget für das Jahr 1909 festgesetzt sind, werden für die Zeit bis 1. Mai 1909 in bisheriger Weise als Beiträge an die Schulausgaben in der Staatsrechnung verrechnet, vom 1. Mai 1909 an dagegen dem Vermögen des Allgemeinen Schulfonds des Kantons Solothurn einverleibt und je auf Ende des Jahres zu Kapital angelegt.

Die Beiträge sind von den genannten geistlichen Instituten bis zu der in § 10, Absatz 2, des Gesetzes vorgesehenen Ablösung je auf den 1. Oktober zu entrichten.

§ 11. Von der Schuld des Allgemeinen Schulfonds des Kantons Solothurn an die Staatskasse, die auf 1. Mai 1909 erlischt und abzuschreiben ist, wird der Markzins vom 15. September 1908 bis 1. Mai 1909 erhoben und pro 1908 als vorjähriger Ausstand, pro 1909 als diesjähriger Ertrag verrechnet.

§ 12. Diese Verordnung tritt am 1. Mai 1909 in Kraft.

---

46. 7. **Statuten der Rothstiftung des Kantons Solothurn.** (Vom 11. Dezember 1909.)

I. Zweck, Persönlichkeit, Sitz, Verwaltung.

§ 1. Die Rothstiftung des Kantons Solothurn ist die Invaliden-, Witwen- und Waisenkasse der Lehrerschaft der Primar-, Bezirks- und Fortbildungsschule des Kantons Solothurn. (Gesetz vom 3. Februar 1872.)

§ 2. Die Rothstiftung ist eine juristische Person.

Sie hat Sitz in Solothurn.

Deren Kassa- und Rechnungswesen besorgt die Staatskasse. Die Gelder der Rothstiftung sind bei der Solothurner Kantonalbank anzulegen.

II. Mitgliedschaft.

§ 3. Mitglieder sind die am 1. Januar 1910 im Schuldienst des Kantons Solothurn tätigen bisherigen Mitglieder der reorganisierten Rothstiftung.

Wer nach Maßgabe der Statuten der Rothstiftung vom 30. April 1904 gehalten war, der Rothstiftung beizutreten, nachher den Solothurnischen Primarschuldienst verläßt und später wieder in diesen eintritt, ist verpflichtet, der Rothstiftung anzugehören.

§ 4. Der Rotstiftung müssen betireten die Primarlehrer und -lehrerinnen, welche

a. nach dem 1. Januar 1910 das Solothurnische Lehrpatent erwerben und

b. an einer öffentlichen Lehranstalt der Primarschulstufe (Primarschulen der Gemeinden, St. Josefsanstalt in Däniken, Anstalt für schwachsinnige Kinder in Kriegstetten usw.) provisorisch oder definitiv angestellt sind.

Wer nach Maßgabe der vorliegenden Statuten gehalten ist, der Rothstiftung beizutreten, nachher den Solothurnischen Primarschuldienst verläßt und später wieder in diesen eintritt, ist verpflichtet, der Rothstiftung anzugehören.

§ 5. Der Rothstiftung können beitreten folgende im öffentlichen Schuldienst des Kantons Solothurn provisorisch oder definitiv angestellte Lehrkräfte:

a. die Fortbildungsschullehrer, die ein Solothurnisches Lehrpatent besitzen;

b. die Bezirkslehrer- und -lehrerinnen, welche im Besitze des Solothurnischen Lehrpatentes für die Bezirksschulstufe sind;

c. die Arbeitslehrerinnen, welche das Solothurnische Lehrpatent für die Arbeitsschulen besitzen;

d. die an den Primar- oder Bezirksschulen angestellten Turn-, Zeichen- und Gesanglehrer.

Die Fortbildungsschullehrer, die Arbeitslehrerinnen und die Turn-, Zeichen- und Gesanglehrer sind nur dann beitrittsberechtigt, wenn sie wenigstens 24 Unterrichtsstunden per Schulwoche erteilen.

§ 6. Die Mitgliedschaft erlischt: *a.* durch Tod; — *b.* durch Pensionierung; — *c.* durch Ausscheiden aus dem Solothurnischen Schuldienste.

III. Beiträge der Mitglieder und des Staates.

§ 7. Das Mitglied leistet, soweit nicht § 38 zur Anwendung kommt, beim Eintritt in die Rothstiftung an die Kasse:

a. ein Eintrittsgeld von 3 % seiner anrechenbaren Besoldung (§ 11);

b. an Nachzahlung so viel mal 8 % seiner anrechenbaren Besoldung (§ 11) als sein Altersjahr die Zahl 30 an ganzen Einheiten übersteigt.

Die Zahlungspflicht entsteht mit dem Eintritt des Mitgliedes in die Rothstiftung. Die Zahlung hat zur Hälfte 6 Monate nach dem Eintritt, zur anderen Hälfte ein Jahr später zu erfolgen. Die engere Kommission kann jedoch auf Begehren des Schuldners für die Nachzahlung den Einzahlungstermin erstrecken.

§ 8. Das Mitglied leistet beim Wiedereintritt in die Rothstiftung an die Kasse:

a. die Abgangsentschädigung, welche es seinerzeit beim Austritt aus der Rothstiftung nach § 22 erhalten hatte, samt Zins und Zinseszins;

b. an Nachzahlung so viel mal 8 % seiner anrechenbaren Besoldung (§ 11), als in bezug auf die Jahre, während welchen es nicht Mitglied der Rothstiftung war, sein Altersjahr die Zahl 30 an ganzen Einheiten übersteigt.

Die Bestimmung des § 7 Abs. 2 findet hier entsprechende Anwendung.

§ 9. Die Mitglieder zahlen einen Jahresbeitrag von 5 % der anrechenbaren Besoldung (§ 11), welche sie am 1. Januar des betreffenden Jahres oder zur Zeit des während des Jahres erfolgenden Eintritts in die Rothstiftung beziehen. [1])

---

[1]) Absatz 1 des § 9 abgeändert durch Regierungsratsbeschluß vom 20. Dezember 1909 (unten Seite 189).

Vom Schuldienst beurlaubte oder vorübergehend stellenlos gewordene Mitglieder sind mit Einwilligung der engeren Kommission berechtigt, ihre Jahresbeiträge auch weiterhin zu bezahlen.

Mitglieder, die ihre Stelle wechseln und an eine solche mit niedrigerer Besoldung treten, sind befugt, weiterhin von der früheren, höheren Besoldung den Jahresbeitrag zu entrichten.

Wer nur während eines Teils des Jahres Mitglied der Rothstiftung ist, zahlt den ganzen Jahresbeitrag.

Die Zahlungspflicht entsteht mit dem 1. Januar beziehungsweise mit dem während des Jahres erfolgenden Eintritt in die Rothstiftung. Wer am 1. Januar Mitglied ist, hat die Zahlung zur Hälfte bis zum 20. April, zur anderen Hälfte bis zum 20. Oktober zu leisten; während des Jahres eintretende Mitglieder haben den Jahresbeitrag bis zum 31. Dezember zu entrichten.

§ 10. Erhöht sich die anrechenbare Besoldung (§ 11) eines Mitgliedes, sei es infolge einer Besoldungsaufbesserung, sei es infolge einer Wahl an eine Lehrstelle mit höherer Besoldung, so ist der Betrag, um welchen die anrechenbare Besoldung (§ 11) höher ist als bis anhin, für die Zeit von 6 Monaten in die Kasse einzuzahlen.

Die Zahlungspflicht entsteht mit der Besoldungserhöhung. Die Zahlung ist zur Hälfte zu leisten, wenn das Mitglied die erhöhte Besoldung während 6 Monaten, zur andern Hälfte, wenn es sie während 12 Monaten bezogen hat.

§ 11. Die Summe des Grundgehaltes, der Altersgehaltszulagen und der Wohnungsentschädigung beziehungsweise des Wohnungswertes, soweit sie den Betrag von 3000 Franken nicht übersteigt, ist die anrechenbare Besoldung.

§ 12. Die Verwaltung der Rothstiftung ist berechtigt, fällige Mitgliederbeiträge in Abzug zu bringen:

a. von der staatlichen Altersgehaltszulage;

b. von den Beiträgen, welche der Staat nach §§ 3 und 7 des Gesetzes betreffend die Besoldung des Lehrpersonals der Primar- und Arbeitsschule und den allgemeinen Schulfonds des Kantons Solothurn vom 21. März 1909 und nach § 12 des Gesetzes über die Bezirksschulen des Kantons Solothurn vom 24. April 1875 ausrichtet;

c. von den Pensionen (§§ 14—18) und von der Abgangsentschädigung (§ 22).

§ 13. Der Staat leistet an die Rothstiftung einen jährlichen Beitrag von Fr. 3000.

Außerdem fällt der Rothstiftung jährlich ein Drittel des an den Kanton Solothurn ausgerichteten Bundesbeitrages an die Volksschule zu. (Kantonsratsbeschluß vom 19. Juli 1904).

IV. Pensionen. Abgangsentschädigung.

§ 14. Die invalid gewordenen Mitglieder der Rothstiftung haben Anspruch auf Pensionierung.

Die Invalidenpension beträgt, wenn die Invalidität im Jahre des Eintritts in die Rothstiftung erfolgt, 20% der Besoldung. Sie steigert sich mit jedem Jahresbeitrag um 1% bis zum Maximum von 50% der Besoldung. Der Berechnung der Pension wird diejenige Besoldung zugrunde gelegt, von welcher der letzte Jahresbeitrag (§ 9) zu leisten war.

Für die ältern Lehrer und Lehrerinnen kommen ferner die Jahre, für die Nachzahlungen geleistet worden sind, in Anrechnung.

Darüber, ob im einzelnen Falle die Invalidität, welche den Pensionsanspruch zur Entstehung bringt, vorliege, entscheidet endgültig auf Ansuchen des Mitgliedes oder auf Antrag des Erziehungsdepartements gestützt auf ein ärztliches Zeugnis die Verwaltungskommission.

§ 15. Stirbt ein verheirateter Lehrer oder ein verheirateter Pensionierter, so erhält seine Witwe als Pension die Hälfte des Betrages, der ihrem Gatten nach § 14 zugekommen wäre beziehungsweise zugekommen ist.

Die Pensionsberechtigung der Witwe setzt voraus, daß bis zum Tode des Gatten eine Scheidung der Ehe nicht erfolgt ist.

Stirbt die pensionsberechtigte Witwe oder verehelicht sie sich wieder, so erlischt die Witwenpension.

§ 16. Stirbt ein verheirateter Lehrer oder ein verheirateter Pensionierter und bleiben außer einer Witwe (§ 15) Kinder zurück, so erhält jedes Kind bis zum vollendeten 18. Altersjahr $^1/_{10}$, alle Kinder zusammen aber nicht mehr als die Hälfte des Betrages, der dem Vater nach § 14 zugekommen wäre beziehungsweise zugekommen ist.

Stirbt ein Lehrer oder Pensionierter und bleiben nur Kinder zurück (sei es, daß die Ehe geschieden worden war, oder daß die Ehefrau vor dem Gatten gestorben ist, oder daß die Witwe stirbt oder sich wieder verehelicht), so erhält jedes Kind bis zum vollendeten 18. Altersjahr $^1/_5$ von 75 % derjenigen Summe, die dem Vater nach § 14 zugekommen wäre beziehungsweise zugekommen ist, alle zusammen aber nicht mehr als diese 75 %.

Sind im Falle von Absatz 1 und 2 dieses Paragraphen bedürftige invalide Kinder da, welche das 18. Altersjahr zurückgelegt haben, so erhalten diese für die Dauer der Unterstützungsbedürftigkeit bis zu 40 % derjenigen Summe, welche dem Vater nach § 14 zugekommen wäre beziehungsweise zugekommen ist. Über die Unterstützungsbedürftigkeit und die Höhe der Pension entscheidet endgültig die Verwaltungskommission.

§ 17. Stirbt ein Lehrer oder Pensionierter, der weder Frau noch Kinder hinterläßt und die Stütze bedürftiger Eltern war, so erhalten diese für die Dauer der Unterstützungsbedürftigkeit bis zu 40 % derjenigen Summe, welche dem Sohne nach § 14 zugekommen wäre beziehungsweise zugekommen ist. Über die Unterstützungsbedürftigkeit und die Höhe der Pension entscheidet endgültig die Verwaltungskommission.

§ 18. Stirbt eine Lehrerin oder eine Pensionierte und hinterläßt sie keine Kinder, so findet § 17 entsprechende Anwendung.

Stirbt eine Lehrerin und hinterläßt sie Kinder, so stehen diesen die Rechte des § 16 Absatz 1 und 3 zu, wenn deren Vater noch lebt; andernfalls kommt § 16 Absatz 2 und 3 zur Anwendung.

§ 19. Pensionierte, die außerhalb des Kantons Solothurn wohnen, haben der Verwaltung der Rothstiftung jedes Jahr eine amtlich beglaubigte Lebensbescheinigung zuzustellen.

Für Kinder, welche Pensionon anzusprechen haben, ist der Staatskasse vor Bezug der ersten Pension ein amtlicher Geburtsschein und, sofern die Verwaltung dies später für nötig erachtet, auch eine amtliche Lebensbescheinigung einzureichen.

§ 20. Den Zeitpunkt, von welchem an die Invalidenpension zu laufen beginnt, bestimmt die Verwaltungskommission. Die Witwen-, Kinder- und Elternpensionen werden vom ersten Tage desjenigen Monats an ausgerichtet, in welchem sich die Voraussetzungen für die Pensionierung erfüllen.

Die Pensionen werden vierteljährlich, auf Wunsch monatlich ausbezahlt.

§ 21. Die Pension ist für den persönlichen Unterhalt der Berechtigten bestimmt. Sie ist unveräußerlich, unverpfändbar und unpfändbar.

§ 22. Scheidet ein Mitglied nach 5 oder mehr im Kanton zurückgelegten Dienstjahren aus dem kantonalen Schuldienst aus, so zahlt die Rothstiftung an das männliche Mitglied 60 %, an das weibliche 80 % seiner Einlagen ohne Zinsvergütung zurück. Bei weniger als 5 Dienstjahren wird eine Abgangsentschädigung nicht ausgerichtet.

V. Organisation.

§ 23. Die Organe der Rothstiftung sind: *a.* die Generalversammlung; — *b.* die Verwaltungskommission; — *c.* die engere Kommission; — *d.* die Prüfungskommission.

Der Präsident und der Sekretär der Verwaltungskommission vertreten die Rothstiftung nach außen und führen die rechtsverbindliche Unterschrift.

§ 24. Die Amtsdauer des Bureaus der Generalversammlung (des Präsidenten, Vizepräsidenten und Sekretärs), der Verwaltungskommission, der engeren Kommission und der Prüfungskommission beträgt fünf Jahre und fällt mit der Rechnungsperiode der Rothstiftung (§ 34) zusammen.

Das Bureau der Generalversammlung und die genannten Kommissionen können besetzt werden aus Personen, die nicht Mitglieder der Rothstiftung sind.

§ 25. Wer der Verwaltungskommission und der engeren Kommission, sei es mit entscheidender, sei es mit beratender Stimme, angehört, bezieht ein Sitzungsgeld von 5 Franken; die Mitglieder der Prüfungskommission erhalten ein solches von 8 Franken. Im fernern wird ihnen diejenige Reiseentschädigung ausgerichtet, welche die Beamten und Angestellten des Staates, welche Jahresgehalte beziehen, zu beanspruchen haben.

§ 26. Die Generalversammlung besteht aus den Mitgliedern der reorganisierten Rothstiftung.

Der Vorsteher des Erziehungsdepartements, sowie die Mitglieder des Bureaus der Generalversammlung, der Verwaltungskommission und der Prüfungskommission, welche der Rothstiftung nicht angehören, haben in der Generalversammlung beratende Stimme.

Die Generalversammlung tritt alljährlich zu einer ordentlichen Sitzung, in der Regel am Solothurnischen Lehrertag, zusammen. Außerordentliche Sitzungen finden statt, so oft es die Verwaltungskommission für nötig erachtet oder $^1/_5$ der Mitglieder es verlangen.

§ 27. Die Generalversammlung hat folgende ihr ausschließlich zustehende Kompetenzen:

a. Wahl des Präsidenten, Vizepräsidenten und des Sekretärs der Generalversammlung;

b. Wahl von 4 Mitgliedern der Verwaltungskommission;

c. Wahl von 3 Mitgliedern der Prüfungskommission;

d. Genehmigung der Jahresrechnung und des Geschäftsberichtes nach Anhörung des Berichtes der Prüfungskommission;

e. Abänderung der Statuten nach §§ 34 und 35.

Wahlen und Abstimmungen finden, soweit die Statuten nichts anderes vorschreiben, mit absolutem Stimmenmehr der anwesenden Stimmberechtigten statt.

§ 28. Die Verwaltungskommission besteht aus 7 Mitgliedern, von welchen die Generalversammlung 4 und der Regierungsrat 3 ernennt. Sie wählt aus ihrer Mitte einen Präsidenten, Vizepräsidenten und Sekretär.

Der Staatskassier hat in der Verwaltungskommission beratende Stimme. Präsident und Vizepräsident der Generalversammlung können der Verwaltungskommission als Mitglieder angehören; sofern dies nicht der Fall ist, haben sie in ihr beratende Stimme.

Die Verwaltungskommission wird vom Präsidenten einberufen, wenn die Geschäfte es erfordern oder wenn 2 Mitglieder es verlangen.

§ 29. Die Verwaltungskommission hat, abgesehen von den ihr durch die vorliegenden Statuten ausdrücklich zugewiesenen Rechten und Pflichten, alle diejenigen Kompetenzen, welche nicht durch die Statuten der Generalversammlung oder einer andern Kommission vorbehalten sind.

Insbesondere liegen ihr ob: die Einberufung, die Vorberatung der Geschäfte, die Feststellung der Traktanden und die Ausführung der Beschlüsse der Generalversammlung. Im weitern hat sie das Rechnungswesen und die Vermögensverwaltung der Rothstiftung zu überwachen.

§ 30. Die engere Kommission besteht aus dem Präsidenten, Vizepräsidenten und Sekretär der Verwaltungskommission.

Der Staatskassier hat in ihr beratende Stimme.

Die engere Kommission wird vom Präsidenten einberufen, so oft es die Geschäfte erfordern.

§ 31. Der engern Kommission stehen die ihr durch vorliegende Statuten oder durch Spezialbeschluß der Verwaltungskommission zugewiesenen Kompetenzen zu. Es liegt ihr die Vorbereitung der Geschäfte und die Durchführung der Beschlüsse der Verwaltungskommission ob.

§ 32. Die Prüfungskommission besteht aus 5 Mitgliedern, von welchen 3 die Generalversammlung und 2 der Regierungsrat ernennt. Die Kommission wählt aus ihrer Mitte einen Präsidenten, Vizepräsidenten und Sekretär.

§ 33. Die Prüfungskommission hat die Jahresrechnung zu revidieren und in die gesamte Verwaltung Einsicht zu nehmen. Über ihren Befund erstattet sie an die Verwaltungskommission zuhanden der Generalversammlung schriftlichen Bericht.

VI. Statutenrevision. Unauflösbarkeit der Rothstiftung.

§ 34. Eine Revision der Statuten kann nur alle fünf Jahre stattfinden.

Auf den Schluß der fünfjährigen Rechnungsperiode wird das Vermögen der Rothstiftung nach den mathematischen Gesetzen der Versicherungstechnik festgestellt. Sollte sich hierbei ein Defizit ergeben, so sind durch Statutenänderung die Mitgliederbeiträge zu erhöhen. Ergibt sich ein Überschuß, so können die neuen Statuten die Rechte der Mitglieder ausdehnen oder deren Pflichten mindern. Das eine und das andere kann nur gestützt auf ein versicherungstechnisches Gutachten geschehen.

Eine Statutenänderung kann am Schlusse der fünfjährigen Periode auch auf Antrag der Mitglieder der Rothstiftung, der Verwaltungskommission oder der Prüfungskommission erfolgen. Die Abänderungsanträge der Mitglieder und der Prüfungskommission sind sechs Monate vor Ablauf der Rechnungsperiode der Verwaltungskommission einzureichen. Ohne Zuziehung eines sachverständigen Mathematikers dürfen keine Statutenänderungen vorgenommen werden.

§ 35. Die Abänderungsanträge sind der Generalversammlung mit dem versicherungstechnischen Gutachten vorzulegen.

Die Generalversammlung entscheidet zunächst, ob auf die Statutenrevision einzutreten sei und beschließt hernach, welche Änderungen vorzunehmen seien. Der Eintretensbeschluß muß, um gültig zu sein, drei Viertel der Stimmen, der Abänderungsbeschluß das absolute Mehr der Stimmen der anwesenden Stimmberechtigten auf sich vereinigen.

Die auf die Statutenrevision bezüglichen Beschlüsse der Generalversammlung und die revidierten Statuten unterliegen der Genehmigung des Regierungsrates.

§ 36. Eine Auflösung der Rothstiftung und eine Verteilung des Vermögens unter die Mitglieder ist ausgeschlossen.

VII. Übergangs- und Schlußbestimmungen.

§ 37. Die Bestimmungen der vorliegenden Statuten über die Höhe der Pension finden auf diejenigen Personen, welche am 31. Dezember 1909 pensionsberechtigt sind, keine Anwendung.

§ 38. Im kantonalen Schuldienst befindliche Lehrer und Lehrerinnen, welche nach § 2 litt. *a* und *b* der Statuten der Rothstiftung vom 30. April 1904 der Rothstiftung hätten beitreten können, ihr aber nicht beigetreten sind, können von der Verwaltungskommission auf den 31. Dezember 1909 in die Rothstiftung aufgenommen werden, wenn sie bis zum 31. Januar 1910 sich durch Schuldschein verpflichten, nebst allfälligen seit dem 1. Januar 1905 aus der alten Rothstiftung bezogenen Pensionen denjenigen Betrag an die Kasse zu vergüten, welchen sie bis zum 31. Dezember 1909 hätten einzahlen müssen, wenn sie auf den 1. Januar 1905 der Rothstiftung beigetreten wären, samt Zins und Zinseszins zu $4^1/_4$ %. Der Schuldbetrag ist vom 1. Januar 1910 an zu 5 % verzinslich.

Die Abzahlung des Schuldbetrages kann bis Ende 1914 nach Vereinbarung mit der Verwaltungskommission erfolgen.

§ 39. Die Mitglieder der frühern Rothstiftung, die der reorganisierten Stiftung beigetreten sind, verzichten für sich und ihre Familienangehörigen rechtsverbindlich auf alle Ansprüche, die aus den Statuten der Alters-, Witwen- und Waisenkasse der Lehrer des Kantons Solothurn vom 3. Februar 1872 hergeleitet werden hönnen.

§ 40. Die Mitglieder der frühern Rothstiftung, die der reorganisierten Stiftung nicht beigetreten sind, haben die durch die §§ 8 und 9 der Statuten vom 3. Februar 1872 vorgeschriebenen Jahresbeiträge auch weiterhin zu zahlen.

Diesen Mitgliedern und den schon pensionsberechtigten Witwen und Waisen steht der durch § 11 der Statuten vom 3. Februar 1872 zugesicherte Pensionsanspruch zu, mit der Einschränkung jedoch, daß die Jahrespension auf den Betrag von Fr. 60 normiert wird, jährlich zahlbar am Schlusse des Jahres.

§ 41. Die vorliegenden Statuten treten, nachdem sie vom Regierungsrate des Kantons Solothurn genehmigt sind, auf den 1. Januar 1910 in Kraft.

Auf diesen Zeitpunkt werden die Statuten der Rothstiftung vom 30. April 1904 und das Reglement der Rothstiftung vom 12. Juli 1906 aufgehoben.

Also beschlossen von der Generalversammlung der Rothstiftung.

Auszug aus dem Protokoll des Regierungsrates des Kantons Solothurn.

(Vom 20. Dezember 1909.)

Der Regierungsrat des Kantons Solothurn, gestützt auf Art. I § 1 des Gesetzes betreffend die Lehrer-Alters-, Witwen- und Waisenkasse vom 3. Februar 1872,

beschließt:

1. Der § 9, Absatz 1, der von der Generalversammlung am 11. Dezember 1909 aufgestellten neuen Statuten der Rothstiftung des Kantons Solothurn erhält folgende Fassung: „Die männlichen Mitglieder bezahlen einen Jahresbeitrag von 5%, die weiblichen einen solchen von 4% der anrechenbaren Besoldung § 11), welche sie am 1. Januar des betreffenden Jahres oder zur Zeit des während des Jahres erfolgenden Eintritts in die Rothstiftung beziehen."

2. Im übrigen wird den von der Generalversammlung der Rothstiftung am 11. Dezember 1909 in Schönenwerd beschlossenen Statuten die Genehmigung erteilt.

---

47. 8. Regulativ für die Prüfungen der Sekundarschullehrer im Kanton St. Gallen.
(Vom 11. Dezember 1909.)

Der Erziehungsrat des Kantons St. Gallen, in Vollziehung der Art. 54 und 55 des Gesetzes über das Erziehungswesen vom 8. Mai 1862, betreffend die Prüfung der Bewerber um Lehrstellen an Primar- und Sekundarschulen; in Revision des Prüfungsregulativs vom 12./18. März 1902 und des Anhanges zum Regulativ vom 8./10. Oktober 1902,

verordnet was folgt:

Art. 1. Die ordentliche Patentprüfung für die Sekundarlehramtskandidaten wird alljährlich vom Erziehungsrate angeordnet und in der Regel in der zweiten Hälfte April vorgenommen.

Tag und Ort der Prüfung werden von der Erziehungskanzlei wenigstens vier Wochen vorher im amtlichen Schulblatte ausgekündet.

In der Zwischenzeit können auf gestelltes Ansuchen außerordentliche Prüfungen nur aus zwingenden Gründen und auf Kosten der Examinanden veranstaltet werden.

Art. 2. Jeder, der sich der ordentlichen Prüfung zu unterziehen wünscht, hat sich wenigstens 14 Tage vor derselben schriftlich bei der Erziehungskanzlei anzumelden und, insofern er nicht Abiturient des Lehramtskurses an der Kantonsschule ist, kurze Angaben über die Lebensverhältnisse und über die genossene Bildung, sowie ein Leumundszeugnis und einen Ausweis über allfällig geleisteten praktischen Schuldienst beizufügen.

Art. 3. Die Abnahme der Patentprüfung kann von der Erziehungskommission verweigert werden auf Grund ungenügender Vorbildung, unbefriedigenden sittlichen Lebenswandels, auffallender körperlicher Gebrechen oder zweimaliger Rückweisung wegen ungenügenden Prüfungserfolges.

Art. 4. Der Erziehungsrat nimmt an der Prüfung in der Weise teil, daß zur Leitung derselben stets wenigstens eines seiner Mitglieder anwesend ist, und daß, wenn die Examinanden in mehrere Sektionen geteilt werden, jede unter Leitung eines Erziehungsratsmitgliedes steht.

Auf Vorschlag der Rektoratskommission bezeichnet der Präsident des Erziehungsrates die Examinatoren und setzt das Programm der Prüfung fest. Er trifft überhaupt alle nötigen Anordnungen.

Art. 5. Die Kandidaten können sich das Patent eines Hauptlehrers an einer Sekundarschule entweder in den sprachlich-historischen oder in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern erwerben.

Die Patentprüfung erstreckt sich — soweit tunlich mit Beschränkung auf den Lehrstoff der Lehramtsschule — auf folgende Fächer:

a. Für die Kandidaten der sprachlich-historischen Richtung: auf Pädagogik mit Probelektion, Deutsch, Französisch, Englisch oder Italienisch, politische und physikalische Geographie, Freihandzeichnen, Turnen und Gesang.

Die Erteilung des Patents für die französische Sprache erfolgt nur auf den Nachweis eines mindestens dreimonatlichen Aufenthalts in französischem Sprachgebiet; es wäre denn, daß der Kandidat sich bei der Prüfung über genügende Beherrschung der französischen Sprache in Wort und Schrift ausgewiesen hätte.

Für Italienisch und Englisch wird der Aufenthalt in dem betreffenden Sprachgebiet nicht gefordert, aber empfohlen und im Patente ausdrücklich vorgemerkt.

b. Für die Kandidaten der mathematisch-naturwissenschaftlichen Richtung: auf Pädagogik mit Probelektion, politische und physikalische Geographie, angewandte Arithmetik und Buchhaltung, Naturkunde, Chemie und experimentelle Physik, Freihandzeichnen, Turnen und Gesang.

Art. 6. Für Geschichte, Geometrie und gewerbliches Zeichnen wird die durchschnittliche Schulnote der Lehramtsschule, beziehungsweise die Note des Maturitätszeugnisses in das Patent eingesetzt. Kandidaten, welche die st. gallische Lehramtsschule nicht durchgemacht haben, haben sich durch eine Prüfung über den Besitz der zur Erteilung des Unterrichts in diesen Fächern erforderlichen Kenntnisse auszuweisen, und zwar die Kandidaten der sprachlichen Richtung in der Geschichte, die Kandidaten der mathematisch-naturwissenschaftlichen Richtung in Geometrie und gewerblichem Zeichnen.

Art. 7. Auf Wunsch kann im Anschluß an die Prüfung in den obligatorischen Fächern eine Prüfung in der lateinischen, in der italienischen oder englischen Sprache, in Kalligraphie und Musik bewilligt werden.

Art. 8. Vom Examen in Freihandzeichnen, Gesang und im Turnen kann auf genügend motiviertes Gesuch dispensiert werden.

Art. 9. In den Sprachfächern und in der Mathematik wird nebst der mündlichen noch eine schriftliche Prüfung abgenommen, die in der Anfertigung eines Aufsatzes — bei Fremdsprachen auch eines Diktats — beziehungsweise in der Lösung von Aufgaben besteht und für jedes Fach 3 Stunden beanspruchen darf. Den Examinanden sind bei den Aufsätzen vom Examinator je 3 Themata zur Auswahl vorzulegen.

Bei der Anmeldung zum Examen haben die Kandidaten 3 Sekundarschulfächer zur Auswahl zu bezeichnen, in deren einem sie die Probelektion zu halten wünschen.

Für die Probelektion wird eine besondere Note erteilt.

Das schriftliche Examen findet in Klausur, das mündliche öffentlich statt.

Nach Antrag des Fachlehrers kann ein Kandidat auf Grund einer vorzüglichen, selbständigen schriftlichen Arbeit in dem betreffenden Fache vom Examen dispensiert werden.

Art. 10. Um zur Prüfung als Hauptlehrer einer Sekundarschule zugelassen zu werden, ist der Besitz eines Maturitätszeugnisses erforderlich, abgesehen von den in Art. 9 der Unterrichts- und Disziplinarordnung genannten Ausnahmen.[1])

Art. 11. Ausnahmsweise kann eine Prüfung in einzelnen, höchstens aber in drei Sekundarschulfächern bewilligt und zur Unterrichtserteilung in denselben ein Fachpatent erteilt werden. Der Bewerber hat dann in jedem von ihm gewählten Lehrfach eine Probelektion zu halten, an welche sich eine kurze mündliche Prüfung in der Methodik des betreffenden Faches anschließt, doch wird nur eine Note für Probelektion und Fachmethodik erteilt.

Art. 12. Jedes an der Prüfung teilnehmende Erziehungsratsmitglied und jeder Examinator erhält eine Tabelle, in deren Rubriken Name, Konfession, Alter, Wohn-, Bürger- und Bildungsort der Kandidaten, allfällige bisherige Anstellungen, sowie die einzelnen Prüfungsfächer angegeben sind. In diese Tabelle werden die Prüfungsergebnisse in Ziffern eingetragen.

Die Ziffern haben folgende Bedeutung: 1 bedeutet sehr gut; 2 bedeutet gut; 3 bedeutet mittelmäßig; 4 bedeutet gering; 5 bedeutet sehr gering.

Es sind auch Zwischennoten $1_{,5}$, $2_{,5}$ usw. zulässig.

Art. 13. Nach Vollendung der Prüfung findet die gemeinsame Festsetzung der Noten durch die anwesenden Mitglieder des Erziehungsrates und die Examinatoren statt, bei welcher letztere je für ihre Prüfungsfächer ebenfalls stimmberechtigt sind. Als wegleitend gelten hierbei die Zensuren, wie sie im unmittelbaren Anschlusse an jede Fachprüfung unter Berücksichtigung der im 2. Lehramtskurs erhaltenen Fachnoten von dem leitenden Erziehungsratsmitgliede und dem Examinator aufgestellt worden sind.

Hierauf wird für jeden Examinanden die Durchschnittsnote (das heißt das arithmetische Mittel sämtlicher Fachnoten, auf 1 Dezimale abgerundet) ermittelt und schließlich über die Patenterteilung auf Grund vorausgegangener Beratung mit den Examinatoren vom Erziehungsrate Beschluß gefaßt.

Art. 14.

1. Für die Erlangung eines Patentes als Hauptlehrer in einer der beiden Richtungen darf die Durchschnittsnote und ebenso die Note in den obligatorischen Prüfungsfächern keine geringere als $2_{,5}$ (gut—mittelmäßig) sein.

   Genügt der Examinand letzterer Anforderung zwar in der Durchschnittsnote, nicht aber in einem oder mehreren Hauptfächern, so hat er sich zur Verbesserung der betreffenden Noten nach Jahresfrist einer Nachprüfung zu unterziehen.

2. Zur Erlangung eines Fachpatentes ist wenigstens die Note 2 (gut) in jedem Fache erforderlich.

Art. 15. Wird ein patentierter Kandidat an eine Sekundarschule mit nur einem Lehrer gewählt, so erhält er für die Zeit einer befriedigenden Wirksamkeit an dieser Schule eine Lehrbewilligung auch für die Fächer der andern Richtung, soweit sein Maturitätszeugnis in diesen Fächern mindestens die Note 4,5 der eidgenössischen Skala aufweist. In den von ihm gelehrten Fächern, bei denen

[1]) Primarlehrer mit st. gallischem Lehrpatent, mindestens zweijähriger Lehrpraxis und einer Patentnote nicht unter 1,5 können ohne Maturitätszeugnis aufgenommen werden, in die sprachlich-historische Richtung jedoch nur dann, wenn auch genügende Kenntnis im Englischen oder Italienischen ausgewiesen wird.

dies nicht der Fall ist, hat der Gewählte innert angemessener Frist eine Nachprüfung zu bestehen.

Im Falle einer nicht ganz befriedigenden Prüfung (Art. 14) ist der Erziehungsrat berechtigt, dem Examinierten eine Lehrbewilligung für die Zeit bis zu der ihm auferlegten Nachprüfung zu erteilen.

Art. 16. In die Patente für Sekundarlehrer ist neben den Fachnoten auch die Durchschnittsnote der gesamten Prüfung einzutragen.

Patente und Lehrbewilligungen erhalten die Unterschrift des Präsidenten und des Aktuars des Erziehungsrates.

Art. 17. Vorstehendes Regulativ, durch welches dasjenige vom 12./18. März 1902 nebst Anhang vom 8./10. Oktober 1902 ersetzt wird, soll in die Gesetzessammlung aufgenommen, im amtlichen Schulblatt veröffentlicht, besonders gedruckt und an der Kantonsschule studierenden Sekundarlehramtskandidaten, sowie andern Examinanden gratis verabfolgt werden.

Dasselbe tritt sofort in Kraft.

---

48. 9. **Anhang zum Regulativ für die Prüfungen der Sekundarlehrer im Kanton St. Gallen.** (Vom 11. Dezember 1909.)

Anforderungen in den Prüfungsfächern.

I. Hauptfächer.

1. Pädagogik.

Psychologie mit besonderer Berücksichtigung der Pädagogik. Allgemeine Pädagogik. Methodik des Sekundarschulunterrichts. — Übersicht über die Entwicklung des Bildungswesens in Mittelalter und Neuzeit. Die pädagogischen Theorien von Comenius, Rousseau, Pestalozzi und Herbart. Probelektion.

2. Deutsch.

Literaturgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts mit eindringender Kenntnis einzelner Meisterwerke dieser Zeit nach Inhalt und Form.

Phonetik. Neuhochdeutsche Grammatik (Laut- und Wortlehre, Syntax). Die wichtigsten Daten der historischen deutschen Grammatik. Stilistik. Übersetzung und Erklärung eines mittelhochdeutschen Textes.

3. Französisch.

Lautrichtige Aussprache und geläufiges Lesen. Genügende Fertigkeit im mündlichen und schriftlichen Ausdruck. Verständnis eines mittelschweren Textes. Genaue Kenntnis der Laut- und Formenlehre, sowie der Hauptgesetze der Wortbildungslehre und der Syntax. Kenntnis der französischen Literatur des 18. und 19. Jahrhunderts in ihren hervorragendsten Erscheinungen.

Ausweis über einen wenigstens dreimonatlichen Studienaufenthalt im französischen Sprachgebiet, sei es vor, sei es innert drei Jahren nach bestandener Prüfung. Eventuell kann auch eine zweite, ausschließlich praktische Prüfung (Konversation und Aufsatz) abgelegt werden.

4. Geschichte.

Grundzüge der allgemeinen Geschichte und Geschichte der Schweiz bis zur Gegenwart. Verständnis der schweizerischen Bundesverfassung.

5. Mathematik.

Sicherheit und Gewandtheit in der Theorie und Anwendung der Elementarmathematik: Arithmetik (inklusive politische Arithmetik), Algebra, Planimetrie, Stereometrie, Trigonometrie, Anfangsgründe der analytischen Geometrie, Feldmessen, darstellende Geometrie und Linearzeichnen.

6. Naturkunde.

Botanik. Bau und Funktion der pflanzlichen Organe (Anatomie und Physiologie). — Die Hauptgruppen des Pflanzenreichs (Kryptogamen und Phanerogamen)

unter spezieller Berücksichtigung der Blütenbiologie und der Ökologie der vegetativen Organe. — Kenntnis der wichtigsten Vertreter der einheimischen Flora. — Einige Übung im Pflanzenbestimmen und in der Herstellung mikroskopischer Präparate.

Zoologie. Kenntnis der größeren systematischen Gruppen des Tierreichs. — Grundbegriffe der Lehre von der tierischen Zelle und den Geweben. — Die Abhängigkeit der Tiere von der lebenden und toten Umgebung (allgemeine und spezielle Ökologie).

Geologie. Grundzüge der allgemeinen Geologie mit spezieller Berücksichtigung der das Landschaftsbild bedingenden Faktoren.

7. Physik.

Kenntnis der wichtigsten Erscheinungen und Gesetze der Physik, der Meteorologie und elementaren Astronomie. Einige Fertigkeit im Experimentieren mit Apparaten der Sekundarschulstufe.

8. Chemie.

Anorganische Chemie. Die wichtigsten organischen Verbindungen. Grundzüge der Nahrungsmittel-, Ernährungs- und Gesundheitslehre.

Einige Fertigkeit in der qualitativen chemischen Analyse.

Kenntnis der Apparate und die nötige Fertigkeit im Experimentieren.

II. Obligatorische Nebenfächer.

9. Geographie.

Spezielle Kenntnis der vaterländischen Geographie auf geologischer Grundlage.

Kenntnis der Geographie der fünf Erdteile.

10. Freihandzeichnen.

Lösung einer Aufgabe in Klausur. Kenntnis der Stil- und Formenlehre. Methodik des Zeichenunterrichts.

11. Gesang.

Kenntnis sämtlicher Dur- und Moll-Tonleitern, der Intervalle und der Taktarten, sowie der Methodik des Schulgesangunterrichts.

Der Kandidat soll imstande sein, ein einfaches Lied a prima vista zu singen. Auch sollte der Kandidat auf irgend einem Streich- oder Tastinstrumente so weit vorgebildet sein, um ein Lied mit den Schülern einstudieren zu können.

12. Turnen.

Die Kandidaten haben sich durch eine Probelektion mit Schülern der Sekundarschulstufe sowohl über eine genügende technische Fertigkeit, als auch über die Fähigkeit in der Erteilung des Turnunterrichtes im Umfange des Pensums der Sekundarschule auszuweisen.

III. Fakultative Fächer.

13. Kalligraphie.

Deutsche und lateinische Schrift. Methodik des Schreibunterrichtes.

14. Lateinisch.

Schriftliche Übersetzung eines schwierigen, dem Examinanden noch nicht bekannten Abschnittes aus einem lateinischen Schulschriftsteller (z. B. Curtius, Livius, Cicero). Mündliches Extemporalübersetzen eines leichteren Abschnittes aus einem römischen Autoren. Kenntnis in der lateinischen Grammatik und Fähigkeit, ein ausgewähltes Kapitel aus derselben schulgemäß zu erklären. Bekanntschaft mit den bedeutendsten Vertretern der römischen Literaturgeschichte. Übersicht über die einfachern metrischen Systeme. Kenntnis der wichtigsten römischen Altertümer.

15. Italienisch.

Ausweis über mündliche und schriftliche Fertigkeit in der Sprache. Kenntnis der Grammatik, sowie auch der Hauptmomente der Literatur. Vertrautheit mit den Werken eines Hauptschriftstellers.

16. Englisch.

Ausweis über mündliche und schriftliche Fertigkeit in der Sprache. Kenntnis der Grammatik, sowie auch der Hauptmomente der Literatur.

---

49. 10. **Gesetz betreffend die Besoldung der Volksschullehrer des Kantons Graubünden.** (Vom 31. Oktober 1909.)

Art. 1. Das Besoldungsminimum für patentierte Volksschullehrer und -Lehrerinnen wird ohne Rücksichtnahme auf die Dauer der Schule auf Fr. 1100 festgesetzt.

Für Lehrer, die auf Grund provisorischer Erlaubnis oder eines Admissionsscheines Schule halten, beträgt das Minimum Fr. 850.

Art. 2. An dieses Gehaltsminimum leistet die Gemeinde inklusive des bisher verabfolgten Bundesbeitrages Fr. 600.

Der Kanton bezahlt an patentierte Lehrer Fr. 500, an Lehrer mit definitiver oder provisorischer Erlaubnis Fr. 250.

Art. 3. Gemeinden, die dieses Minimum der Lehrerbesoldung erreicht haben, dürfen in ihren bisherigen Leistungen an die Lehrergehalte nicht zurückgehen (§ 9 der Schulordnung für die Volksschulen des Kantons Graubünden).

Art. 4. Außer obigen Leistungen gewährt der Kanton an patentierte Lehrer, die an einer öffentlichen Gemeindeschule angestellt sind und hinsichtlich ihrer Leistungen und ihres sittlichen Betragens zu keinen begründeten Klagen Anlaß geben, folgende jährliche Alterszulagen:

Von 6 bis 10 Dienstjahren	Fr. 50
„ 11 und mehr Dienstjahren	„ 100

Art. 5. An arme Gemeinden wird der Kanton zur Bestreitung der Lehrerbesoldungen angemessene Beiträge bewilligen. Hierzu wird der Große Rat die erforderlichen Ausführungsbestimmungen erlassen.

Art. 6. Dieses Gesetz tritt mit der Annahme durch das Volk in Kraft, und es wird dadurch das Gesetz betreffend die Besoldung der Volksschullehrer vom 14. Oktober 1900 außer Kraft gesetzt.

---

50. 11. **Reglement betreffend die Einrichtung der Bildungskurse für Arbeitslehrerinnen im Kanton Aargau.** (Vom 27. Februar 1909.)

Der Erziehungsrat des Kantons Aargau

beschließt:

§ 1. Es finden jährlich in zwei Bezirken Unterrichts- und Bildungskurse für Arbeitslehrerinnen statt, wobei ein regelmäßiger Turnus oder das vorhandene Bedürfnis maßgebend ist.

Mit diesen Bildungskursen können Wiederholungskurse für Lehrerinnen verbunden werden. Zum Besuche derselben verpflichten ungenügende Leistungen angestellter Lehrerinnen.

§ 2. Die Anordnung der Kurse wird unter der Aufsicht der Erziehungsdirektion von den Bezirksschulräten getroffen.

Zur Beaufsichtigung dieser Kurse ernennt der Bezirksschulrat eine besondere Aufsichtskommission, bestehend aus einem Kursinspektor und vier sachverständigen Frauen oder Jungfrauen.

§ 3. Die Leitung dieser Kurse fällt der Oberlehrerin des Bezirks zu.

Der Bezirksschulrat bestellt die erforderlichen Lehrkräfte für den wissenschaftlichen Unterricht.

Die Entschädigung der Lehrkräfte erfolgt durch die Erziehungsdirektion.

§ 4. Der Bezirksschulrat sorgt für ein geräumiges, helles und in jeder Hinsicht angemessenes Unterrichtslokal mit zweckmäßiger Bestuhlung und Betischung, sowie für die nötigen Schulgeräte und Nähmaschinen.

Den erforderlichen Arbeitsstoff und die notwendigen Arbeitsgeräte haben die Schülerinnen selbst anzuschaffen.

Bedürftigen Schülerinnen können Stipendien verabfolgt werden.

§ 5. Ein Bildungskurs dauert 24 Wochen, von Mitte April, mit 14 Tagen Ferien.

In jeder Woche sind 28 Unterrichtsstunden zu erteilen.

Um die Lehrerin und die Schülerinnen nicht mit Unterrichtsstunden an ein und demselben Tage zu überhäufen und letztern auch die Auslagen für die Beköstigung über Mittag, soweit möglich, zu ersparen, sind die Unterrichtsstunden auf vier ganze Tage in der Woche zu verlegen.

§ 6. Um den Schülerinnen eines Bildungskurses nicht nur die zum Unterrichte in den weiblichen Handarbeiten erforderliche Fertigkeit beizubringen, sondern denselben auch die zu einer gedeihlichen Schulführung nötige, intellektuelle, pädagogische und didaktische Ausbildung zu verschaffen, sollen dieselben außer in den weiblichen Handarbeiten auch in wissenschaftlichen Schulfächern und besonders in der praktischen Erziehungslehre und der Methodik Unterricht erhalten.

Drei Fünfteile der Lehrstunden werden auf die Handarbeiten oder den technischen Unterricht und zwei Fünfteile auf den wissenschaftlichen Unterricht verwendet.

§ 7. Die Unterrichtsgegenstände der Bildungskurse sind:

1. Einfache Handarbeiten: *a.* Stricken und Musterstricken; — *b.* Nähen und Maschinennähen; — *c.* Stofflicken; — *d.* Strumpfflicken; — *e.* Zuschneiden.
2. Künstliche Handarbeiten und deren Vorbedingungen: *a.* Freihandzeichnen, einfache Formen, stilisierte Blattformen, Muster, Bordüren, Farbenlehre; — *b.* Sticken und Knüpfen; — *c.* Musterhäkeln.

§ 8. Beim Stricken sind vorab die Haltung des Körpers, die Haltung und Bewegung der Arme und Finger, sodann die verschiedenen Stoffe, ihre Eigenschaften und Preise, die Gegenstände, Arten, Muster, Eigenschaften, Mängel und Fehler der Strickerei ins Auge zu fassen, im übrigen ist auf den Unterricht in den Nutzarbeiten, wie Strümpfe, Handschuhe, Hauben, Kinderzeug, Leibchen und andere Kleidungsstücke die nächste und meiste Aufmerksamkeit zu verwenden.

Auch sind die Schülerinnen dahin zu bringen, daß sie mit dem Stricken verschiedene künstliche Arbeiten ersetzen können.

§ 9. Beim Nähen wird der Unterricht ebenfalls die körperliche Haltung und Bewegung, die Arten und Eigenschaften der Werkzeuge und des Fadens, die Regeln, Mängel und Fehler des Nähens, die verschiedenen Nähgegenstände in Weißzeug und Gefärbtem, die verschiedenen Arten von Stichen, Nähten und Säumen mit ihrer Anwendung und schließlich das Nähen von Hemden und andern Wäschegegenständen in verschiedenen Stoffen, für verschiedene Alter und Geschlechter in allen ihren Teilen stufenmäßig behandeln und einüben.

§ 10. Bei der Behandlung des Flickens ist den Schülerinnen vor allem und stets die Wichtigkeit und ernste Bedeutung dieser Arbeit für das Hauswesen nahe zu legen und ihnen eigentliche Vorliebe für dasselbe einzuflößen.

Dabei soll ihnen zunächst das Flicken und Verweben von Gewobenem, das Auf- und Einsetzen von Lappen bei Weißzeug und Gefärbtem, sowie das Flicken von Gestricktem durch Verstechen, Einstricken und Anstricken sorgfältig erklärt

und zur vollen Fertigkeit gebracht werden. Gleichzeitig ist damit der nötige Unterricht über die entsprechenden Stoffe und die passende Anwendung jeder dieser Arbeiten zu verbinden.

§ 11. Der Unterricht im Zuschneiden soll mit den einfachsten und leichtesten Gegenständen beginnen und stufenmäßig zu schwierigeren fortschreiten, bis endlich, nebst anderen Kleidungsstücken, der Zuschnitt von Hemden erwachsener Personen beiderlei Geschlechts vorgenommen und eingeübt werden kann. Derselbe wird mit Vorzeichnen an die quadrierte Wandtafel und unter Benutzung der obligatorischen Lehrmittel erläutert.

Auf jeder Stufe wird mit Erklärung der Maßverhältnisse und sorgfältiger Anleitung zur haushälterischen Benutzung des Stoffes nach vorangegangener, auf genommenes Maß entworfener Zeichnung von freier Hand in Papier und zuletzt endlich ebenso in wirklichem Zeuge zugeschnitten.

Jede Schülerin ist gehalten, sich eine vollständige und genaue Übersicht aller vorkommenden Maßverhältnisse der verschiedenen Bekleidungsgegenstände anzufertigen.

Die Schülerinnen haben eine möglichst vollständige Sammlung von Schnittmustern anzulegen.

§ 12. Die künstlichen Handarbeiten sind in den Lehrkursen nur auf einfache Arbeiten und hinsichtlich des Stoffes auf das Wohlfeilste auszudehnen.

Dabei sind aber die Schülerinnen darauf hinzuweisen, daß auch die einfachen Arbeiten in Knüpfen, Sticken und Häkeln den Anforderungen eines guten geläuterten Geschmackes entsprechen.

Zu diesem Zwecke sind mit denselben regelmäßige und methodisch geordnete Übungen im Freihandzeichnen vorzunehmen.

Der Zeichnungsunterricht in den Bildungskursen wird von einem hierzu befähigten Lehrer in wöchentlich 2 Stunden erteilt und umfaßt Übungen in einfachen geometrischen Formen, stilisierten Blattformen und einfachen Bordüren. Mit besonderer Beziehung auf die Buntstickerei witd das Notwendigste aus der Farbenlehre mitgeteilt.

§ 13. Mit dem Unterricht in allen Handarbeiten ist immer eine gründliche Belehrung über Stoff und Arbeitsgeräte, sowie auch über die Behandlung und Aufbewahrung derselben zu verbinden.

Die Oberlehrerin wird eine systematisch geordnete Stoff- und Mustersammlung anlegen und die Schülerinnen zur Anlage ähnlicher Sammlungen, besonders der gebräuchlichsten Stoffe und Arbeitsmuster, anleiten.

Dieselbe wird ebenfalls in gedrängter Weise die Schülerinnen auf die verschiedenen Stilperioden und Stilarten in der Textilindustrie aufmerksam machen und ihre Erläuterungen an gute Vorlageblätter knüpfen. Das Hinwirken auf gute geschmackvolle Formen soll ein Hauptzweck der künstlichen Arbeiten sein.

§ 14. Die Oberlehrerin wird gegen das Ende des Kurses den bestehenden Lehrplan für die Arbeitsschulen als Grundlage ihres methodologischen Unterrichts mit den Schülerinnen besprechen, damit denselben der organische Zusammenhang ihrer künftigen Aufgabe klar bewußt wird.

§ 15. Der technische Unterricht soll zuerst die praktischen Bedürfnisse des bürgerlichen Familienlebens berücksichtigen und möglichste Fertigkeit, Solidität und Sauberkeit zu erzielen trachten. Der Anleitung zum technischen Können muß überall eine entsprechende Belehrung zum Verstehen und Wissen der Sache zur Seite gehen. Zu diesem Zwecke wird der Erziehungsrat ein entsprechendes Lehrmittel bezeichnen.

§ 16. Die wissenschaftlichen Unterrichtsfächer sind auf Grund von Lehrmitteln zu erteilen, welche der Erziehungsrat bezeichnen wird.

Dieselben sind:

a. Lesen mit bezüglicher Erklärung und Besprechung, anschließend an den übrigen Unterrichtsstoff, wöchentlich 1 Stunde;

b. Schrift- und Aufsatzübung mit besonderer Berücksichtigung der Briefform, Anleitung zu Geschäftsbriefen aus dem Wirkungskreise der Arbeitslehrerin, Anleitung zur richtigen Abfassung der amtlichen Berichte, 2 Stunden;

c. Methodik des Arbeitschulunterrichts und das Notwendigste aus der Erziehungslehre, 2 Stunden;

d. Kopf- und Zifferrechnen, Anleitung zur Führung eines Tage- und Hausbuches, 2 Stunden;

e. Materialkenntnis und Haushaltungskunde, 2 Stunden;

f. Praktische Lehrübungen in der zweiten Kurshälfte, 2 Stunden.

Diese Übungen sollen nach Anleitung der Oberlehrerin unter den Schülerinnen im Kurse selbst, sowie in Arbeitsschulen zur Ausführung kommen. Eine diesbezügliche Verständigung mit den betreffenden Schulpflegen ist Sache der Kursleiterin.

§ 17. Von den wissenschaftlichen Fächern werden Methodik, Erziehungslehre, Warenkenntnis, Haushaltungskunde und praktische Lehrübungen von der Oberlehrerin, Lesen, Aufsatz und Rechnen von einem Lehrer erteilt.

§ 18. In der Erziehungslehre wird die Oberlehrerin in einfacher, faßlicher Sprache Aufschluß geben über die leibliche und geistige Behandlung und Pflege der Schülerinnen, über das gegenseitige Verhältnis und Benehmen zwischen Lehrerin und Kindern, über die Schulführung und Handhabung der Schulzucht, über Belohnungen und Strafen, über das Betragen der Kinder in und außer der Schule unter sich und gegen andere und insbesondere über die Gewöhnung derselben an Tätigkeit, nützliche Beschäftigung, Ordnungsliebe, Reinlichkeit, Einfachheit und weibliche Sittsamkeit.

§ 19. In der Methodik wird die Oberlehrerin die methodischen Verfahren im Unterricht, die Anwendung des Einzel- und Klassenunterrichtes, die Lehrmittel und deren Gebrauch, den Lehrplan und die Jahresziele besprechen.

Die Schülerinnen sind mit den gesetzlichen Vorschriften über das Arbeitsschulwesen, die Schullokale, auch mit den Rechten und Pflichten der Lehrerinnen betraut zu machen.

§ 20. Die Belehrungen über Haushaltungskunde sollen sich vornehmlich auf häusliche Einrichtung, Wäsche, Wohnung, Kleidung, überhaupt auf diejenigen Verhältnisse beschränken, in welchen die weibliche Arbeitsschule mit Erfolg praktisch auf die Familien für Reinlichkeit, Sparsamkeit und sinnige Anordnung und Ausstattung des bürgerlichen Hauses einwirken kann.

§ 21. In einen Bildungskurs dürfen nicht mehr als dreißig Schülerinnen aufgenommen werden.

§ 22. Wer in einen Bildungskurs eintreten will, muß das 17. Altersjahr zurückgelegt haben, ein gemeinderätliches Leumundszeugnis vorweisen, mindestens die 8. Gemeindeschulklasse mit gutem Erfolge absolviert haben und eine Aufnahmsprüfung bestehen.

Außerdem hat jede für einen Kurs sich anmeldende Tochter zu den bereits genannten Ausweisen ein verschlossenes ärztliches Zeugnis beizulegen und sich namentlich über den Besitz von guter Sehkraft und gutem Gehör auszuweisen. Aspirantinnen, welche an einem der Ausübung des Lehrerberufes hinderlichen Gebrechen leiden, sollen nicht aufgenommen werden.

Andere Töchter, welche sich nicht zu Lehrerinnen bilden wollen, dürfen nur dann aufgenommen werden, wenn nicht wirkliche Lehramtskandidatinnen dadurch vom Besuche des Lehrkurses ausgeschlossen oder im Unterrichte beeinträchtigt werden.

§ 23. Die aufzunehmenden Schülerinnen haben sich bei der Vorprüfung in den weiblichen Handarbeiten nicht bloß durch Vorzeigen von Arbeiten, sondern durch Proben während der Prüfung selbst auszuweisen

a. über etwelche Vorkenntnisse im Maschinennähen;

b. daß sie imstande sind, auf Weißzeug einen Flick regelrecht aufzusetzen;

c. daß sie Strümpfe zu verstechen und zu stückeln verstehen.

In bezug auf die Vorkenntnisse für den wissenschaftlichen Unterricht werden die im Lehrplan für die Gemeindeschulen für die 8. Klasse vorgesehenen Kenntnisse und Fertigkeiten gefordert, insbesondere:

1. Vollständige Fertigkeit im Lesen in gedruckter Fraktur und Antiqua;
2. Sicherheit in der mündlichen und schriftlichen Wiedergabe von Gelesenem oder Vorgelesenem;
3. deutliche Handschrift in deutscher und englischer Kurrentschrift;
4. hinlängliche Sicherheit in der deutschen Rechtschreibung;
5. Dreisatz- und Zinsrechnung, gemeine und Dezimalbrüche, metrisches Maß.

§ 24. Die Aufnahme der Schülerinnen in einen Bildungskurs geschieht auf dreiwöchentliche Probezeit, nach welcher die Aufsichtskommission auf den Bericht der Oberlehrerin über das Verbleiben einer jeden Schülerin im Kurse entscheidet.

Während dieser Zeit wird die Oberlehrerin die Schülerinnen nicht nur nach ihrer geistigen und technischen Befähigung, sondern ebenso sehr auch nach allen denjenigen Eigenschaften des Gemüts und Charakters sorgfältig überwachen, welche von einer guten Tochter überhaupt und von einer Lehrerin insbesondere gefordert werden.

Über den Erfolg der Probezeit legt die Oberlehrerin dem Bezirksschulrat Bericht und Antrag vor.

§ 25. Die zu Wiederholungskursen verpflichteten Lehrerinnen sind bei der Aufnahme vor allem zu berücksichtigen.

§ 26. Auf Grundlage des in §§ 7—20 für den Bildungskurs vorgesehenen Lehrplanes wird von der Oberlehrerin ein Stundenplan aufgestellt. Er unterliegt der Genehmigung des Kursinspektors.

Dieser wird den wissenschaftlichen Unterricht auf die verschiedenen Wochentage angemessen verteilen, nie über zwei Stunden nacheinander folgen lassen, auf einen halben Tag höchstens fünf Unterrichts- und Arbeitsstunden ansetzen und auf die erste Stunde des Tages immer eine Beschäftigung verlegen, bei der die Schülerinnen körperlich ausruhen und sich erholen können.

§ 27. Die Aufsichtskommission und der Kursinspektor ordnen im Einverständnis und auf Einladung des Bezirksschulrates die Vorprüfung an und beaufsichtigen die Befolgung des Lehr- und Stundenplanes.

Sie entscheiden mit der Oberlehrerin über die probeweise oder definitive Aufnahme der Schülerinnen, sowie vorkommenden Falles über Entlassungen während des Kurses.

Sie überwachen durch öftere Besuche, allfällige Prüfungen und andere geeignete Mittel die Ordnung, den Unterricht und die Arbeiten des Kurses, erteilen der Oberlehrerin die entsprechenden Weisungen und machen dem Bezirksschulrate die nötigen Mitteilungen.

Sie ordnen, unter Anzeige und Einladung an den Bezirksschulrat und die betreffenden Schulpflegen, die Schlußprüfungen der Kurse an und leiten dieselben.

Sie legen auf den gutächtlichen Antrag der Oberlehrerin dem Bezirksschulrate die Wahlfähigkeitszeugnisse der Geprüften mit deren Noten über Betragen, Fleiß, Fortschritte und Wahlfähigkeitsstufe vor und erstatten ihren Schlußbericht über die Leistungen des Kurses.

Die Leitung und Beaufsichtigung des wissenschaftlichen und Zeichnungsunterrichtes liegt vorzugsweise dem Kursinspektor ob.

Für die Beaufsichtigung des technischen und wissenschaftlichen Unterrichts bezeichnet die Erziehungsdirektion außerdem zwei Experten.

§ 28. Am Ende eines jeden Kurses wird eine öffentliche Hauptprüfung abgehalten, welche zugleich die Wahlfähigkeitsprüfung der Schülerinnen ist.

Zu derselben haben Zutritt die kantonalen Experten, der Kursinspektor, die Aufsichtsdamen, der Bezirksschulrat und die Arbeitsoberlehrerinnen der andern Bezirke. Es bleibt dem Bezirkschulrat anheimgestellt, noch andere Interessenten zur Prüfung zuzulassen.

§ 29. Infolge dieser Prüfung werden auf den Bericht der Oberlehrerin und das Gutachten der Aufsichtskommission und der Experten vom Bezirksschulrate für die zum Lehramte tüchtig erfundenen Schülerinnen Wahlfähigkeitsvorschläge auf sechs Jahre ausgefertigt und der Erziehungsdirektion samt den Berichten und wissenschaftlichen Prüfungsarbeiten zur Genehmigung oder Abänderung übermittelt.

§ 30. Über die Erteilung der Wahlfähigkeit ohne Prüfung auf Grund bekundeter Tüchtigkeit entscheidet nach Einholung eines Gutachtens der Oberlehrerin der Erziehungsrat.

Durch vorstehendes Reglement wird dasjenige vom 12. Juni 1885, soweit es die Einrichtung von Bildungskursen für die Arbeitslehrerinnen betrifft, aufgehoben.

---

51. 12. **Kreisschreiben der Erziehungsdirektion des Kantons Aargau an die tit. Gemeinderäte, Schulpflegen und militärdienstpflichtigen Lehrer betreffend den Militärdienst der Lehrer.** (Vom 17. Februar 1909.)

Auf Grund der pro 1908 in bezug auf den Militärdienst der Lehrer und die bezüglichen Stellvertretungskosten gemachten Erfahrungen ist die Erziehungsdirektion im Falle, ihr Kreisschreiben vom 9. Juli 1908 in folgenden Punkten zu ergänzen:

1. Der Zwang zur Annahme und Bekleidung eines militärischen Grades gemäß Art. 10 der Militärorganisation, der auch auf die Lehrer Anwendung findet, ist nicht so auszulegen, daß ein Lehrer unter allen Umständen, ohne jegliche Rücksichtnahme auf die Schule, jedem Aufgebote ohne weiteres Folge zu leisten hat; vielmehr ist der Lehrer verpflichtet, wenn die Interessen der Schule es erheischen, bei den Militärbehörden um Dispensation beziehungsweise Verlegung des Dienstes auf ein späteres Jahr oder eine günstiger gelegene Zeit einzukommen. Es ist namentlich nicht angängig, daß ein Lehrer freiwillig, das heißt ohne den Versuch einer Dispensation gemacht zu haben, mehrere Kurse unmittelbar nacheinander absolviert, sofern die Schulbehörde nicht ihre ausdrückliche Erlaubnis hierzu erteilt hat.

2. Infolge Verfügung des schweizerischen Militärdepartementes fällt die Unteroffiziersschule nicht unter Art. 15 der Militärorganisation, da die Kursteilnehmer noch nicht Unteroffiziere sind; es wird also an die bezüglichen Stellvertretungskosten kein Bundesbeitrag bezahlt. Es muß daher dieser Dienst hinsichtlich der allfälligen Stellvertretungskosten gleich behandelt werden, wie die erste Rekrutenschule und die ordentlichen Wiederholungskurse, das heißt bei den Gemeindeschullehrern werden die Stellvertretungskosten von Gemeinde und Staat, bei den Fortbildungs- und Bezirkslehrern von den Gemeinden getragen.

3. Ebenfalls zufolge Verfügung des schweizerischen Militärdepartementes werden Stellvertretungskosten für die Ferien trotz § 9 unseres Schulgesetzes, wonach die gesetzlichen Ferien zu der vorangegangenen Schulzeit gerechnet werden, nicht subventioniert; auch sind die Sonntage, sofern der Stellvertreter am Schulorte wohnt, in Abzug zu bringen. Die Schulbehörden und Lehrer werden daher gut tun, inskünftig den Stellvertreter pro effektiven Schultag zu entschädigen, um allfällige unangenehme Abzüge zu verhüten.

---

52. 13. **Programm für den thurgauischen Arbeitslehrerinnenkurs auf Arenenberg.** (Sommersemester 1909.)

Zweck des Kurses.

Der Kurs bezweckt, die Teilnehmerinnen so auszubilden, daß sie die nötigsten Kenntnisse erhalten, um an thurgauischen Mädchenarbeits- (und Töchterfortbildungs-) Schulen Unterricht erteilen zu können; es soll durch ihn und spätere ähnliche Kurse dahin gewirkt werden, daß für die Besetzung der Mädchenarbeitsschulen Bewerberinnen zur Verfügung sind, die bereits das Fähigkeitszeugnis erworben haben.

Die Teilnehmerinnen verpflichten sich, die Stelle einer Lehrerin an thurgauischen Mädchenarbeitsschulen zu übernehmen, wenn sich ihnen Gelegenheit dazu bietet.

Unterrichtsprogramm.

Der Kurs dauert 22 Wochen mit einer Unterbrechung von 1—2 Wochen und umfaßt allwöchentlich folgende Unterrichtsstunden:

Deutsche Sprache	2	Stunden
Rechnen, Buchführung und Formenlehre	2	„
Zeichnen	2	„
Methodik	1	Stunde
Erziehungslehre	1	„
Lehrübungen für Hauswirtschaft . . .	2	Stunden
Lehrübungen für Handarbeiten	2	„
Handarbeiten	20	„
Hauswirtschaft	8	„
Summa	40	Stunden per Woche

Aufnahmsbedingungen.

Die Teilnehmerinnen sollen nicht unter 18 und nicht über 30 Jahre alt sein, womöglich Sekundarschulbildung und gute Vorkenntnisse in weiblichen Handarbeiten und Hauswirtschaft haben.

Die Anmeldung hat durch schriftliche Eingabe zu erfolgen und soll einen kurzen Lebensabriß enthalten; es sind derselben die Schulzeugnisse, sowie ein Leumundszeugnis beizulegen.

Die Aufnahme erfolgt auf Grund einer Aufnahmsprüfung, welche sich auf Deutsch, Rechnen, Haushaltungskunde und weibliche Handarbeit erstreckt.

Hausordnung.

Die Teilnehmerinnen erhalten Kost und Logis in der Anstalt und bilden einen gemeinsamen Haushalt unter Führung der beiden Kursleiterinnen, deren Anordnungen sie auch neben den Unterrichtsstunden Folge zu leisten haben, speziell auch in praktischer Betätigung bei den Hausgeschäften.

Tagesordnung: Morgens $^1/_2$6 Uhr Aufstehen, $^1/_2$7 Uhr Frühstück, $^1/_2$8 bis 12 Uhr Unterricht mit halbstündiger Pause, 12 Uhr Mittagessen, 2 bis 4 Uhr Unterricht, $^1/_2$5 bis 6 Uhr Arbeit für die Unterrichtsstunden, 6 bis 7 Uhr Unterricht, $^1/_2$10 Uhr Nachtruhe.

Der Samstagnachmittag ist frei; es ist den Teilnehmerinnen gestattet, den Sonntag zu Hause zuzubringen.

Kleinere Abänderungen dieser Hausordnung können von den Kursleiterinnen mit Zustimmung des Erziehungsdepartementes eingeführt werden.

Die Kost besteht in Frühstück aus Milchkaffee, Käse oder Butter mit Brot, kleines Brot in der Vormittagspause, Mittagessen aus Suppe, Fleisch und Gemüse (am Freitag Eier-Mehlspeise anstatt des Fleisches), Abendessen aus Milchkaffee mit Brot, Nachtessen aus Suppe, Fleisch und Gemüse, abwechselnd mit Mehlspeisen.

Ökonomisches.

Die Teilnehmerinnen haben ein Unterrichts- und Kostgeld von Fr. 150 zu entrichten, das beim Beginn des Kurses zu bezahlen ist. Sie erhalten dagegen außer Kost und Logis auch das Unterrichtsmaterial unentgeltlich, außer, soweit es sich um die Anfertigung von Kleidungsstücken handelt, die dem eigenen Gebrauche oder demjenigen von Angehörigen dienen.

Sollte eine Teilnehmerin ohne eigenes Verschulden verhindert sein, den Kurs bis zu Ende mitzumachen, so erhält sie einen entsprechenden Teil des eingezahlten Kursgeldes zurück.

---

53. 14. **Tessin. Decreto legislativo accordante gratificazione speciale ai docenti per l'anno scolastico 1908—09.** (15 gennaio 1909.)

Il Gran Consiglio della repubblica e cantone del Ticino

decreta:

Art. 1. Per l' anno scolastico 1908—1909, in corso, è accordata una speciale gratificazione, che pagherà la cassa cantonale in una sola rata entro l' anno stesso, agli ispettori scolastici di circondario ed all' ispettrice degli asili d' infanzia, ai docenti ed alle maestre delle scuole secondarie, ai maestri ed alle maestre delle scuole primarie nella misura seguente:

a. Agli ispettori scolastici ed ai docenti delle scuole secondarie fr. 150, alle maestre delle scuole stesse ed all' ispettrice degli asili fr. 100, purchè gli onorari dei compresi in questa categoria non raggiungano il minimo previsto dall' ultimo progetto di legge scolastica votato dal Gran Consiglio: mancando una parte a conseguire detto minimo, sarà pagata questa parte sulla sovvenzione stabile;

b. ai maestri ed alle maestre patentati delle scuole primarie il 50 % del sussidio che presentemente paga loro lo Stato, purchè non superi il minimo del progetto di legge sopra citato, o quella parte che a toccare detto minimo occorresse.

Art. 2. Tutte le predette gratificazioni sono esonerate dalla ritenuta di cui al § 2 dell' art. 2 dello statuto per la cassa di previdenza del corpo insegnante del cantone Ticino, 26 maggio 1901, nonchè da ogni altra tassa prevista dallo Statuto medesimo.

Art. 3. Il presente decreto legislativo è dichiarato di natura urgente ed entra immediatamente in vigore.

---

54. 15. **Gesetz betreffend Festsetzung der Besoldung des Lehrpersonals der Primarschulen des Kantons Wallis.** (Vom 19. Mai 1909.)

Der Große Rat des Kantons Wallis, erwägend, daß eine Aufbesserung der ökonomischen Lage des Lehrpersonals der Primarschulen ein Gebot der Billigkeit ist; auf den Antrag des Staatsrates,

verordnet:

Art. 1. Das Lehrpersonal der Primarschulen bezieht von der Gemeinde, in deren Dienst es steht, ein monatliches Mindestgehalt, das folgendermaßen festgesetzt wird:

a. Fr. 80 für den im Besitze des kantonalen Fähigkeitszeugnisses oder eines andern mit demselben gleichwertig erachteten Ausweises befindlichen Lehrer;

b. Fr. 70 für den mit dem temporären Zeugnisse oder mit einer Lehrermächtigung versehenen Lehrer;

c. Fr. 70 für die im Besitze des kantonalen Fähigkeitszeugnisses odef eines andern demselben gleichwertig erachteten Ausweises befindliche Lehrerin;

d. Fr. 65 für die mit dem temporären Zeugnisse oder einer Lehrermächtigung versehene Lehrerin.

Art. 2. Der Staat bewilligt dem Lehrpersonal über die von der Gemeinde zu leistende Besoldung hinaus einen Monatsbeitrag, der folgendermaßen festgesetzt wird:

a. Fr. 40 für den im Besitze des kantonalen Fähigkeitszeugnisses oder eines andern gleichwertig erachteten Ausweises befindlichen Lehrer;

b. Fr. 35 für den mit dem temporären Zeugnisse oder einer Lehrermächtigung versehenen Lehrer;

c. Fr. 30 für die im Besitze des kantonalen Fähigkeitszeugnisses oder eines andern gleichwertig erachteten Ausweises befindliche Lehrerin;

d. Fr. 25 für eine mit dem temporären Zeugnisse oder einer Lehrermächtigung versehene Lehrerin.

Art. 3. Der Staat verabfolgt den in den Volksschulen des Kantons tätigen Lehrern und Lehrerinnen alljährlich eine Alters- und Belohnungsprämie, mit folgendem Ansatze:

a. Fr. 50 für Lehrer oder Lehrerinnen mit 8 bis 12 Dienstjahren im Kanton;

b. Fr. 80 für Lehrer oder Lehrerinnen mit 12 bis 20 Dienstjahren im Kanton;

c. Fr. 100 für Lehrer oder Lehrerinnen mit 20 und mehr Dienstjahren im Kanton.

Die Altersprämie wird einzig an Lehrer und Lehrerinnen verabfolgt, die im Besitze des Walliser Fähigkeitszeugnisses oder eines andern gleichwertig befundenen Fähigkeitsausweises sind und die befriedigende Noten in Aufführung und Fleiß erhalten haben.

Art. 4. Für die Abhaltung eines Wiederholungskurses bezieht der Lehrer von der Gemeinde eine Mindestbelohnung von Fr. 100 bei einer Schülerzahl von über 10 und Fr. 80 bei einer solchen unter 11.

Der mit dem Rekrutenvorbereitungskurse beladene Lehrer bezieht von der Gemeinde eine Mindestvergütung von Fr. 60.

Art. 5. Lehrer und Lehrerinnen, welche außerhalb ihres Wohnortes Schule halten, haben auf vier Stere Brennholz und eine angemessene Wohnung, oder, eintretendenfalls, auf eine entsprechende Entschädigung Anspruch.

Art. 6. Bei Schulen mit einer Dauer von sechs bis acht Monaten ist das im Artikel 1 vorgesehene Gehalt zur Hälfte in den ersten zwei Wochen des Monates Januar und der Saldo am Schlusse des Schuljahres zahlbar.

Bei Schulen mit einer Dauer von neun Monaten hat die Bezahlung vierteljährlich, das heißt Ende Dezember, Ende März und Ende Juni zu erfolgen.

Die Bezahlung des Gehaltes und der im Artikel 4 vorgesehenen Vergütung ist am Schlusse des Wiederholungskurses und des Rekrutenvorbereitungskurses zu bewerkstelligen.

Eine Verzögerung von mehr denn einem Monate in der Ausrichtung der Gehälter und Vergütungen berechtigt die Lehrer und Lehrerinnen zum Bezuge des fünfprozentigen Zinses für die schuldige Summe.

Art. 7. Die Gehälter, Subventionen und Entschädigungen des Lehrpersonals der Volksschulen aller Stufen sind weder der Kantons- noch der Gemeindesteuer unterworfen.

Art. 8. Über allfällige Anstände betreffend die Vollziehung und Auslegung des gegenwärtigen Gesetzes erkennt das Erziehungsdepartement. Der Rekurs an den Staatsrat ist vorbehalten.

Art. 9. Das Gesetz vom 26. Mai 1902 ist widerrufen.

So gegeben vom Großen Rate zu Sitten, den 19. Mai 1909.

Der Staatsrat des Kantons Wallis, nach Einsicht des Ergebnisses der Volksabstimmung vom 26. September 1909, aus welchem hervorgeht, daß das Gesetz vom 19. Mai 1909 betreffend Festsetzung der Besoldung des Lehrpersonals der Primarschulen mit 6737 Ja gegen 6075 Nein angenommen worden ist; einge-

sehen, daß innert der vom Gesetze vorgesehenen Frist keine Einsprache gegen die Abstimmung erhoben wurde; nach Einsicht des Artikels 53, Ziffer 2, der Kantonsverfassung,

beschließt:

Das am 30. Juli 1909 veröffentlichte Gesetz betreffend Festsetzung der Besoldung des Lehrpersonals der Primarschulen vom 19. Mai 1909 ist vollziehbar erklärt und tritt sofort in Kraft.

Gegeben im Staatsrate zu Sitten, den 5. Oktober 1909, um am 17. laufenden Oktober in allen Gemeinden des Kantons veröffentlicht und angeschlagen zu werden.

VI. Hochschulen.

55. 1. Promotionsordnung der mathematisch-naturwissenschaftlichen Sektion der philosophischen Fakultät der Hochschule Zürich. (Vom 29. Oktober 1909.)

I. Anmeldung.

§ 1. Die II. Sektion der philosophischen Fakultät erteilt die Doktorwürde (§ 138 des zürcherischen Unterrichtsgesetzes):

1. infolge einer bei ihr eingereichten Bewerbung;
2. ohne vorausgegangene Bewerbung, von sich aus, auf Grund anerkannter Verdienste um die Wissenschaft (Ehrenpromotion, § 30).

A. Promotion infolge eingereichter Bewerbung.

§ 2. Die Bewerbung um die Promotion geschieht bei dem Dekan der Sektion durch ein schriftliches Gesuch, welchem der Bewerber beizulegen hat:

1. Einen Abriß seines Bildungs- und Studienganges (curriculum vitæ);
2. genügende amtliche Zeugnisse über die im curriculum vitæ angegebenen Studien, sowie über mindestens zwei an der philosophischen Fakultät II. Sektion der Hochschule Zürich als regulärer Studierender zugebrachte Semester. Ein Erlaß der letztern Bestimmung kann nur unter besondern Umständen durch Fakultätsbeschluß erfolgen;
3. *a.* sofern die mündliche Prüfung in allen Fächern zugleich abgelegt wird (§ 9 *a*), eine von ihm verfaßte Abhandlung (Dissertation), welche in der Regel als Manuskript, jedoch in druckfertigem Zustand, einzureichen ist, aus welcher die Befähigung des Verfassers zu selbständiger wissenschaftlicher Forschung hervorgeht und über deren Entstehung vollständig sicherstellende Ausweise vorzulegen sind;

   b. sofern die mündliche Prüfung in Abteilungen von einem oder mehreren Fächern abgelegt wird (§ 9 *b*), ist die Dissertation gleichzeitig mit der Anmeldung zur Schlußprüfung (§ 10) einzureichen; die Zulassung zur Schlußprüfung vor Einreichung der Dissertation kann ausnahmsweise durch Fakultätsbeschluß bewilligt werden;
4. die Quittung über die eingezahlten Gebühren (§ 27).

§ 3. Der Bewerber hat in seinem Gesuch das Hauptfach (§ 9) und die Nebenfächer zu bezeichnen. Als Hauptfach gilt dasjenige Fach, in welchem die Dissertation ausgearbeitet ist.

§ 4. Die Sektion ist nicht verpflichtet, im laufenden Semester auf ein Promotionsgesuch einzutreten, das nicht mindestens 6 Wochen vor dem offiziellen Semesterschluß eingereicht wurde.

§ 5. Der Dekan holt über die Dissertation ein fachmännisches Gutachten ein und übermittelt dasselbe mit den übrigen Akten, sowie mit einem Antrag des begutachtenden Sektionsmitgliedes über das gesamte Promotionsgesuch,

den stimmfähigen Mitgliedern der Sektion zur Abstimmung über die Zulassung der Promotion.

Das mit der Begutachtung betraute Mitglied der Fakultät ist ermächtigt, von dem Bewerber die Belege einzufordern, die zur Kontrolle der in der Abhandlung angeführten Untersuchungen dienen (z. B. chemische oder mikroskopische Präparate, Herbarbelege, statistisches Material etc.).

§ 6. Nachdem die Zirkulation der sämtlichen Akten bei den Sektionsmitgliedern beendet ist, trifft der Dekan, sofern keine Einwendung gegen den Vorschlag des antragstellenden Sektionsmitgliedes erfolgt ist, die entsprechenden Anordnungen.

Erfolgt eine Einwendung, so sind die sämtlichen Akten vor der entscheidenden Sitzung nochmals dem antragstellenden Sektionsmitgliede zur Einsichtnahme zu unterbreiten, und die Sektion entscheidet alsdann, wenn mehr als ein Antrag vorliegt, durch einfaches Stimmenmehr über die Anträge.

II. Prüfung.

§ 7. Die Prüfung zerfällt in eine schriftliche Prüfung im Hauptfache (Klausurarbeit) (§ 3) und eine mündliche Prüfung im Hauptfache und in den Nebenfächern.

§ 8. Die Aufgaben für die schriftliche Klausurarbeit werden von dem antragstellenden Sektionsmitgliede gestellt. Die Arbeit wird unter seiner Aufsicht ausgeführt, von ihm zensiert und vor der mündlichen Prüfung dem Dekan zugestellt, der sie den Akten einverleibt.

§ 9. Zur mündlichen Prüfung werden durch den Dekan die sämtlichen stimmfähigen Mitglieder der Sektion eingeladen.

Die Prüfung kann in allen Fächern zugleich, oder in Abteilungen von einem oder mehreren Fächern abgelegt werden.

Hierbei gelten folgende Bestimmungen:

Die Dauer der Prüfung beträgt in den Nebenfächern $^1/_2$ Stunde, im Hauptfache $^1/_2$—1 Stunde.

Die Prüfung erstreckt sich:

a. Wenn die Prüfung in allen Fächern zugleich abgelegt wird: auf das Hauptfach und drei Nebenfächer, von denen die zwei in nachstehender Übersicht angegebenen obligatorisch sind, während die Wahl des dritten (Freifach) dem Kandidaten freigestellt wird.

1. Hauptfach:	*2. Obligatorische Nebenfächer:*
Mathematik	Physik und Astronomie
Astronomie	Mathematik und Physik
Physik (inkl. Mechanik)	Mathematik und Astronomie
Chemie	Experimentalphysik und Mineralogie
Chemie (phys. Richtung)	Physik und Mathematik
Geologie (inkl. Petrographie)	Paläontologie und Mineralogie
Paläontologie	Vergl. Anatomie (inkl. Zoologie) und Geologie
Physische Geographie	Geologie und Physik
Länderkunde (inkl. Ethnonologie)	Physische Geographie und Geologie
Mineralogie (inkl. Petrographie)	Geologie und Chemie
Allgemeine Botanik (inkl. Pflanzenphysiologie)	Systematische Botanik (inkl. Pflanzengeographie) und Zoologie (inkl. vergleichende Anatomie)
Systemat. Botanik (inkl. Pflanzengeographie)	Allgemeine Botanik (inkl. Pflanzenphysiologie) und Zoologie (inkl. vergleichende Anatomie)
Zoologie	Vergleichende Anatomie und Botanik
Vergleichende Anatomie	Anatomie des Menschen und Zoologie
Anthropologie	Anatomie des Menschen und vergl. Anatomie

Außerdem werden akademische Studienausweise wenigstens über ein weiteres naturwissenschaftliches Fach der obigen Aufstellung verlangt, welches nicht mit dem freigewählten Nebenfach zusammenfallen darf.

Das Freifach kann aus allen Fächern, über welche Studienausweise verlangt werden, außerdem noch aus allen Examenfächern der medizinischen, veterinärmedizinischen und der I. Sektion der philosophischen Fakultät gewählt werden.

Durch Sektionsbeschluß kann auch ein großes Spezialgebiet des Hauptfaches als Freifach zugestanden werden.

Die Sektion behält sich vor, in besonderen Fällen eine andere Gruppierung der Nebenfächer vorzunehmen.

b. Wenn die Prüfung in Abteilungen von einem oder mehreren Fächern abgelegt wird: auf das Hauptfach und vier Nebenfächer.

1. Hauptfach:	*2. Obligatorische Nebenfächer:*
Mathematik	Physik, Astronomie, Chemie, Elemente der höheren Mathematik
Astronomie	Physik, Mathematik, Chemie, Elemente der höheren Mathematik
Physik (inkl. Mechanik)	Mathematik, Astronomie, Chemie, Mineralogie
Chemie (inkl. Stereochemie)	Physik, Mineralogie, Chemie (propädeutische Prüfung), Differential- und Integralrechnung
Geologie (inkl. Petrographie)	Paläontologie, Geographie, Mineralogie, Chemie oder Physik
Paläontologie	Zoologie (inkl. vergleichende Anatomie), Geologie, Botanik, Länderkunde
Mineralogie (inkl. Petrographie)	Geologie, Chemie, Physik, Mathematik
Physische Geographie	Geologie, mathematische. Geographie, Physik, Mathematik
Länderkunde (inkl. Ethnologie)	Physische Geographie, Geologie, Anthropologie, Botanik oder Zoologie
Allgemeine Botanik (inkl. Pflanzenphysiologie)	Systematische Botanik (inkl. Pflanzengeographie), Zoologie (inkl. vergleichende Anatomie), Chemie, Geologie oder Physik
Systematische Botanik (inkl. Pflanzengeographie)	Allgemeine Botanik (inkl. Pflanzenphysiologie), Zoologie (inkl. vergleichende Anatomie, Länderkunde, Geologie
Zoologie (inkl. vergleichende Anatomie)	Paläontologie, Botanik, Chemie, Geologie oder Länderkunde
Vergleichende Anatomie	Zoologie und Ausweise über die bestandenen beiden medizinisch-propädeutischen Prüfungen
Anthropologie	Anatomie des Menschen, vergleichende Anatomie, Zoologie, Länderkunde (inkl. Ethnologie)

Zur ersten Prüfung in Abteilungen werden nur solche Kandidaten zugelassen, welche den in § 2, Alinea 2, verlangten amtlichen Ausweis über mindestens zwei bereits als reguläre Studierende an der Hochschule Zürich verbrachte Semester beibringen.

Immature Reichsdeutsche, die auf Grund genügender Ausweise an der Hochschule Zürich immatrikuliert wurden, und die sich an der philosophischen Fakultät, II. Sektion, zur Promotion melden, haben außer den Examina, welche für die Prüfung in allen Fächern zugleich und für diejenige in Abteilungen vorgeschrieben sind, noch eine Prüfung in einem weitern naturwissenschaftlichen Fach zu bestehen. Dieses richtet sich nach dem Hauptfach wie folgt:

Hauptfach:	*Ergänzungsprüfung in:*
Mathematik	Ausweis über Arbeiten im physikalischen Laboratorium

Astronomie	Astrophysik
Physik	Mechanik
Chemie	Geologie oder Botanik
Geologie (inkl. Petrographie)	Botanik oder Zoologie
Paläontologie	Anthropologie
Mineralogie (inkl. Petrographie)	Länderkunde
Physische Geographie	Botanik oder Zoologie
Länderkunde (inkl. Ethnologie)	Zoologie
Allgemeine Botanik (inkl. Pflanzenphysiologie)	Geologie oder Physik
Systematische Botanik (inkl. Pflanzengeographie)	Physische Geographie

Bei gleichzeitiger Ablegung der Prüfungen	*Bei Ablegung der Prüfungen in Abteilungen*
Zoologie	Paläontologie	Anthropologie
Vergleichende Anatomie	Paläontologie	(Gelten die allgemeinen Bestimmungen)
Anthropologie	Zoologie	Paläontologie

§ 10. Die Prüfung in Abteilungen kann in einzelnen Fächern oder in Fächergruppen abgelegt werden; doch hat die Prüfung in den Nebenfächern stets derjenigen im Hauptfach (Schlußprüfung) vorauszugehen. Die Prüfung in den drei letztgenannten Nebenfächern muß innerhalb von zwei Jahren abgeschlossen sein.

Im erstgenannten Nebenfach wird zuletzt, vor oder gleichzeitig mit dem Hauptfach geprüft. Die Reihenfolge der übrigen ist freigestellt.

§ 11. Die Resultate der mündlichen Prüfung werden durch Noten von 1—6 festgestellt, von denen 1 die geringsten, 6 die besten Leistungen bezeichnet. Bruchzahlen sind zulässig.

§ 12. Wird die Prüfung in Abteilungen abgelegt, so wird nach jeder Prüfung dem Kandidaten das Ausgangsresultat, nicht aber die Note, durch den Dekan mündlich mitgeteilt. Eine Einzelprüfung gilt als bestanden, wenn die Note $4^1/_2$ erreicht ist.

§ 13. Bei abteilungsweiser Prüfung ist vor der Schlußprüfung zuerst durch den Vertreter des Hauptfaches die Dissertation zu begutachten und diese alsdann bei den stimmfähigen Sektionsmitgliedern in Zirkulation zu setzen (§ 5).

Art. 14. Ist die Dissertation angenommen, so werden die noch fälligen Prüfungen vorgenommen.

§ 15. Nach Schluß der Prüfungen und nach Anhörung des Berichtes des Referenten und der Examinatoren nimmt die Sektion die endgültige Abstimmung über die Promotion des Bewerbers vor. Für die Gesamtprüfung muß die Durchschnittsnote mindestens $4^1/_2$ betragen. Die Abstimmung geschieht durch Stimmzettel, und es erfolgt die Promotion, wenn wenigstens zwei Drittel der stimmfähigen Mitglieder der Sektion sich für dieselbe entscheiden.

§ 16. Gänzlicher Erlaß der schriftlichen und mündlichen Prüfung kann nur auf Ansuchen durch Sektionsbeschluß gestattet werden:

1. denjenigen Kandidaten, welche an der II. Sektion die Diplomprüfung für das höhere Lehramt in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern mit Erfolg bestanden haben;
2. den Medizinern, die das eidgenössische Staatsexamen bestanden haben.

§ 17. Ein teilweiser Erlaß der Prüfung kann auf Ansuchen durch Sektionsbeschluß denjenigen in § 16 sub 1 und 2 genannten Kandidaten gestattet werden, welche in ihren Examina nicht in sämtlichen, durch die Promotionsordnung vorgesehenen Fächern geprüft worden sind, ferner solchen Kandidaten, welche durch ihre wissenschaftliche Betätigung oder durch ihre Stellung als

Lehrer an Mittel- oder Hochschulen der Schweiz wissenschaftlich vorteilhaft ausgewiesen sind.

Den Diplomierten der Abteilungen für Fachlehrer in Mathematik und Physik und in Naturwissenschaft (VIII. und IX.) des eidgenössischen Polytechnikums wird die Prüfung (schriftlich und mündlich) auf das Hauptfach beschränkt.

§ 18. Die Promotion in absentia ist ausgeschlossen.

§ 19. Bei der Abstimmung in der Sitzung (§ 15) müssen zwei Drittel der stimmfähigen Sektionsmitglieder anwesend sein. Das Resultat der Abstimmung wird durch den Dekan dem Kandidaten schriftlich mitgeteilt.

§ 20. Weist die Sektion den Kandidaten infolge des Ausganges der Prüfung ab, so kann sie ihm eine Frist ansetzen, nach deren Ablauf er sich von neuem zur Prüfung melden kann. Eine Wiederholung der Gesamtprüfung im gleichen Semester ist unstatthaft.

§ 21. Nach zweimaliger Abweisung des Kandidaten wird keine weitere Anmeldung desselben angenommen.

III. Dissertation.

§ 22. Die Promotion wird erst veröffentlicht, nachdem der Kandidat 180 Exemplare der als Inauguraldissertation gedruckten Abhandlung der Kanzlei der Universität zuhanden des Dekanates abgegeben hat.

Von den eingereichten Exemplaren erhalten in der Regel der Dekan und die jeweiligen Fachvertreter je zwei Exemplare, die übrigen Fakultätsmitglieder, der Rektor und die Mitglieder des Erziehungsrates je ein Exemplar; ein Exemplar fällt dem Archiv der Sektion, eines dem Archiv des Senates und mindestens 80 Exemplare der Kantonalbibliothek zu. Die übrigen bleiben zur Disposition der Sektion.

§ 23. Auf dem Titelblatt ist die Dissertation als solche zu bezeichnen, die zur Erlangung der philosophischen Doktorwürde an der Universität Zürich eingereicht wurde. Desgleichen ist der Name des oder der Referenten zu nennen, welche die Arbeit zur Annahme empfohlen haben.

Der Dissertation muß ein kurzgefaßter Lebenslauf beigedruckt sein.

Vor dem definitiven Druck der Dissertation ist dem Dekan ein Probeabzug des Titelblattes und des Lebenslaufes zur Kontrolle einzusenden, um von ihm mit dem Imprimatur versehen zu werden, falls der Abzug den Bestimmungen der Promotionsordnung entspricht.

Nachträgliche, den Inhalt der Dissertation betreffende Textänderungen, Ergänzungen oder Streichungen sind nur mit Zustimmung des oder der Referenten gestattet.

§ 24. Wenn nach Ablauf eines Jahres die Einlieferung der Druckexemplare nicht vorschriftsmäßig stattgefunden hat, wird die ganze Promotion hinfällig. Auf schriftliches Ansuchen des Kandidaten kann die Sektion eine Verlängerung der Frist bewilligen, die aber ein weiteres Jahr nicht übersteigen soll.

§ 25. Die Bekanntmachung der Promotion erfolgt durch den Dekan im Amtsblatte, sobald die Exemplare vollzählig abgeliefert sind. Sie datiert vom Tage der Ablieferung der Pflichtexemplare.

IV. Diplome.

§ 26. Nach Erfüllung aller reglementarischen Bestimmungen durch den Doktoranden verfaßt der Dekan das Diplom gemäß dem Beschlusse der Sektion und läßt davon 25 Exemplare drucken. Ein Exemplar, das Originaldiplom, wird einerseits vom Rektor, anderseits vom Dekan unterzeichnet, mit dem Siegel der Hochschule und demjenigen der Fakultät versehen, und dem Promovierten zugestellt. Von den übrigen Abzügen erhält jedes Mitglied der Sektion ein Exemplar, eines kommt in das Archiv der Sektion, eines in dasjenige des Senates, eines ans schwarze Brett.

Das Diplom wird nur in deutscher Sprache abgefaßt.

Besondere Noten werden auf dem Diplom nicht ausgesetzt; dagegen behält sich die Sektion vor, in Fällen von besonders tüchtigen Leistungen auszeichnende Prädikate auf dem Diplom anzubringen, die sich entweder auf die Dissertation oder auf die Prüfung oder auf beide zusammen beziehen können.

§ 27. Die Gesamtgebühren für die Promotion ohne Erlaß oder Reduktion der Prüfung betragen Fr. 380. Für Kandidaten, welchen ein Erlaß oder eine Reduktion der Prüfungen gewährt ist, tritt eine Rückvergütung der Gebühren nach Maßgabe der erlassenen Fächer ein. Die in solchen Fällen zu entrichtenden Gebühren betragen jedoch im Minimum Fr. 230.

Die betreffende Summe ist, wenn die Prüfung in allen Fächern zugleich abgelegt wird, von dem Bewerber vor oder gleichzeitig mit der Eingabe der Akten der Universitätskanzlei einzuhändigen.

Wird die mündliche Prüfung in Abteilungen von einem oder mehreren Fächern abgelegt, so sind von dem Kandidaten bei der Anmeldung für das erste Prüfungsfach Fr. 50 (Fr. 40 Promotions- und Fr. 10 Prüfungsgebühren), für jede weitere Prüfung jeweilen vor der Prüfung Fr. 10 als Prüfungsgebühren der Universitätskanzlei zu entrichten, der Rest bei der Anmeldung zur Schlußprüfung.

Für jede Wiederholung einer Einzelprüfung ist eine Gebühr von Fr. 10 zu bezahlen.

§ 28. Wird die Dissertation des Kandidaten als unzureichend zurückgewiesen, so bleiben von den Promotionsgebühren Fr. 100 verfallen. Wurde die Dissertation angenommen, hat aber der Kandidat die schriftliche Prüfung nicht bestanden, so bleiben von der einbezahlten Summe Fr. 200 verfallen; der Rest wird zurückbezahlt. Hat jedoch der Kandidat nach Annahme der Dissertation und Absolvierung der schriftlichen Prüfung das mündliche Schlußexamen nicht bestanden, so bleibt die ganze Summe verfallen; dagegen ist für eine eventuelle Wiederholung der Prüfung nur eine Gebühr von Fr. 50 an die Fakultätskasse zu bezahlen.

§ 29. Der Doktorand hat die Druckkosten seiner Abhandlung und des Diploms zu bestreiten. Auf seinen Wunsch kann außer den vorgeschriebenen 25 Diplomexemplaren eine beliebige weitere Anzahl von Abzügen auf seine Kosten angefertigt werden.

Die Diplomkosten sind vor der Drucklegung des Diploms der Kanzlei zu entrichten.

B. Promotion ohne vorangegangene Bewerbung.
(Ehrenpromotion.)

§ 30. Der Sektion steht die Befugnis zu (§ 1, Ziff. 2), für anerkannte Verdienste um die Wissenschaft die Doktorwürde ehrenhalber, ohne vorangegangene Bewerbung, unentgeltlich zu erteilen.

§ 31. Der Antrag zu einer Ehrenpromotion muß von einem stimmfähigen Mitgliede der Sektion schriftlich bei dem Dekane gestellt und begründet werden.

§ 32. Der Dekan setzt die stimmfähigen Mitglieder der Sektion von dem Antrage in Kenntnis und ladet dieselben zu einer Sitzung ein, in welcher darüber entschieden werden soll. Für diese Sitzung ist die Anwesenheit von mindestens $^3/_4$ der stimmfähigen Sektionsmitglieder erforderlich. Die Entscheidung über den Antrag findet durch geheime Abstimmung statt. Erklärt sich hierbei mehr als eine Stimme gegen die Promotion, so wird diese nicht vollzogen.

§ 33. Über die Abfassung des Diploms entscheidet die Sektion, und die Bekanntmachung erfolgt im Amtsblatt. Die Kosten des Diploms trägt die Staatskasse.

§ 34. Diese Promotionsordnung tritt auf Beginn des Wintersemesters 1909/10 in Kraft; durch dieselbe wird die Promotionsordnung vom 2. August 1905 aufgehoben.

Übergangsbestimmung.

§ 35. Über die Behandlung bereits anhängig gemachter Promotionsgesuche entscheidet die Fakultät.

56. 2. **Promotionsordnung der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Hochschule Zürich.** (Vom 18. Dezember 1909.)

§ 1. Für die Zulassung zur Promotion als Doctor juris utriusque (der Rechte) oder als Doctor juris publici (des öffentlichen Rechts) oder als Doctor œconomiæ publicæ (der Volkswirtschaft) ist erforderlich:

a. Ausweis genügender Vorbildung. Er wird erbracht durch das Maturitätszeugnis einer Mittelschule oder ein gleichwertiges Zeugnis. Von diesem Erfordernis kann von der Fakultät Dispens erteilt werden, wenn der Mangel eines Maturitätszeugnisses hinreichend begründet zu werden vermag und der Nachweis einer genügenden Allgemeinbildung auf andere Weise erbracht werden kann. Das deutsche Einjährig-Freiwilligenzeugnis ist nicht als genügend zu betrachten;

b. Ausweise genügender Studien. Erforderlich ist ein Fachstudium von wenigstens sechs Semestern. Nur ausnahmsweise, wo besondere Gründe es rechtfertigen, kann die Fakultät eine frühere Zulassung bewilligen.

Wenigstens zwei Semester müssen auf die Hochschule Zurich entfallen. Dispens ist ausgeschlossen.

Die Anmeldung zur Promotion ist beim Dekan vorschriftsgemäß einzureichen. Derselben sind die erforderlichen Ausweise, ein curriculum vitæ und eine vom Kandidaten selbst verfaßte wissenschaftliche Abhandlung (Dissertation) beizulegen.

Der Candidatus juris utriusque (der Rechte) kann den Gegenstand seiner Abhandlung aus dem Gebiete irgend eines der für dieses Examen zulässigen Prüfungsfächer wählen; der Candidatus juris publici dagegen nur aus dem des Staatsrechts, Verwaltungsrechts, Völkerrechts, Kirchenrechts oder der Politik; der Candidatus œconomiæ publicæ nur aus dem Gebiete der Theoretischen Nationalökonomie, der Praktischen Nationalökonomie, Handelsbetriebslehre, Finanzwissenschaft oder Statistik.

Die Annahme von Dissertationen, die größtenteils auf einem aus sprachlichen oder andern Gründen hierorts unkontrollierbaren Material beruhen, kann nur auf besonderen Beschluß der Fakultät erfolgen.

§ 2. Erklärt sich der Dekan oder ein Fakultätsmitglied gegen die Zulassung eines Kandidaten, so entscheidet die Fakultät in sofort zu berufender Sitzung.

§ 3. Die Entscheidung erfolgt in dieser, wie in allen auf die Promotion bezüglichen Abstimmungen durch einfache Stimmenmehrheit; bei gleich geteilten Stimmen gibt die Stimme des Dekans den Ausschlag; der Dekan stimmt wie ein anderes Mitglied, wenn die Zahl der anwesenden Mitglieder eine gerade ist.

§ 4. Die Abhandlung wird vom Dekan zuerst dem Vertreter des betreffenden Faches zur Antragstellung und hierauf den übrigen Professoren zur Prüfung zugeschickt.

§ 5. Erscheint sie als befriedigend, so wird der Kandidat zu den Klausurarbeiten, und wenn auch diese bei ihrer Zirkulation für befriedigend erklärt werden, zur mündlichen Prüfung zugelassen.

Wiederholung einer für nicht befriedigend erklärten Klausurarbeit ist nur einmal gestattet.

Die gesamte Prüfung soll spätestens im Laufe des auf die Einreichung der Dissertation folgenden Semesters zum Abschluß gelangen.

§ 6. Zur schriftlichen Beantwortung in der Klausur erhält:

a. der Candidatus juris utriusque (der Rechte) eine Frage aus dem römischen Recht und nach seiner freien Wahl eine andere aus den folgenden Disziplinen: Deutsches oder schweizerisches Privatrecht, Handelsrecht, Strafrecht, Staatsrecht;

b. der Candidatus juris publici eine Frage aus einer der für die Abhandlung zulässigen Disziplinen — jedoch unter Ausschluß derjenigen, welcher

das Dissertationsthema bereits entnommen ist; ferner eine Frage aus einem andern Prüfungsfache; die Wahl der Fächer der beiden Klausurprüfungen steht innerhalb der genannten Beschränkungen dem Kandidaten frei;

c. der Candidatus œconomiæ publicæ eine Frage aus dem Gebiete einer der für das Dissertationstheama zulässigen Disziplinen und eine Frage aus den übrigen Prüfungsfächern, beides nach freier Wahl des Kandidaten.

§ 7. Der Examinator hat die Hülfsmittel, deren Benutzung bei der Klausurarbeit er gestattet, bei der Frage anzumerken. Die Klausur soll 10 Stunden nicht übersteigen.

§ 8. Candidati juris publici und œconomiæ publicæ können auf ihr Gesuch hin durch Fakultätsbeschluß von den Klausurprüfungen dispensiert werden, wenn sie aus den betreffenden Fächern tüchtige größere Seminararbeiten der Hochschule Zürich vorlegen. Ferner werden diejenigen Candidati œconomiæ publicæ, welche das handelswissenschaftliche Diplomexamen in Handelsbetriebslehre, Buchhaltung oder Versicherungsmathematik mit der Note 5 oder 6 absolviert haben, von der Prüfung in diesen Fächern, sofern sie dieselben als Wahlfächer wählen, dispensiert.

§ 9. Die mündliche Prüfung des Candidatus juris utriusque erstreckt sich auf sechs obligatorische Fächer und zwei Wahlfächer.

Die obligatorischen Fächer sind: *a.* Römisches Recht; — *b.* Schweizerisches oder deutsches Privatrecht; — *c.* Schweizerisches oder deutsches Handels- und Wechselrecht; — *d.* Strafrecht; — *e.* Schweizerisches Bundes- oder kantonales oder allgemeines Staatsrecht; — *f.* Zivilprozeß.

Die Wahlfächer, von denen der Kandidat zwei nach seiner freien Wahl als Prüfungsfächer zu bezeichnen hat, sind: *a.* Strafprozeß; — *b.* Kirchenrecht; — *c.* Völkerrecht; — *d.* Schweizerische oder deutsche Rechtsgeschichte; — *e.* Schweizerisches Bundes- oder kantonales oder allgemeines Verwaltungsrecht; — *f.* Internationales Privatrecht; — *g.* Nationalökonomie (theoretische oder praktische).

Ausländischen Kandidaten kann die Kenntnis des schweizerischen Rechts erlassen werden.

Die mündliche Prüfung dauert zwei Stunden. Die einem Fach zugemessene Prüfungszeit ist höchstens 25 und mindestens 10 Minuten. Der Dekan entscheidet über die Zeitverteilung.

§ 10. Die mündliche Prüfung des Candidatus juris publici erstreckt sich auf fünf obligatorische und zwei Wahlfächer.

Die obligatorischen Prüfungsfächer sind: *a.* Allgemeines und schweizerisches (Bundes- und kantonales) Staatsrecht; — *b.* Schweizerisches (Bundes- und kantonales) oder allgemeines Verwaltungsrecht; — *c.* Völkerrecht oder Kirchenrecht; — *d.* Praktische Nationalökonomie; — *e.* Schweizerisches oder deutsches oder römisches Privatrecht.

Dazu kommt je ein Fach nach freier Wahl des Kandidaten aus den beiden folgenden Gruppen:

1. Gruppe: *a.* Strafrecht; — *b.* Strafprozeß; — *c.* Zivilprozeß; — *d.* Schweizerisches oder deutsches Handels- und Wechselrecht; — *e.* Schweizerische oder deutsche Rechtsgeschichte.

2. Gruppe: *a.* Politik oder Soziologie; — *b.* Theoretische Nationalökonomie; — *c.* Finanzwissenschaft und Statistik.

Für ausländische Kandidaten, die ihren bleibenden Wohnsitz nicht in der Schweiz haben, kann als obligatorisches Prüfungsfach an Stelle des schweizerischen Staatsrechtes Völkerrecht oder Kirchenrecht treten.

Die Prüfung dauert zwei Stunden, von denen je 20 Minuten auf drei obligatorische Fächer und je 15 Minuten auf vier weitere Fächer entfallen.

§ 11. Die mündliche Prüfung des Candidatus œconomiæ publicæ erstreckt sich auf folgende obligatorische Fächer und ein Wahlfach.

Die obligatorischen Prüfungsfächer sind: *a.* Theoretische Nationalökonomie; — *b.* Praktische Nationalökonomie; — *c.* Finanzwissenschaft; — *d.* Statistik; — *e.* Handelsbetriebslehre; — *f.* Handels- und Wechselrecht. Kandidaten, die sich nicht für handelswissenschaftliche Wahlfächer erklären, können an Stelle des Handels- und Wechselrechts schweizerisches, deutsches oder römisches Privatrecht wählen; — *g.* Schweizerisches Bundes- oder kantonales oder allgemeines Staatsrecht.

Die Wahlfächer, von denen der Kandidat eines nach seiner freien Wahl als Prüfungsfach zu bezeichnen hat, sind: *a.* Schweizerisches Bundes- oder kantonales oder allgemeines Verwaltungsrecht; — *b.* Völkerrecht; — *c.* Allgemeine Rechtslehre; — *d.* Schweizerisches oder deutsches oder römisches Privatrecht; — *e.* Wirtschaftsgeographie; — *f.* Versicherungsmathematik; — *g.* Buchhaltung und Bilanzkunde; — *h.* Philosophie (Logik oder Psychologie); — *i* Geschichte der neuern Philosophie; — *k.* Allgemeine oder schweizerische Geschichte der neueren Zeit.

Mit besonderer Genehmigung der Fakultät kann auch ein anderes Fach als Wahlfach gewählt werden.

Die Prüfung dauert zwei Stunden. Die Prüfungsdauer für die einzelnen Fächer beträgt 10 20 Minuten nach der Anordnung des Dekans.

§ 12. Bei der Beurteilung der Leistungen sind auch diejenigen in den seminaristischen Übungen zu berücksichtigen.

§ 13. Die Fakultät kann nach den besonderen Umständen eine Abhandlung als genügend erklären für die Bewerbung um zwei Doktorgrade.

§ 14. Zur Gültigkeit der mündlichen Doktorprüfung ist die Anwesenheit von mehr als der Hälfte der Professoren notwendig. Nach der Prüfung findet über die Befähigung des Kandidaten die Beratung und Abstimmung statt, deren Ergebnis der Dekan dem Kandidaten sofort eröffnet.

Auch die nicht prüfenden Professoren können den Kandidaten befragen, immerhin nur aus dem Bereich derjenigen Fächer, auf welche seine Prüfung sich erstreckt.

§ 15. Es werden für die befähigt Erklärten folgende Zensuren festgestellt: I. summa cum laude (mit größter Auszeichnung); — II. magna cum laude (mit Auszeichnung); — III. cum laude (mit gutem Erfolg); — IV. rite (befriedigend).

§ 16. Im Abweisungsfalle kann die Fakultät dem Kandidaten eine Frist setzen, die nicht kürzer als sechs Monate sein darf, nach deren Ablauf er sich abermals zur mündlichen Prüfung stellen kann.

Der Dekan ist verpflichtet, dem Kandidaten die Fächer zu nennen, in denen er nach dem Urteil der Fakultät nicht die nötige Befähigung erwiesen hat.

§ 17. Besteht der Kandidat auch zum zweitenmal die mündliche Prüfung nicht, so ist derselbe für immer abzuweisen.

§ 18. Nach bestandener Prüfung hat der Kandidat die Abhandlung drucken zu lassen und spätestens innerhalb eines Jahres in 170 Exemplaren den Universitäts-Pedellen abzuliefern.

Die Pflichtexemplare müssen, um angenommen zu werden, folgendes Titelblatt haben:

(Titel der Dissertation)

Inauguraldissertation

der staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich zur Erlangung der Würde eines Doctor juris utriusque, beziehungsweise juri publici, beziehungsweise œconomiæ publicæ, beziehungsweise die deutsche Form des Titels,

vorgelegt

von ..... aus .....

genehmigt auf Antrag von Herrn Prof. .....

am .....

Auf der Rückseite des Titelblattes soll sich folgender Vormerk befinden:

Die staatswissenschaftliche Fakultät gestattet hierdurch die Drucklegung vorliegender Dissertation, ohne damit zu den darin ausgesprochenen Anschauungen Stellung nehmen zu wollen.

Zürich, den (Datum des mündlichen Examens).

Der Dekan der staatswissenschaftlichen Fakultät:
(Name des jeweiligen Dekans.)

§ 19. Die Ernennung des Doktors erfolgt durch die Unterzeichnung des Diploms seitens des Dekans und des Aktuars.

Die Unterzeichnung findet erst nach Einreichung der 170 Exemplare der Abhandlung statt.

Werden die 170 Pflichtexemplare nicht bis spätestens ein Jahr nach dem mündlichen Examen der Kanzlei abgeliefert, so gilt das Examen als nicht abgelegt. Gesuche um Dispensierung von dieser Vorschrift sind vor Ablauf der Frist und unter Darlegung erheblicher Gründe schriftlich der Fakultät vorzulngen. Die Frist kann um höchstens ein Jahr erstreckt werden.

§ 20. Das Diplom wird nach Wahl des Kandidaten in deutscher oder lateinischer Sprache abgefaßt, gedruckt und mit dem Siegel der Universität und der staatswissenschaftlichen Fakultät, sowie den Unterschriften des Rektors, des Dekans und des Aktuars der Fakultät versehen.

§ 21. Neben dem Hauptdiplom, welches den zum Doktor Ernannten eingehändigt wird, sind noch zwanzig Abdrücke zu veranstalten, wovon einer am schwarzen Brett anzuheften, einer beim Rektorat, einer im Senatsarchiv und einer im Archiv der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät zu hinterlegen ist; die übrigen werden an die Professoren verteilt. Von jeder Ernennung zum Doktor ist auch im Amtsblatt Anzeige zu machen.

§ 22. Die Gebühren für die Promotion betragen Fr. 350. Sie sind bei der Universitätskanzlei einzuzahlen.

Überdies hat der Kandidat die Kosten für den Druck der Dissertation und der Diplome zu bestreiten.

§ 23. Von den Gebühren hat der Kandidat Fr. 150 mit der Einreichung der Abhandlung einzuzahlen.

Wird der Bewerber zur mündlichen Doktorprüfung nicht zugelassen, weil die Abhandlung oder die schriftlichen Arbeiten nicht befriedigend ausgefallen sind, so erhält der Kandidat das Bezahlte zurück, mit Ausnahme der dem Referenten zukommenden Fr. 30.

§ 24. Der Rest der Gebühren ist vor der mündlichen Prüfung zu entrichten.

Erklärt die Fakultät die mündliche Doktorprüfung als ungenügend, so fallen die Gebühren des Rektors und der Witwen-, Waisen- und Pensionskasse weg und werden dem Kandidaten zurückgegeben.

§ 25. Bei einer allfälligen zweiten Prüfung wird die Hälfte der früher bezahlten Gebühren bezogen; doch kann nach Beschluß der Fakultät auch eine weitergehende Ermäßigung eintreten.

§ 26. Unbemittelten, welche wenigstens vier Semester mit tadellosem Fleiß an der hiesigen Hochschule studiert haben, kann die Fakultät auf ein mit Belegen versehenes Gesuch die Gebühren mit Ausnahme jener für den Rektor, den Referenten, den Pedellen, die Kantonsbibliothek und die Witwen-, Waisen- und Pensionskasse erlassen. Jedoch soll dem Gesuche nur entsprochen werden, wenn die mit demselben eiuzureichende Abhandlung von dem Referenten als eine besonders befriedigende Arbeit bezeichnet wird.

§ 27. Für hervorragende Verdienste um die Rechts- oder Staatswissenschaften in theoretischer oder praktischer Beziehung kann die Fakultät das Doktordiplom honoris causa verleihen, wofür indes die Zustimmung von wenigstens zwei Dritteilen ihrer sämtlichen Professoren notwendig ist.

Die Verleihung des Ehrendoktors geschieht gebührenfrei. Die Staatskasse trägt die Kosten des Diploms.

§ 28. Die in der Promotionsordnung nicht ausdrücklich geregelten Spezialfragen werden durch Fakultätsbeschluß geordnet.

§ 29. Diese Promotionsordnung tritt auf Beginn des Wintersemesters in Kraft. Durch dieselbe wird die Promotionsordnung vom 2. August 1905 und das Ausführungsreglement vom 1. Dezember 1906 aufgehoben.

Vom Erziehungsrate genehmigt.

---

57. 3. Regulativ betreffend die Erteilung von Hochschulstipendien im Kanton Zürich.

(Vom 11. Dezember 1909.)

1. Allgemeine Bestimmungen.

§ 1. Unbemittelte, aber tüchtige Studierende (Kantonsbürger und seit mindestens zehn Jahren im Kanton Zürich niedergelassene Schweizerbürger), die an der Hochschule oder am eidgenössischen Polytechnikum in Zürich immatrikuliert sind, können für die durchschnittliche Dauer der Studienzeit mit Stipendien von Fr. 100 bis Fr. 600 im Jahre unterstüzt werden.

Ebenso werden für zürcheriche Studierende, die sich an den genannten Anstalten durch ihre Leistungen ausgezeichnet haben, zum Zwecke des Besuches einer auswärtigen höhern Unterrichtsanstalt Stipendien ausgesetzt, deren Betrag je nach den Verhältnissen des einzelnen Falles bemessen wird. An Lehramtskandidaten können auch Stipendien verabreicht werden zur Ermöglichung eines längern Aufenthaltes im fremden Sprachgebiete, insbesondere zur Fortsetzung des akademischen Studiums.

Ausnahmsweise können auch Unterstützungen an Kantonsangehörige verabreicht werden, die die zürcherische Hochschule besuchen, aber infolge eines unregelmäßigen Bildungsganges nachträglich noch das Maturitätszeugnis und die Immatrikulation zu erwerben haben.

§ 2. In besondern Fällen können aus den bestehenden Stipendienfonds Zulagen zu den ordentlichen Staatsstipendien, sowie Stipendien an nicht im Kanton Zürich niedergelassene Schweizerbürger gewährt werden.

§ 3. An jeder Fakultät beziehungsweise Fakultätssektion der Hochschule sind vier Freiplätze verfügbar.

§ 4. Die Stipendiaten an der Hochschule sind von der Bezahlung des Einschreibgeldes, sowie der Staatsgebühr der Exmatrikulation (Fr. 2), die Inhaber von Freiplätzen überdies von der Entrichtung der Kollegiengelder an die besoldeten Professoren befreit; ferner haben die Stipendiaten nur die Hälfte der Kanzleigebühr und des Beitrages für die Kantonalbibliothek und die Sammlungen zu entrichten. Die Beiträge an die Kranken- und Unfallkasse haben die Stipendiaten wie die übrigen Studierenden zu bezahlen.

§ 5. Die Bewerbung um ein Stipendium oder einen Freiplatz geschieht innerhalb der jeweilen durch öffentliche Bekanntmachung festgesetzten Frist bei der Erziehungsdirektion durch Einreichung eines schriftlichen Gesuches unter Beilegung eines Studienzeugnisses, sowie eines Ausweises über die ökonomischen Verhältnisse, für welchen die Formulare bei der Kanzlei der Erziehungsdirektion zu beziehen sind.

In der Anmeldung sollen auch allfällige anderweitige Unterstützungen unter Angabe des Betrages zur Kenntnis gebracht werden.

§ 6. Die Stipendiengesuche werden von der Stipendienkommission zum Zwecke der Antragstellung an den Erziehungsrat vorberaten. Die Kommission besteht aus dem Direktor des Erziehungswesens als Präsident, dem Inspektor der Stipendiaten (§ 10) und dem Sekretär des Erziehungswesens als Protokollführer.

§ 7. Der Erziehungsrat beschließt am Anfang jedes Studienhalbjahres über die Zuweisung von Stipendien und Freiplätzen. Bei der Zumessung der Stipendien im Frühjahr kann indes ein ganzes Studienjahr berücksichtigt werden.

Den Professoren wird die Liste der Stipendiaten zugestellt.

§ 8. Die Stipendiaten haben sich tadelloser Haltung im allgemeinen und unausgesetzten Eifers in ihren Studien zu befleißen.

Sie haben die Vorlesungen und Übungen regelmäßig zu besuchen, die ordnungsgemäßen Fachexamen und Diplomprüfungen zu absolvieren und darüber Zeugnisse vorzuweisen.

Am Schlusse jedes Semesters haben die Stipendiaten dem Inspektor einen schriftlichen Bericht über den Gang ihrer Studien einzureichen.

§ 9. Die Stipendiaten an auswärtigen Lehranstalten haben nach Ablauf jedes Semesters der Erziehungsdirektion einen von Zeugnissen begleiteten eingehenden Bericht, insbesondere über die von ihnen besuchten Kollegien, über ihre privaten Arbeiten, über den allgemeinen Einfluß ihres Aufenthaltes auf die Förderung ihrer Studien, sowie über dessen ökonomische Anforderungen zu übersenden.

Studierende, die zur Ausbildung in den neuern Sprachen sich auswärts aufhalten, erstatten diesen Bericht in einer der Sprachen ihres Studiums.

2. Beaufsichtigung der Stipendiaten.

§ 10. Die Stipendiaten sind der Aufsicht eines Inspektors unterstellt, der vom Erziehungsrate auf unbestimmte Zeit ernannt wird.

§ 11. Dem Inspektor fallen nachstehende Pflichten und Befugnisse zu:

a. Aufsicht über das Verhalten der Stipendiaten im allgemeinen;

b. Raterteilung an die Stipendiaten über zweckmäßigen Studiengang;

c. Einholung von Berichten über Fleiß und Fortschritte der Stipendiaten von den Professoren beziehungsweise von der Kanzlei des eidgenössischen Schulrates;

d. Abgabe eines Gutachtens über die Stipendienverteilung an die Stipendienkommission zuhanden des Erziehungsrates;

e. Abfassung des Semesterberichtes an die Erziehungsdirektion;

f. Teilnahme an den Sitzungen der Stipendienkommission (§ 6).

§ 12. Der Inspektor ist berechtigt, für die Beaufsichtigung und Beratung der Stipendiaten an der Hochschule die Mitwirkung der Professoren, insbesondere der Dekane der Fakultäten, soweit nötig, in Anspruch zu nehmen.

3. Ausrichtung der Stipendien.

§ 13. Die Ausrichtung der Stipendien an der zürcherischen Hochschule und am Polytechnikum findet quartalweise, die für den Besuch auswärtiger höherer Unterrichtsanstalten in der Regel semesterweise statt.

§ 14. Wenn ein Stipendiat durch ungenügende Leistungen oder unbefriedigendes Verhalten sich der Unterstützung als unwürdig erweist, kann der Erziehungsrat das zugesprochene Stipendium jederzeit zurückziehen und in schwerern Fällen die erteilten Stipendien ganz oder teilweise zurückfordern.

4. Schlußbestimmungen.

§ 15. Das vorstehende Regulativ tritt sofort in Kraft; es ist im Amtsblatt zu veröffentlichen und den Stipendiaten zuzustellen.

Durch dasselbe wird das Regulativ betreffend die Erteilung von Hochschulstipendien vom 24. März 1897 aufgehoben.

58. 4. **Regulativ betreffend die Anstellungsverhältnisse des Wärterpersonals des kantonalen Tierspitals in Zürich.** (Vom 7. Oktober 1909.)

§ 1. Das Wärterpersonal am Tierspital wird nach Bedürfnis von der Direktion dieses Institutes (§ 14 des Reglementes des Tierspitals) angestellt, und zwar wie folgt: *a.* Dauernd, das ist auf unbestimmte Zeit mit Monatslohn und dreimonatiger Kündigungsfrist; — *b.* vorübergehend (aushülfsweise), mit Taglohn und dreitägiger Kündigungsfrist.

§ 2. Der Lohn beträgt: *a.* Bei dauernd Angestellten: Fr. 150—180 im Monat; — *b.* im Taglohn: Fr. 4—6 im Tag.

Neueintretende Angestellte erhalten in der Regel das Minimum. Von drei zu drei Jahren vom Datum der Anstellung an steigert sich der Lohn bis zum Maximum. In besondern Verhältnissen (Teuerung, Arbeitsüberhäufung etc.), sowie bei hervorragender Dienstleistung kann ein Zuschuß gewährt werden; bei erheblich reduzierter Leistungsfähigkeit kann eine Verminderung der Monatsbesoldung eintreten.

§ 3. Hinsichtlich Unfall, Krankheit, Militärdienst und Urlaub sollen die dauernd Angestellten des kantonalen Tierspitals gleich gehalten werden wie die übrigen Staatsangestellten.

Die Taglohnarbeiter sind gegen Unfall versichert.

§ 4. Die tägliche Arbeitszeit soll, bei einer Mittagspause von zwei Stunden, nicht über 7 Uhr abends hinausgehen. Die Pferdewärter haben abwechselnd Wachtdienst, d. h. in der Mittagspause, während der Nacht und am Sonntagnachmittag hat je einer im Gebiete des Tierspitals anwesend zu sein.

Außerordentliche Arbeiten, sowie Nachtwachen, sind besonders zu entschädigen, letztere mit Fr. 1 für die halbe, mit Fr. 2 für die ganze Nacht.

§ 5. Das Wärterpersonal hat die Anordnungen der Kliniker und der Assistenten pünktlich und gewissenhaft zu befolgen, sich eines freundlichen und zuvorkommenden Benehmens gegen jedermann zu befleißen und sich bei allfälligen Anständen an die Direktion des Tierspitals zu wenden.

Es ist ihm untersagt, Mitteilungen zu machen an fremde Personen über Krankheit und Behandlung der Patienten.

§ 6. Bei Verstößen gegen Dienstpflicht, gegen Disziplin und Ordnung steht dem Direktor die Anwendung folgender Disziplinarmittel zu: *a.* Mahnung; — *b.* Verweis; — *c.* Dienstentlassung.

§ 7. Dieses Regulativ tritt sofort in Kraft.

---

59. 5. **Reglement über die Disziplin an der Universität Bern.** (Vom 8. März 1909.)

Der Regierungsrat des Kantons Bern, auf den Antrag der Direktion des Unterrichtswesens,

beschließt:

§ 1. Die immatrikulierten Studierenden stehen in jeder Hinsicht, die Auskultanten während ihres Aufenthaltes in den Gebäuden der Universität und mit Rücksicht auf ihre Beziehungen zu den Dozenten unter akademischer Disziplin.

§ 2. Die Disziplinaraufsicht führt der Rektor; die Hochschullehrer handhaben die Disziplin in den Hörsälen, die Direktoren in den Instituten.

§ 3. Jeder Studierende hat die Legitimationskarte, die er bei seiner Immatrikulation erhält, innerhalb der ersten 14 Tage eines jeden Semesters gegen Bezahlung einer Gebühr von 20 Cts. und unter Angabe seiner Wohnung beim Pedell gegen eine neue Karte umzutauschen[1]). Ebenso hat er dem Pedell jede Wohnungsänderung innerhalb drei Tagen anzuzeigen und von diesem auf der Legitimationskarte vermerken zu lassen. Wer den rechtzeitigen Umtausch der

[1]) Gegen Vorweisung der Legitimationskarte werden die Studierenden von der Polizei in bezug auf Verhaftung wie Personen mit festem Wohnsitz behandelt.

Karte oder die rechtzeitige Angabe der Wohnungsänderung unterläßt, verfällt in eine Buße von Fr. 1, die an den Pedell zu entrichten ist.

§ 4. Desgleichen hat jeder vom Rektor zugelassene Auskultant, wenn er fernerhin Vorlesungen hören will, zu Beginn jeden Semesters seine Auskultantenkarte beim Pedell gegen eine Gebühr von 60 Cts. zu erneuern und seine Wohnung anzugeben.

§ 5. Verliert ein Studierender seine Legitimationskarte, so hat er hiervon binnen 48 Stunden dem Rektor Anzeige zu machen, der auf Kosten des Inhabers die verlorene Karte annulliert und dem Studierenden eine neue Karte ausstellt.

§ 6. Jeder Studierende hat sich bei den Dozenten, für deren Vorlesungen oder Übungen er sich eingeschrieben hat, zu Beginn eines jeden Semesters persönlich anzumelden und am Schlusse des Semesters persönlich abzumelden und sich Anmeldung und Abmeldung im Zeugnisheft bescheinigen (testieren) zu lassen. Die Abmeldung darf erst in den letzten vier Tagen des Semesters erfolgen, es sei denn, daß der Studierende zum Militärdienst einberufen oder zum Examen angemeldet ist. Nachträgliche Bescheinigungen über erfolgte Abmeldung dürfen nur ausnahmsweise und keinesfalls später als zu Beginn des nächsten Semesters ausgestellt werden. Erst die Bescheinigung der Abmeldung gilt als Nachweis über den Besuch der Vorlesung oder Übung.

§ 7. Wer, ohne dispensiert zu sein, während eines Semesters keine Vorlesung besucht, wird nach erfolgter Mahnung aus der Liste der Studierenden gestrichen; dasselbe geschieht ohne weiteres mit jedem Studierenden, der sich an einer andern Universität immatrikulieren läßt.

§ 8. Vom Belegen von Vorlesungen kann durch den Rektor dispensiert werden, wer nachweist, daß er durch erhebliche Gründe, wie Krankheit, Militärdienst, Praxis zum Zweck der Berufsausbildung, am Besuch der Vorlesungen verhindert ist. Dispens wird nur für die Dauer eines Semesters erteilt.

§ 9. Wer die Universität verlassen will, hat sich beim Rektor abzumelden; gegen Vorweisung der Matrikel, des Zeugnisheftes, der Legitimationskarte, der Karte für die Studentenkrankenkasse, der Karte für die Stadtbibliothek, sowie der Bescheinigung der Stadtbibliothek und der Landesbibliothek über die erfolgte Rückgabe der entliehenen Bücher, sowie des Verzeichnisses der deponierten Schriften wird ihm ein Abgangszeugnis (Exmatrikel) ausgestellt. Für diese Exmatrikel ist eine Gebühr von Fr. 5 zu entrichten. Wer ohne Exmatrikel die Universität verläßt, wird aus dem Verzeichnis der Studierenden gestrichen und hat bei allfälligem Wiedereintritt die volle Immatrikulationsgebühr zu bezahlen.

§ 10. Disziplinarfehler werden von den akademischen Behörden geahndet. Als Disziplinarfehler gelten: *a.* Übertretung der Reglemente und Verordnungen der Universitätsbehörden; — *b.* Ungehorsam gegen Rektor oder Senat, insbesondere Nichterscheinen auf Zitation; — *c.* Verletzung der Sitte und des Anstandes, z. B. durch Trunkenheit, Störung der nächtlichen Ruhe, Beteiligung an Raufhändeln; — *d.* mutwillige Beschädigung des Eigentums der Universität, z. B. der Tische und Bänke [1]); — *e.* leichtfertiges Schuldenmachen; — *f.* Zweikampf und Herausforderung zum Zweikampf [2]).

§ 11. Als Disziplinarstrafen können verhängt werden: *a.* Ermahnung oder Verweis durch den Rektor; — *b.* Ermahnung oder Verweis vor dem Senatsausschuß oder vor dem Senat; — *c.* Streichung aus der Liste der Studierenden; — *d.* Relegation auf bestimmte Zeit oder auf immer.

Außerdem ist die Direktion des Unterrichtswesens befugt, dem Fehlbaren allfällige Stipendien zu entziehen oder deren Entziehung zu veranlassen.

§ 12. Wer aus der Liste der Studierenden gestrichen ist, kann gegen Bezahlung der vollen Gebühren zu Beginn des nächsten Semesters wieder immatrikuliert werden, sofern die Gründe, die zur Streichung führten, nicht fortbestehen.

---

[1]) Die Hochschulverwaltung ist berechtigt, Ersatz des entstandenen Schadens zu verlangen

[2]) Zweikampf wird außerdem nach dem Strafgesetzbuch gerichtlich verfolgt.

§ 13. Die Relegation schließt ein weiteres Studium an der Universität Bern für eine bestimmte Zeit oder für immer aus. Bei schweren Vergehen kann sie durch Veröffentlichung am schwarzen Brett und Mitteilung an auswärtige Universitäten verschärft werden.

§ 14. Der Rektor hat die Kompetenz zur Erteilung von Ermahnungen und Verweisen, sowie zur Streichung aus der Liste der Studierenden nach § 7 und § 15 dieses Reglementes und § 13 des Quästurreglementes. Höhere Disziplinarstrafen fallen in die Kompetenz des Senatsausschusses und des Senats. Die Relegation wird von der Direktion des Unterrichtswesens nach eingeholtem Bericht des Senats verfügt.

§ 15. Die gerichtliche Beurteilung wegen Verbrechen, Vergehen oder Übertretungen hebt die Befugnis der akademischen Behörden zu disziplinarem Einschreiten nicht auf. Verlust der bürgerlichen Ehrenfähigkeit zieht in der Regel, Verurteilung zu entehrenden Strafen stets Streichung aus der Liste der Studierenden, beziehungsweise Relegation nach sich.

§ 16. Dieses Reglement, durch welches dasjenige vom 22. Februar 1893 über die Disziplin an der Hochschule aufgehoben wird, tritt sofort in Kraft und ist in die Gesetzessammlung aufzunehmen.

---

60. 6. **Reglement über die Erteilung der Doktorwürde an der medizinischen Fakultät der Universität Bern.** (Vom 9. Dezember 1909.)

§ 1. Zu den einzelnen Teilen des medizinischen Doktorexamens meldet man sich schriftlich beim Dekan der Fakultät.

Dem Anmeldungsschreiben sind beizufügen:

1. Belege für die verlangte wissenschaftliche Vorbildung.

2. Für den ersten Teil des Examens eine Schilderung des Lebenslaufes und Bildungsganges (Curriculum vitæ).

Die zum medizinischen Studium notwendige Vorbildung, ebenso wie die zu den einzelnen Abschnitten des medizinischen Doktorexamens erforderlichen Studienausweise sind in den Ausführungsbestimmungen angegeben.

§ 2. Eine besondere Kommission, welche aus dem Dekan und zwei auf ein Jahr zu wählenden Mitgliedern der Fakultät besteht, hat die eingereichten Dokumente zu prüfen und über die Zulassung zu entscheiden. In zweifelhaften Fällen wendet sie sich an die Fakultät, welche mit zwei Drittel Stimmenmehrheit beschließt.

§ 3. Zur Verleihung des Doktorgrades ist die Einreichung einer noch nicht veröffentlichten Dissertation von wissenschaftlichem Werte und die Absolvierung einer mündlichen Prüfung notwendig. Die mündliche Prüfung kann vor oder nach der Ablieferung der Dissertation abgelegt werden.

§ 4. Der Dekan übersendet die Dissertation dem Fakultätsmitgliede, unter dessen Leitung sie gemacht wurde, zur Begutachtung, eventuell, wenn sie an anderer Stelle verfertigt wurde, dem offiziellen Vertreter des entsprechenden Faches. Die Dissertation zirkuliert hierauf mit dem Gutachten des Referenten bei sämtlichen in Bern wohnenden ordentlichen und bei den an der Prüfung beteiligten außerordentlichen Professoren. Der Referent hat zur Erstattung des Gutachtens eine Frist von drei Wochen, die übrigen Mitglieder haben je drei Tage Zeit, um Einsicht von der Dissertation zu nehmen.

§ 5. Wenn keine anderen Anträge im Gutachten, auf der Zirkulationsliste oder in der Fakultät selbst gestellt werden, gilt die Dissertation für angenommen. Sonst wird über ihre Annahme diskutiert und in geheimer Abstimmung mit zwei Drittel Stimmenmehrheit von der Fakultät entschieden. Jedes Fakultätsmitglied hat indessen das Recht, eine offene Abstimmung über die Annahme der Dissertation zu verlangen.

Die Dissertation muß innerhalb Jahresfrist nach Erteilung des Doktorgrades veröffentlicht werden.

Der Name des Antragstellers ist auf der Rückseite des Titelblattes zu nennen.

Die als Dissertation genehmigte Arbeit darf vor dem mündlichen Examen veröffentlicht werden, jedoch nicht in der Form einer Dissertation.

§ 6. Die mündliche Prüfung zerfällt in drei zeitlich getrennte Teile.

Der erste Abschnitt umfaßt die Fächer: Anatomie und Physiologie; der zweite die Fächer: allgemeine Pathologie und pathologische Anatomie, gerichtliche Medizin, Pharmakologie, medizinische Chemie; der dritte die Fächer: innere Medizin, Chirurgie, Gynäkologie und Gebürtshülfe, Ophthalmologie.

Die Zulassung des Kandidaten zum zweiten respektive dritten Abschnitt darf erst erfolgen, nachdem der vorhergehende bestanden ist. Jeder Abschnitt kann zweimal, jedoch nur als ganzes wiederholt werden.

Die Leistungen werden mit fünf Noten bewertet, wobei bedeutet: 1 ungenügend, 2 schwach, 3 genügend, 4 gut, 5 sehr gut.

Die Entscheidung, ob der Kandidat einen Abschnitt bestanden hat oder nicht, findet in folgender Weise statt:

In jedem Abschnitt des Examens muß die Durchschnittsnote 3 erreicht sein. Wenn der Kandidat aber in einem Fache eines Abschnittes die Note 1 oder in zwei Fächern die Note 2 erhalten hat, hat er den Abschnitt nicht bestanden.

Der Kandidat hat die Prüfung nur in demjenigen Abschnitt zu wiederholen, den er nicht bestanden hat.

Die Prüfungszeit für das einzelne Fach darf 20 Minuten nicht überschreiten. Während der ganzen Prüfung soll außer dem Examinator wenigstens noch ein Mitglied der Fakultät anwesend sein.

Jeder Examinator hat sofort nach Beendigung seiner Prüfung schriftlich und geheim seine Note dem Dekane zu übergeben.

§ 7. Doktoranden, welche die Zeugnisse über die bestandenen eidgenössischen Medizinalprüfungen beibringen, können von der Ablegung einer mündlichen Prüfung befreit werden. Außer diesen Prüfungszeugnissen werden keine weiteren Ausweise von ihnen verlangt. Der Doktorgrad wird den Betreffenden nach Annahme der Dissertation durch die Fakultät in mündlicher Abstimmung mit zwei Drittel Stimmenmehrheit erteilt.

§ 8. Der Grad des „Doctor medicinæ“ wird ohne Beifügung einer besonderen Bezeichnung verliehen.

§ 9. Sofort nach befriedigender Absolvierung des dritten Teilexamens erhält der Kandidat ein Zeugnis über die abgelegte Prüfung mit Angabe der in den einzelnen Fächern erzielten Noten. In diesem Zeugnisse wird mitgeteilt, daß die Prüfung mit Erfolg bestanden wurde, daß aber die erfolgreiche Absolvierung dieses Examens allein (ohne Dissertation) zur Führung des Doktortitels nicht berechtige.

Die Ausfertigung des Doktordiplomes findet erst statt, nachdem alle drei Teile des mündlichen Examens bestanden sind, und nachdem die Dissertation gedruckt und in 200 Exemplaren eingereicht worden ist.

§ 10. Die medizinische Fakultät verleiht außerdem noch die Doktorwürde „honoris causa“ in Anerkennung hervorragender Verdienste.

§ 11. Die Gebühr für die Erlangung der Doktorwürde durch das Doktorexamen beträgt Fr. 320. Diese Gebühr ist in drei Raten jeweilen vor der Einladung zu den drei Prüfungsabschnitten zu entrichten, wobei die zwei ersten Male je Fr. 100, das dritte Mal Fr. 120 bezahlt werden müssen. Die Prüfungsgebühr wird, wenn der Kandidat das Examen nicht bestanden hat, nicht zurückerstattet, doch braucht sie bei Wiederholung der Prüfung nicht noch einmal entrichtet zu werden.

Für die Ärzte, welche die eidgenössische Medizinalprüfung bestanden haben, beträgt die Gebühr Fr. 300, wovon wie von der obigen Summe je Fr. 10 dem

Pedell, Fr. 10 der Stadtbibliothek und Fr. 20 der Witwen- und Waisenkasse abzutreten sind.

§ 12. Die Fakultät bestimmt die Frist, nach welcher eine nicht bestandene Prüfung wiederholt werden kann; die Wiederholung darf aber nicht vor Ablauf von drei Monaten stattfinden.

Dieses Reglement tritt sofort in Kraft. Durch dieses Reglement ist das Doktorreglement vom 22. Februar 1889 aufgehoben.

---

61. 7. **Reglement über die Erteilung der Doktorwürde an der philosophischen Fakultät der Hochschule Bern (philosophisch-philologisch-historische Sektion).** (Vom 26. Oktober 1909.)

Die Direktion des Unterrichtswesens des Kantons Bern, gestützt auf Art. 53, Ziff. 4, des Gesetzes über die Hochschule vom 14. März 1834, erläßt folgendes Reglement:

§ 1. Die Anmeldung zur Erlangung der Doktorwürde in der philosophischen Fakultät geschieht schriftlich bei dem Dekan der Fakultät.

§ 2. Dem Anmeldungsschreiben sind beizufügen:

a. eine Dissertation im Manuskript in einer der modernen Hauptsprachen oder in lateinischer Sprache, mit hinreichenden Ausweisen über die Entstehung der Arbeit. Ausnahmsweise kann an Stelle der Dissertation im Manuskript eine Druckschrift angenommen werden. Der Dissertation ist die schriftliche Erklärung beizufügen, daß der Kandidat sie ohne unerlaubte Hilfe angefertigt habe;

b. ein Curriculum vitæ des Kandidaten, das in derselben Sprache wie die Dissertation zu verfassen ist;

c. Zeugnisse über wissenschaftliche Vorbildung und mindestens dreijährige akademische Studien. Von Doktoranden, die von auswärts kommen und eine fertige Dissertation mitbringen, wird der Nachweis der Reife für die Prima einer höhern Lehranstalt oder ein anderer gleichwertiger Ausweis, sowie ein einsemestriges Studium an der hiesigen Universität verlangt;

d. ein Sittenzeugnis;

e. eine Summe von 325 Franken.

Unbemittelten Kandidaten kann die Gebühr ganz oder teilweise erlassen werden. In streitigen Fällen entscheidet die Direktion des Unterrichtswesens.

§ 3. Die philosophische Fakultät zerfällt in Rücksicht der Doktorprüfungen in zwei Abteilungen:

1. in die philosophisch-philologisch-historische und
2. in die mathematisch-naturwissenschaftliche.

Der Kandidat bestimmt drei Fächer aus einer Abteilung (s. § 4), in denen er examiniert werden will, wobei das Fach, aus dem die Dissertation ist, als Hauptfach gilt.

§ 4. In der philosophisch-philologisch-historischen Sektion gelten als Prüfungsfächer:

1. Philosophie; — 2. Psychologie; — 3. griechische Sprache, Literatur und Altertümer; — 4. lateinische Sprache, Literatur und Altertümer; — 5. germanische Philologie; — 6. neuhochdeutsche Sprache und Literatur; — 7. romanische Philologie oder altfranzösische Sprache und Literatur; — 8. neufranzösische Sprache und Literatur; — 9. italienische Sprache und Literatur; — 10. englische Sprache und Literatur; — 11. semitische Sprachen und Literaturen; — 12. vergleichende Grammatik der indogermanischen Sprachen; — 13. indische Sprachen und Literaturen; — 14. Allgemeine Geschichte; — 15. Schweizergeschichte; — 16. Kunstgeschichte; — 17. Geographie (physikalische Geographie, Völker- und Länderkunde); — 18. Nationalökonomie.

Für die Fächer 3 und 4, 5 und 6, 7 und 8 gilt die Bestimmung, daß, wenn eines von ihnen als Hauptfach gewählt wird, das andere ein obligatorisches Nebenfach bildet. Für das Fach 15 gilt die Bestimmung, daß dann, wenn es als Hauptfach gewählt wird, Fach 14 als Nebenfach gewählt werden muß.

§ 5. Ist die Dissertation in Bern gemacht worden, so steht dem Professor, unter dessen Leitung sie ausgeführt worden ist, Bericht und Antrag zu. Handelt es sich um eine auswärtige Dissertation, so haben die Vertreter des Faches sie zu begutachten.

Nachdem die Dissertation von der Fakultät angenommen worden ist, wird zum Examen geschritten. Andernfalls wird der Kandidat abgewiesen und erhält die nach § 2 erlegte Summe nach Abzug einer Gebühr von 30 Franken für Prüfung der Dissertation zurück.

§ 6. In den einzelnen Fächern examinieren diejenigen Professoren, welche für den Vortrag derselben angestellt sind. Wenn mehrere Professoren desselben Faches an der Hochschule tätig sind, so examinieren sie abwechselnd.

§ 7. Vor dem mündlichen Examen werden dem Kandidaten aus jedem Fach drei Fragen vorgelegt, von denen er je eine schriftlich, ohne Hülfsmittel, unter Aufsicht des betreffenden Examinators zu beantworten hat. Es werden ihm zur Lösung jeder dieser Fragen im Maximum je 4 Stunden Zeit eingeräumt. Über die Beantwortung erstattet der Professor, von welchem die Frage gestellt wurde, der Fakultät nach Beendigung des mündlichen Examens Bericht. Kandidaten, die das bernische Gymnasiallehrerexamen mit Erfolg bestanden haben, können die Klausurarbeiten in den betreffenden Fachern erlassen werden. Kandidaten, welche sich unerlaubter Hülfsmittel bedienen, werden als durchgefallen (s. § 10) betrachtet.

§ 8. Das mündliche Examen findet in einer Fakultätssitzung statt und ist öffentlich. Es dauert im Hauptfach wenigstens 45 Minuten, in jedem Nebenfach 30 Minuten. Die Beurteilung geschieht in der Sitzung der Fakultät durch die Examinatoren. Wenn die Mehrzahl ihrer Stimmen sich für den Doktoranden entscheidet, so wird dem Kandidaten die Doktorwürde entweder summa cum laude oder magna cum laude oder cum laude oder rite erteilt und ihm das Handgelübde (s. § 12) abgenommen[1]). Beliebige Unterbrechungen des Examens sind gestattet. Wer nach Beginn des Examens ohne ärztliches Zeugnis zurücktritt, ist als durchgefallen zu betrachten.

§ 9. Das Doktordiplom wird dem Kandidaten erst ausgehändigt, nachdem seine Dissertation gedruckt und der Fakultät in vorschriftsgemäßer Form[2]) und den Anweisungen des Referenten entsprechend in 180 Exemplaren abgeliefert ist. Ist der Kandidat dieser Pflicht nicht innerhalb eines Jahres nach bestandenem Examen nachgekommen, so ist die Fakultät berechtigt, die Bewerbung und das Examen für ungültig zu erklären.

§ 10. Erhält der Kandidat nicht die Mehrheit der Stimmen, so wird er abgewiesen. In diesem Falle wird ihm die Hälfte der nach § 2 erlegten Summe zurückbezahlt. Eine Wiederholung des Examens wird zweimal gestattet, und zwar mit Zwischenräumen von wenigstens einem halben Jahre.

§ 11. Über die von dem Kandidaten bezahlte Gebühr wird nach Abzug der Kosten für den Druck des Diploms in folgender Weise verfügt: Fr. 25 fallen an die Witwen- und Waisenkasse, Fr. 10 an die Stadtbibliothek, Fr. 15 an die Fakultätskasse, Fr. 15 erhält der Abwart der Hochschule, und der Rest

---

[1]) Die Formel, welche der Dekan dem Doktoranden nach beendigter Prüfung vorspricht und auf welche der Doktorand das Handgelübde an Eidesstatt ablegt, lautet:

„Ich gelobe, der akademischen Würde, die mir heute verliehen worden ist, stets Ehre zu machen; ich verspreche der Wissenschaft, der ich mich gewidmet habe, stets, soviel ich vermag, zu dienen und ihre Würde aufrecht zu erhalten; ich gelobe, die wissenschaftliche Erforschung der Wahrheit stets als eine ernste und hohe Aufgabe zu betrachten."

[2]) Das heißt, auf dem Titel versehen mit der Bezeichnung: „Inaugural-Dissertation der philosophischen Fakultät der Universität Bern zur Erlangung der Doktorwürde, vorgelegt von N. N." und mit dem vom Dekan unterschriebenen und mit Datum versehenen Vermerk: „Von der philosophischen Fakultät auf Antrag des Herrn oder der Herren Prof. N. N. angenommen."

ist unter die Examinatoren, den Dekan und den Sekretär gleichmäßig zu verteilen.

§ 12. Die philosophische Fakultät behält sich vor, aus eigenem Antrieb an Personen von vorzüglicher Gelehrsamkeit und ausgezeichneten Verdiensten die Würde eines Doktors der Philosophie honoris causa zu erteilen. Es geschieht dies durch geheime Abstimmung, wobei der zu dieser Würde Vorgeschlagene als abgelehnt gilt, wenn er mehr als zwei Stimmen nicht erhält.

§ 13. Alle Kandidaten, die vor dem Wintersemester 1909/10 immatrikuliert worden sind, können auf ihren Wunsch nach dem alten Reglement geprüft werden.

§ 14. Hiermit wird das Reglement vom 23. Dezember 1898 aufgehoben.

---

62. 8. **Université de Lausanne. Règlement pour la préparation pédagogique des candidats à l'enseignement secondaire.** (Du 16 juillet 1909.)

Art. 1er. Les candidats à l'enseignement secondaire dans le canton de Vaud doivent s'inscrire pour le cours de pédagogie générale qui comporte deux semestres d'études et de démonstrations pratiques, en tout 2 heures par semaine.

Art. 2. Les candidats doivent participer aux conférences dirigées par les professeurs de la faculté à laquelle ils appartiennent, et prendre part, dès le 3me semestre d'études, aux exercices de didactique spéciale (leçons, corrections) qui auront lieu, sous la direction de la faculté, dans les établissements secondaires.

Art. 3. Un examen de pédagogie théorique est obligatoire. Il peut avoir lieu dès la fin du second semestre, si le candidat le demande. Cet examen sera passé devant une commission composée de trois membres : 1° le doyen de la faculté ou son remplaçant ; — 2° le professeur de pédagogie ; — 3° un expert désigné par le département de l'Instruction publique.

Art. 4. Le conseil de la faculté apprécie les aptitudes pédagogiques des candidats en tenant compte :

1° Pour la faculté des lettres : *a.* de la note de l'examen théorique visé à l'art. 3 ; — *b.* des notes obtenues au cours des exercices pratiques faits dans les établissements secondaires ; — *c.* des appréciations des professeurs de la faculté qui ont dirigé les conférences.

2° Pour la faculté des sciences : *a.* de la note de l'examen théorique visé à l'art. 3 ; — *b.* des notes moyennes semestrielles des exercices pratiques (leçons, conférences).

Art. 5. Le certificat d'aptitude à l'enseignement secondaire est conféré par l'université sur le préavis de la faculté ; il ne peut être délivré qu'après que le candidat a obtenu le diplôme de licencié.

Art. 6. Les facultés intéressées élaboreront, s'il y a lieu, un règlement d'exécution.

Dispositions transitoires.

Art. 7. Le présent règlement entrera en vigueur le 15 octobre 1909. Les candidats immatriculés depuis un semestre, à cette date, seront dispensés de l'examen de pédagogie théorique.

Donné, sous le sceau du Conseil d'Etat, à Lausanne, le 16 juillet 1909.

---

63. 9. **Loi autorisant la fondation dénommée „Caisse de subsides pour les étudiants suisses du gymnase et de l'université" de Genève.** (Du 9 octobre 1909.)

Le Conseil d'Etat de la république et canton de Genève fait savoir que :

Le Grand Conseil, vu la loi du 1er mars 1876 sur la création d'une caisse de subsides pour les étudiants du gymnase et de l'université ; vu la loi du

10 juin 1876 accordant à cette caisse le caractère d'une fondation aux termes de la loi générale du 22 août 1849 sur les fondations; vu la requête du comité de ladite caisse en date du 17 mai 1909; sur la proposition du Conseil d'Etat,

décrète ce qui suit:

Art. 1er. Les statuts de la fondation dénommée „Caisse de subsides pour les étudiants suisses du gymnase et de l'université", tels qu'ils sont formulés dans la susdite requête et qui demeurent annexés à la présente loi, sont approuvés.

Art. 2. Vu son but d'utilité publique, cette fondation est autorisée pour une période de 30 ans, sous les réserves indiquées dans l'article 142 de la constitution et dans la loi du 22 août 1849 sur les fondations.

Le Conseil d'Etat est chargé de faire promulguer les présentes dans la forme et le terme prescrits.

Fait et donné à Genève, le neuf octobre mil neuf cent neuf, sous le sceau de la république et les signatures du président et du secrétaire du Grand Conseil.

Le Conseil d'Etat, vu la loi constitutionnelle sur le referendum facultatif du 25 mai 1879, modifiée par la loi constitutionelle du 18 février 1905 et la loi organique sur le referendum facultatif et le droit d'initiative du 17 janvier 1906; considérant que le texte de la loi du 9 octobre 1909, autorisant la fondation dénommée „Caisse de subsides pour les étudiants suisses du gymnase et de l'université", a été publié le 20 octobre 1909 dans la *Feuille d'Avis;* considérant que le délai de 30 jours dès la publication est expiré le 19 novembre 1909 sans qu'aucune demande de votation populaire ait été formulée par les électeurs,

arrête:

De promulguer la loi ci-dessus pour être exécutoire dès le jour de demain.

Statuts de la caisse de subsides pour les étudiants suisses du gymnase et de l'université.

Art. 1er. La fondation dite „caisse de subsides pour les étudiants genevois du gymnase et de l'université" est régie, sous le nom de „caisse de subsides pour les étudiants suisses du gymnase et de l'université", pour une nouvellle période de 30 ans, par les présents statuts. Elle est, en outre, soumise à toutes les stipulations de la loi générale sur les fondations du 22 août 1849.

Art. 2. La fondation a pour but:

1° de subventionner à Genève, pour leurs études, des élèves réguliers des deux classes supérieures du gymnase ainsi que des étudiants ou étudiantes de l'université, à condition: *a.* qu'ils soient genevois ou suisses d'autres cantons avec la réserve pour ces derniers que leur famille soit domiciliée dans le canton de Genève; *b.* qu'ils se soient distingués par leur travail et leurs aptitudes;

2° d'aider pour leurs études ultérieures dans un autre canton ou à l'étranger, des étudiants ou étudiantes de nationalité genevoise, qui sont munis d'un certificat de maturité du gymnase ou d'un grade de l'université et qui se sont distingués par leurs aptitudes et leur travail.

Art. 3. L'avoir de la caisse se compose du fonds capital, qui est inaliénable, et du fonds disponible.

Art. 4. Le fonds capital est formé:

a. de la somme de cinquante mille francs, déjà versée par l'Etat, en conformité des lois du 1er mars et du 10 juin 1876;

b. de la somme de trois mille six cent cinquante francs souscrite par les fondateurs (MM. Jean-Ch. Gallissard de Marignac, Emile Plantamour, Auguste Turrettini, Gustave Revilliod, Frédéric Necker, Arthur Chenevière, Gustave Ador, Louis Jousserandot, Carl Vogt et Antoine Verchère);

c. des dons et legs qui seront faits à la fondation sans destination spéciale;

d. d'une somme de 15,000 francs prise sur la disponibilité actuelle;

e. d'un prélèvement de 5 % sur le produit des intérêts annuels du fonds capital.

Art. 5. Le fonds disponible est formé :

a. du 95 % des intérêts annuels du fonds capital ;

b. d'un prélèvement de 1 % sur la part de l'Etat dans le produit des inscriptions aux cours universitaires ;

c. d'un prélèvement de 10 % sur les droits d'inscription des élèves réguliers des deux classes supérieures du gymnase ;

d. des remboursements effectués volontairement par les personnes à qui des subsides auront été accordés ;

e. de toutes les autres recettes qui ne sont pas affectées au fonds capital.

Art. 6. La gestion de la caisse est confiée à un comité de sept membres. Il est présidé par le président du département de l'Instruction publique et comprend, en outre, le directeur du collège, un membre nommé par le Conseil d'Etat, trois par le sénat universitaire et un par les maîtres des deux classes supérieures du gymnase.

Art. 7. Les demandes de subsides sont adressées au comité par écrit, et avec motifs à l'appui.

Après enquête sur les mérites et les apitudes des postulants, le comité fixe la quotité, l'emploi et la durée de chaque subside.

Art. 8. En cas de dissolution de la fondation pour quelque cause que ce soit, son avoir sera de plein droit acquis à la caisse de l'Etat.

Nachtrag.

64. 1. **Verordnung über Lehrplan, Unterrichtszeit und Absenzenwesen bei den gewerblichen Bildungsanstalten des Kantons Bern.** (Vom 6. März 1907.)

Der Regierungsrat des Kantons Bern, in weiterer Ausführung der §§ 23 und 25 des Gesetzes vom 19. März 1905 über gewerbliche und kaufmännische Berufslehre,

beschließt:

§ 1. Den Fachschulen (Lehrwerkstätten und dergleichen), sowie den gesondert veranstalteten Fachkursen fällt die Aufgabe zu, durch zusammenhängende Lehrkurse und periodische Einzelkurse, an denen sowohl Arbeitnehmer als Arbeitgeber sich beteiligen können, dem Gewerbestand Ausbildungsgelegenheiten zu bieten und dadurch seine Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit zu heben.

Diese Schulen sind verpflichtet, Lehrplan und Reglement der Direktion des Innern zur Genehmigung einzureichen.

Die Direktion des Innern ist befugt, Kursen, die neben schon bestehenden gleichartigen Fachkursen oder Fachschulen eingerichtet werden wollen, die Unterstützung und Anerkennung zu versagen. Ebenso ist sie befugt, von sich aus als notwendig und zweckmäßig befundene Kurse zu veranstalten.

§ 2. Für die Techniken sind die besonderen kantonalen Dekretsbestimmungen maßgebend.

§ 3. Die gewerblichen Fortbildungsschulen (Zeichen-, Handwerker- oder Gewerbeschulen, Anstalten für berufliche Ausbildung des weiblichen Geschlechts etc.) haben die Aufgabe, den männlichen oder weiblichen Lehrlingen und Gehülfen des Handwerker- und Gewerbestandes in Ergänzung der Werkstattlehre diejenigen Kenntnisse und Fertigkeiten beizubringen, die zur Erlernung und Ausübung ihres Berufes erforderlich sind und ihnen das Bestehen der gesetzlichen Lehrlingsprüfung und die Erlangung des Lehrbriefes ermöglichen.

Der Unterricht soll sich möglichst den Bedürfnissen der lokalen Berufsarten anpassen.

§ 4. An den gewerblichen Fortbildungsschulen ist zum mindesten in folgenden Fächern Unterricht zu erteilen: *a.* Geschäftsaufsatz; — *b.* gewerbliches Rechnen; — *c.* gewerbliche Buchführung; — *d.* Zeichnen; — *e.* Vaterlandskunde.

Insoweit Bedürfnisse und Mittel vorhanden sind, soll der Unterricht vorzugsweise durch folgende Fächer erweitert werden: Mathematik, Naturlehre (gewerbliche Physik und Chemie), Technologie (Materiallehre, Werkzeug- und Maschinenkunde), Mechanik, Elektrotechnik, Modellieren, praktische Übungen, Konstruktionslehre, Stil- und Formenlehre, Gewerbegeschichte, Volkswirtschaftskunde, Gesundheitslehre und Französisch; für Lehrtöchter außerdem Haushaltungskunde und Handarbeiten. Einzelne dieser Fächer sollen für gewisse Berufsarten im Lehrplan der betreffenden Schule unter Angabe der Stundenzahl obligatorisch erklärt werden (§ 25 des Gesetzes).

§ 5. Unterrichtsplan und Schulreglement der gewerblichen Fortbildungsschulen sind der Direktion des Innern zur Genehmigung vorzulegen. Sie müssen außer der allgemeinen Schulorganisation bezüglich der Unterrichtszeit und des Absenzenwesens folgendes berücksichtigen:

a. Der Unterricht soll jährlich mindestens 20 Wochen und, wo auch im Sommer unterrichtet werden kann, mindestens 30 Wochen mit wenigstens vier Stunden per Woche dauern.

Es kann kein Lehrling zu mehr als sieben, keine Lehrtochter zu mehr als sechs Unterrichtsstunden per Woche und niemand zum Besuche des Sonntagsunterrichtes verpflichtet werden.

b. Der Unterricht soll in der Regel nur an Werktagen und vorzugsweise zur Tageszeit erteilt und, wo er vier Stunden per Woche nicht überschreitet, wenn tunlich auf einen halben Wochentag vereinigt werden. Der Abendunterricht ist für Lehrlinge und Lehrtöchter möglichst zu beschränken und spätestens um $9^1/_2$ Uhr zu schließen.

c. Die Behörden der Fortbildungsschulen haben den Beginn eines jeden neuen Schuljahres, Semesters oder Kurses mindestens 14 Tage vorher öffentlich bekannt zu machen und gleichzeitig den Stundenplan der Direktion des Innern einzureichen.

d. Schüler, die sich über hinreichende Kenntnisse oder den genügenden Besuch einer Fachschule ausweisen, können von einzelnen Fächern dispensiert werden. Die Prüfung und Entscheidung darüber fällt der betreffenden Schulleitung zu.

Für ungenügend vorgebildete Schüler können Vorkurse eingerichtet werden.

e. Die Lehrlingskommissionen stellen den Aufsichtsbehörden der beruflichen Fortbildungsschulen bei Beginn jedes Schulkurses ein Verzeichnis der bei ihnen schulpflichtigen Lehrlinge zu, damit die Schulvorstände Säumige mahnen und eventuell der Lehrlingskommission verzeigen können.

Kaufmännische Lehrlinge sind zum Besuche einer gewerblichen Fortbildungsschule verpflichtet, wenn in einer Entfernung von drei Kilometern eine solche, nicht aber eine kaufmännische besteht und sofern erstere in ihrem Unterrichtsplan auf die Bedürfnisse des Handelsgewerbes Rücksicht nimmt. Letzteres hat zu geschehen, sobald wenigstens sechs kaufmännische Lehrlinge eingeschrieben sind.

f. Falls es sich ergibt, daß ein Lehrling dem Unterricht in den obligatorischen Fächern trotz Besuch von Vor- oder Nachkursen nicht zu folgen vermag, so kann er unter Mitteilung an die zuständige Lehrlingskommission in eine allgemeine Fortbildungsschule versetzt und unter Umständen zum Wechsel in der Berufswahl veranlaßt werden. Den Lehrlingskommissionen ist von wiederholten unentschuldigten Absenzen, gesetzwidrigen Handlungen oder Ausweisung von Lehrlingen Kenntnis zu geben.

g. Als Entschuldigungsgründe für Absenzen der Lehrlinge gelten Krankheit, Militärdienst, längere Abwesenheit infolge auswärtiger Berufsarbeiten, Todesfall

oder schwere Krankheiten in der Familie. Die Entschuldigungsgründe müssen vom Lehrmeister beglaubigt sein und innerhalb acht Tagen schriftlich eingereicht werden. Unentschuldigte Absenzen können von der Aufsichtsbehörde mit Bußen bis auf 30 Rappen per Stunde geahndet werden.

h. Bei längeren Absenzen sollen die Schulpflichtigen durch Vermittlung der Lehrlingskommission dem Richter verzeigt werden. Sie können zudem in eine untere Stufe versetzt oder zur Wiederholung des Kurses im folgenden Semester angehalten werden.

i. Der Unterricht an den beruflichen Fortbildungsschulen ist für alle dem Gesetz unterstellten Lehrlinge unentgeltlich (§ 24 des Gesetzes), und es darf auch kein Haftgeld bezogen werden.

k. Von Unbemittelten können kantonale Stipendien zur Anschaffung der Lehrbücher beansprucht werden. Die Beschaffung des Schulmaterials wie Tinte, Federn, Lineal, Vorlagen, erfolgt unentgeltlich durch die Gemeinde.

l. Die Schüler haben sich den Anordnungen des Lehrers zu unterziehen. Für das Anbringen von Reklamationen ist den Schülern im Reglement eine bestimmte Instanz (zum Beispiel Schulvorsteher) zu nennen.

m. Der Unterricht ist auch den dem Gesetz nicht unterstellten Personen leicht zugänglich zu machen. Das Reglement der Schule hat über die Bedingungen der Benützung durch solche Kursbesucher (Schul- oder Haftgelder, Bußen, Zeugnisse etc.) genaue Bestimmungen zu enthalten.

Durch zweckmäßige Einteilung und Abstufung der Kurse und Klassen ist der andauernde Besuch allen Schülern zu ermöglichen.

n. Eine Klasse darf nur eingerichtet werden, wenn wenigstens vier Schüler dafür angeschrieben sind, und soll in der Regel nicht mehr als 20 Schüler zählen.

Wo eine größere Schülerzahl die Einrichtung von Parallelklassen notwendig macht, sind nach Möglichkeit Fachklassen nach Berufsarten zu bilden.

o. Der Eintritt oder Austritt ist in der Regel nur mit Beginn, beziehungsweise Schluß eines Schulsemesters statthaft.

p. Die gewerblichen Fortbildungsschulen sind gehalten, den dem Gesetz unterstellten Schülern Zeugnisse über die besuchten Kurse zu verabfolgen, worin die Noten über Fleiß und Leistungen vorzumerken sind. Über die erteilten Zeugnisse ist ein Register zu führen, das in Verlustfällen die Ausstellung der verlangten Doppel ermöglichen soll.

Die Zeugnisse sind vom Lehrmeister oder vom Inhaber der elterlichen Gewalt zu bescheinigen und müssen bei der Anmeldung für die Lehrlingsprüfung vorgewiesen werden.

q. Reglemente, die einen oder mehrere der vorstehenden wesentlichen Punkte außer acht lassen, werden vor der Genehmigung seitens der Direktion des Innern zur Ergänzung zurückgewiesen.

Den Schul- oder Vereinsvorständen steht es frei, weitere Ausführungsbestimmungen zum Schulreglement von sich aus zu erlassen, wogegen jede nderung des einmal genehmigten Reglementes neuerdings der Direktion des Innern zur Genehmigung zu unterbreiten ist.

---

240 Bg.

Art. Institut Orell Füssli, Verlag, Zürich.

Jahrbuch
des
Unterrichtswesens in der Schweiz
1909.

Die früheren Bände 1883—1885, 1886, 1887—1903 sind zum Teil noch erhältlich beim Art. Institut Orell Füssli, Verlag, Zürich.

Jahrbuch des Unterrichtswesens in der Schweiz 1904.
Bearbeitet von Dr. **A. Huber.**
gr. 8⁰ broschiert. XV, 166 und 179 Seiten. 7 Franken.
Einleitende Arbeiten: **I. Die Verteilung der Primarschulsubvention des Bundes für das Jahr 1905 und uberblick über die der Subvention in den Jahren 1903-1905 gegebene Verwendung. II. Das geltende Recht für die Unterstützung der öffentlichen staatlichen Primarschule durch den Bund.** 52 Seiten.

Jahrbuch des Unterrichtswesens in der Schweiz 1905.
Bearbeitet von Dr. **A. Huber.**
gr. 8⁰ broschiert. XVI, 255 und 259 Seiten. 7 Franken.
Einleitende Arbeit: **Die Unentgeltlichkeit der individuellen Lehrmittel und Schulmaterialien in der Schweiz auf Ende 1906.** 71 Seiten.

Jahrbuch des Unterrichtswesens in der Schweiz 1906.
Bearbeitet von Dr. **A. Huber.**
gr. 8⁰ broschiert. XII, 343 und 179 Seiten. 7 Franken.
Einleitende Arbeiten: **Der schweizerische Schulatlas.** 62 Seiten. **Der Kampf gegen den Alkohol im Schul- und Erziehungswesen der Schweiz.** 44 Seiten.

Jahrbuch des Unterrichtswesens in der Schweiz 1907.
Bearbeitet von Dr. **A. Huber.**
gr. 8⁰ broschiert. XIV, 252 und 248 Seiten. 7 Franken.
Einleitende Arbeiten: **Die Entwicklung des schweizerischen Schulwesens in den letzten Jahrzehnten, dargestellt durch einige statistische Ubersichten.** 8 Seiten.

Jahrbuch des Unterrichtswesens in der Schweiz 1908.
Bearbeitet von Dr. **A. Huber.**
gr. 8⁰ broschiert. XII, 359 und 158 Seiten. 7 Franken.
Einleitende Arbeit: **Die Organisation des Schulwesens in der Schweiz zu Beginn des Jahres 1910.** 139 Seiten.

Jahrbuch des Unterrichtswesens in der Schweiz 1909.
Bearbeitet von Dr. **A. Huber.**
gr. 8⁰ broschiert. XII, 353 und 225 Seiten. 7 Franken.
Einleitende Arbeit: **Die staatliche Schulaufsicht in der Schweiz auf Ende 1910.** 122 Seiten.